



Mecklenburg-Strelitzer Geschichtsblätter

7. Jahrgang (1931)

Neustrelitz: Hofbuchdrucker Herm. Bohls Nachflg., 1931

<https://purl.uni-rostock.de/rosdok/ppn189962175X>

Band (Zeitschrift) Freier  Zugang  OCR-Volltext

1932

3484 OT M/R



1931

7. Jahrgang

24

Mecklenburg-Strelitzer Geschichtsblätter

im Auftrage des Mecklenburg-Strelitzer
Vereins für Geschichte und Heimatkunde

herausgegeben von

Hans Witte.

Inhaltsverzeichnis.

Seite

- I. Das Herzogtum Mecklenburg-Strelitz in den Befreiungskriegen und seine Verhandlungen mit dem Central-Verwaltungsrat. Von Alex Kentmann 1
 - II. Friedrich von Holsteins Herkunft und Jugend. Von Karl Haenchen 109
 - III. Buchbesprechungen:
 1. Wossidlo, Mecklenburgische Volksüberlieferungen (Endler) 131
 2. Witte, Von Mecklenburgs Geschichte und Volksart (Krüger-Hane) 132
-

I.

**Das Herzogtum Mecklenburg-Strelitz
in den Befreiungskriegen und seine Verhandlungen
mit dem Zentral-Verwaltungsrat. *)**

Von Alex Kentmann, Rostock.



*) Die vorliegende Arbeit ist von der Philosophischen Fakultät der Rostocker Universität als Dissertation angenommen worden.

Gliederung.

| | Seite |
|--|-------|
| I. Einleitung. Freiherr vom Stein und die Entstehung des Zentral-Verwaltungsrates | 3 |
| II. Mecklenburg-Strelitz zur Zeit der Befreiungskriege und die bisherige Beurteilung seines Verhaltens in den Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat | 7 |
| III. Die Verhandlungen Mecklenburg-Strelitz's mit Preußen bis zum Eintritt in die Befreiungskriege | 10 |
| IV. Penz's Abordnung und seine Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat in Breslau und Dresden | 15 |
| V. Die Verhandlungen zwischen Mopäus und der Mecklenb.-Strelitzer Regierung | 22 |
| VI. Wegels Darstellung über die Verhandlungen des Zentralverwaltungsrates mit Mecklenburg-Strelitz und sein Urtheil über das Verhalten des Herzogs und der Regierung | 28 |
| VII. Mecklenburg-Strelitz's Eintritt in die Befreiungskriege und die damit im Zusammenhang stehenden Aufrufe und Entschließungen | 31 |
| VIII. Die Organisation des Husaren-Regiments | 35 |
| IX. Die Organisation des Landsturms | 41 |
| X. Die freiwilligen Beiträge Mecklenburg-Strelitz's zu den Befreiungskriegen und ihre Verwendung | 47 |
| XI. Die Lasten der Franzosenzeit | 48 |
| XII. Die Lasten der Befreiungskriege bis zum August 1813 | 54 |
| XIII. Das Fürstentum Rügenburg in den Befreiungskriegen | 58 |
| XIV. Das Verhalten des herzoglichen Hauses in den Befreiungskriegen | 64 |
| XV. Die Regierung und die Stände in den Befreiungskriegen | 65 |
| XVI. Zusammenfassende Beurteilung des Verhaltens Mecklenb.-Strelitz's in den Befreiungskriegen | 69 |
| XVII. Die Ansprüche des Zentralverwaltungsrates und Mecklenburg-Strelitz's grundsätzliche Einstellung zu ihnen | 77 |
| XVIII. Der offizielle Beitritt Mecklenburg-Strelitz's zum Bündnis gegen Frankreich. Schluß | 90 |
| Anlagen | 93 |

I. Einleitung. Freiherr vom Stein und die Entstehung des Zentralverwaltungsrates.

Bismarck spricht im Laufe seiner Betrachtungen über die Entwicklung und Stellung Preußens als europäische Großmacht das Urteil aus, Preußen habe diese Stellung durch die geistige Überlegenheit Friedrichs des Großen erlangt und durch die gewaltigen Leistungen der Volkstraft 1813 rehabilitiert. Dann fährt Bismarck fort: „Ohne die ritterliche Haltung des Kaisers Alexander I., die er von 1812 unter Steinschem, jedenfalls deutschem Einfluß bis zum Wiener Congreß beobachtete, wäre es fraglich geblieben, ob die nationale Begeisterung der vier Millionen Preußen des Tilsiter Friedens und einer andern vielleicht gleichen Zahl von sympathiziers in altpreußischen oder deutschen Ländern genügt hätte, von der damaligen Humboldtischen und Hardenbergischen Diplomatie und der Schwächtheit Friedrich Wilhelms III. so verwertet zu werden, daß auch nur die künstliche Neubildung Preußens, so wie sie 1815 geschah, zu Stande gekommen wäre.“¹⁾ Die Voraussetzungen, die Bismarck hier im Hinblick auf die wiedererrungene preußische Großmachstellung anführt, gelten in gleicher Weise, wenn wir ein anderes Ergebnis der Befreiungskriege beobachten: die errungene Freiheit Deutschlands vom französischen Joch. Da die Befreiung Deutschlands vor allem von Preußen ausgegangen ist, bedien sich die Voraussetzungen für die Restauration Preußens, mit denen, die für die Befreiung Deutschlands zu gelten haben. Die Befreiungskriege sind ohne Frage eine nationale Tat gewesen, an der der überwiegendste Teil des deutschen Volkes tätigsten Anteil genommen hat. Doch sind sie untrennbar verknüpft mit dem Wirken einzelner Männer, die der nationalen Bewegung erst die notwendigen Grundlagen gegeben haben. Zu diesen Persönlichkeiten haben wir in erster Linie den Freiherrn vom Stein zu rechnen.

Nach dem Zusammenbruch an die Spitze des preußischen Staates berufen, hat Stein zunächst mit unermüdlichem Schaffenseifer und ohne sich durch die Schwierigkeiten beirren zu lassen, die ihm — nicht zum mindesten auch durch den König selber — in den Weg gelegt wurden, es seine Aufgabe sein lassen, den inneren Aufbau Preußens auf einem sozialen, wirtschaftlichen, militärischen und geistigen Fundament vor sich gehen zu lassen, das stark genug war, auch den

¹⁾ Bismarck, Gedanken und Erinnerungen. (Die drei Bände in einem Bande) Stuttgart und Berlin. S. 263.

äußeren Aufbau zu tragen. Durch den Achtungsbefehl Napoleons mitten aus der Arbeit herausgerissen, gab Stein den Kampf um Preußen und Deutschland doch nicht auf. Er hat jetzt seine Aufgabe darin erblickt, durch persönlichen Einfluß den russischen Zaren, den einzigen Fürsten des europäischen Kontinents, der sich der französischen Herrschaft noch nicht gebeugt hatte, in seinem Kampfe gegen Napoleon zu bestärken und zu beraten. Die Katastrophe des russischen Feldzuges, für Napoleon der Anfang vom Ende, darf zu einem Teil auch Stein zu den Erfolgen seiner Petersburger Wirksamkeit buchen. Nun, wo der Augenblick zur Abschüttelung des fremden Joches gekommen war, tritt der Reichsfreiherr wiederum handelnd als eine der maßgebenden Persönlichkeiten auf. Nach dem Abschluß des russisch-preußischen Bündnisses erweitert sich Steins Wirkungskreis; das ganze Deutschland will er umfassen und zum Kampf gegen Napoleon einigen.

Der Blick des nassauischen Reichsfreiherrn hat sich niemals auf das preußische Staatsgebiet beschränkt. In Preußen sah er lediglich den historisch gegebenen Führer im Befreiungskampf. Die Befreiung jedoch sollte dem ganzen deutschen Volke errungen werden. Letzten Endes ging es für Stein doch bei allem nicht um Preußen, sondern durch Preußen um Deutschland. Wie aber einerseits Stein erkannt hat, daß Preußen die Last eines deutschen Befreiungskrieges nicht allein tragen konnte, so wollte er auch andererseits den übrigen Deutschen, vor allem den übrigen Fürsten und Obrigkeiten, die wiedererlangene Freiheit nicht wie ein Geschenk in den Schoß fallen lassen. Alle Deutschen, alle ihre Fürsten sollten ihre Freiheit mit erkämpfen und dadurch ihrer erst richtig würdig werden. So hat er bereits früh den Plan gefaßt, eine Behörde zu schaffen, deren Aufgabe es sein sollte, die deutschen Mittel- und Kleinstaaten zum Befreiungskampf aufzurufen und zur Teilnahme nach Maßgabe ihrer Kräfte heranzuziehen. Stein hat sich diesen „Verwaltungsrat“ ursprünglich als Behörde gedacht, die neben der Aufgabe, militärische Geschäfte zu erledigen, weitergehend politischen Charakter tragen sollte. Es sollte sich um eine Einrichtung handeln, durch die man berechtigt war, sich gegebenenfalls auch über die Laune oder den Widerstand des Landesfürsten hinwegzusetzen. Infolgedessen sind Steins Pläne aber auch auf heftigsten Widerspruch bei den deutschen Fürsten gestoßen und haben mancherlei Änderungen über sich ergehen lassen müssen¹⁾.

Die ersten Ausführungen über seine Absichten hat Stein am 11. Juli 1812 in einem Memorandum an den Zaren gemacht. Darin spricht er die Überzeugung aus, der Anstoß zu Deutschlands Er-

¹⁾ Vgl. zum folgenden die Ausführungen von P. Wehler: Die Genesis des am 4. April 1813 eingesetzten Zentral-Verwaltungsrates und seine Wirksamkeit bis zum Herbst dieses Jahres. Greifsw. Diss.

hebung müsse ausgehen „von einer einzigen und energischen Kraft, die auf einer weiten und edlen Grundlage ruht“. Dies würde geschehen, wenn der Befehlshaber des russischen Landungsheeres in Deutschland einen „Zentral-Ausschuß“ bilden würde, dessen Wirkungskreis das ganze von den Alliierten eroberte Gebiet ausnahmslos umfassen würde. Die Fürsten sollen von der Mitwirkung nicht ausgeschlossen werden, sich aber dem Interesse der Nation unterzuordnen haben¹⁾. Am 10. September 1812 entwirft Stein dem englischen Minister Grafen Münster gegenüber seine Gedanken über die Zusammensetzung dieses „politischen Verwaltungsrates“. Danach soll er aus englischen und russischen Abgeordneten bestehen und die Aufgabe haben, aus der Bevölkerung der eroberten Länder ein Heer zu bilden²⁾. Dann folgt der erste ausführlich durchgearbeitete Entwurf in einer Denkschrift an den Zaren vom 18. September 1812. Durch eine Proklamation der Alliierten sollen die Deutschen zur Erhebung aufgerufen werden. Zur einheitlichen Leitung dieser Erhebung soll ein „Verwaltungsrat“ gebildet werden, dem alle eroberten Länder unterstehen, jedoch nur bis zur Beendigung des Krieges. In dieser Behörde sollen vertreten sein Rußland, England, Schweden und die vertriebenen deutschen Fürsten durch ein gemeinsames Mitglied. Aufgabe des Verwaltungsrates ist die Leitung der Truppenaushebungen, die Erhebung der nötigen Geldmittel, die Fürsorge für Lebensmittel und Fuhrwerk und die Beeinflussung der öffentlichen Meinung im Sinne der Verbündeten³⁾. Auch auf Preußen sollen sich demnach die Befugnisse des Verwaltungsrates beziehen. Am 17. Nov. 1812 übergibt Stein dem Zaren eine neue Denkschrift „über die Haltung, welche man den Fürsten und Einwohnern gegenüber behaupten will“. Sein Grundsatz ist „die Einwohner zu schonen, sie gegen den gemeinsamen Feind in Tätigkeit zu setzen, die Regierungen aber zu überwachen, zu leiten und in gewissen Fällen sich ihrer zu bemächtigen“. Den Fürsten gesteht er nicht den geringsten Rechtsanspruch zu auf Beibehaltung oder Anerkennung ihrer Souveränität; selbst diejenigen, die sich freiwillig anschließen, sollen erst nach Erfüllung bestimmter Garantien aufgenommen werden. Auch der König von Preußen habe seine Armee den Verbündeten zur Verfügung zu stellen, und seine Berater müßten ihr Vertrauen haben. Die übrigen von den alliierten Truppen besetzten Länder seien von den Verbündeten zu verwalten und hätten nach deren Wunsch Truppen, Geld, Lebensmittel usw. zu stellen. Dem Rheinbund gegenüber dürfe man sich als im Kriegszustand befindlich betrachten und vom Eroberungsrecht Gebrauch machen⁴⁾. Nach Abschluß des russisch-preussischen Bündnisses vom 27./28. Februar 1813 reicht Stein am

¹⁾ Vgl. Wehler, S. 15 ff.

²⁾ Vgl. Wehler, S. 16.

³⁾ Vgl. Wehler, S. 17 ff.

⁴⁾ Wehler, S. 20 ff.

16. März dem Zaren eine neue Denkschrift ein. Danach soll den Fürsten ein Ultimatum gestellt und eine Frist von 6 Wochen zum Beitritt zur Koalition gestattet werden. Jeder Fürst, der sich binnen dieser Frist nicht angeschlossen habe, sei mit dem Verlust seines Landes zu bestrafen. Nach dem Frieden soll das Volk allein über die Verfassungsfragen entscheiden. Der Verwaltungsrat hat sich aus russischen, preussischen, später auch englisch-hannoverschen und schwedischen Mitgliedern zusammenzusetzen; die deutschen Fürsten, die sich dem Bündnis angeschlossen hätten, sollen gemeinsam ein oder zwei Mitglieder entsenden. Die Aufgaben und der Wirkungskreis des Verwaltungsrates werden übereinstimmend mit den früheren Denkschriften dargestellt, nur Preußen gilt jetzt nicht mehr als erobertes Land. Mit Rücksicht auf Österreich wird auch Süddeutschland ausgenommen, das übrige Gebiet in fünf Verwaltungsbezirke eingeteilt¹⁾. Am 19. März werden in Breslau gemeinsam von Stein, Neffeltode, Hardenberg und Scharnhorst Richtlinien für die Tätigkeit eines Verwaltungsrates aufgestellt. An Stelle des von Stein vorgeschlagenen, auf sechs Wochen befristeten Ultimatus werden jetzt die Rheinbund-Fürsten zur Entscheidung in einer bestimmten Zeit — „dans un delai fixe“ — aufgefordert. Die Zusammensetzung des Verwaltungsrates bleibt die gleiche, ebenfalls sein Aufgabenkreis. Aus seinem Wirkungsbereich werden jetzt aber auch die alten preussischen Provinzen, ferner Hannover und Ostfriesland ausgenommen. Obwohl der diktatorische Charakter der Behörde noch festgehalten wird, tritt uns in diesen Richtlinien bereits in der größeren Rücksichtnahme auf die Fürsten eine Abschwächung der Stein'schen Pläne entgegen²⁾. Am 25. März ergeht durch den russischen Oberkommandierenden, Fürsten Kutusoff, von Kalisch aus die Proklamation zur Erhebung an die Fürsten und Völker Deutschlands. Über einen Verwaltungsrat ist in diesem Aufruf nichts gesagt; aber an Stelle des von Stein vorgeschlagenen Ultimatus an die Fürsten und der Drohung mit dem Verlust ihrer Länder tritt jetzt nur die Erwartung, „es werde sich unter den deutschen Fürsten keiner finden, der, indem er der deutschen Sache abtrünnig sein und bleiben will, sich reif zeige der verdienten Vernichtung durch die Kraft der öffentlichen Meinung und durch die Macht gerechter Waffen“³⁾. Am 4. April 1813 wird dann der „Zentralverwaltungsrat“ förmlich eingesetzt. Aber statt der von Stein vorgesehenen diktatorischen Vollmacht des Verwaltungsrates, „in den besetzten Ländern provisorische Verwaltungen einzusetzen, sie zu überwachen und ihnen die Grundsätze vorzuzeichnen, nach denen sie die Hilfsquellen der Länder zu Gunsten der gemeinen Sache nützlich machen sollen“ wird jetzt ausgeführt: „Seine allgemeinen Aufgaben bestehen in der allgemeinen Polizei- und Finanz-

¹⁾ Wehdel, S. 27 ff.

²⁾ Wehdel, S. 29 ff.

³⁾ Wehdel, S. 43 ff.

verwaltung und in allem, was sich bezieht auf das Bewaffnungs- und Requisitionswesen in den besetzten Gebieten. Seine Befugnisse erstreckten sich in gleicher Weise auf den Abschluß von Verträgen mit den Fürsten Deutschlands, ihre Leistungen an Mannschaften, Lebensmitteln und Geld für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes. Derselbe Rat wird auch die absolute Überwachung über die Ausführung der mit diesen Fürsten abgeschlossenen Konventionen übernehmen.“¹⁾ Endlich wird diese am 4. April erfolgte Einsetzung am 6. April durch den Fürsten Kutusoff von Kalisch aus allgemein bekannt gemacht. Auch hier wird die Aufgabe des Verwaltungsrates darin gesehen, „mit den verschiedenen Regierungen über alles sich zu verständigen, was auf die Polizei, die Finanzen, die Bewaffnung .. Bezug hat“²⁾.

Wir sehen, wie stark im Laufe der Zeit Steins ursprüngliche Pläne abgeändert und schließlich in einer Weise verwertet worden sind, die gerade das Gegenteil dessen darstellt, was Stein sich eigentlich gedacht hat. Nach seinen Plänen sollte es sich beim Verwaltungsrat um eine unter allen Umständen den Fürsten und Regierungen übergeordnete Behörde handeln; der am 4. April eingesetzte Zentralverwaltungsrat aber muß sich mit den Regierungen vergleichen und seine Wünsche auf dem Wege gütlicher Einigung zu erreichen suchen.

Der Zentralverwaltungsrat bestand im Beginn seiner Tätigkeit ausschließlich aus preußischen und russischen Mitgliedern; unter den russischen befand sich Stein, auch in Zukunft der eigentliche Leiter dieser Behörde und die ausschlaggebende Persönlichkeit in ihr. Gemäß der damaligen Lage erstreckte sich die Tätigkeit des Verwaltungsrates zunächst auf Mitteldeutschland und die norddeutschen Staaten östlich der Elbe, obgleich die Wirksamkeit des Verwaltungsrates auch für die übrigen deutschen Länder von vorn herein in seiner Organisation vorgesehen war. Nur Hannover, das Stammland des englischen Königshauses, und Schwedisch-Vorpommern war ausgenommen. Mit ganzer Kraft hat sich der Verwaltungsrat an die Erfüllung seiner Aufgabe gemacht; aber der Erfolg ist allenthalben außerordentlich unbefriedigend geblieben. Die Schuld daran hat Stein vor allem den partikularistischen Sonderinteressen der deutschen Fürsten gegeben. Seine Ansicht hat auch das Urteil der Geschichte nicht unerheblich beeinflusst.

II. Mecklenburg-Strelitz zur Zeit der Befreiungskriege und die bisherige Beurteilung seines Verhaltens in den Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat.

Der Wirkungskreis des Verwaltungsrates teilte sich, wie erwähnt, in fünf einzelne Bezirke. In Norddeutschland waren die beiden meck-

¹⁾ Wehgel, S. 48 ff.

²⁾ Wehgel, S. 54 ff.

lenburgischen Herzogtümer und das Mündungsgebiet der Elbe in einem Bezirk zusammengefaßt. Bevollmächtigter des Zentralverwaltungsrates war hier der russische Geheime Rat Maxim von Mopäus. Auch in diesem Bezirke sind die Erfolge der Tätigkeit des Verwaltungsrates außerordentlich gering gewesen und die Schuld daran wurde von Stein auch hier in der Hauptsache den Fürsten zugeschoben, deren Länder in diesem Bezirk lagen. Dies waren vor allem die Herzöge von Medlenburg-Schwerin und Medlenburg-Strelitz.

Mit der Entstehungsgeschichte des Zentralverwaltungsrates und seiner Tätigkeit bis zum Herbst 1813 befaßt sich eine Untersuchung von P. Wehél¹⁾. Wehél stellt sich hierin ganz auf die Seite Steins. Er sieht den Grund für die Mißerfolge des Verwaltungsrates in den partikularistischen Sonderinteressen und dem mangelnden nationalen Empfinden der deutschen Fürsten, die ihre Beziehungen zu den Monarchen von Rußland und Preußen dazu benutzt hätten, sich den Forderungen des Verwaltungsrates zu verschließen und ihre eigenen Wege zu gehen. Auch für die Medlenburger Herzöge bewegt sich Wehél's Urteil auf der gleichen Linie. Während Wehél hierbei die Verhandlungen mit Medlenburg-Schwerin in größerem Umfange behandelt, befaßt er sich mit dem kleineren und unbedeutenderen Herzogtum Medlenburg-Strelitz in weit geringerem Maße. Jedoch auch sein Urteil über Medlenburg-Strelitz birgt schwere Vorwürfe gegen den Herzog und seine Regierung in sich. Es sei auch in Medlenburg-Strelitz erbärmlich wenig erreicht worden. Denn der Herzog habe sich auf Sonderverhandlungen mit dem Könige von Preußen berufen und die rechte Bereitwilligkeit und Opferbereitschaft durchaus vermissen lassen. Zwar habe er zu Beginn des Krieges durch seinen Staatsminister von Penk Verhandlungen anknüpfen wollen, doch auch hierbei schon den Forderungen des Verwaltungsrates Widerspruch zuteil werden lassen. Vollends habe aber der Bevollmächtigte des Verwaltungsrates, Mopäus, Strelitz gegenüber einen schweren Stand gehabt. Freilich habe man sich hinsichtlich der Naturallieferungen entgegenkommender gezeigt, Geldforderungen jedoch vollständig abgelehnt und den Truppenforderungen gegenüber immer wieder betont, man sei nur zur Stellung eines Husaren-Regiments verpflichtet; auch die Organisation des Landsturms habe viel zu wünschen übrig gelassen.

Es soll nun unsere Aufgabe sein, zu untersuchen, wie weit diese Urteile Wehél's über Medlenburg-Strelitz Berechtigung haben, und darzustellen, daß sich aus den Strelitzer Akten, denen Wehél nicht die notwendige Beachtung hat zukommen lassen, doch ein wesentlich anderes Bild ergibt. Zuvor sei kurz die Situation skizziert, die wir bei diesen Untersuchungen vor uns haben.

¹⁾ Paul Wehél: Die Genesis des am 4. April 1813 eingesetzten Zentral-Verwaltungsrates und seine Wirksamkeit bis zum Herbst dieses Jahres. Greifsw. Diss. Greifsw. 1907. S. S. 93—98.

Die Geschichte Mecklenburgs seit seiner Zugehörigkeit zum deutschen Reichsgebiet ist bestimmt worden durch zwei Faktoren: durch die in stets wechselnden Formen sich geltend machenden Teilungen des Landes unter den einzelnen Linien des Herrscherhauses und durch die Kämpfe der Landesherren gegen die Stände. Beide Entwicklungslinien sind im 18. Jahrhundert zum Abschluß gebracht worden. Die Herrschaft Stargard und das frühere Bistum Rakeburg wurden vom übrigen Mecklenburg als Herzogtum Mecklenburg-Strelitz abgetrennt, das auch einen Anteil von 9000 Rtl. am wichtigen Boizenburger Elbzoll erhielt. Und die landständische Verfassung, die für beide Herzogtümer in gleicher Weise Gültigkeit hatte und nur auf das nunmehrige Fürstentum Rakeburg sich nicht bezog, bedeutete eine wesentliche Einschränkung der Befugnisse des Landesherrn und eine erhebliche Mitregierung der Stände, nämlich der Ritterschaft und der Landschaft. Neben den Fragen der Gesetzgebung bedurften fortan vor allem sämtliche finanziellen Forderungen des Landes der Genehmigung durch die Stände. In grundsätzlichen Fragen tagten die Stände beider Landesteile zusammen, in Fragen, die lediglich eins der beiden Herzogtümer betrafen, traten nur die betreffenden Stände zusammen. In Strelitz geschah dies auf den Tagungen der Ritter- und Landschaft des Stargardschen Kreises in Neubrandenburg. Auf die Entschlüsse dieser Tagungen hat der Strelitzer Herzog wiederholt Rücksicht nehmen müssen. Die Verteilung der Kosten pflegte in der Weise zu erfolgen, daß die Ritterschaft und der Herzog für seinen Domänenbesitz in gleicher Höhe herangezogen wurden, während die Landschaft — in Mecklenburg-Strelitz waren es die Städte Neubrandenburg, Friedland, Woldegk, Stargard, Strelitz, Wessenberg und Fürstenberg — sich mit einem Viertel der Gesamtkosten beteiligten.

Allenfalls zur Zeit des dreißigjährigen Krieges sind die Mecklenburgischen Herzogtümer an den Geschicken des gesamten deutschen Reiches so stark und unmittelbar beteiligt gewesen, wie zur napoleonischen Zeit. Herzog Carl, seit 1794 Herrscher von Mecklenburg-Strelitz, war durch engste Familienbände mit dem preussischen Königshause verwandt, war er doch der Vater der Königin Luise. Auch nach dem Tode der Königin blieben die Beziehungen zwischen beiden Häusern immer die engsten und freundschaftlichsten. Namentlich der Erbprinz Georg, Luises Lieblingsbruder, und Friedrich Wilhelm III. sind immer gute Freunde gewesen. Des Herzogs zweiter Sohn, Carl, ein Stiefbruder Georgs und Luises, erhielt im preussischen Heer seine militärische Ausbildung. Preußens Geschichte konnten nicht ohne Einwirkung auf Mecklenburg-Strelitz bleiben, zumal das Herzogtum, gleich Schwerin, 1806 preussischen und russischen Truppen den Durchzug erlaubt hatte. Nach dem preussischen Zusammenbruch dehnte Napoleon sein Machtgebiet auch über Mecklenburg aus. Die Verwandten seiner Gegner — denn Mecklenburg-Schwerins Erbprinz

Friedrich Ludwig war mit dem Zaren verschwägert — konnten von ihm keine Schonung erwarten. Vergeblich wiesen die Herzöge auf ihre Neutralität im Kriege hin. Friedrich Franz I. von Mecklenburg-Schwerin wurde, wenn auch nur vorübergehend, des Landes verwiesen, und Carl von Mecklenburg-Strelitz entging nur durch die Fürsprache des Königs von Bayern dem gleichen Schicksal. Obwohl beide Herzöge schließlich in ihren alten Rechten verblieben, dem Machtgebot Napoleons mußten sie sich doch jederzeit fügen. Als letzte deutsche Fürsten sind die Herzöge von Mecklenburg dem Rheinbunde beigetreten. Sie haben als dessen Angehörige die volle Härte napoleonischer Herrschaftswillkür zu spüren bekommen. Von 1806 bis 1813 haben sich fast ununterbrochen Napoleons Truppen teils vorübergehend, teils längere Zeit hindurch im Lande aufgehalten. Die Durchführung der Kontinentalsperre, von französischen Douanen beaufsichtigt, legte den Handel lahm. Das geistige Leben lag unter dem Druck des französischen Spionagesystems darnieder. Kontributionsforderungen und Truppenverpflegungen brachten schwere Schädigungen des wirtschaftlichen Lebens mit sich. Am russischen Feldzuge mußte sich Mecklenburg-Strelitz mit einem Kontingent beteiligen, das im Verlauf der Kämpfe fast völlig aufgerieben wurde. Eine Fortdauer dieses Zustandes mußte die schwersten Gefahren für Wohlfahrt und wirtschaftlichen Bestand des Herzogtums nach sich ziehen. Aus eigener Kraft jedoch war an eine Änderung nicht zu denken. So richteten sich die Blicke zwangsläufig nach dem preussischen Nachbarlande. Im gleichen Augenblick, als für Preußen die Stunde der Befreiung zu schlagen schien, wurde auch an Mecklenburg-Strelitz die entscheidende Frage gestellt. Erkannte es das Gebot der Stunde und war es bereit, seinem Rufe zu folgen? Unsere Betrachtungen setzen in dem Augenblicke ein, als in Mecklenburg-Strelitz die ersten Nachrichten vom Zusammenbruch der großen Armee eintrafen, und haben sich zunächst mit den Schritten zu befassen, die man daraufhin in Neustrelitz zu unternehmen für richtig befunden hat.

III. Die Verhandlungen Mecklenburg-Strelitz' mit Preußen bis zum Eintritt in die Befreiungskriege.

Schon frühzeitig hat man sich in Neustrelitz mit dem Gedanken befaßt, an Preußens Seite in den Kampf einzutreten. Den ersten schriftlichen Beweis dafür finden wir in dem Briefwechsel des Prinzen Carl, des zweiten Sohnes Herzog Karls, mit seinem Bruder, dem Erbprinzen Georg; Carl weilte als preussischer Offizier am Berliner Hofe. Bereits am 5. Januar weist er auf die Notwendigkeit hin, „dem König eine erneute Versicherung von Ergebenheit und Attachement zu machen“. Mecklenburg-Strelitz müsse schon der nahen Verwandtschaft wegen darauf Bedacht nehmen, bei den „sich in Zukunft ereignen könnenden Dingen“ nicht zurückzubleiben, möglichst auch andere Fürsten sich nicht zuvorkommen zu lassen. Carl schlägt

daher vor, der Erbprinz solle mit einem solchen Auftrag des Herzogs sich zum König nach Berlin begeben ¹⁾. Der Vorschlag Carls hat in Neustrelitz Verständnis gefunden. Noch im Januar reist der Erbprinz nach Potsdam, von wo er dem Vater in einem Geheimbericht vom 21. Januar mittheilt, „die Neigungen und Dispositionen seien die besten“. Doch, sei, wie er befürchtet habe, der König noch nicht mit sich einig. So ließe sich zunächst wenig sagen, doch habe man zu Hoffnungen berechtigten Anlaß ²⁾.

In Berlin war damals bereits die Nachricht von Dords Tauroggener Vertrag eingetroffen. In der Beurteilung dieses Ereignisses standen sich aber verschiedene Auffassungen gegenüber. Während die einen darin den ersten Schritt auf dem Wege zur Befreiung sahen, und auf Entschliebungen in diesem Sinne drängten, überwog bei den anderen das Gefühl, man dürfe nur nicht übereilt handeln, vielmehr bei größter Vorsicht und Bedächtigkeit zunächst noch eine abwartende Stellung einnehmen. Vor allem war der König noch keineswegs dafür zu gewinnen, unverzüglich im Anschluß an Rußland den Entscheidungskampf mit Napoleon aufzunehmen.

Prinz Carl ist es dann wiederum, der mit greifbaren Vorschlägen hervortritt. Aus Breslau drängt er am 25. Februar seinen Bruder, für schnelle Errichtung eines neuen Contingents Sorge zu tragen. Er zeichnet bereits in großen Zügen dessen Organisation in vier Kompanien zu 200 Mann und spricht die Überzeugung aus, sein Vorschlag sei ausführbar. Denn er rechnet fest mit der dazu erforderlichen freiwilligen Beteiligung des Adels und der Bürgerschaft. Auch die Möglichkeit, das gesamte Contingent könne aus Freiwilligen bestehen, die sich selbst kleiden, wird von Carl erörtert ³⁾.

Am 19. März wendet er sich dann in eindringlichen Vorstellungen unmittelbar an den Vater: „Handeln müssen wir, und zwar zuerst, da wir der geographischen Lage nach und der Verwandtschaft nach die nächsten sind, und tüchtig und schnell müssen wir nicht nur aus diesen beiden Gründen, sondern des Beispiels und des eigenen Vortheils wegen handeln. Das erste Beispiel wirkt auf alle andern Fürsten, und dient ihnen zum Maassstab, zumal wenn es von einem so allverehrten Senior aller deutschen Fürsten kommt und ausgeht. Ich rechne es als ein besonderes Glück, daß wir sogar durch alle diese Umstände gedrungen sind, die ersten und thätigsten zu sein. Nur eins bitte ich, und das recht dringend und angelegentlich, handeln Sie gleich ohne allen Zeitverlust ⁴⁾.“

Wir sehen aus diesen Beispielen, daß eine Bereitwilligkeit zur Teilnahme am Befreiungswerke zum mindesten in der jüngeren

¹⁾ Familienarchiv. 37. 154.

²⁾ Familienarchiv. 9. V. 90.

³⁾ Familienarchiv. 37. 159.

⁴⁾ Familienarchiv. 9. VI. 129.

Generation des Strelitzer Herrscherhauses von Anfang an nicht abzustreiten ist.

Nicht erst durch Carls erneutes Drängen aber sind inzwischen in Neustrelitz die ersten Schritte getan worden. Am 17. März bestätigt Carl seinem Bruder den Empfang von dessen Schreiben vom 12. März und beteuert: „euer Cavallerie Plan stimmt ganz mit meiner Ansicht überein“¹⁾. Demnach hat man sich in Neustrelitz bereits zur Errichtung eines Kavallerie-Kontingents entschlossen und Carl diese Pläne mitgeteilt. Carl gibt sie noch am 17. März auf dem Diner anlässlich des Auszuges der Freiwilligen in Breslau an den König weiter und berichtet von seiner Audienz, wie er den König im Auftrag des Vaters um Erlaubnis gebeten habe, „die schwachen Kräfte, die wir zusammenbringen könnten, ihm zu Pferde stellen zu dürfen, theils weil in einem Augenblick wie dieser, Cavallerie am nützlichsten und also am willkommendsten schien, theils weil unsre Landsleute bessere Reuter als Fußgänger wären und wir als ein für Pferdezucht bekanntes Land es uns als eine Art Pflicht anrechneten, ihm mit unsern besten und nützlichsten Produkten zu dienen.“ Der König sei darüber sehr erfreut gewesen. Weiter betont Carl aber, jetzt müsse auch ein ganzes Regiment Kavallerie von 600 Mann gestellt werden. Offiziere würde er gegebenenfalls senden können. Nachdrücklich drängt Carl vor allem wieder auf beschleunigte Entscheidung. „Dann aber handelt, handelt und nochmals handelt und das schnell; denn wir müssen nun einmal obenauf bleiben, und die ersten unter den deutschen Fürsten an Eifer und Bereitwilligkeit sein und bleiben.“

Am selben Tage, an dem in Breslau dem Könige durch Prinz Carl das Angebot, Kavallerie zu stellen, unterbreitet worden ist, ist von Neustrelitz das erste offizielle Anerbieten an Preußen abgegeben, über Medlenburg-Strelitz im kommenden Krieg verfügen zu wollen. Der Herzog kommt zunächst auf die Mission des Erbprinzen im Januar zurück und wiederholt seine Bitte an den König, über ihn „zu disponieren, wenn Sie Sich bewogen fühlen sollten, für die Sache Deutschlands — ich möchte hinzufügen für die Sache Gottes und der Welt — die Waffen zu ergreifen.“ Es wird weiter auf russische Anträge hingewiesen, die in Schwerin eingelaufen sind und auch Strelitz bevorstehen. Bemerkenswert ist nun, daß man in Neustrelitz darauf Bedacht nimmt, mit Preußen zu verhandeln, bevor russischerseits Anträge gestellt worden sind. „Schließen sich die deutschen Fürsten und Völker an Ew. Majestät als den Mächtigsten unter ihnen, so erhält die deutsche Sache dadurch einen Zusammenhang und eine Haltung, die sie in jedem anderen Falle nothwendig entbehren würde.“ Bezüglich der russischen Anträge im speziellen heißt es dann weiter: „es würde mir höchst beruhigend und erfreulich sein,

¹⁾ Familienarchiv. 37. 160.

wann ich mich bereits einer gegen Ew. Majestät eingegangenen Verbindlichkeit rühmen könnte.“ Mögen hier auch die engen Beziehungen zu Preußen mitgespielt haben, der Gedanke ist nicht von der Hand zu weisen, daß für die Regierung und den Herzog auch die Überzeugung von Bedeutung gewesen ist, der Befreiungskampf müsse in erster Linie als nationale Tat aufgefaßt werden. Die Befreiung soll darum von den Deutschen unter Führung eines deutschen Fürsten ausgehen. Diese bereits so frühzeitig betonte Ablehnung jeder fremden Bevormundung in nationalen Belangen gibt beredtes Zeugnis davon, wie sehr man in Neustrelitz den Befreiungskampf als deutsche Sache ansah, die nicht durch fremde Mächte und deren Wünsche beeinflusst werden sollte. Das Schreiben schließt mit der Versicherung: „Eine förmliche Aufforderung von Ew. Majestät zur Stellung von Truppen nach den besten Kräften meines Landes zu Höchst Ihrer Disposition, ist in diesem Augenblick mein größter, dringendster Wunsch!“¹⁾

Wir haben also festzuhalten, daß Mecklenburg-Strelitz sich dazu bekannt hat, den Befreiungskrieg als nationale deutsche Sache zu behandeln. Da es sich daneben um einen Kampf gegen die napoleonische Weltmacht handelte, war man auf auswärtige Hilfe angewiesen. Sie ließ sich nicht vermeiden, sollte aber nicht dazu führen, daß fremde Wünsche ausschlaggebend würden, sofern es sich um nationale Belange Deutschlands handelte. Dieses Schreiben des Herzogs gehört nicht in die Privatkorrespondenz des herzoglichen Hauses, sondern zu den Akten der Regierung. Es handelt sich also hierbei um einen offiziellen Schritt der Neustrelitzer Regierung, zu dem der Herzog seinen Namen gegeben hat. Wir werden wohl auch in der Annahme nicht fehlgehen, daß diese Gedanken nicht unmittelbar dem Herzog zuzuschreiben sind, sondern daß sich darin die Einstellung seiner Regierung, vor allem der in ihr maßgebenden Männer, der Staatsminister von Derken und von Penz widerspiegelt. Die beiden Männer, die durch ihre Stellung für die Entscheidungen des Herzogs ausschlaggebend und verantwortlich gewesen sind, treten uns hier mit Anschauungen entgegen, die sie über den Kreis gewöhnlicher Kleinfürstlicher Minister hinausheben. Insbesondere hat das von August von Derken zu gelten, der der eigentliche Führer Mecklenburg-Strelitz's im Befreiungskriege gewesen ist. Wir werden der Tätigkeit dieses Mannes noch wiederholt begegnen und in anderem Zusammenhange eingehender seine Bedeutung zu erörtern und seine Persönlichkeit zu würdigen haben. August von Derkens Horizont reichte weit hinaus über die engen Grenzen seines unmittelbaren Vaterlandes. Er wußte sein Mecklenburg eng verbunden mit dem Schicksal Deutschlands. So war ihm, wie wir sehen werden, kein Opfer zu gering, das der Freiheit Deutschlands galt. Unermüdlich hat er sich dafür eingesetzt,

¹⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 1.

im Befreiungskampfe, der ihm kein Krieg der Kronen, sondern ein Krieg des Volkes war, seiner Heimat einen ehrenvollen Platz zu verschaffen ¹⁾.

Nachdem inzwischen der Erbprinz in Berlin mit dem Könige weitere Einzelheiten über die Organisation des Kavallerieregimentes besprochen hatte, die in anderem Zusammenhang zu behandeln sind, nehmen die schriftlichen Verhandlungen ihren Fortgang. Da der König dem Erbprinzen gegenüber ausgesprochen hatte, eine offizielle Aufforderung an Mecklenburg-Strelitz zur Teilnahme müsse gemeinschaftlich von Preußen und Rußland ausgehen ²⁾, richtet der Herzog nunmehr auch an den Zaren ein Schreiben, das über den Rahmen einer Huldigung jedoch nicht hinausgeht; am 31. März wird es an den König überliefert, der die Übergabe an den Zaren übernommen hatte. Gleichzeitig wird wiederum der Wunsch ausgesprochen, der König möge dem Herzog die freudige Gewißheit verschaffen, daß den preußischen Truppen zur Seite die strelitzschen in den Kampf ziehen könnten ³⁾. Ein preußisches Bündnisangebot an den Herzog ist also immer noch nicht erfolgt, obschon dieser mehrfach bereits und rechtzeitig seine Bereitwilligkeit hatte erkennen lassen.

Endlich trifft die ersehnte Antwort des Königs in Neustrelitz ein. Am 31. März schreibt dieser aus Breslau: „Rechnen Sie darauf, daß wir Sie mit Vergnügen in dem Bunde, welchen wir zur Sicherung der Freiheit Deutschlands geknüpft haben, aufnehmen werden“ ⁴⁾. Anfang April also erhält der Herzog erst ein Bündnisangebot, das anzunehmen er bereits zum mindesten einen Monat vorher gewillt gewesen ist. An ihm hat es nicht gelegen, wenn es so spät dazu gekommen ist. Vielleicht dürfen wir einen Grund für die Verzögerung darin sehen, daß der König, im Gegensatz zu der Auffassung, die man in Neustrelitz hatte und die in erster Linie auf ein Bündnis allein mit Preußen zielte, ein solches Angebot nur gemeinsam mit seinem Alliierten stellen wollte. Denn noch war Rußland die einzige Macht, von der tatkräftige Unterstützung erfolgen konnte. Preußen war aber auf diese angewiesen und durfte darum nur im Verein mit seinem Verbündeten handeln. Des weiteren wird in diesem Schreiben des Königs der Wunsch ausgesprochen, der Herzog möge gleich Mecklenburg-Schwerin einen Beauftragten in das russische Hauptquartier senden, da man der Ansicht sei, es solle mit jedem Fürsten gesondert das Bündnis abgeschlossen werden. Mit dieser Mission wird der Minister von Penz vom Herzog betraut.

¹⁾ Eine Würdigung August von Derzhens findet sich bei J. v. Malthahn, Einige gute Mecklenburgische Männer. Bismar 1882. S. 145 ff.

²⁾ Familienarchiv. 9. V. 95.

³⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 2.

⁴⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 3.

IV. Penz's Abordnung und seine Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat in Breslau und Dresden.

Am 7. April erhält Penz seine Instruktionen, nach denen er beauftragt wird, mit den verbündeten Monarchen ein Bündnis abzuschließen, in welchem sich der Herzog gegen Garantie seines Besizes verpflichtet, „ein Regiment Husaren von 450 Mann ins Feld zu stellen und zu erhalten“. Auch soll Penz gegebenenfalls darauf hinweisen, daß der Herzog damit eine außerordentlich große Verpflichtung übernehmen wolle, durch die er seinen Eifer für die Sache beweise und die „den glücklichen Ausgang der allgemeinen Sache“ sicherstelle, „wenn alle nach dem Maaße ihrer Kräfte ein Gleiches tun“¹⁾. Gleichzeitig erhält Penz eine Vollmacht zur Abschließung des Vertrages und Schreiben an den Zaren und den König, die seine Vollmacht beglaubigen. Auch an Hardenberg, wie an Stein soll Penz Briefe übergeben²⁾. An Stein läßt der Herzog u. a. schreiben: er entsende Penz an die verbündeten Monarchen, um sie „nicht allein meines guten Willens zu versichern, sondern ihnen zugleich auch den Überblick der Mittel zu geben, welche mir in Berücksichtigung der Kräfte meines Landes zu Gebote stehen, und deren eifrige Ergreifung von Seiten der deutschen Fürsten allein entscheiden kann, ob sie es wirklich wert sind, Deutsche Fürsten zu sein. ... Unendlich glücklich macht es mich, daß diese so schöne und große Veranlassung mir zugleich Gelegenheit gibt, mit Ew. Exzellenz in nähere Berührung zu kommen. Deutschland hat Sie schon lange als einen seiner ersten Männer in jeder Hinsicht anerkannt. Wie könnte ich demnach anders, als mit der gerührtesten und hoffnungreichsten Freude Sie da sehen, wo ich Sie sehe?“ Dieses Schreiben spricht für die große Wertschätzung, deren sich der Reichsfreiherr damals in Neustrelitz erfreute. Eine Notwendigkeit zu diesem Schreiben lag für den Herzog keineswegs vor. Im Gegensatz zu Wehél, der meint, der Herzog habe Penz an Stein entsandt³⁾, haben wir festzustellen, daß Penz's Auftrag an die Monarchen lautete, keineswegs an Stein. Weder von der Einsetzung eines Zentralverwaltungsrates, noch von dessen Obliegenheiten, noch auch von der ausschlaggebenden Rolle, die Stein in ihm spielte, war der Neustrelitzer Regierung etwas bekannt.

Am 13. April trifft Penz in Breslau ein, wo er die Monarchen, wie auch Hardenberg nicht mehr antrifft; doch bleibt er zunächst in Breslau, da er Hardenbergs Rückkehr abwarten will. Hier in Breslau erhält Penz durch eine Zeitung vom 12. April die erste Nachricht von Kutusoffs Kalischer Aufruf und damit überhaupt von der Einsetzung eines Zentralverwaltungsrates. Es handelt sich hierbei

¹⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 8.

²⁾ Akt. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 7.

³⁾ Wehél, S. 93.

um die letzte Phase von dessen Entstehung, um die Bekanntmachung der am 4. April erfolgten Gründung. Penz übersendet ein Exemplar der Zeitung unverzüglich an den Herzog mit dem Bemerken, die Bekanntmachung habe ihn „nicht wenig in Verwunderung gesetzt“ und er müsse annehmen, daß ihm bei der Ausübung seines Auftrages noch „unerwartete Vorkommenheiten“ bevorstehen würden¹⁾. Er sollte mit seiner Ahnung nur allzusehr Recht behalten.

Am 16. April kehren der König und Hardenberg nach Breslau zurück. Am 17. April erlangt Penz eine Audienz beim König und überreicht diesem das Schreiben des Herzogs. Bedeutende Ergebnisse zeitigt diese Audienz jedoch nicht. Im Anschluß daran erhält Penz auch bei Hardenberg eine Audienz, bei der er unverzüglich auf die Rufusoffische Bekanntmachung zu sprechen kommt. Penz weist nachdrücklich darauf hin, daß diese Bekanntmachung im nördlichen Deutschland der deutschen Sache nicht dienen könne. Im Gegentheil, die vielfach unbestimmte Abfassung derselben könne zu den verschiedensten Deutungen führen und der am Schluß ausgesprochene „Befehl an alle öffentliche Beamte und Einwohner des nördlichen Deutschlands“ müßte „bei dem Mangel aller näheren Aufklärung über die Vereinbarungsprinzipien der zum Kampfe gegen Frankreich in näherer Verbindung treten wollenden Staaten eine Art Mißempfindung erregen“. Hardenberg habe dieser Ansicht nicht widersprochen und ausgeführt, die Bekanntmachung gelte zunächst denjenigen Ländern, „die dem Feinde abgezwungen würden oder deren Gouvernements sich zur Coalition gegen Frankreich nicht besonders geneigt zeigen dürften“. Außerdem habe Hardenberg gemeint, alle Staaten, die dem Bündnis gegen Frankreich beitreten, sollten an diesem Verwaltungsrat teilnehmen. Einzelheiten jedoch habe Hardenberg nicht zu nennen gewußt. Endlich fügt Penz noch die Namen der den Verwaltungsrat in Dresden bildenden Kommissionsmitglieder hinzu. Stein sei von russischer Seite zugleich zum Präsidenten ernannt. Unter den russischen Staatsräten befände sich Graf Rotshuben, unter den preussischen Staatsrat Schön²⁾.

Von Breslau aus reiste Penz weiter nach Dresden, um dort durch Nesselrode eine Audienz beim Zaren zu erlangen und mit Stein, dessen neue Funktion ihm ja inzwischen bekannt geworden war, Rücksprache zu nehmen. Am 29. April berichtet er über eine Audienz beim russischen Staatskanzler Nesselrode, dem er den Zweck seiner Reise mitgeteilt habe; dieser bestände in folgenden Punkten: „1. Wiederholte Darbringung der größten Ehrfurchts-Versicherung gegen Se. Kaiserl. Majestät. 2. directe und möglichst förmliche Anschließung Ew. Herzogl. Durchlaucht an das Coalitionsbündnis gegen

1) Act. Coll. Acti. Abordnung Penz's. 10.

2) Act. Coll. Acti. Abordnung Penz's. 14.

Frankreich. 3. nähere Darlegung oder Entwidlung der von Herzogl. Medlenburg-Strelitzer Seite zu dem jehigen Kampfe darzubringenden Kräfte.“ Endlich erwähnt Penk seinen Auftrag, dem Zaren ein Huldigungsschreiben des Herzogs zu übergeben. Nesselrode habe darauf erwidert, der Zar sei augenblicklich verreist, die erbetene Audienz sei daher erst bei dessen Rückkehr möglich. „Im übrigen müsse er mich auffordern, mich an den Minister von Stein zu wenden und mit selbigem zu conferieren“¹⁾. Über diese am 28. April erfolgte Unterredung mit Stein berichtet Penk ausführlich. Stein habe ihm zunächst eröffnet, eigentlich sei der zum Generalbevollmächtigten für das nördliche Deutschland ernannte Herr von Mopäus derjenige, an den sich die Regierungen dieser Länder zu wenden hätten. Penk bittet dann Stein um Auskunft in Fragen des Verwaltungsrates und erhält die schroffe Antwort, „daß die Ratussoffische Russisch-Preussische Erklärung eine genügende Beantwortung in Ansehung der Veranlassung dieser Commission enthalte.“ Die russischen Bevollmächtigten seien Stein und Graf Rotschubey, die preussischen die Staatsräte von Schön und von Rhödig. Die Nennung eines hannoverschen Mitgliedes werde erwartet. Für die kleineren norddeutschen Staaten sei vorgesehen, daß sie insgesamt im Verwaltungsrat eine Stimme erhalten sollten; „ein anderes sei nicht möglich, wenn nicht ein Polnischer Reichstag daraus werden sollte“. Im übrigen könne man sich mit diesen Konstituierungsfragen jetzt nicht aufhalten; „da der Krieg schon wirklich existiere, so sei auch das volle Geschäft auch schon wirklich vorhanden“. Penk fährt dann wörtlich fort: „Ich leugne nicht, daß es mir in dem Anfange der Unterredung Mühe kostete, die zur mündlichen Unterhaltung mit diesem sehr ausgezeichneten, aber auch sehr heftigen und schnellen Mann erforderliche ruhige Stimmung zu erhalten. Unverkennbar leuchtet aus den Äußerungen des Herrn von Stein dessen Mißtrauen gegen alle Regierungen der kleineren deutschen Staaten hervor. So unter anderem kam er mir auch mit der Äußerung entgegen: „Sie werden auch vielleicht wie Herr von Plessen²⁾ gegen die Ihnen zugemutet werdenden Lasten protestieren und Sie werden wahrscheinlich Ihre Vollmachten nicht für genügend erachten, um sich über unsere Forderungen zustimmig erklären zu können.“ Nach einer längeren und sehr offenen Unterhaltung, in welcher ich Ew. Herzogl. Durchl. Absichten und Willfährigkeit zur Teilnahme an dem gemeinschaftlichen Kampfe gegen Frankreich darlegte, erreichte ich es, dem Herrn von Stein eine richtige Ansicht und Würdigung der Gesinnungen Ew. Herzogl.

¹⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penk's. 19.

²⁾ Der Schwerinsche Minister von Plessen war zu gleichem Zwecke wie Penk in das Hauptquartier entsandt worden. Vgl. Wegel S. 77 ff.

Durchl. zu geben.“ Stein versprach dann Penz, ihm die Forderungen, die man Plessen vorgelegt habe, zu übersenden¹⁾.

Schon vorher, am 26. April, hatte Penz von Mopäus im Auftrage des Verwaltungsrates ein Schreiben an den Herzog erhalten, in welchem Mopäus als Bevollmächtigter für Medlenburg, Lübed und Hamburg angekündigt wird²⁾. Seine Wirksamkeit soll darin bestehen, „in den Angelegenheiten der Polizei, der Finanzen und des Militär Wesens, insofern diese Verwaltungszweige auf die Sicherheit, den Unterhalt und die Vermehrung der verbündeten ... Heere Bezug haben, einzuwirken, sich über diese Gegenstände, namentlich über die Verpflegung der stehenden oder durchmarschierenden Truppen von Militär Kontingenten und die Errichtung einer Landwehr oder eines Landsturmes mit den verschiedenen Regierungen zu einigen und mit ihnen, unter Vorbehalt unserer Genehmigung abzuschließen.“ Der Herzog wird gebeten, seine Regierung anzuweisen, in den betreffenden Angelegenheiten sich an Mopäus zu wenden „und demjenigen, was er für nötig erachtet, die gebührende Rücksicht nicht zu versagen“. Mündlich nennt Mopäus Penz gegenüber als Leistung Medlenburg-Strelitz's vorläufig: 1. 172 Wispel Roggen, 2. 430 Wispel Hafer und Gerste, 3. 6000 Rtl. Bargeld monatlich. Penz entgegnet Mopäus ebenfalls unverbindlich und vertraulich, daß die Naturallieferungen vielleicht noch vor der Ernte erfüllt werden könnten, wie jedoch die Bargeldzahlung bei dem Mangel allen baren Geldes ausgeführt werden solle, könne er nicht absehen. Mopäus erwidert darauf, die Leistungen seien für die beiden Medlenburgischen Herzogtümer nach dem Verhältnis von 1:7 abgeschätzt. Penz verweist sodann auf die erheblichen Kosten, die die Aufstellung des Husaren Regiments verursache, worauf Mopäus meint, da diese Kosten bei anderweitigen Leistungen die Kräfte des Landes übersteigen müßten, riete er, soweit es noch anginge, die Stellung von Militär einzuschränken. Penz erklärt dies jetzt für unmöglich und setzt auseinander, die bereits verwandten Kosten müßten billigerweise bei den anderen geforderten Leistungen verrechnet werden; die Billigkeit dieses Gedankens gibt Mopäus auch zu, kann aber darüber zunächst keine bindenden Erklärungen abgeben und verweist darum auf die noch vorzunehmenden Besprechungen in Hamburg, wo er ursprünglich sich ständig aufzuhalten dachte. Die militärische Lage hat ihn jedoch dann veranlaßt, sich an den Medlenburg-Schweriner Hof nach Ludwigslust zu begeben.

1) Die von Wezel vorgetragene zunächst erfolgte Abweisung Penz's an Mopäus, worauf Stein dann „das Gewissen schlug“ (Wezel S. 93) und er Penz doch die erbetene Unterredung gewährte, steht im Widerspruch zu diesem Bericht Penz's, in dem P. von einer solchen Behandlung sicher geschrieben hätte.

2) Auch das folgende ist dem Pro Memoria Penz's vom 29. IV. entnommen. Act. Coll. Ecti. Abordnung Penz's. 19.

Da die beiden mecklenburgischen Regierungen inzwischen überein gekommen waren, möglichst gemeinsam vorzugehen, werden die wesentlichsten Punkte des Penz'schen Berichtes unverzüglich nach Schwerin mitgeteilt. Am 4. Mai schreibt Staatsminister v. Derzhin an den schwerinschen Minister v. Plessen. Die Funktionen des Verwaltungsrates werden auseinander gesetzt. Dieser solle alle Gegenstände, die mit dem Krieg in Zusammenhang stünden, dirigieren, bestände zunächst nur aus russischen und preussischen Mitgliedern, ein englischer für Hannover würde demnächst erwartet, die kleineren Fürsten sollten insgesamt einen Vertreter ernennen, damit — hier zitiert Derzhin wörtlich Stein — „das Ganze nicht ein Polnischer Reichstag werde“. Zwar sei der Verwaltungsrat noch nicht vollständig gebildet, müsse aber bereits seine Tätigkeit beginnen, da der Krieg schon vorhanden sei. Für die Länder diesseits der Elbe sei Mopäus zum Bevollmächtigten ernannt, „mit ihm ist gut verhandeln“ fügt Derzhin hinzu. Bemerkenswert sind aber vor allem die weiteren Ausführungen Derzhins, aus denen mit außerordentlicher Klarheit hervorgeht, wie er den Verwaltungsrat auffaßt und Mecklenburgs Stellung zu ihm behandelt wissen will. Zu den bevorstehenden Verhandlungen mit Mopäus in Hamburg schlägt er gleichzeitiges Vorgehen der beiden Herzogtümer vor; gemeinschaftlich könne es nicht betrieben werden, da Mecklenburg-Strelitz verhältnismäßig mehr Militär stelle als Mecklenburg-Schwerin. Unter allen Umständen müsse darauf gedrungen werden, daß als Maßstab die Stellung des Militärs gelte, und die übrigen Leistungen als Ergänzung dazu aufgefaßt würden, in soweit die Verpflichtungen durch Stellung von Militär nicht erfüllt worden seien. „Diese Form scheint mir würdiger bei einem Kriege wie der gegenwärtige, als wenn man von uns nur Lebensmittel und Geld fordert und sich allenfalls nur abrechnen läßt, was wir an Menschen geben!“ Es müsse betont werden, daß die Mecklenburger Herzöge bisher die einzigen seien, die förmlich ihren Beitritt zum russisch-preussischen Bündnis erklärt hätten. Unter dieser Voraussetzung sei es nur billig, daß sie ein Mitglied im Verwaltungsrat stellten, „damit in Rücksicht ihrer die Form einigermaßen gerettet würde“. Jedoch könne man sich auch mit Hamburg und Lübeck, ja auch mit dem Herzog von Oldenburg, der wegen Estlin interessiert sei, auf gemeinsame Vertretung einigen. Es komme doch hauptsächlich darauf an, daß man nicht ausschließlich von außen her eine Behörde wie den Verwaltungsrat über sich gesetzt bekäme. Derzhin gibt die Notwendigkeit eines militärischen Zusammenhanges aller Kräfte durchaus zu. Vorzüglich die kleineren Fürsten hätten ein Interesse daran, nicht allein zu stehen und aus eigener Kraft vergeblich zu versuchen, ihre Selbstständigkeit zu retten. Doch seien die militärischen Anstrengungen temporär, Einrichtungen wie der Verwaltungsrat aber könnten Richtung gebend für die Zukunft werden. Die Spannung

des Augenblickes bringe es nur zu leicht mit sich, „daß das künftige Verhältnis schon jetzt zugeschnitten wird; aber wenn Deutschland Deutschland bleiben soll, so muß man bei Zeiten dafür sorgen, und dahin streben, daß nicht ein ganz komplettes Amalgama entstehe“¹⁾.

Benk hatte inzwischen in Dresden vergeblich versucht, festzustellen, was mit Mecklenburg-Schwerin verhandelt sei, um daraus die zu erwartenden Forderungen an Strelitz zu ersehen. Am 30. April übersendet ihm dann Schön eine Aufstellung der Forderungen an Schwerin, und der daraus im Verhältnis von 300 000 zu 70 000 Seelen folgenden Forderungen an Strelitz. Demnach hätte Strelitz zu stellen

- 1200 Mann Infanterie,
- 1100 Mann Landwehr,
- 14 000 Rtlr. monatlich, welche für 2—3 Monate in Pferden angenommen werden können.

Da aber nun die Leistungen Schwerins herabgesetzt worden sind, hat auch Strelitz weniger zu leisten, nämlich:

- 200 Mann Infanterie,
- 2000 Mann Landwehr,
- 9000 Rtlr. monatlich,
- 35 000 Rtlr. in Naturalien.

Auf diese Forderung antwortete Benk ausführlich am 3. Mai. Mecklenburg-Strelitz sei schon längst entschlossen gewesen, dem Bündnis zur Befreiung des Vaterlandes beizutreten. Diesem Wunsche habe der Herzog durch Schritte nach außen hin vor geraumer Zeit Ausdruck gegeben, und auch durch Vorkehrungen im Innern die Aufrichtigkeit seiner Absichten bewiesen. Auf Grund der bereits Mitte März mit Preußen gepflogenen Verhandlungen habe Mecklenburg-Strelitz dann, nachdem dieser Vorschlag ausdrücklich vom König gut geheißsen und begrüßt worden sei, die Stellung eines mindestens 450 Mann starken Husaren-Regiments übernommen, dessen Errichtung ebenfalls seit Mitte März betrieben sei und augenblicklich seinem Abschluß nahe sein dürfte. Seit Anfang April sei man eifrig mit der Organisation des Landsturmes beschäftigt. So glaube man, berechtigten Anspruch darauf zu haben, mit diesen Anstrengungen den Verpflichtungen gegenüber dem Vaterlande nachgekommen zu sein und den Erwartungen der Alliierten entsprochen zu haben. Er selbst sei beauftragt worden, mit den verbündeten Mächten unter den genannten Voraussetzungen ein Bündnis abzuschließen. Erst in Breslau habe er Kenntnis erhalten von der Ernennung des Verwaltungsrates und habe sich unverzüglich nach Dresden begeben, um mit dieser, ihm bis dahin unbekannten Behörde in Verhandlungen zu treten. Auf die ihm am 30. April gewordene Mitteilung habe er folgendes zu erwidern:

¹⁾ Act. Coll. Sect. Abordnung Benk's. 21.

Die Grundsätze und Grundlagen des Verwaltungsrates seien ihm noch zu unbekannt, um sich von Irrtümern hinsichtlich des Charakters dieser Behörde frei halten zu können. Hinsichtlich des auf Grund der Bevölkerungsziffer festgesetzten Verhältnisses von 1:4²/₇ zwischen Schwerin und Strelitz bemerke er, daß zwischen den beiden Ländern bei ökonomischen und finanziellen Fragen ein Verhältnis von 1:7 zum Maßstab genommen werde, so z. B. seien auch die Leistungen für die französischen Heere verteilt worden.¹⁾ Für kleinere Länder sei ein Kräftemaßstab nach der Bevölkerungsziffer auch deswegen viel ungünstiger, weil in diesen die Verwaltungsbehörden verhältnismäßig viel mehr Kräfte beanspruchen, als in den größeren.²⁾ Endlich sei zu berücksichtigen, daß Strelitz Schwerin gegenüber durch den Mangel an Seeküsten bedeutend stärker im Nachteil sei, als die Bevölkerungsziffer dies ausdrücke. Daher müßte den Leistungen beider Länder das genannte Verhältnis von 1:7 zu Grunde gelegt werden; die Leistungen Strelitz's würden dann folgendermaßen lauten:

735 Mann Infanterie,
714 Mann Landwehr,
8571 Rtlr. monatlich,
oder nach Herabsetzung der Leistungen
123 Mann Infanterie,
1286 Mann Landwehr,
5714 Rtlr. monatlich
und 21429 Rtlr. in Naturalien.

Weiterhin müßten die zur Errichtung und Unterhaltung des Husaren-Regiments verwandten Kosten in Anrechnung gebracht werden, wenn noch weitere Leistungen gefordert werden sollten. Es sei allerdings nicht ersichtlich, was man in der Note des Verwaltungsrates unter Landwehr zu verstehen habe, ob eine Nachbildung der russischen Landmilizen, die die Grenzen des Reiches überschritten haben und reguläres Armeemilitär geworden sind, oder der preußischen Landwehr, die der Armee als Reserve weit über die Landes- und Provinzialgrenzen folgt; doch würde in Mecklenburg-Strelitz die Landwehr nur „als die erste Abtheilung seines Landsturms, als die erste, streitkräftige Linie desselben betrachtet“. Da beide Herzogtümer die gleiche Verfassung hätten, sei der Wunsch berechtigt, daß die Verhandlungen zwischen dem Ver-

¹⁾ Vgl. den gleichen Prozentsatz in dem Brief Derhens an Blesien, Neustrelitz 4. Mai. Die Berechnung des Zentralverwaltungsrates steht auch im Widerspruch zu der mündlichen Erklärung Mopäus' (s. o.), es sei das Verhältnis 1:7 zu Grunde gelegt worden.

²⁾ Auch die vom Zentralverwaltungsrat angegebene Zahl von 70 000 Seelen steht im Widerspruch zu der zeitgenössischen Angabe von 60 000 Einwohnern bei Müller, Actenmäßige Darstellung der Teilnahme des Großherzogthums Mecklenburg-Strelitz an dem Krieg gegen Frankreich in den Jahren 1813 und 1814. Neustrelitz 1814. S. 21.

waltungsrat und Mecklenburg-Schwerin auch auf Strelitz so nah als möglich ausgedehnt würden. Desgleichen dürfte der Wunsch berechtigt sein, daß baldige Bestimmungen darüber verlautbar würden, in wieweit die an der Befreiung Deutschlands beteiligten Länder am Verwaltungsrat teilnehmen sollten. Billig müsse endlich bei dem ernstlichen Willen zur Mitwirkung am Befreiungskampfe der Wunsch Mecklenburg-Strelitz's erscheinen, durch eine eigene förmliche Akte als Mitglied des Bundes bestätigt zu werden.¹⁾

Auf diese Note antwortete Schön im Auftrag des Verwaltungsrates, die von Penz aufgestellten Grundsätze seien von denen des Verwaltungsrates nicht so abweichend, daß nicht eine Einigung erzielt werden könnte. Um die weiteren Verhandlungen zu beschleunigen, wird Penz um mündliche Rückäußerung gebeten.²⁾ Doch die Entwicklung der kriegerischen Operationen und der damit zusammenhängende Rückzug der Verbündeten aus Sachsen veranlaßt den Abbruch weiterer Verhandlungen. Am 7. Mai teilt Schön Penz mit, der Verwaltungsrat müsse Dresden verlassen; darauf begibt sich Penz noch einmal zu Stein, um Auskunft zu erhalten, wo die weiteren Verhandlungen sich abwickeln könnten. Stein vermag jedoch nichts genaues darüber zu sagen und erwidert, er werde im gegebenen Augenblick darüber nach Neustrelitz schriftlich Mitteilung machen. Da damit ein weiterer Aufenthalt Penz's in Dresden illusorisch wird, zumal es ihm auch nicht gelingt, die erwünschte Audienz beim Zaren zu erlangen, — das Schreiben des Herzogs hatte er an Nesselrode übergeben — sieht er nunmehr seine Mission als beendet an und reist nach Neustrelitz zurück, wo er am 17. Mai wieder eintrifft.

V. Die Verhandlungen zwischen Alopäus und der Mecklenburg-Strelitzer Regierung.

Inzwischen hatte Alopäus seine Tätigkeit aufgenommen. Am 23. Mai übersendet er dem Staatsministerium aus Ludwigslust die erste Aufforderung zur Lieferung von Naturalien. Mecklenburg-Strelitz soll danach aufbringen:

| | |
|-----------------------------------|---|
| 2000 | Scheffel Brod Roggen oder |
| 2285 ⁵ / ₇ | Scheffel Mehl, |
| 428 ⁴ / ₇ | Centner Fleisch in lebendigem Vieh, |
| 500 | Scheffel Gerste, Hafer, Buchweizen, Grütze oder |
| | doppelt soviel Gemüse an Erbsen, Bohnen, Linsen etc., |
| 147 ¹³ / ₂₁ | Anker Brandtwein, |
| 4285 ⁵ / ₇ | Scheffel Hafer oder Gerste, |
| 485 ⁵ / ₇ | Centner Heu, |
| 642 ⁶ / ₇ | Centner Stroh.“ ³⁾ |

¹⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 22.

²⁾ Act. Coll. Secti. Abordnung Penz's. 24.

³⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 1.

Auf dieses Schreiben hin beruft der Herzog am 27. Mai die Landesrepräsentanten nach Neustrelitz; am 28. Mai teilt die Regierung Mopäus mit: „Zur Beförderung der guten Sache erscheint Sr. Herzogl. Durchlaucht eine jede mögliche Anstrengung nie zu groß und haben Höchst Dieselben daher die erforderlichen Verfügungen treffen lassen, damit die gewünschten Naturalien zur Ablieferung bereit seien.“¹⁾ Die Versammlung der Regierungsmitglieder und Landesrepräsentanten beschließt am 30. Mai, die geforderten Naturalien, bis auf Fleisch und Brandwein, durch Repartition auf die Domänen und ritterschaftlichen Güter bereit zu stellen, Fleisch und Brandwein durch besondere Lieferungskontratte zu beschaffen und von dem dazu erforderlichen Gelde 2500 Rtlr. von den Städten, den Rest von der Ritterschaft und den Domänen zu gleichen Teilen einzuziehen.²⁾ In einem weiteren Schreiben vom 2. Juni stellt Mopäus in ziemlich scharfem Ton weitere Forderungen. Unter Bezugnahme auf die seinerzeit Penz gemachten Eröffnungen wird die Erwartung ausgesprochen, Mecklenburg-Strelitz werde sich zu monatlichen Geldzahlungen bereitfinden, und für den Augenblick wird eine Summe von 2000—4000 Rtlr. angefordert.³⁾ Diesen Forderungen nachzukommen erklärt sich die Regierung außer Stande, da die Organisation des Husaren-Regiments alle Kräfte des Landes derart in Anspruch nehme, daß weitere Barzahlungen nicht erfolgen könnten. Auch wird betont, man leiste wirklich soviel man irgend könne und es sei dem Herzog „recht schmerzlich, denken zu können, man halte noch größere Anstrengungen möglich, als Dieselben aus freiem Eifer mit Freuden, aber auch gewiß mit Resignation machen.“⁴⁾

Die Bereitwilligkeit, die Naturallieferungen zu leisten, findet auch die Zustimmung der Stände. Die Beschlüsse vom 30. Mai werden genehmigt. Zur Begleichung der Unkosten soll ein Steueredikt erlassen werden, bei dem lediglich Leistungen zu der in Frage stehenden Lieferung verrechnet werden können. Weiterhin werden die Preise für die einzelnen Naturalien und ihren Transport bis an die Grenze festgesetzt. Der Herzog erkennt die Bestimmungen auch für seine Domänen als verbindlich an.⁵⁾ Am 12. Juni geht Mopäus auf die Ablehnung der Geldforderungen durch die Regierung ein. Es könne den Verbündeten nicht zugemutet werden, allein die Kosten des Krieges, der im Interesse des gesamten Deutschland geführt werde zu bestreiten. Die Errichtung eines Husaren Regiments sei nicht „vorläufig mit den Verbündeten verabredet“ gewesen; jedenfalls aber hätte man dasselbe gleich den schwedischen Truppen

¹⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 3.

²⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 4.

³⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 5.

⁴⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 6.

⁵⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 7.

zu dem in Norddeutschland operierenden Wallmodenschen Korps stoßen lassen sollen. Da außerdem von Strelitz aus keine Anstalten zu weiteren Verhandlungen durch Absendung eines Bevollmächtigten an ihn gemacht würden, bliebe ihm nichts übrig, als dem Verwaltungsrat von der Weigerung der Regierung Mitteilung zu machen und dessen weitere Entscheidungen abzuwarten¹⁾. Dieses Schreiben ruft eine starke Mißbilligung und Erregung bei der Regierung wie auch in der herzoglichen Familie hervor. Der Erbprinz Georg will selbst Mopäus eine ausführliche Antwort übersenden und reicht den Entwurf dazu am 18. Juni Derßen ein. Wir dürfen ohne Frage annehmen, daß auch der Herzog selber um diesen Plan seines Sohnes gewußt und ihn zum mindesten nicht gemißbilligt hat. Also auch des Herzogs Ansicht von den Forderungen des Verwaltungsrates dürfte sich indirekt in diesem Antwortschreiben des Erbprinzen widerspiegeln. Georg wendet sich persönlich an Mopäus und spricht zunächst von den Gefühlen, die dessen Schreiben in ihm hervorgerufen habe, wo doch Mopäus durch persönliche Bekanntschaft und Aussprache über die innersten Empfindungen Gelegenheit genug gehabt haben müsse, zu erkennen, welcher lebendigen Anteil der Erbprinz und mit ihm ganz Mecklenburg an den augenblicklichen Ereignissen nehme. Georg kommt dann auf das Husaren Regiment zu sprechen und führt aus, wie dessen Errichtung einem Wunsch des Königs und längst abgeschlossenen Vereinbarungen mit diesem entspreche. Daß das Regiment unter preußischer Fahne kämpfen solle, beruhe gleichfalls auf Vereinbarungen mit dem König und auf dem begreiflichen Wunsch der Freiwilligen, die unter diesen Umständen unter einem Angehörigen ihres Herrscherhauses, unter Prinz Carl, kämpfen würden. Daß endlich das Regiment noch nicht marschbereit sei, liege an dem Mangel an Waffen — man hatte von Preußen die Zusage erhalten, mit Waffen auszuheffen; diese aber waren noch nicht eingetroffen —. Obwohl die Dresdener Verhandlungen ergebnislos geblieben sind und man demnach wohl Grund hätte, erst genauere Vereinbarungen mit dem Verwaltungsrat abzuwarten, habe man doch die geforderten Naturalien bereit gestellt und damit wiederum deutlich den guten Willen bewiesen. Wenn darum die Geldforderungen nicht erfüllt werden könnten, so sei es nicht billig, dieses einem Mangel an Opferbereitschaft zuzuschreiben. Daß ein Land, das während der Franzosenzeit vollständig ausgezogen worden, dessen Handel durch die Kontinentalsperre völlig gebrochen, das keine Gelegenheit gehabt, sich zu erholen, zu Bargeldleistungen nicht im Stande sei, müsse sich schließlich Mopäus auch selbst sagen können. Das Schreiben Georgs schließt mit den Worten: „Bisher habe ich stets nur die herrlichsten Eigenschaften in Ihnen verehrt, und wie sehr ich Ihre Güte und Freundschaft für mich zu schätzen

1) Act. Reg. Verwaltungsrat. 9.

wußte muß Ihnen gleichfalls sehr unzweifelhaft seyn. Lassen Sie mich daher hoffen, daß ich auch ferner bloß jener wohlwollenden Gesinnungen mich zu erfreuen haben werde, und daß ich nie mehr die Menge der schmerzlichen Gefühle durchempfinden soll, mit denen mich Ihr letztes Schreiben erfüllt.“ Dieser Brief Georgs kommt allerdings nicht zur Absendung; denn Derzzen schreibt am 20. Juni dem Erbprinzen, er könne seine Entgegnungen nur voll billigen, habe aber doch seine Bedenken, da natürlicherweise auf die überzeugenden Ausführungen des Erbprinzen Alopäus entweder sein Unrecht zugeben müsse „oder hinter noch größerer Annahme verbergen muß — und zu der letzten Partei dürfte er bei dem einmal betretenen Weg geneigter sein!“¹⁾.

Doch auch die Antwort der Regierung vom 16. Juni weist die Vorwürfe Alopäus' mit scharfer Deutlichkeit zurück. Die erste und einzige Aufforderung zur Teilnahme sei an Mecklenburg-Strelitz ergangen in dem Wunsch des Königs, der Herzog möge ihm ein Husaren-Regiment zur Verfügung stellen. Trotz der damit verbundenen erheblichen Opfer für das erschöpfte Land hat der Herzog unverzüglich diesem Wunsch Rechnung getragen. Jedes Wort des Tadel, das darum gegen den Herzog fällt, müsse als völlig unbegründet und den Tatsachen widersprechend zurückgewiesen werden! Die Verzögerung der Marschbereitschaft des Regiments erkläre sich einmal aus dem Mangel an Waffen, zum andern aus der anerkanntermaßen weitläufigeren und zeitraubenderen Organisation eines Kavallerie-Regiments. Daß bislang noch kein Bevollmächtigter nach Hamburg entsandt worden sei, liege daran, daß von Alopäus gar keine Aufforderung dazu ergangen, ja er selbst sich auch noch nicht in Hamburg befände. Denn „der Herzog weiß sonst warlich das Glück, französischer Willkür entzogen zu seyn, zu sehr zu schätzen, um da irgend zu säumen, wo auf liberale Weise Grundsätze festgelegt werden sollen“²⁾.

Bis dahin waren nennenswerte Einquartierungen in Mecklenburg-Strelitz nicht erfolgt. Bereitwillig geht aber die Regierung auf den Vorschlag des russischen Generals Czernitschew ein, das stark belastete Schweriner Herzogtum durch Übernahme eines Teils der Einquartierung nach Strelitz zu entlasten und zu diesem Zweck die auf Alopäus Wunsch bereitgehaltenen Naturalien zu verwenden³⁾. Doch kommt der Plan nicht zur Ausführung, da Czernitschew sich veranlaßt sieht, die Hälfte seines Korps nach Preußen und die andere Hälfte nach Strelitz zu verlegen, so daß das Land nunmehr eine Einquartierung von 1200 Mann und 1500 Pferden erhält, die auf sämtliche Städte des Landes verteilt werden. An eine Unterstützung Schwerins kann jetzt natürlich nicht gedacht werden.

¹⁾ Familienarchiv. 12. 1. 47. S. Anlage I.

²⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 10. S. Anlage II.

³⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 11—13.

Man befürchtet schon, daß die Vorräte für eine so bedeutende Besatzung nicht ausreichen werden. Die Einquartierung rückt am gleichen Tage ein, an dem das bis dahin im Lande kantonierende eigene Husaren-Regiment abmarschiert. Die drückende Last der Verpflegung veranlaßt die Regierung, am 18. Juli Czernitschew darum zu bitten, es möchte ein Teil der Truppen aus dem Lande gezogen werden. Das einzige jedoch, was Czernitschew auf diese Bitte tun kann, ist das Versprechen, keine neuen Truppen aus preussischem Territorium nach Strelitz einrücken zu lassen. Die Zahl der einquartierten Truppen kann nicht verringert werden. Trotz der vielfach von der Regierung betonten Tatsache, daß das Land am Ende seiner Kräfte sei, fordert ein Schreiben Mopäus' aus Doberan vom 2. August erneut und dringlich die Lieferung von Bargeld. Es sei nur billig, daß die kleineren norddeutschen Staaten in Anbetracht „ihrer minderen Anstrengung für die gemeinsame Sache“ feste Beiträge an die Verbündeten entrichteten. Die Verpflegung einquartierter Truppen könne der Verwaltungsrat grundsätzlich nicht als Vergünstigung anrechnen, weil es sonst dahin kommen müßte, daß jeder nur das trüge, was über jeden der Krieg bringe. „Wahrscheinlich wird Mecklenburg-Strelitz bei dem gegenseitigen Bedürfnis der Hilfsleistungen nicht nur bei sich Verpflegungskosten liquidieren, sondern dergleichen auch bezahlen wollen, wenn seine Truppen in fremdes Gebiet vorrücke. Geschieht dieses bei wieder erneuertem Feldzuge, so könnte sehr leicht die dann zu zahlende Vergütung die jetzt allenfalls zu fordernde übersteigen.“ — Der Brief schließt mit einer versteckten, aber desto deutlicheren Drohung: „Schließlich glaubt Unterzeichneter das Herzogliche Staatsministerium auf die hohe Wichtigkeit des gegenwärtigen Augenblicks, wo Krieg und Frieden auf der Waagschale, und also das Schicksal der kleineren deutschen Fürsten in den Händen der erhabenen Verbündeten Mächte liegt, welche gewiß berechtigt sind, nur nach dem Eifer dieser Ihnen beizutreten, den Ihrigen abzumessen, um sie wieder zu vertreten, es sei nun mit den Waffen oder im Wege der Unterhandlung 1).“ Nunmehr sieht sich auch die Regierung zu einer ausführlichen, sehr scharf gehaltenen Entgegnung veranlaßt, die vor allem diese im letzten Satz von Mopäus ausgesprochene Drohung zurückweist. Daneben bildet dieser Brief, da er in allem die Erklärung für das gesamte Verhalten der Regierung in den ersten Monaten des Krieges, insbesondere zum Verwaltungsrat, zu geben versucht, neben dem bereits genannten Entwurf des Erbprinzen, der die Stellung des Herrscherhauses zum Ausdruck bringt, das wichtigste Dokument für die Beurteilung des Verhaltens Mecklenburg-Strelitz's in den Befreiungskriegen.

Es ist in diesem Brief zunächst davon die Rede, daß der Herzog freilich durchaus den Standpunkt vertrete, daß jeder Staat bei

1) Act. Reg. Verwaltungsrat. 53.

diesem Kriege zu tun habe, was nur irgend in seinen Kräften stehe, daß man es aber dem Herzog nicht verübeln dürfe, wenn er die Übernahme von Verpflichtungen ablehne, deren Unerfüllbarkeit ihm schon jetzt genügend klar sei. Es sei ferner ungerecht, wenn die Unkosten der Einquartierung überhaupt nicht verrechnet würden, denn dann würde ein Land, das schwer unter Einquartierung zu leiden gehabt hätte, einem Lande gleich gestellt, das davon völlig verschont geblieben sei. Die wirtschaftliche Not des Landes, verursacht durch die harten Jahre der Franzosenzeit, durch die freiwillig übernommene Errichtung des Husaren-Regiments, die lange und harte Belastung durch Einquartierung und Durchmärsche, die durch alles dieses bedingte schlechte Ernte, dürfte nicht außer Acht gelassen werden. Bei Berücksichtigung aller dieser Umstände müsse jeder Unbefangene zugeben, daß getan werde, was irgend möglich sei. Mit deutlicher Schärfe werden die gegen den Herzog erhobenen Vorwürfe zurückgewiesen. Der Herzog verlange, daß man ihm eine würdige Gesinnung zutraue und edlere Motive als Selbstsucht und Kleinlichkeit, solange man nicht Beweise vom Gegenteil habe. Einer künftigen Verfassung sehe der Herzog mit Freuden entgegen, gebe auch die Notwendigkeit zu, zunächst in einer Zentralbehörde die zur Verfügung stehenden Kräfte zusammenzufassen. Diese Notwendigkeit sei jedoch erst dann vorhanden, wenn außer den Mecklenburgischen Herzogtümern auch noch andere Länder sich dem Befreiungskampfe angeschlossen hätten. Da jetzt eine Zeit gekommen sei, wo wieder die Grundsätze der Billigkeit und des Rechts Geltung hätten, sei auch der Wunsch des Herzogs verständlich, in dieser vorläufigen Behörde ebenfalls in irgend einer Form vertreten zu sein. Endlich fühle sich der Herzog zu dem offenen Bekenntnis verpflichtet, daß der Zentralverwaltungsrat „in dessen gegenwärtiger völlig unbestimmten Form“ hierfür nicht in Frage kommen könne, da er z. B. von England und Schweden abgelehnt sei, auch nicht das Recht habe, ausschließlich Leistungen zu fordern, denn gerade an Mecklenburg sei man auch von den verschiedensten anderen Seiten mit Forderungen herangetreten.¹⁾

Mit diesem Schreiben ist der Briefwechsel zwischen dem Verwaltungsrat und der Strelitzer Regierung abgeschlossen, zum Teil wohl durch dieses Schreiben veranlaßt, zum Teil wohl auch durch die kriegerischen Ereignisse, die Besetzung Hamburgs und den Rückzug der Verbündeten bis hinter Schwerin und Wismar.

Abschließend können wir die Verhandlungen des Herzogtums Mecklenburg-Strelitz mit dem Zentralverwaltungsrat in zwei Abschnitte teilen. Der erste umfaßt die Verhandlungen Penk's in Dresden. Doch kommt diesen nur eine geringe Bedeutung zu. Denn die Mission Penk's galt den verbündeten Monarchen und

¹⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 44. S. Anlage III.

sollte den Abschluß eines Bündnisses, vor allem mit Preußen herbeiführen. Damit, daß er an den Verwaltungsrat verwiesen wurde, sah sich Penz vor eine völlig neue und unerwartete Situation gestellt. Die einleitenden Verhandlungen führten zu keinem Ergebnis, da Penz dafür keine Aufträge erhalten hatte und darum auch betonte, keine bindenden Erklärungen abgeben zu können; lediglich seine persönliche Stellungnahme zu den Vorschlägen und Forderungen des Verwaltungsrates hat er wiederholt ausgesprochen. Dieser Teil der Verhandlungen interessiert nur soweit, als in ihm die Erwartungen des Verwaltungsrates offen ausgesprochen werden, für diesen also bereits ein Bild ergeben, und weiterhin soweit, als Penz hier Einwände macht, die später von der Regierung Mopäus gegenüber wiederholt werden. Der wichtigere Teil der Verhandlungen aber ist ohne Zweifel der Briefwechsel zwischen der Regierung und Mopäus. Aus ihm läßt sich die Stellungnahme beider Parteien deutlich erkennen. Das Ergebnis ist auch hier negativ.

Wir können aber schon jetzt ein Moment hervorheben, das für die Beurteilung des Verhaltens der Strelitzer Regierung dem Verwaltungsrat gegenüber von größter Tragweite ist. Wie wir gesehen haben, ist Mecklenburg-Strelitz in der ganzen Angelegenheit vor eine vollendete Tatsache gestellt worden. Man hatte in Neustrelitz angenommen, seinen Eintritt in die Befreiungskriege durch ein Bündnis mit den Monarchen vollziehen zu können und demgemäß, wie wir noch zu untersuchen haben werden, seine Anordnungen getroffen, und wird an eine Behörde verwiesen, deren Zwecke und Befugnisse zunächst ganz unbekannt sein mußten. Daß man hierüber völlig überrascht gewesen ist und dementsprechend dem Verwaltungsrat mit einer gewissen, durch Unsicherheit begründeten Zurückhaltung und Animosität begegnet ist, die sich dann zu immer stärkerem Mißtrauen steigerte und schließlich zu völliger Ablehnung führte, ist stimmungsmäßig aus dem fehlerhaften Schritt der Verbündeten erklärlich, Mecklenburg-Strelitz in einer so wichtigen Angelegenheit vor eine vollendete Tatsache zu stellen und es damit ganz seiner Regierung zu überlassen, wie sie sich damit abfinden wolle.

VI. Wekels Darstellung über die Verhandlungen des Zentralverwaltungsrates mit Mecklenburg-Strelitz und sein Urteil über das Verhalten des Herzogs und der Regierung.

Nachdem wir nunmehr den Verlauf der Verhandlungen verfolgt haben, betrachten wir zunächst, ehe wir in eine Kritik beider Parteien eintreten, die Darstellung, die Wekel über diesen Teil der Tätigkeit des Verwaltungsrates gibt, und die Folgerungen, die sich

für ihn daraus ergeben.¹⁾ Wegel stellt seinen Ausführungen das Urteil voran: "... auch der Strelitzer ließ durchaus die rechte Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit vermissen" und "suchte sich zu decken hinter dem Könige von Preußen, mit dem er bereits Mitte März Besprechungen über Teilnahme am Kriege gehabt hatte." Es folgt eine eingehende Darstellung der Mission Penk's. Wegel sieht in ihm einen vom Herzog an Stein entsandten Unterhändler. Wir haben hingegen demgegenüber festzustellen, daß Penk zwar auch ein Schreiben des Herzogs an Stein mitbrachte, sein Auftrag ihn jedoch in keiner Weise an Stein wies, sondern an die verbündeten Monarchen. Denn darin liegt gerade der Hauptgrund für die Ergebnislosigkeit seiner Sendung, daß er nicht darüber unterrichtet war, daß er von den Monarchen an den Verwaltungsrat verwiesen werden würde. Auf Verhandlungen mit Stein war Penk nicht im geringsten vorbereitet, ein Unterhändler des Herzogs mit Stein sollte er keineswegs sein.²⁾ Wegel schildert darauf die Verhandlungen in Dresden.³⁾ Erhebliche Widersprüche mit dem von uns aus den Berichten Penk's gewonnenen Bild finden sich nicht. Dann betrachtet Wegel weit kürzer die Verhandlungen mit Alopäus; dessen Geldforderungen habe die Regierung ganz und gar zurückgewiesen, den Truppenforderungen sei sie fortwährend mit dem Einwand begegnet, sie sei nur zur Stellung eines Husaren-Regiments verpflichtet, hinsichtlich der Naturalienlieferungen habe sich die Strelitzer Staatsregierung etwas bereitwilliger gezeigt, mit der Organisation des Landsturmes sei es in Strelitz außerordentlich langsam gegangen. "Noch am 16. Juli kann Alopäus dem Verwaltungsrat nur mitteilen, daß an der Formierung desselben gearbeitet wird. — Mit der Landwehr" fährt er fort "geht es dort noch langsamer." Abschließend urteilt Wegel: "Diese Untersuchung, denke ich, hat uns zur Genüge gelehrt, wie erbärmlich wenig auch in Mecklenburg-Strelitz erreicht worden ist." Widerspricht nun dieses Urteil Wegels dem von uns gewonnenen Bilde?

In der Schilderung der Sendung Penk's stimmen wir mit ihm durchaus überein. Auch den Sätzen, die das Verhalten der Regierung zu den Forderungen Alopäus' charakterisieren, kann nur beigepflichtet werden — abgesehen von der Bemerkung über die Organisation des Landsturmes, für deren Berechtigung wir eben noch zu wenig Unterlagen haben. Und wenn Wegel ausführt, in

¹⁾ Wegel, S. 93. ff.

²⁾ W. widerspricht sich auch selber damit, daß er ausführt, Penk habe erst in Breslau "die erste Kunde von der Einsetzung des Zentralverwaltungsrates" erhalten. Um so weniger kann darum die Rede davon sein, daß der Herzog "in der Person seines Ministers Herrn von Penk einen Unterhändler an Stein" entsandt habe.

³⁾ Die von Wegel hierbei angezogenen Akten finden sich urschriftlich in den bereits mehrfach zitierten Volumina: Act. Reg. Verwaltungsrat und Act. Coll. Secti. Abordnung Penk's.

Strelitz sei vom Verwaltungsrat erbärmlich wenig erreicht worden, so müssen wir auch dieser Feststellung durchaus zustimmen. Tatsächlich hat Alopäus, wie wir gesehen haben, keine seiner Forderungen an Strelitz durchdrücken können; denn auch die anfangs übernommene Naturallieferung ist ja schließlich gleichfalls nicht zur Ausführung gekommen. Auch daß man sich in Strelitz auf vorangegangene Verhandlungen mit Preußen berufen habe, entspricht dem tatsächlichen Sachverhalt. Ist aber Wezel darum schon berechtigt, die Behauptung aufzustellen, der Herzog — damit also überhaupt das Land Mecklenburg-Strelitz — habe durchaus die rechte Bereitwilligkeit und Opferbereitschaft vermissen lassen? Den gleichen Vorwurf hat auch Alopäus erhoben, und die Regierung hat ihn auf das entschiedenste zurückgewiesen. Es bedarf also, ehe man ein solches Urteil abgeben kann, einer eingehenden Betrachtung der Gründe, die die Regierung für ihr Verhalten anzuführen hat. Ist es nur eine Phrase, wenn man immer davon spricht, man sei zu allen Opfern bereit, die der Befreiung des Vaterlandes gelten? Ist es nur ein leerer Vorwand, wenn man auf die Kosten des freiwillig übernommenen Husaren-Regiments nachdrücklich hinweist? Oder war Mecklenburg-Strelitz tatsächlich nicht mehr in der Lage, auch noch den Forderungen des Verwaltungsrates zu genügen? Und endlich: Bestanden in Neustrelitz grundsätzliche Voraussetzungen, die eine Nachgiebigkeit dem Verwaltungsrat gegenüber hinderten?

Auf alle diese Fragen bleibt uns Wezel eine eindeutige Antwort schuldig. Wir müssen sie uns aus dem uns zur Verfügung stehenden Material bilden. Wir haben zu einem Teil bereits die Stimmung am Strelitzer Hofe und die aus ihr resultierenden Ereignisse kennen gelernt. Es gilt zunächst, weiter zu verfolgen, wie es zu der Beteiligung Mecklenburg-Strelitz's an den Befreiungskriegen gekommen ist. Wir haben weiterhin zu untersuchen, welchen Wiederhall die Schritte des Herzogs und seiner Regierung bei der Bevölkerung gefunden haben. Die hauptsächlichste Beteiligung Mecklenburg-Strelitz's an den Befreiungskriegen bestand, nach Aussage der Regierung, in der Bildung und Unterhaltung eines Husaren-Regiments. Wir haben uns also darüber zu unterrichten. Weiterhin ist zu untersuchen, wie weit es mit der Organisation und Tätigkeit des Landsturms in Strelitz gekommen ist. Sodann haben wir den Eingang der freiwilligen Spenden zu verfolgen. Diesen Leistungen zur Seite stehen die Lasten, die dem Lande durch den Krieg entstanden sind, vor allem durch Einquartierungen, Durchzüge, Transporte usw. Darüber belehren uns die Berichte und Abrechnungen der Sublevations-Kommission. Nachdem wir uns über die Leistungen und Lasten des Landes unterrichtet haben, lehren wir zu unserem Ausgangspunkt, den Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat zurück. Wir beurteilen zusammen-

fassend die Beteiligung Mecklenburg-Strelitz's an den Befreiungskriegen. Wir haben hier zunächst ein Bild darüber zu gewinnen, welche Rolle das Herrscherhaus bei diesen Ereignissen gespielt hat, dann die Tätigkeit der Regierung zu untersuchen, endlich aus der Beteiligung des Landes zu schließen, wie weit insolgedessen die Regierung zu ihren Einwänden und Behauptungen berechtigt war. Dann erst können wir die Weizsäcker'sche Behauptung, Mecklenburg-Strelitz habe durchaus die rechte Bereitwilligkeit und Opferfreudigkeit vermissen lassen, auf ihre Berechtigung hin überprüfen. Zu einem völlig übersichtlichen Bild gehört aber endlich, daß wir uns noch einmal mit den beiden Gegenspielern, dem Zentralverwaltungsrat und der Mecklenburg-Strelitzer Regierung, beschäftigen. Hier gilt es ein Bild zu gewinnen über Ziele und Absichten des Verwaltungsrates und seines leitenden Kopfes, des Freiherrn vom Stein, dann zu untersuchen, welche Einstellung Stein und der Verwaltungsrat Mecklenburg-Strelitz gegenüber an den Tag gelegt haben. Nun bliebe zu verfolgen, wie man sich in Neustrelitz grundsätzlich zum Verwaltungsrat gestellt hat, um endlich abschließend die Frage zu beantworten, warum die Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat sich zerschlagen haben und ob es vielleicht zwangsläufig dazu hat kommen müssen.

VII. Mecklenburg-Strelitz's Eintritt in die Befreiungskriege und die damit im Zusammenhang stehenden Aufrufe und Entschlüsse.

Wir betrachten zunächst den Verlauf der politischen Ereignisse in Mecklenburg-Strelitz. Die ersten Anfänge, die Absicht, sich vom Rheinbund zu lösen und dem russisch-preussischen Bündnisse beizutreten, haben wir bereits kennen gelernt. Wir sahen, wie hier die jüngere Generation des Herrscherhauses, namentlich Prinz Carl die treibende Kraft gewesen ist. Das erste offizielle Dokument, das den Wunsch nach Anschluß an Preußen ausspricht, das Schreiben des Herzogs an den König vom 17. März ist ebenfalls besprochen worden. Noch vor Eintreffen der auch schon genannten Antwort des Königs reist der Erbprinz erneut nach Berlin zum König, um mit diesem weitere Einzelheiten, namentlich bezüglich des Husaren-Regiments zu besprechen. Man sieht jetzt die Notwendigkeit ein, auch an den Zaren zu schreiben. Der König will es selbst übernehmen, das Schreiben zu übergeben.¹⁾ Dabei will er auch die besonderen Wünsche des Herzogs, vor allem den, sein Kontingent zum preussischen Heer stoßen zu lassen, befürworten mit der Begründung, daß die Strelitzer unter ihrem eigenen Fürsten — dem Prinzen Carl — zu kämpfen wünschten.

¹⁾ Familienarchiv. 9. V. 98.

Am 30. März — also ebenfalls vor Eintreffen der vom 31. März datierten offiziellen Antwort des Königs mit der förmlichen Aufforderung zum Anschluß — erfolgt dann der bekannte Aufruf des Herzogs. In kurzen, aber außerordentlich treffenden Sätzen voll Zuversicht und von echter Vaterlandsliebe beseelt, verkündet der Herzog seinen Anschluß an das russisch-preussische Bündnis, „allerdings nicht ohne die Mittel gewürdigt zu haben, welche den erhabenen Befreiern zur Erreichung ihres großen Zwecks zu Gebote stehen, aber vor allem doch in Vertrauen auf Gott, dem es wohlgefällt, wenn man das erwählet und thut, was Recht ist.“ Eindringlich wird die Not der Franzosenzeit geschildert. „Während der mächtigste Fürst Europas sich Meinen Beschützer nannte, habe Ich nur darauf sinnen und dafür sorgen können, wie die Leiden und Lasten Meines Landes zu erleichtern, wie sie erträglich zu machen seyen. Von dem vorgeblichen Beschützer selbst gingen diese Lasten und Leiden aus! Französische Truppen überschwemmten Mein Land und zehrten an dessen Mark, während Ich ein verhältnismäßig bedeutendes Militär für fremde Zwecke aufstellen und erhalten mußte! Der Seehandel — für Mecklenburgs Wohlstand unentbehrlich — wurde gesperrt! Französische Douanen besetzten das Land, erhoben Steuern für den Kaiser, verbrannten Waaren nach Willkür und wir mußten sie nähren. Es wurden für französische Armeen Stücknechte gefordert von den Deutschen.... Spione drängten sich ein, und die Namen der redlichsten Männer füllten ihre Listen, weil sie ein kräftig freies Wort gesprochen, wohl auch, weil sie den Spähern mißfällig gewesen... Französisches Militär holte Mecklenburgische Männer aus unserer Mitte, um sie nach Willkür zu richten. — Dies ist das treue Bild unsers Zustands, seit den letzten sechs Jahren; unser Eigentum, unsere öffentliche und persönliche Freiheit, stand in den Händen der Fremden, und unser Blut mußten wir lassen für sie!“ Dann folgt in hinreißenden Worten der Aufruf zur Mitwirkung an der Befreiung. „Laßt uns zeigen, daß wir werth sind, besserer Tage... In solcher Zeit sondern sich die herrlichen kräftigen Naturen von denen ab, die in Selbstsucht und Schwäche verkümmert sind, in solcher Zeit erwirbt man sich Achtung oder verschert sie!... Mit Gott werde ich mich der Ehre werth zeigen, ein deutscher Fürst zu sein, und ihr getreue Mecklenburger werdet allen deutschen Brüdern ein Beispiel geben, auf daß man auch uns nenne in der Geschichte, und unsere Kinder achtungswerther Väter sich rühmen!“¹⁾

Am selben Tage wird durch herzoglichen Befehl die Verteilung von Arndts Flugschrift: „Was bedeutet Landsturm und Landwehr?“ in den Ämtern des Herzogtums angeordnet.²⁾ Ferner seht

¹⁾ Wörtlich abgedruckt bei Müller, S. 27—29.

²⁾ Act. Coll. Ecti. Beitritt Smt. 6.

ein weiterer Erlass die Kontinental Sperre außer Kraft.¹⁾ Endlich ergeht ebenfalls noch am 30. März an die Bürger die Aufforderung zu freiwilligen Spenden. „Es wird sein Gut bringen, wer nicht sein Blut geben kann.“ Zur Empfangnahme solcher Spenden wird eine Kommission eingesetzt, bestehend aus dem Landrat von Derksen auf Rotelow, einem Bruder des Staatsministers, und dem Kammererrat von Bassewitz. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Für Ehre, Freiheit und Unabhängigkeit gibt es kein Taxe — ein jeglicher weiß es von selbst, wieviel diese Güter ihm werth sind!“²⁾ Die Geistlichkeit wird angewiesen, am 8. April einen allgemeinen Gottesdienst abzuhalten, dem das Textwort Psalm 97, 9—11 zu Grunde zu legen ist, und bei dem von der Kanzel der Aufruf des Herzogs und die Aufforderung zu freiwilligen Spenden zu verlesen sind.³⁾

Am 31. März werden die gleichen Aufrufe nach Rakeburg überandt, auch für die dortige Geistlichkeit die gleichen Bestimmungen erlassen.⁴⁾ Auf eine Anfrage des Regierungsrates Bülow, ob trotz der bedrohlichen Nähe eines Davoustschen Corps bei Lüneburg die Anordnungen befolgt werden sollen, wird auf ungesäumte und beschleunigte Erledigung gedrungen. Für den Landesgottesdienst am 8. April wird ein allgemeines Formular für das Kirchengebet erlassen, in dem es u. a. heißt: „Die da ziehen wollen in den Kampf für Freiheit und Recht, begeistere sie durch den großen Glauben, daß Du mit ihnen bist, und daß ewige Freude derer wartet, die da fallen in dem heiligen Kampf für ihr Vaterland. Mit unauflöslchen Banden der Liebe verknüpft uns alle, daß Nichts, Nichts uns zu theuer sey, um es freudig aufzuopfern für alle. Wecke alle unsere Deutschen Brüder auf zu dieser Liebe des Vaterlandes, zu diesem Heldenmuth, und hilf, daß erneut werde der alte ehrwürdige Bund unseres Volkes, und unvergänglich fortbestehe unter allen Stürmen bis ans Ende der Tage.“⁵⁾

Am 2. April wird zum Eintritt in das Husaren-Regiment aufgerufen. „In dem Augenblick, da auch Uns es vergönnt ist, für die Sache des deutschen Vaterlandes nach Unsern besten Kräften mitzuwirken, berufen Wir mit freudiger Zuversicht auf den deutschen Sinn in Unserm Lande die jungen Männer desselben zum Kampf... Den Streiter für Gott und die gute Sache erwartet Ehre und Ruhm, erwartet der Dank des befreiten Vaterlandes, und was mehr ist, als alles, ein Bewußtseyn, das über jedes irdische Schicksal erhebt.“ Zur Entgegennahme der freiwilligen Meldungen werden

¹⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 9.

²⁾ Act. Reg. Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben 1. Auszugsweise wiedergegeben bei Müller, S. 32—33.

³⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 10.

⁴⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 12.

⁵⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi.

wiederum der Landrat von Derken und Bassewitz bestimmt; neben ihnen der zum Regimentschef ernannte Oberstleutnant v. Warburg.¹⁾

Auf den 10. April wird ein Convocationstag der Stände des Stargardschen Kreises nach Neubrandenburg berufen, den der Herzog mit einer Ansprache eröffnet. Es ist das erste Mal seit der Huldigung beim Regierungsantritt, daß der Herzog seine Stände um sich versammelt. „Damals knüpften wir das Band zwischen Fürst und Land, ... heute reden wir nach mehreren schmerzvollen Jahren aus deutschem Herzen wieder als Deutsche zueinander ... Wir werden dies Opfer mit Freudigkeit bringen, wir alle. Das Vaterland blickt auf mich und auf Sie, in deren Händen die Landes Verfassung es gelegt hat, das Wohl aller zu berathen — wir wollen jeder gerechten Erwartung entsprechen, wir wollen in Liebe und Verehrung einig seyn, wir wollen Deutsche seyn in Wort und That! — Wir leben und sterben miteinander, mit uns ist Gott!“²⁾ Anschließend werden dem Convocationstag die Propositionen des Herzogs bekanntgegeben: „Wir alle wissen, wir alle fühlen es, wir alle sind davon ergriffen und durchdrungen, daß für den Preis, den Wir Uns und Unsern Kindern erringen wollen, jede engherzige Rücksicht schweigen müsse, daß es nur die Frage gilt: was können auch Wir leisten? wie können auch wir vor Deutschlands Augen bewähren, daß wir freudig Gut und Blut wagen für Ehre und Freiheit, für Vaterland und Gott!“ Die Propositionen enthalten dann Vorschläge für die Organisation des Husaren-Regiments, falls sich nicht genügend Freiwillige finden sollten, wie auch für dessen Erhaltung. Weiterhin werden auch Vorschläge zur Einberufung des Landsturms gemacht.³⁾ Auf diese Propositionen antworteten die Stände am 15. April. „Ja, Ew. Herzogliche Durchlaucht haben es ausgesprochen: ‚Mit uns ist Gott; wir leben und sterben miteinander!‘ Es ist dies der Ausdruck des innigsten Einsseins des Fürsten und seiner Unterthanen in dem Urquell aller Wahrheit und alles Seins; es ist das Geheimnis aller Weisheit und Macht, sowohl großer Völker als einzelner Volksstämme; und in einem Jeden von uns tönen jene geheiligten Worte nach: Leben, Gut und Blu! Gott und unser Fürst, Ehre, Freiheit und Vaterland ist hinfür die Loosung, ist das Ziel aller Gedanken und Anstrengungen!“ Hinsichtlich des Husaren-Regiments übernimmt die Ritterschaft gleichsam als freiwillige Gabe die Stellung von 180 Dienstpferden, die Städte die Summe von 8000 Rtlr.⁴⁾

¹⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 1 c. (Der Aufruf stimmt mit den Entwürfen 1 a und 1 b überein.) Auszugsweise bei Müller, S. 30—32.

²⁾ Familienarchiv. 12. 3. 1. Außerdem wörtlich bei Müller, S. 38—39.

³⁾ Wörtlich bei Müller, S. 40—45.

⁴⁾ „ „ „ S. 47—54.

Bezüglich des Landsturmes antworten die Stände am 16. April ¹⁾. Hierauf wird am 17. April der Convocationstag verabschiedet. „Die Einigkeit welche die getreuen Landstände unter sich, die Liebe, welche sie insgesamt für Fürst und Vaterland, die Einsicht welche sie in Hinsicht dessen, was Noth thut — das Vertrauen endlich, welches sie auf Gott und die gerechte Sache an den Tag gelegt haben, geben Seiner Herzoglichen Durchlaucht eine neue Gewähr: daß eine bessere Zeit jetzt beginne, und daß herrliche Erfolge in tausendfacher Beziehung aus einem Kampfe entstehen werden, für den auch hier wie allenthalben — soweit deutscher Sinn sich aussprechen kann — die edelsten Kräfte lebendig geworden sind!“ ²⁾. Am 21. April wird dann durch herzoglichen Erlaß auch der Landsturm in Medlenburg-Strelitz organisiert ³⁾.

Nachdem wir nunmehr die Ereignisse bis zum endgültigen Eintritt Medlenburg-Strelitz's in den Befreiungskampf und die daraus sich ergebenden Anordnungen verfolgt haben, gilt unsere Betrachtung zunächst der Wirkung, die diese Schritte des Herzogs und seiner Regierung bei der Bevölkerung auslösten. Zweierlei Möglichkeiten gab es für den Strelitzer, zu beweisen, daß er gewillt sei, am Befreiungswerk teilzunehmen: er konnte seine Person dem Vaterlande zur Verfügung stellen, oder durch materielle Opfer ihm helfend zur Seite stehen. Wir können das auch in der Sprache jener Tage in die Worte zusammenfassen: er konnte dem Vaterlande Gut und Blut opfern. Die Bereitwilligkeit, sein Leben für das Vaterland hinzugeben, fand ihren Ausdruck im Eintritt in die Reihen der Kämpfer, und zwar entweder in der Meldung zum Husaren-Regiment oder im Landsturmdienst. Das Opfer des Guts bestand in freiwilligen Gaben und in der Übernahme der Lasten, die der Krieg mit sich brachte. Wir haben demnach folgende vier Punkte nacheinander zu behandeln: das Husaren-Regiment, den Landsturm, die freiwilligen Gaben, die Lasten des Krieges.

VIII. Die Organisation des Husaren-Regiments.

Offiziell bestand in der Organisation und Unterhaltung des Husaren-Regiments die militärische Beteiligung Medlenburg-Strelitz's am Kriege. Weitere Truppen sind nicht ins Feld gestellt worden. Allerdings sind bereits vor der Errichtung des Husaren-Regiments Strelitzer in andere, preussische und russische Truppenkörper, in die deutsch-russische Legion, auch in die Freikorps Lübows und Reiches eingetreten ⁴⁾. Für unsere Betrachtungen kommen jedoch

¹⁾ Wörtlich bei Müller S. 55—63.

²⁾ " " " S. 65—69.

³⁾ " " " S. 70—81. Außerdem Reg. Acten Landurm 10.

(Die Entwürfe stimmen "mit dem Erlaß völlig überein.)

⁴⁾ Vgl. hierzu die Angaben bei Müller, S. 26.

diese Einzelfälle nicht in Frage. Die militärische Vertretung Mecklenburg-Strelitz's ist das Husaren-Regiment, die C-Husaren, wie sie nach dem C genannt werden, das sie trugen und das auf den Namen des Landesherrn hinweisen sollte.

Die ersten Gedanken über Bildung eines Kavallerie-Regiments haben wir bereits im Briefwechsel Prinz Carls mit seinem Bruder und seinem Vater gefunden. Wir haben gesehen, wie Carl schon im Februar die Stellung eines Kontingents anregt, wie darauf von Strelitz aus die Errichtung eines Kavallerie-Regiments ins Auge gefaßt wird. Am 19. März hat dann Carl diesen Gedanken dem Könige unterbreitet und ist bei ihm auf lebhafteste Zustimmung gestoßen. Der Vorschlag Carls, nun auch ein Regiment von 600 Mann zu stellen, findet allerdings Bedenken in Neustrelitz, wie wir aus einem Brief des Erbprinzen an seinen Vater entnehmen können. Der Erbprinz war nach Berlin gefahren, um dort weitere Einzelheiten mit dem König zu besprechen, und geht von dort aus auf Carls Brief ein; danach hält er doch Carls Vorschlag in dieser Form für undurchführbar, so viel könne das Land nicht aufbringen¹⁾. Des Erbprinzen Bemühungen gehen in Berlin dahin, zunächst die Anforderung von vielerlei Gattung des Militärs zu vermeiden, da man sonst auch zu viel Offiziere von Preußen anfordern müsse. Neben Offizieren aber mangelt es in Mecklenburg-Strelitz vor allem an Waffen; auch diese will der Erbprinz von Preußen zu erhalten versuchen „und dabei dem König begreiflich machen, daß unser Aufruf zwar als ganz gewisse Sache bekannt gemacht, aber vernünftigerweise doch nur kurze Zeit vor dem Eingang der Waffen erfolgen könne, weil wir sonst die Menschen unnötigerweise ihrer Arbeit entziehen, da nicht eher exerziert werden kann, bis Waffen da sind und das Ausheben in 14 Tagen geschehen ist, sowie auch das Stellen der Freywilligen, da diese ja, durch die Vorkenntniß unserer Absicht alle Zeit haben, sich darauf zu präparieren“. Auch auf die Notwendigkeit englischer Hilfe will der Erbprinz hinweisen, hält aber eine persönliche Reise nach England, wie sie Prinz Carl anregt, für überflüssig, denn „dieser Krieg ist so sehr Englands Interesse, daß es gern dazu Geld geben wird, und auch schon unseres Eifers für die gute Sache wegen ebenso gerne doppelt die gewünschte Protektion erteilen wird“. Mit seinen Vorschlägen ist der Erbprinz beim König auf volles Verständnis gestoßen. Am 24. März kann er jedenfalls seinem Vater mitteilen, der König sei über alle Vorschläge des Erbprinzen sehr zufrieden gewesen²⁾. Als Regimentschef nennt auch der König gleich den Oberstleutnant von Warburg. Darauf scheinen von Neustrelitz aus weitere Bestimmungen an den Erbprinzen gesandt worden zu sein.

¹⁾ Familienarchiv. 9. V. 93.

²⁾ Familienarchiv. 9. V. 95.

Am 26. März verspricht er, sich soweit wie möglich an diese zu halten. Nur in einem Punkte schlägt er eine Änderung vor. Man hat in Neustrelitz die alte Uniform für das Regiment beibehalten wollen. Dagegen führt der Erbprinz an, er habe auch hier bereits den König nach dessen Wünschen gefragt „was ich dann gleich um so lieber that, da ich und Sie es wissen, bester Vater, wie höchlich man den König durch dergleichen beglücken kann, was auch diesmal so sehr der Fall war, daß er gestern abend in der Comedie alle Augenblicke davon anfang“. Der Erbprinz bittet daher, dem König auch in diesem Punkte, seinem „Stedenpferde“, die Freude zu machen¹⁾. Man sucht bis in die kleinsten Einzelheiten hinein nach den Wünschen des Königs zu handeln. Am 30. März schlägt der Erbprinz weiter vor, auf den Czako außer einer Kofarde in den Landesfarben eine weitere in den preußischen und russischen Farben anzubringen, nach dem Beispiele der preußischen und russischen Truppen, die auch sämtlich die Farben des Verbündeten trügen. „Da wir nun der Mäkte von beyden Mächten sind, ... so glaube ich, wird es Ihnen, nach dem angeführten Beispiel wohl selbst ebenso unerläßlich als mir erscheinen, auch beyden das Compliment, oder vielmehr den ächten Herzensgruß zu erwidern, den jene beyden großen Nationen sich dadurch, stillschweigend bey jedem Zusammenreffen zursen.“ Die Uniform wäre im übrigen jetzt vom König Stück für Stück zusammengestellt²⁾. Damit ist die Tätigkeit des Erbprinzen in Berlin erledigt, zumal auch der König am 30. abgereist ist. — Daß im übrigen der König selbst überhaupt Kavallerie gewünscht hat, entnehmen wir einem Bericht Prinz Carls an seinen Vater aus Breslau vom 17. März. Danach hat der König auf die Erklärung des Prinzen, der Herzog werde alle seine Kräfte aufbieten und soviel Militär stellen, als ihm möglich sei, geantwortet „daß es ihm sehr angenehm sein würde, wenn diese Truppen aus Cavallerie bestehen könnten, oder wenigstens etwas Cavallerie enthielten weil dies jetzt die gerechteste, die wünschenswertheste Waffe sei.“ Darauf habe er dem König auseinandergesetzt, wie sehr diese Bitte den eigenen Wünschen des Herzogs entspräche, und nunmehr in des Herzogs Namen offiziell ein Kavalleriekontingent zugesagt. Er habe auch den König gebeten, Gattung und Uniform zu bestimmen. Über die Zahl habe der König keine Entscheidungen getroffen, „denn er sagte, der Herzog wird am besten wissen wie viel er stellen kann und will“. Bezüglich der Gattung habe der König ebenfalls zunächst keine Bestimmungen gemacht, dann aber gesagt, „Husaren seien ihm am liebsten, wo nicht, so möchten es Dragoner sein“. Wir dürfen also die Tatsache hinstellen, daß die Errichtung eines Kavalleriekontingents, wie auch dessen

¹⁾ Familienarchiv. 9. V. 96.

²⁾ Familienarchiv. 9. V. 99.

Organisation als Husaren-Regiment, auf den Wunsch des Königs erfolgt ist, der allerdings damit unbewußt den eigenen Wünschen des Herzogs Rechnung getragen hat¹⁾.

Am 2. April ist dann der bereits genannte Aufruf für das Husaren-Regiment ergangen. Er wendet sich an alle waffenfähigen Männer vom 17. bis zum 30. Lebensjahr. Die Meldung kann einmal für das Jäger-Korps erfolgen, das mit dem Regiment verbunden ist. Es ist nicht aufzufassen als eine neben dem Husaren-Regiment selbständig bestehende Truppenabteilung. Es ist vollständig in das Regiment eingegliedert, nur daß die Jäger, gewissermaßen als Entgelt dafür, daß sie persönlich weit höhere Kosten übernehmen, in anderer Hinsicht Erleichterungen erhalten. Denn Freiwillige, die sich für das Jäger-Korps melden, haben sich selbst zu bekleiden, beritten zu machen und außerdem bis auf die ihnen zukommenden Verpflegungsgelder sich selbst zu unterhalten. Bereits nach beendetem Feldzug können aber dafür die Jäger, bis zu einem Sechstel des Gesamtkorps, aus dem Heere ausscheiden, — praktisch ist dieser Fall nicht eingetreten; alle Jäger haben den Krieg bis zu Ende mitgemacht. Ferner sind sie lediglich zum Detachieren und leichtem Felddienst bestimmt und werden zum inneren Dienst „in Garnisonen, zu Schilbwachen nicht verwandt, ebenso wenig zu Arbeits-Commandos, Ordonnanzen oder Transporten“. Befehligt wird das Jäger-Korps die ersten zwei bis drei Monate von kommandierten Offizieren, dann wählt es seine Vorgesetzten selber und hat diese Wahl der Offiziere durch den Herzog, die der Unteroffiziere durch den Regimentschef bestätigen zu lassen. Diejenigen Freiwilligen, die nicht in das Jäger-Korps eintreten wollen oder können, melden sich zum Husaren-Regiment, und zwar für die Gesamtdauer des Krieges. Sie erhalten bei Beförderungen und Auszeichnungen den Vorzug vor solchen, die zwangsweise eingestellt worden sind. Den Hof- und Staatsdienern, welche in das Regiment eintreten wollen und die Genehmigung dazu erhalten, wird ihr Gehalt im Hof- oder Staatsdienst für die Dauer des Heeresdienstes zugesagt. Erwerbsunfähig gewordenen Husaren und den Familien Gefallener wird Unterstützung versprochen²⁾. Über die Stärke des Regiments ist in diesem Aufruf nichts ausgeführt. Penz nennt dem Verwaltungsrat gegenüber mindestens 450 Mann. Später hat das Regiment betragen 4 Eskadronen zu je 114 Mann, dazu 23 Offiziere, 11 Regimentsbeamte, 33 Knechte und insgesamt 511 Pferde³⁾. Die von Penz angegebene Zahl dürfte demnach als zutreffender Mindestmaßstab zu gelten haben. Man lehnt sich auch hier genau an die preußischen Verhältnisse an und erbittet vom preußischen Allgemeinen Kriegsdepartement einen vollständigen Kriegsetat eines preußischen Husaren-Regiments. Die Antwort nennt

¹⁾ Familienarchiv. 9. VI. 130.

²⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 1/c.

³⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 93.

23 Offiziere und 4 Eskadronen mit insgesamt 600 Mann¹⁾. Für den Fall, daß sich nicht genügend Freiwillige melden, wird zwangsweise Aushebung vorgesehen. Vorschläge darüber enthalten die Propositionen des Herzogs an den Convocationstag vom 10. April und die Antwort der Stände vom 15. April. Es sollen alle Männer vom 19. bis zum 25. Lebensjahr für dienstpflchtig erklärt werden, mit Ausnahme derer, die durch körperliche Gebrechen untauglich seien, die selbst eigene große Wirtschaft führten, die die einzigen Ernährer ihrer Familie seien, und mit Ausnahme der aktiven Staats- und Kirchendiener. Unter den übrigen wird ausgelost, wer sofort in das Regiment einzutreten hat, und wer der Reserve zugewiesen wird. Jedoch ist es zu einer solchen Auslosung nur im Fürstenthum Rakeburg gekommen. Die Rakeburger Zustände weichen aber soweit von den Zuständen im Herzogtum Strelitz ab, daß sie im Zusammenhang zu behandeln sein werden. In Strelitz haben sich noch während des Neubrandenburger Convocationstages 250 Freiwillige gemeldet, bald darauf ist die vorgesehene Zahl erreicht worden, darüber hinaus erfolgen so viele freiwillige Meldungen, daß eine Auswahl notwendig geworden ist²⁾. Schwierigkeiten bereitete die Ausbildung und Ausrüstung des Regiments, insofern es in Mecklenburg-Strelitz an Offizieren und an Waffen mangelte. Darum hatte sich ja auch der Erbprinz seinerzeit an den König gewandt, mit der Bitte, ihm preussische Unteroffiziere zur Verfügung zu stellen und mit Waffen auszuheilen. Die weitere Verfolgung dieser Angelegenheit ist Penz übergeben worden. In Breslau wendet dieser sich an den preussischen General von Knesebed. Knesebed will befürworten, daß das Militär-Gouvernement in Berlin dem Regiments-Kommandeur von Warburg die von diesem namentlich zu nennenden Unteroffiziere überläßt. Waffen werde allerdings der König kaum liefern können, da Preußen selbst den vorhandenen Vorrat bereits verbraucht habe. In der Audienz am 17. April erklärt auch der König selbst, er werde, soweit es möglich sei, dem Herzog mit Kavallerie-Unteroffizieren behilflich sein³⁾. Endlich verspricht Knesebed am 20. April, den Kommandanten von Berlin anzuweisen, die von Warburg zu nennenden Unteroffiziere dem Herzog zu überlassen⁴⁾. Waffen konnte Preußen allerdings nicht liefern. Sie sind in Mecklenburg-Strelitz schließlich von heimischen Grobschmieden angefertigt worden. Damit erklärt sich wohl in der Hauptsache der bedeutend spätere Abmarsch des Regiments, als ursprünglich vorgesehen gewesen ist; er erfolgt erst am 1. Juli. Seine Beteiligung an den Kämpfen der Blücherschen Armee, in der es dem Prinzen Carl unterstellt war, gehört nicht in den Bereich unserer Betrachtungen.

¹⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 2 u. 7.

²⁾ Vgl. hierzu Müller, S. 84, der die Stärke des Regiments auf 460 Husaren und 60 Jäger angibt.

³⁾ Act. Coll. Ecti. Abordnung Penz's. 12 u. 13.

⁴⁾ Act. Coll. Ecti. Abordnung Penz's. 15.

Für den Ernst, mit dem die Freiwilligen ihre Aufgabe auffaßten, spricht die Tatsache, daß bis zum Ausmarsch des Regiments nur 7 Gesuche um Entlassung aus dem Heeresdienst bei der Regierung eingelaufen sind, davon 4 von ehemaligen Polizei-Husaren, die auf Wunsch des Herzogs veranlaßt worden sind, dem Regiment beizutreten. Nur in einem Fall ist dem Gesuch stattgegeben worden.

Zum Zweck der Organisation des Regiments wird am 19. April eine Kommission eingesetzt, bestehend aus dem Kammerdirektor von Dewitz, dem Kammererrat Mende, an dessen Stelle später der Gerichtsrat Rahne tritt, dem Rittmeister Damm und dem Leutnant Schüller, dem das Jäger-Korps unterstand. Aufgabe dieser Kommission ist daneben auch die Besoldung und Ausrüstung. Die Berichte ihres Vorsitzenden, des Kammerdirektors von Dewitz, unterrichten uns über die Kosten, die dem Lande durch das Husaren-Regiment entstanden sind ¹⁾).

Selbstverständlich fällt bis zum Abmarsch auch die Verpflegung des Regiments dem Lande zur Last. Eine herzogliche Entscheidung stellt ausdrücklich fest, daß auf Antrag der Stände das Regiment „in der Art in natura verpflegt werden solle, wie solches in Rücksicht der fremden Truppen zuletzt festgesetzt gewesen ist ²⁾“. Die Besoldung erfolgt nach preussischem Muster am ersten jedes Monats, nicht wie es bisher in Mecklenburg-Strelitz üblich war, am 15. ³⁾. Die Kosten des Husaren-Regiments ergeben sich aus einer Eingabe des Militär-Kollegiums. Danach belaufen sich die jährlichen Löhnungen und Gagen auf 39.294 Rtl., die Einkleidung auf jährlich 32.935 Rtl., wobei allerdings noch zu berücksichtigen ist, daß nicht alle Ausrüstungsgegenstände jährlich ersetzt zu werden brauchten, jedoch bei der ersten Ausrüstung beschafft werden mußten. Für das erste Jahr erhöht sich die Summe also bedeutend. Die Ausrüstung eines Husaren wird auf 98 Rtl. angesetzt. Für das ganze Regiment haben wir demnach bei 450 Mann mit mindestens 44.100 Rtl. zu rechnen. Hinzu kommen an Extra-Ausgaben jährlich 20.174 Rtl. So gibt das Militär-Kollegium die jährlichen Unkosten mit 92.403 Rtl. an ⁴⁾. Für das erste Jahr dürfen wir mit annähernd 125.000 Rtl. rechnen. Mit eingerechnet sind die Kosten des Depots, das unmittelbar nach Abmarsch des Regiments in Mecklenburg-Strelitz errichtet worden ist. Die Deckung der Unkosten erfolgt zunächst durch die freiwilligen Gaben, die ausschließlich für die Erhaltung des Regiments verwandt werden. Bereits im August jedoch ist dieses Kapital erschöpft. Am 8. September wird erneut zur Spende für das Regiment aufgerufen. Doch scheint dieser Aufruf nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Jedenfalls wird dieser Versuch als „völlig unbe-

¹⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments.

²⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 15.

³⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 43.

⁴⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 93.

friedigend“ bezeichnet¹⁾ — die Gründe hierfür werden uns später zu beschäftigen haben — und man wendet sich am 16. November an die Stände mit dem Vorschlag, durch Steueredikte die bis zum Dezember notwendige Summe von 30 000 Rtl. aufzubringen, da auch Subsidienfelder, z. B. die von England erwarteten, noch nicht zu erreichen gewesen seien. Es werden dann in der Folgezeit durch Steueredikte die notwendigen Gelder erhoben, wobei die für freiwillige Spenden ausgestellten Empfangsscheine zunächst angerechnet werden. Auch Subsidienfelder bleiben später nicht aus. Jedoch gehören auch diese Verhandlungen nicht mehr in den von uns zu handelnden Zeitraum und sind nur des Zusammenhanges wegen angedeutet worden.

Aus der gegebenen Schilderung ergibt sich zunächst ohne Frage, daß der Plan der Errichtung eines Husaren-Regiments in Medlenburg-Strelitz sehr frühzeitig aufgetaucht ist. Er stellt die Verwirklichung eines Wunsches dar, den zuerst der König ausgesprochen hat, der sich daneben mit den Wünschen des Herzogs deckt. Das Husaren-Regiment ist auf preussischen Wunsch hin, mit Wissen und Zustimmung Preußens, in engster Anlehnung an preussische Verhältnisse errichtet worden. Bereits vor dem offiziellen Eintritt des Herzogs in den Krieg ist die Errichtung eines Husaren-Regiments beschlossene Sache. Seine Organisation setzt unmittelbar nach dem Aufruf des Herzogs vom 30. März ein. Schon im April haben sich so viele Freiwillige gemeldet, daß das Regiment die vorgesehene Stärke erreicht. Seine Teilnahme an den Kämpfen erfolgt allerdings erst bedeutend später, als beabsichtigt ist; dies erklärt sich in der Hauptsache aber aus dem völligen Fehlen der Waffen, die man anfangs von auswärts zu erhalten gehofft hat, dann aber selber hat anfertigen müssen. Die Errichtung und Erhaltung des Regiments bringt dem Lande sehr erhebliche Lasten. Sie werden bis zu seinem Ausmarsch völlig von freiwilligen Gaben bestritten. Doch scheint die Grenze der Leistungsfähigkeit des Landes damit erreicht worden zu sein, denn die weitere Unterhaltung des Regiments kann durch freiwillige Spenden nicht mehr bestritten werden, sondern erfolgt durch Steueredikte und ausländische Subsidienfelder.

IX. Die Organisation des Landsturms.

Der Organisation des Husaren-Regiments geht die Organisation eines Landsturms in Medlenburg-Strelitz nebenher. Auch diesen Gedanken finden wir zum ersten Male bei Prinz Carl ausgesprochen, der am 27. März seinem Bruder die „völlige und buchstäbliche Nachachtung und Befolgung“ der preussischen Landwehrordnung empfiehlt. Strelitz solle 1000 Mann Landwehr stellen, die nur im

¹⁾ Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 89.

Notfalle in Anspruch zu nehmen seien¹⁾. Am 30. März wird dann, wie wir gesehen haben, gleichzeitig mit dem Aufruf des Herzogs an die Ämter die Urndtsche Flugschrift „Was bedeutet Landsturm und Landwehr?“ zur Verteilung übersandt. Einen weiteren Schritt vorwärts stellen dann die herzoglichen Propositionen auf dem Convocationstag am 10. April dar. Bezüglich des Landsturms wird in ihnen vorgeschlagen, alle waffenfähigen Männer mit Ausnahme der Geistlichen zum Landsturmbdienst zu verpflichten. Der Landsturm soll weiterhin nur zur Verteidigung der eigenen Landesgrenzen eingesetzt werden und mit dem Landsturm der benachbarten Staaten in Verbindung stehen²⁾. Die ständische Antwort vom 16. April erwähnt zunächst Unruhen in den Nächten vom 10. auf den 11. und vom 11. auf den 12. April, die durch die Nachricht vom Anrücken des Feindes entstanden sind. Wenngleich sich diese Meldung als blinder Alarm herausgestellt hat — es handelte sich lediglich um einen versprengten Trupp Franzosen —, so habe sie doch den erfreulichen Beweis dafür erbracht, daß „auch die untere Volks Klasse bereit ist, für Ehre, Sicherheit und gesetzmäßige Freiheit alles zu wagen und sich des Namens tapferer Deutscher würdig zu zeigen“. Der Errichtung eines Landsturms stimmen die Stände zu und schlagen vor, daß alle Einwohner vom 17. bis zum 60. Jahr im Landsturm zu dienen haben, allerdings ebenfalls mit Ausnahme der Geistlichen. Statt einer Uniform sollen die Landsturmmänner während des Dienstes auf dem linken Armel ein rotes Kreuz tragen. Jeden Sonntag nachmittag findet auf dem Sammelplatz der Kompanie eine Übung statt. Damit die Landsturmmänner von den Feinden nicht „als Räuber und Rebellen“ sondern „als rechtfertigte Streiter“ angesehen werden, bitten die Stände, durch die verbündeten Mächte die Anerkennung aller mit einem roten Kreuz gekennzeichneten Streiter als regulärer Kampftruppen beim Feinde zu erreichen. Endlich wird enge Fühlungnahme mit den benachbarten Ländern angeregt³⁾.

Inzwischen hat die Regierung bereits mit den benachbarten Regierungen sich in Verbindung gesetzt. Auf seiner Reise ins Hauptquartier hat Penz sich in Berlin mit dem preußischen Militär-Gouverneur, General von L'Estocq, und mit dem Zivil-Gouverneur, Staatsrat Sad, über die gemeinsame Operation des strelischen und des preußischen Landsturms ausgesprochen. Er erhält allerdings zur Antwort, man könne noch keine endgültigen Vereinbarungen treffen, da in beiden Ländern der Landsturm noch nicht völlig organisiert sei; die Strelitzer Regierung wird für alle diese Fragen an das Präsidium der Kurmärkischen Regierung in Potsdam verwiesen⁴⁾.

¹⁾ Familienarchiv. 37. 101.

²⁾ S. Müller, S. 44.

³⁾ S. Müller, S. 55 ff.

⁴⁾ Act. Coll. Scitl. Abordnung Penz's. 11.

In Neustrelitz ist mittlerweile die Schweriner Verordnung vom 8. April über den Landsturm eingegangen, die allerdings nur an alle Untertanen, soweit sie militärische Kenntnisse und Erfahrungen besitzen, die vorläufige Aufforderung richtet, sich der Regierung zur Mitarbeit bei der Organisation des Landsturms zur Verfügung zu stellen.¹⁾

Am 13. April ergeht dann von Neustrelitz die Bitte um Zusammenwirken an die benachbarten Regierungsbehörden in der Uckermark, der Priegnitz, Ruppın, Waren, Köbel und Penzlin.²⁾ Sämtliche Behörden kommen der Bitte nach und erklären ihre Bereitwilligkeit zusammenzuarbeiten. Es wird abgemacht, daß nur schriftlichen Mitteilungen der dazu befugten Stellen Glauben geschenkt werden soll, alle anderen Nachrichten aber als unwahres Gerücht zu gelten haben. Die Uckermarkische Regierung und der Landrat des Kreises Ruppın übersenden außerdem noch die in ihren Bezirken erlassenen vorläufigen Verordnungen bezüglich des Landsturms, die ebenfalls durch die Ereignisse vom 11. und 12. April veranlaßt worden sind. Eine allgemeine Verordnung für das gesamte preußische Gebiet ist ihnen noch nicht übersandt worden.³⁾ Lediglich von diesen beiden vorläufigen Erlassen, allenfalls noch von der preußischen Landwehrverordnung, die aber für einen Landsturm weniger in Frage kam, hat man in Neustrelitz Kenntnis gehabt, als am 21. April für Mecklenburg-Strelitz eine Landsturmverordnung erlassen wurde. Sie lehnt sich an die preußischen Verordnungen eng an und zerfällt in 18 Einzelbestimmungen.⁴⁾

Der Erlass beleuchtet zunächst die Vorgänge vom 11. und 12. April, die neben dem erfreulichen Beweis williger Opferbereitschaft doch auch die Notwendigkeit ergeben hätten, „Unseren getreuen Unterthanen jede unnötige Beunruhigung zu ersparen, auch damit ihre Kräfte für künftig etwa wirklich eintretende Fälle um so reger erhalten werden.“ Es wird dann bestimmt:

§ 1. Zum Landsturm sind alle Männer vom 17. bis zum 60. Jahr verpflichtet. Ausgenommen sind lediglich die Geistlichen „ihres Berufes wegen, und weil es nützlich und notwendig ist, daß zuverlässige und einsichtsvolle Männer in den Wohnorten zurückbleiben“. Zu Befreiungen wegen körperlicher oder geistiger Dienstunsfähigkeit bedarf es einer Bescheinigung des Kompanie-Chefs.

§ 2 handelt von der Kleidung der Landsturmmänner, die zu tragen sie berechtigt, nicht verpflichtet sind. Jedoch haben alle ein rotes Kreuz auf dem linken Ärmel zu tragen.

§ 3 verfügt die Einteilung des ganzen Landes in 7 Bezirke mit je einem Hauptort und zwar: Neubrandenburg, Friedland,

¹⁾ Reg. Act. Landsturm. 1.

²⁾ Reg. Act. Landsturm. 2.

³⁾ Reg. Act. Landsturm. 3—9.

⁴⁾ Reg. Act. Landsturm. 10.

Woldegk, Neustrelitz, Fürstenberg, Mirow, Feldberg. Die Verteilung der Ortschaften auf diese 7 Bezirke ergibt sich aus einer Anlage.

§ 4 nennt die Sammelplätze für jeden Bezirk; im ganzen sind es 30 Plätze. Eine weitere Anlage regelt die Zugehörigkeit der Einzelortschaften zu den Sammelplätzen.

§ 5. Die gesamte Mannschaft eines Sammelplatzes bildet eine Kompanie, die eines Bezirkes ein Bataillon.

§ 6. Führer der Mannschaften jedes Ortes, damit zugleich Kompanie-Offiziere sind die Gutsbesitzer oder Pächter bezw. die Dorfschulzen. Für Städte und größere Flecken wird bestimmt, daß ihre Mannschaften als geschlossene Kompanie zu gelten habe. Die Offiziere dieser Kompanieen werden von den Behörden ernannt. Die Wahl der Kompanie-Chefs erfolgt wie bei den aus mehreren Ortschaften gebildeten Kompanieen durch die Kompanie-Offiziere. Die Wahl des Bataillons-Chefs erfolgt durch die Kompanie-Chefs des Bezirkes, braucht aber nicht einen Angehörigen der betreffenden Bezirks-Mannschaft zu treffen. Für den Neustrelitzer Bezirk und für die Residenz selbst ernannt der Herzog den Bataillons-Chef bzw. den Kompanie-Chef und die Offiziere. Die Wahl der Kompanie- und Bataillons-Chefs ist binnen acht Tagen dem Herzog zur Bestätigung anzuzeigen.

§ 7. Für alle Landsturmmänner vom 17. bis 40. Jahr haben Exerzierübungen mindestens einmal wöchentlich durch den Kompanie-Chef, mindestens einmal monatlich durch den Bataillons-Chef stattzufinden.

8. Durch die Bataillons-Chefs sind spätestens in 3 Wochen namentliche Listen der Landsturmmänner zwischen 17 und 40 Jahren beim Herzog einzureichen.

§ 9 verweist auf Gehorsamspflicht den Vorgesetzten gegenüber.

§ 10. Die Sturmglöcke darf nur auf schriftlichen Befehl aus dem Hauptort gezogen werden.

§ 11. Wenn „gestürmt“ wird, hat sich die Mannschaft sofort zu versammeln. Von den Männern über 40 Jahre beordert der Offizier bis zu einem Sechstel, zur Sicherheit des Ortes zurückzubleiben. Mit den übrigen Mannschaften findet er sich unverzüglich auf dem Sammelplatz ein.

§ 12. Von den Sammelplätzen aus führen die Kompanie-Chefs ihre Kompanieen dem Bataillons-Chef zu.

§ 13. Der Bataillons-Chef hat sich im Bezirks-Hauptort einzufinden, von dort aus an die Sammelplätze seine Anordnungen zu geben, wo sie die Kompanie-Chefs entgegenzunehmen haben.

§ 14. In jedem Bezirks-Hauptort sind ständig reitende Boten bereit zu halten.

§ 15. Den Beschluß über Zusammenrufen des Landsturms fassen die örtlichen Behörden. Soll der Landsturm aufgeboden

werden, so ist im Hauptort die Sturmglöde zu ziehen und den übrigen Bataillons-Chefs, wie den Kompanie-Chefs des eigenen Bezirks schriftlich Nachricht zu geben.

§ 16. Die Behörden der Bezirks-Hauptorte haben in dauernder Beziehung mit einander zu stehen.

§ 17. Von wichtigen Ereignissen hat jedermann der Behörde des nächsten Bezirks-Hauptortes umgehend schriftliche Mitteilung zu machen.

§ 18. Die Behörden der Bezirks-Hauptorte haben sich mit den Behörden benachbarter Länder zwecks gegenseitiger Benachrichtigung in Verbindung zu setzen.

Dies war die Organisation des Strelitzer Landsturms in den ersten Monaten. Daß der Erlaß in allen seinen Bestimmungen durchgeführt worden ist, ersehen wir aus den bereits kurz nach seinem Bekanntwerden in immer größerer Anzahl einlaufenden Gesuchen um Befreiung vom Landsturmdienst. Es wird in ihnen immer wieder darauf hingewiesen, daß durch die Exerzierübungen die industriellen und wirtschaftlichen Betriebe litten. Aber unnach-sichtlich wird auf Ausführung der Bestimmungen gedrungen. Von dem Grundsatz „Gleiches Recht für alle“ wird nicht abgewichen. Wie in Neustrelitz sich sämtliche Minister als Landsturmoffiziere an den regelmäßigen Exerzierübungen beteiligen, so werden auch alle Gesuche rücksichtslos abgelehnt. Erst im Juni wird eine einzige Ausnahme gestattet. Falls am Ort nur ein Arzt und nur ein Apotheker ansässig ist, wird dieser vom Landsturmdienst befreit. Sind es mehrere, so gilt die Vergünstigung nur für je einen. Erst nach langwierigen Verhandlungen mit dem Magistrat von Alt-Strelitz und mit der Regierung erreichten es die Juden in Alt-Strelitz, daß ihre Rabbiner und Synagogen-Diener als „Geistliche“ anerkannt und vom Dienst ausgenommen werden. Als ein Pferdehändler im Stargarder Bezirk um Befreiung vom Landsturmdienst nachsucht mit der Begründung, er werde beruflich bereits durch Stellen von Führen im Dienste des Vaterlandes so stark in Anspruch genommen, daß er seinen Verpflichtungen als Landsturms-Offizier nicht nachkommen könne, versieht Penz das Gesuch mit der Bemerkung: „Der Mann ist Pferdehändler pro Patria! Solch Geschwätz hätte ich ihm nicht zugetraut“ und der Antragsteller wird zwar seiner Verpflichtungen als Offizier entbunden, muß aber seinen Dienst als Gemeiner weiter versehen. Außer diesen beiden genannten Fällen ist keinem einzigen Gesuch stattgegeben worden.

Mit den Nachbarländern werden enge Beziehungen unterhalten. Über die in Schwerin erscheinenden Verordnungen hält man sich dauernd auf dem Laufenden. Auch die preußische Landsturmverordnung vom 21. April wird von Wittstodt aus am 17

Mai nach Neustrelitz übersandt.¹⁾ Allerdings wird von ihr kein Gebrauch gemacht; denn die Organisation des Strelitzer Landsturms ist damals schon abgeschlossen. In einem Schreiben des Herzogs an den Magistrat von Neustrelitz wird am 22. Juni nochmals ausdrücklich auf Ausführung der Bestimmungen gedrungen. Es heißt darin: „Ihr habt den sämtlichen Einwohnern zu eröffnen: 1) daß Niemand ohne Ausnahme — wenn er zur Landsturmsübung angesagt ist — davon zurückbleiben darf, ohne dazu von dem Compagnie-Chef authorisiert zu seyn; 2) daß, wer ohne solche Authorisation zur bestimmten Zeit nicht erscheint, sofort durch ein Commando vom Landsturm abgeholt werden solle; 3) daß derjenige, welcher auf diese Weise zu zweien malen abgeholt worden ist, zum drittenmal das Recht, die Cocarde zu tragen, verlieren soll, sowie auch sein Name auf einer Tafel am Rathhause wird angeheftet werden; 4) daß alle ärztlichen Zeugnisse, welche die Unfähigkeit zum Landwehr-Dienst bezeugen, als für nicht erteilt anzusehen sind, da von einer Landwehr überall nicht, sondern nur von einem Land Sturm und den damit verbundenen mäßigen Übungen die Rede ist.“²⁾ Daß vielmehr nur solche Zeugnisse gelten, die von einem wirklichen Arzt erteilt sind und in denen die Unfähigkeit, selbst zu den leichten Übungen und Leistungen der Land Sturm-Männer bezeugt wird.“³⁾ Diesen einer örtlichen Behörde gegenüber ausgesprochenen Standpunkt der Regierung dürfen wir ohne Zweifel als den allgemein in der Frage des Landsturms verfolgten ansehen.

Im Zusammenhang sei noch erwähnt, daß am 2. Oktober durch herzogliche Verfügung auf Anregung des Kronprinzen von Schweden eine Umgestaltung des Landsturmes erfolgt ist, die sich enger an die Schweriner Organisation anlehnte. Sie besteht in der Hauptsache in der Unterstellung des gesamten Landsturms unter das Kommando des Erbprinzen, in der Anordnung häufigerer Übungen, in Festsetzung von Strafen für Untergeordnete und Vorgesetzte und in Vergünstigungen für Staatsbeamte.⁴⁾ Jedoch kommen diese Vorgänge für unsere Betrachtungen nicht in Frage, da sie in den Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat noch nicht berührt worden sind.

Die Kosten des Landsturms sind unerheblich gewesen. Sie haben nach einer undatierten Aufstellung, anscheinend aus dem Mai oder Juni 1813, etwa 175 Rtl. betragen.⁵⁾

¹⁾ Reg. Act. Landsturm. 25.

²⁾ Es sind zahlreiche Fälle vorgekommen, in denen die Begriffe „Landwehr“ und „Landsturm“ verwechselt worden sind. In solchen Fällen erfolgte regelmäßig Ablehnung.

³⁾ Reg. Act. Landsturm. 53.

⁴⁾ Reg. Act. Landsturm. 64.

⁵⁾ Reg. Act. Landsturm.

Wir stellen zusammenfassend nunmehr über den Landsturm fest: Der Gedanke der Organisation eines Landsturms wird unmittelbar nach dem Eintritt des Herzogs in den Krieg aufgegriffen und bald darauf in die Tat umgesetzt. Der Erlaß lehnt sich lediglich an die provisorischen Erlasse der benachbarten preußischen Kreise an, ist im übrigen am gleichen Tage wie die allgemeine preußische und vor der Schweriner Verordnung erfolgt. Die Bestimmungen des Erlasses werden mit rücksichtsloser Schärfe durchgeführt. Die Regierung setzt sich von Anfang an dafür ein, daß die Verordnung genau befolgt wird. Wir sind demnach in der Lage, zu dem Urtheil berechtigt zu sein, daß hinsichtlich der Organisation des Landsturms Mecklenburg-Strelitz keine Zeit hat verstreichen lassen. Bereits im Mai, spätestens aber im Juni können wir für Mecklenburg-Strelitz einen Landsturm als organisiert und tätig annehmen. Landwehr hat es im Herzogtum nicht gegeben.

X. Die freiwilligen Beiträge Mecklenburg-Strelitz' zu den Befreiungskriegen und ihre Verwendung.

Wir haben bereits gelegentlich der Ausführungen über das Husaren-Regiment gesehen, daß die Kosten zur Ausrüstung und zur Unterhaltung in den ersten Monaten ausschließlich durch freiwillige Gaben gedeckt worden sind. Dieser Seite der Beteiligung Mecklenburg-Strelitz's am Befreiungskampf haben wir uns nunmehr zuzuwenden.

Der Aufruf zur Spende erging, wie wir ebenfalls gesehen haben, gleichzeitig mit dem Aufruf des Herzogs, der dessen Beitritt zum russisch-preußischen Bündnis verkündete, am 30. März. Er richtet sich an diejenigen, „welche durch Alter, Geschlecht oder sonstige Verhältnisse zurückgehalten werden, für die Sache des deutschen Vaterlandes mit Leib und Leben einzutreten“. Die in dem Aufruf eingesezte „Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben“, bestehend aus dem Landrat von Verken und Rammerrat von Basewitz, wird angewiesen, die Spenden in Empfang zu nehmen und den Spendern eine Quittung mit Wertangabe der Spende auszuhandigen, die Spenden zweckmäßig zu verwenden und darüber Bericht zu erstatten. Bei künftig etwa notwendig werdenden allgemeinen Steuern werden die ausgegebenen Quittungen statt Bargeld angenommen.¹⁾ In der Folgezeit ergehen ergänzende Aufrufe an die weibliche Bevölkerung zur Spende für das Lazarett und an „diejenigen, welchen die Verwaltung stehenden Vermögens anvertraut ist.“²⁾ Bei der Commission gehen Spenden jeglicher Art ein. Der Herzog selbst gibt seinen Untertanen ein Beispiel mit der Spende eines silbernen Tafelservices; aus seinen Domänen stellt

¹⁾ Act. Reg. Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben. 1.

²⁾ Act. Reg. Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben 6.

er 194 Pferde. Die Ritterschaft stellt 180 Pferde; die Landschaft übernimmt 8000 Rtl.¹⁾ Die Stadt Friedland rüstet außerdem 30 Husaren aus eigenen Mitteln aus. Prinz Carl stellt sein „Quartal“ vom 1. Januar 1813 bis zum 1. Juli 1813, im Ganzen eine Summe von 2250 Rtl., zur Verfügung. Ihm tun es mehrere andere Militärpersonen gleich. Insgesamt sind an freiwilligen Gaben von Mecklenburg-Strelitz aufgebracht worden 125 000 Rtl.²⁾, die, wie wir gesehen haben, zur Ausrüstung und teilweise zur Ergänzung des Husaren-Regiments ausreichen.³⁾ An Wertgegenständen und Naturalspenden sind nach der Abrechnung der Kommission vom 28. Februar 1816 im Einzelnen eingegangen: Silber, einschließlich der Silbermünzen, im Werte von 33300 Rtl., Gold und andere Wertgegenstände im Werte von 3000 Rtl. Ferner 395 Pferde, 12000 Ellen Leinwand, 185 Ellen Tuch, außerdem zahlreiche Wäschestücke, Sattel- und Reitzeug, Waffen und Arzneimittel.⁴⁾ Alle diese Gaben sind ausschließlich für das Husaren-Regiment verwandt worden. Teilweise sind sie dem Militär-Kollegium zur Verwendung übergeben worden, teilweise die Einnahme aus ihrem Verkauf an die Kommission zur Ausrüstung des Husaren-Regiments übergeben worden. Da am 8. September der erneute Aufruf des Herzogs zur Spende für das Husaren-Regiment ergeht, und, wie wir gesehen haben, keinen nennenswerten Erfolg hat, dürfen wir annehmen, daß diese freiwilligen Gaben in der Hauptsache in dem für unsere Betrachtungen in Frage kommenden Zeitraum eingegangen sind. Eine Beurteilung darüber, wie hoch wir diese freiwilligen Gaben einzuschätzen haben, müssen wir zunächst zurückstellen. Denn dazu haben wir uns erst ein Bild über die Leistungsfähigkeit des Landes zu verschaffen.

XI. Die Lasten der Franzosenzeit.

Wollen wir einen ausreichenden Eindruck von der Leistungsfähigkeit Mecklenburg-Strelitz's in den ersten Monaten der Befreiungskriege gewinnen, so haben wir zunächst die vorausgegangenen Jahre zu berücksichtigen. Von 1806 an stand das Land unter der Franzosenherrschaft. Sie hat naturgemäß auch seine Kräfte in Anspruch genommen, am stärksten in den Jahren 1811 und 1812 im Zusammenhang mit dem russischen Feldzug Napoleons.

Um eine Zentralbehörde zu schaffen, der die Erledigung der gesamten Kriegsschäden, Durchzüge, französischen Forderungen und der durch sie entstehenden Leistungen und Lasten obliegt, ist bereits

¹⁾ S. Antwort des Convocationstages auf die herzogl. Propositionen. Müller, S. 47 ff.

²⁾ Behm (Die Mecklenburger 1813—1815 in den Befreiungskriegen, Hamburg 1913) gibt 155 000 Rtl. an. S. 31.

³⁾ Vgl. hierzu Müller, S. 86/87.

⁴⁾ Act. Reg. Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben. 16.

1807 ein Versorgungs-Kommissariat errichtet worden, das später als Sublevations-Kommission fungiert. Vorsitzender dieser Behörde ist der Kammerrat Adolf von Bassewitz, den wir bereits als Mitglied der Kommission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben und der Kommission zur Errichtung des Husaren-Regiments kennen gelernt haben. In Adolf von Bassewitz haben wir nächst August von Derken den bedeutendsten Kopf Mecklenburg-Strelitz's in dieser Zeit zu sehen. Lag Derkens Stärke auf dem politischen Gebiet, so ist Bassewitz's Verdienst die vorbildliche Erledigung der organisatorischen und finanziellen Fragen. Die reibungslose Erfüllung gerade der finanziellen Aufgaben in der Franzosenzeit und in den Befreiungskriegen hat Mecklenburg-Strelitz fast ausschließlich Adolf von Bassewitz zu verdanken. Mit unermüdlichem Eifer hat er sich dafür eingesetzt, die wirtschaftlichen Gefahren, die dem Lande unaufhörlich ein Jahrzehnt hindurch drohten, zu bannen, abzuschwächen und ihre Schäden auszugleichen. Gleich Derken, mit dem ihn eine enge Freundschaft verband, noch verhältnismäßig jung an Jahren, und von der gleichen glühenden Vaterlandsliebe und echten Begeisterung für die gemeinsame große Sache beseelt, hat auch er, wo es not tat, mit unnachsichtlicher Strenge durchgegriffen, wie z. B. in dem später noch zu behandelnden Schönberger Aufruhr.¹⁾

Bassewitz's Tätigkeit als Vorsitzender des Versorgungs-Kommissariats, dann der Sublevations-Kommission gliedert sich in drei Einzelabschnitte: die Jahre 1807—1809, die Jahre 1810—1812 und die Jahre 1813—1816.

Für die erste Periode entnehmen wir seinen Berichten an den Herzog über Leistungen und Lasten des Landes folgende Einzelheiten: Mecklenburg-Strelitz hat vor allem durch die Truppendurchzüge zu leiden gehabt. Die Verpflegung der Truppen und die dauernde Verpflichtung, den durchziehenden Korps Führen stellen zu müssen, erhebt beträchtliche Forderungen an alle Kreise seiner Bevölkerung; dazu kommen dann die aus längerer Einquartierung hervorgehenden Kosten für Unterhalt der Truppen und die Schäden, die der Aufenthalt verursacht hat. Aufgebracht worden sind die Kosten durch Ritterschaft, Landschaft und herzogliche Domänen. Im Einzelnen ergeben sich für diese Zeit folgende Zahlen²⁾: An Gesamtkosten hat die Franzosenzeit bis zum März 1808 185 000 Rtl. gebracht. Zu ihrer Deckung bewilligt und entrichtet hat die Ritterschaft bis März 1808 75 000 Rtl., bis Juli 1808 105 000 Rtl. Die Landschaft beteiligt sich an den Unkosten bis Mitte März 1808 mit 25 000 Rtl. Der Herzog belastet seine Domänen im Juni 1807 mit 20 000 Rtl., im September 1807 mit weiteren 23 000 Rtl.; bis zum

¹⁾ Eine Würdigung Adolf von Bassewitz's findet sich bei Malkahn, S. 185 ff.

²⁾ Act. Reg. Errichtung eines Versorgungs-Commissariats. Die Akten, die im folgenden herangezogen werden, sind unnummeriert.

März 1808 mit insgesamt 72 000 Rtl., im April 1808 wiederum mit 12 000 Rtl. Für die Belastung des Landes durch Forderungen von Fuhrn sei angeführt, daß die beiden Domänialämter Sponholz und Stargard vom 1. Januar bis zum 28. Juni 1808 689 vier-spännige Fuhrn gestellt haben. Als Unkosten für Einquartierung ergibt sich für die Stadt Neubrandenburg für das Jahr 1808 die Summe von 112 000 Rtl. Als Beispiel für die in dieser Zeit entstandenen Schäden sei erwähnt, daß für die notwendig gewordene Reparatur der Marienkirche in Friedland „so wie selbige in Ansicht ihrer inneren Einrichtung vor Entstehung des Krieges gewesen ist“ im Voranschlag 2500 Rtl. vorgesehen sind. Zusammenfassend ergeben sich für die einzelnen Stände am 27. April 1809: An das Versorgungs-Kommissariat haben die Domänen bezahlt 102 486 Rtl., die Ritterschaft ebenfalls 102 486 Rtl., die Landschaft 28 439 Rtl. Die Unkosten für russische Einquartierung in dieser Zeit betragen für die Domänen 12 445 Rtl., für die Ritterschaft 10 661 Rtl., für die Landschaft 12 488 Rtl., desgleichen für preussische Einquartierung für die Domänen 4681 Rtl., für die Ritterschaft 1241 Rtl., für die Landschaft 2119 Rtl. Die Franzosenzeit hat den Domänen Unkosten gebracht vom Oktober 1806 bis Januar 1807 141 905 Rtl., vom Januar bis Juni 1807 20 641 Rtl., von Juni bis Dezember 1807 37 367 Rtl. Für die Ritterschaft ergeben sich in den entsprechenden Zeiten: 45 401 Rtl., 52 390 Rtl. und 33 326 Rtl.; für die Landschaft vom Oktober 1806 bis zum Januar 1807 202 140 Rtl., vom Januar bis Dezember 1807 237 825 Rtl. Einschließlich der Zahlungen an das Versorgungs-Kommissariat betragen die Gesamtunkosten bis zum April 1809 für die Domänen 324 397 Rtl., für die Ritterschaft 245 507 Rtl. und für die Landschaft 483 013 Rtl. Dazu kommen im April 1809 noch kleine Restforderungen des Versorgungs-Kommissariats an Domänen und Ritterschaft, so daß wir als Unkosten insgesamt anzusetzen haben: für die Domänen über 325 000 Rtl., für die Ritterschaft über 246 000 Rtl., für die Landschaft über 483 000 Rtl. Die Leistungen des ganzen Landes betragen demnach in dieser Zeit über 1 Million Rtl. Wir haben dabei festzuhalten, daß durch das Versorgungs-Kommissariat nur ein kleiner Teil dieser Summe aufgebracht worden ist; es handelt sich lediglich um solche Posten, die dem ganzen Lande zur Last fallen und demgemäß auf die einzelnen Stände verteilt werden. Einen weitaus größeren Betrag machen die Leistungen aus, die die Stände einzeln laufend zu tragen haben. Die fraglos stärkste Belastung erfahren die Städte, die dafür geringere Zahlungen an das Versorgungs-Kommissariat entrichten, während die Domänen und die Ritterschaft in Anbetracht ihrer geringeren Einzellaften sich stärker an den Gesamtlasten beteiligen. Die Jahre 1809—1810 bringen dem Lande eine kurze Zeit der Entspannung. Dann setzen aber 1811—1813 im Zusammenhang mit dem russischen Feldzug Napoleons erneute

schwere Forderungen an die Kräfte des Herzogtums ein. Da es an der Militärstraße Hamburg—Stettin lag, konnte es nicht ausbleiben, daß die Truppendurchzüge auch in ihm nicht aufhörten. Außer der notwendigen Verpflegung der Durchziehenden hat man noch mehrfach Forderungen auf Naturallieferungen nachzukommen. Auch in dieser Zeit hat Bassewitz unermüdlich für Ausgleichung der Lasten und Schäden gewirkt. Mehrfach hat er, wenn die Zahlungen der Stände nicht rechtzeitig eingegangen sind, seinen eigenen Kredit willig in Anspruch genommen, um die notwendigsten Bedürfnisse zu befriedigen. Die Ausgleichung erfolgt im übrigen auch jetzt, wie vorher nur zu einem Teil über die Sublevations-Kommission, nur insoweit als das ganze Land herangezogen wird. Die Verteilung der Kosten auf Domänen, Ritterschaft und Landschaft erfolgt nach dem Verhältnis 3:3:2. Wir beschränken uns bei der Betrachtung dieser Periode ebenfalls auf zusammenfassende Ergebnisse. Die erste Belastung erfährt das Land durch die vier Monate lange Einquartierung dreier französischer Brigaden bis zum Januar 1812¹⁾. Fürsorglicher Weise stellt Bassewitz nach deren Abzügen weitere Vorräte in Friedland, Woldegk, Neubrandenburg und Neustrelitz bereit. Die jetzt einkommenden Truppendurchzüge von Hamburg und Berlin her finden erst im Winter 1812=13 ihr Ende. Vom Februar bis April 1812 dauert der Durchmarsch des Morand'schen Korps, ihm folgen 1600 Holländer, 2 französische Infanterie-Brigaden, ein französisches Kavallerie-Regiment, ein Waldecker Regiment, ein Regiment Westfalen, 3 Bataillone Franzosen, 2 französische Dragoner-Regimenter, dazu kleinere Trupps Artillerie, Train usw. Die letzte Meldung über den Durchmarsch französischen Militärs erfolgt Anfang Dezember 1812. Im Juli 1812 wird die Lieferung von Getreide nach Demmin gefordert. Hiervon kann nur $\frac{1}{7}$ noch aus dem eigenen Lande beschafft werden; der Rest wird auswärts gekauft. Naturgemäß ist die Belastung der einzelnen Ortschaften verschieden stark. Die Städte haben mehr zu leiden, als das Land. Obwohl Bassewitz sich bemüht, die kantonnierenden Truppen möglichst aufs Land zu verlegen, ist ihm das nur selten gelungen. Im Allgemeinen findet er dabei kein Entgegenkommen bei den zuständigen Militärs. Auch die Belastung der Städte ist verschieden. Städte, die an der Militärstraße liegen, wie Neubrandenburg und Woldegk, tragen schwerer, als die mehr abseits gelegenen. Vor allem scheint Woldegk in dieser Zeit am Ende seiner Kräfte gewesen zu sein. Bassewitz, der eine Milde und Nachgiebigkeit am falschen Ort gewiß nicht kannte, berichtet über die trostlosen Zustände in Woldegk am 17. April 1812: „Die armen Bewohner sind schon wegen der besonders durch die Dauer so unverhältnismäßigen Last beinahe zur Verzweiflung gebracht, und selbst durch die anstrengendsten Unterstützungen sind

¹⁾ Die folgenden Angaben sind dem unnummerierten Volumen: Sublev. Komm. Berichte Bassewitz's 1812/16 entnommen.

wir nicht mehr imstande, dieselben aufrecht zu erhalten. Die seit länger denn Jahresfrist besonders in Hinsicht des Fuhrwerks so frequente Militärstraße hat es den armen Bürgern, welche nur vom Ackerbau leben, nicht gestattet, ihre Felder ordentlich zu bestellen; denn fortgesetzt sahen sie sich genötigt, ihre Pferde den Militärverhältnissen zu widmen. Ganz niedergedrückt gehen sie also jetzt einer schlechten Erndte — der nothwendigen Folge einer versäumten Ackerbestellung — entgegen. Denn durch die besonders in den letzten Monaten statt gehabten Anstrengungen sind sämtliche Pferde der Woldegker Bürgerschaft, welche in der Königl. Preuß. Stadt Posen wohnt und weiter auf der Militärstraße — ja selbst in Stettin nur selten abgelöst werden, so entkräftet, daß sie zur Ackerbestellung der jetzt so nahen Sommer Saat beinahe ganz unfähig sind.“ Wir haben hier einen ganz besonders ernsten Fall betrachtet; jedoch sehr viel weicht das Gesamtbild von diesem einzelnen Ausschnitt kaum ab. Urtheilt doch Bassewitz über die wirtschaftlichen Verhältnisse im Allgemeinen ebenfalls schon im April 1812, die Vorräte des Landes seien derartig aufgebraucht, daß man in steigendem Maße genötigt sei, bereits jetzt das Vieh auf die Weide zu treiben, nur weil man es in den Ställen nicht mehr füttern könne. So nimmt es nicht Wunder, wenn die Unkosten auch in dieser Zeit eine beträchtliche Höhe erreichen. Bereits die Unterhaltung der französischen Einquartierung im Winter 1811/12 vom 7. September bis zum 11. Februar kostet insgesamt 93 652 Rtl.¹⁾ Aber schon im Februar wird als voraussichtlich außerdem erforderliche Summe für die nächsten fünf Monate mindestens 54 018 Rtl. genannt. Die Unkosten für den Durchmarsch des Morand'schen Korps vom Februar bis April 1812 berechnet die Sublevations-Kommission auf 32 203 Rtl. Der Ankauf des geforderten Getreides vom August 1811 bis zum August 1812 ergibt die Summe von 220 000 Rtl. An Einnahmen stehen dem gegenüber 130 000 Rtl. Ein Rest von 90 000 Rtl. ist noch ungedeckt. Durch Steuererlasse sind nach einer anderen Übersicht²⁾ vom April 1812 bis zum Januar 1813 aufgebracht worden im Ganzen 92 000 Reichstaler. Auf die einzelnen Stände verteilt sich die Last bis zum August 1812 folgendermaßen³⁾: die Domänen haben 70 000 Rtl., die Ritterschaft ebenfalls 70 000 Rtl., die Landschaft 46 000 Rtl. aufgebracht. Die Gegenforderungen für noch nicht beglichene Ausgaben betragen im August 1812 von den Domänen 22 000 Rtl., von der Ritterschaft 11 000 Rtl., von den Städten 27 000 Rtl., insgesamt also demnach 60 000 Rtl. Einschließlich dieser Forderungen

¹⁾ Die in den Akten angegebene Summe von 93 642 Rtl. beruht augenscheinlich auf einem Rechenfehler.

²⁾ Act. Reg. Verhandlungen über Ausgleichung der Kriegsschäden 1805/11. 25 a.

³⁾ Zum Folgenden vgl. wieder Sublev. Komm. Berichte Bassewitz's 1812/16.

hat die Sublevations-Kommission im August noch 77 000 Rtl. zu zahlen; die demnach zu der Gesamtsumme von 220 000 Rtl. hinzukommen. Ferner sind auch noch die Unkosten in den folgenden Monaten zu berücksichtigen, über die sich eine gesonderte Aufstellung nicht findet. Wir sehen, auch diese Periode hat Mecklenburg-Strelitz eine erhebliche Belastung gebracht und durch die vorhergegangenen noch nicht überwundenen Lasten und Schäden bereits verschiedentlich eine gefährliche Bedrohung der wirtschaftlichen Zustände zur Folge gehabt.

Wenn sich im Hauptbuch von Johannis 1812—1813¹⁾ Voranschlag und tatsächliche Einnahmen bezw. Ausgaben ziemlich decken, auch Ausgaben und Einnahmen einander die Wage hielten, so daß daraus von einer Wirtschaftskrise nichts zu entnehmen ist, so darf uns das nicht Wunder nehmen, da die von uns behandelten Zahlungen als außerordentlich gelten und im ordentlichen Etat darum nicht berücksichtigt worden sind. Wir haben bereits für die erste Periode der Franzosenzeit eine Unkostensumme von einer Million Rtl. festgestellt. Eine Endsumme für die zweite Periode läßt sich nicht festlegen, doch wird sie 500 000 Rtl. gewiß überschritten haben. Die Franzosenzeit hat demnach — so dürfen wir jetzt abschließend urteilen — dem Lande einen Schaden von mindestens 1 500 000 Rtl. verursacht²⁾. Hierbei sind nicht eingerechnet die indirekten Schäden, die durch Stellung eines Kontingents von 400 Mann zu den Rheinbundtruppen, Beschränkung der Landarbeiten und damit Ausfall bei der Ernte, Verlust von Vieh und Materialien bei der starken Inanspruchnahme durch Stellung von Fuhrren usw. entstanden sind, und die von nicht unerheblichem Einfluß bleiben konnten. Berücksichtigen wir weiter, daß Mecklenburg-Strelitz damals nur 60 000 Seelen zählte³⁾, so gewinnen wir ein noch deutlicheres Bild von der Lage, in der sich das Land zu Beginn der Befreiungskriege befunden hat.

Mecklenburg-Strelitz hat sich sechs Jahre hindurch ununterbrochen erheblich anspannen müssen, seine Leistungsfähigkeit mußte demnach darunter gelitten haben. Es wäre nicht verwunderlich gewesen, wenn das Land nicht mehr befähigt gewesen wäre, große Verbindlichkeiten zu übernehmen und zu erfüllen, es war ausgeschlossen, daß es seine volle Kraft entwickeln konnte.

¹⁾ Hauptbuch 1812/13.

²⁾ Müller gibt die Gesamtkosten der Franzosenzeit auf 2 Millionen an, S. 22. Ebenso Behm, S. 3.

³⁾ Müller, S. 21.

VII. Die Lasten der Befreiungskriege bis zum August 1813.

Unter diesen Voraussetzungen können wir erst die Leistungen Mecklenburg-Strelitz's einer gerechten Würdigung unterziehen. Wenn, wie wir gesehen haben, die freiwilligen Gaben, die in der Hauptsache bereits im Frühjahr 1813 aufgebracht worden sind, einen Gesamtbetrag von 125 000 Rtl. ausgemacht haben, so müssen wir zugeben, daß hierin eine außerordentliche freiwillige Selbstbelastung eines schwer geschädigten Landes liegt. Zu diesen freiwilligen Gaben kommen aber dann die laufenden Lasten, die Durchzüge und Einquartierungen, Lieferungen und Fuhrn dem Lande brachten. Wenn gleich unsere Betrachtungen nur einen geringen Zeitraum umfassen, so gelingt es uns doch, bereits aus diesen ersten Monaten ein Bild zu gewinnen, das uns zu Urteilen berechtigt, die in der Folgezeit nur an Schärfe und Geltung gewinnen können. Zunächst bedeutete bereits der Ausfall an Arbeitskraft, den die Errichtung des Husaren-Regiments mit sich brachte, eine merkliche Verringerung der Leistungsfähigkeit der Gesamtheit. Auch die regelmäßigen Übungen des Landsturms konnten nicht ohne Nachwirkung auf die wirtschaftliche Struktur bleiben. Wir dürfen nicht außer Acht lassen, daß diese Ereignisse in einen Zeitraum fallen, der mit Waderbestellung und Ernte für einen Agrarstaat, wie Mecklenburg-Strelitz es ist, besonders die Anspannung aller verfügbaren Kräfte erforderte, zumal bereits in den Vorjahren, wie wir gesehen haben, die Ernte immer wieder unter der dauernden wirtschaftlichen Belastung gelitten hatte. Es darf uns darum nicht Wunder nehmen, wenn wir beständig Klagen hören, die Ernte des Jahres 1813 sei wegen der Unmöglichkeit, den landwirtschaftlichen Verpflichtungen in erforderlichem Maße nachzukommen, außerordentlich mangelhaft ausgefallen. Dieser Ausfall an Arbeitskräften stellt aber nicht die einzige Belastung des Landes in dieser Zeit dar.

Wir haben bereits Naturalforderungen Mopäus' kennen gelernt, denen man in Neustrelitz nachzukommen gewillt ist. Die angeforderten Naturalien werden bereit gehalten und sollen Mopäus zugehen, als die Einquartierung des Czernitscheff'schen Korps im ganzen Lande eine anderweitige Verwendung notwendig macht.

Vom 1. Juli bis Mitte August hat sich das Korps im Lande aufgehalten¹⁾. Statt der ursprünglich angezeigten 1200 Mann und 1500 Pferde sind es fast dreimal soviel. Die anfangs vorgesehene Verteilung ausschließlich auf die Städte muß fallen gelassen werden, und auch das flache Land erhält Einquartierung. Bald sind die aufgesammelten Vorräte, namentlich an Heu und Hafer, aufgebraucht. So muß am 30. Juni eine neue Naturalabgabe erlassen werden, und von jeder ritterschaftlichen und Dominal-Hufe werden 8 Scheffel

¹⁾ Vgl. zum folgenden Sublev. Komm. Berichte Bassewitz's 1812/16. (Protokoll vom 17. Juli 1813).

Hafer, 6 Zentner Heu und 48 Bund Stroh zu 10 Pfund gefordert. Am 10. Juli folgt schon eine neue Forderung von je 4 Scheffel Hafer, 6 Zentner Heu und 2 Scheffel Roggen. Auch diese Vorräte reichen nicht, so daß Bassewitz am 15. Juli bereits 500 Scheffel Hafer ankaufen muß. Am 12. Juli werden an das Amt Mirow aus der herzoglichen Kammer 300 Rtl. überwiesen, damit es seinen Naturalverpflichtungen nachkommen kann. Am 29. Juli ergibt eine Untersuchung über die Hafervorräte in Fürstenberg, daß nur noch insgesamt 102 Wispel vorhanden sind¹⁾. Vergeblich wendet sich das Ministerium am 18. Juli an Czernitscheff mit der Bitte um Verlegung wenigstens eines Teils seines Korps. Czernitscheff erwidert, eine Verlegung stände nicht in seiner Macht, er könne lediglich soviel tun, seine auf preussischem Boden einquartierten Regimenter nicht auch noch nach Strelitz zu verlegen²⁾. Am 25. Juli werden dem Korps auf Czernitscheffs Forderung 1200 Paar Stiefel übergeben, die allerdings sofort bezahlt werden, deren Anfertigung aber doch naturgemäß eine starke Beanspruchung der Handwerker und damit eine Belastung bedeutet. Dasselbe gilt auch von den Ende Juli abgelieferten, in Alt-Strelitz angefertigten Uniformstücken. Hier geht übrigens die Entlohnung über die herzogliche Kasse und ist erst 1821 vollständig erfolgt³⁾. Am 18. Juli wenden sich auch die Stände an den Herzog mit der Bitte, eine Erleichterung der Einquartierungslasten zu veranlassen. „Es läßt sich der mit der Größe des Landes in keinem Verhältnis stehende Verbrauch, welcher sich noch immer eher vermehrt, leicht berechnen und ebenso bestimmen, daß es uns namentlich sehr bald an Hafer fehlen wird, um den Russischen Truppen die Rationen in der bisherigen Art und Weise zu verabreichen. Einen Ankauf von dieser Getraide Art zu machen, scheint den Ständen unausführbar, theils auch, weil die Hafer Vorräte in allen benachbarten Gegenden aufgezehrt sind. Für den schlimmsten Fall, wenn das Czernitscheffsche Korps fortwährend cantonniren sollte, bliebe also kein anderer Ausweg, als daß der Bedarf durch Roggen und Gerste in abgeminderten Quantitäten bestritten werden müßte. Wenn die getreuen Stände hierin eine Erleichterung wünschen müssen, so sehen sie sich noch gemüßigt, die bisherigen vielen Fuhren, welche besonders das platte Land treffen, als eine große und bey herannahender Aerndte kaum zu berechnende Last mit in Anschlag zu bringen⁴⁾.“

Zu dieser lange dauernden Einquartierung kommen dann noch verschiedentliche vorübergehende Einquartierungen und Durchmärsche. In der ersten Hälfte des Juli halten sich 8000 Mann von der

¹⁾ Vgl. hierzu Act. Reg. Verwaltungsrat. 36/37 u. 49/50.

²⁾ Vgl. Act. Reg. Verwaltungsrat. 40/41.

³⁾ Vgl. Act. Reg. Verwaltungsrat.

⁴⁾ Sublevationskommission 1809 ff.

russisch-deutschen Legion vorübergehend im Lande auf¹⁾. Anfang August erfolgt der Durchmarsch mehrerer schwedischer Kolonnen. Ende August treffen zahlreiche Reserven und Depots ein, so die der russisch-deutschen Legion, der hannoverschen Legion, der hanseatischen Legion, des Lühowschen und des Reicheschen Freikorps. Bassewitz befürchtet, bei gleichzeitigem Abzug aller dieser Truppen, auch des Czernitschew'schen Korps, würden keine Fuhrn mehr vorhanden sein. Die Belastung durch diese Einquartierungen ist so erheblich, daß sich der Herzog veranlaßt sieht, den Domanial-Pächtern ihre Leistungen von der Pacht abzuziehen. Der Getreidevorrat ist bald erschöpft und muß durch Ankauf in den Nachbarländern aufgefüllt werden. Bassewitz muß auch jetzt häufig dabei seinen eigenen Kredit in Anspruch nehmen. Zu diesen Belastungen durch die laufenden Einquartierungen kommen noch Forderungen auf Lieferung von Naturalien nach auswärts. So fordert am 25. August die schwedische Militär-Administratur 200 000 Pfund Brot und 20 000 Pott Brantwein an. Diese Forderung ist durch gleichmäßige Belastung des ganzen Landes beglichen worden. Anderen Forderungen ist man wiederum nicht in der Lage gewesen nachzukommen. Wir haben bereits gesehen, daß man zunächst bereitwilligst die von Mopäus genannten Natural-lieferungen hat leisten wollen, daß man zu einer Entlastung des Schweriner Herzogtums ebenfalls bereit gewesen ist. Beide Vorschläge sind nicht ausgeführt worden, weil alle verfügbaren Kräfte des Landes nach Aussage der Regierung in jeder Hinsicht durch die erfolgte Einquartierung vollauf in Anspruch genommen werden. Nach dem genaueren Bild, das wir nunmehr über diese Verhältnisse gewonnen haben, werden wir den Ausführungen der Regierung beipflichten müssen. Man hat getan, was man tun konnte. Daß man es aber abgelehnt hat, Verpflichtungen zu übernehmen, die zu erfüllen man außer Stande gewesen wäre, daraus darf ein Vorwurf nicht entstehen. So bleibt eine Forderung, die Mopäus am 12. August erhebt und die die Stellung von 73 Reitpferden verlangt, unberücksichtigt²⁾. Wenn wir uns vor Augen halten, daß das Husaren-Regiment dem Lande bereits eine bedeutende Anzahl von Pferden entzogen hat, daß zudem die erhebliche Anzahl von Fuhrn, die die Landwirte unaufhörlich den durchziehenden Truppen haben zur Verfügung stellen müssen, den Bestand noch mehr verringerte, so wird uns verständlich werden, warum man hier kein Entgegenkommen gezeigt hat. Denn als der schwedische Hofkanzler von Wetterstadt um Verkauf von 150 Husaren-Pferden bittet, antwortet ihm die Regierung am 24. September abschlägig mit der Begründung: „le total des chevaux dans ce pays montant à 5000, et le pays en ayant déjà fourni près de mille pour des destina-

¹⁾ Berichte Bassewitz's 1812/16. (Protokoll vom 17. Juli 1813, 16. August 1813, 24. August 1813.)

²⁾ Land. Reg. Befreiungskriege 1813/26.

tions militaires dans le cours des derniers 3 mois . . .“¹⁾ Eine Ablehnung erfährt im Juli auch die Bitte des preussischen Militär-Gouvernements in Berlin um Unterstützung durch Naturallieferungen. „Leider ist solches geradezu unmöglich, weil sich das hiesige Land ganz in demselben Fall befindet, und alle Vorräthe durch die ganz unverhältnismäßige Bequartierungslast mit 4000 Mann Cavallerie völlig erschöpft und sogar von auswärts bedeutende Fourage Ankäufe gemacht worden sind. Außerdem werden die Kräfte des hiesigen Landes von allen Seiten und auf die verschiedenartigste Weise in Anspruch genommen, und nur die lebendige Hoffnung auf den Fortgang der guten Sache mit der man an die Erlangung des höchsten Gutes Alles und das Letzte setzt, macht es möglich zu leisten, was geleistet wird! —“ Es klingt wie eine bittere Klage über die Unterstellungen, die man Mecklenburg-Strelitz gemacht hat, und über die geringe Anerkennung, die man bisher gefunden hat, wenn das Schreiben mit den Worten schließt: „Bei E. hohen Königl. Militair Gouvernement dürfen wir voraussetzen, daß dasselbe unsere Gefinnungen hinlänglich kenne, um der Wahrheit der obstehenden Äußerungen vollen Glauben beizumessen und uns keine engherzigen und kleinlichen Ausweichungen zuzutrauen²⁾.“ In gleicher Weise erklärt der Herzog auch, einer Bitte des Generals von Bülow um Naturallieferungen nicht nachkommen zu können. Die von Verken verfaßte Antwort vom 19. August zeigt wiederum den guten Willen, aber zugleich die Unmöglichkeit, dem Wunsche nachzukommen. „Ew. Excellenz lassen mir Gerechtigkeit wiederfahren, indem Sie voraussetzen, daß ich alle möglichen Opfer in diesem Kriege mit Freuden bringe, und daß ich doppelt gern bereit bin, wenn es eine Bewährung meiner Gefinnungen für Ihren König und für sein herrliches Volk gilt. Von Anbeginn der jetzigen besseren Zeit habe ich in diesem Geiste gehandelt . . . Hiernach kann ich nun auf vollen Glauben bei Ew. Excellenz rechnen, und Anspruch nehmen, wenn ich Ihnen sagen muß: daß die Getreide Vorräte in unserem Lande erschöpft sind und daß ich daher keine Lieferungen machen zu lassen im Stande bin³⁾.“

Genauere Aufstellungen über die Summe der Kosten dieser Periode sind nicht gemacht worden. Wir können uns nur an einzelne Tatsachen halten. So werden als Leistungen für die Zeiträume vom 1. April bis 15. August und vom 15. August bis 12. Oktober, angegeben: für die Domänen 46 937 Rtl. bezw. 22 383 Rtl., insgesamt also gegen 70 000 Rtl., für die Ritterschaft 34 875 Rtl. bezw. 21 440 Reichsthaler, insgesamt über 55 000 Rtl., für die Städte 19 970 Rtl. bezw. 18 014 Rtl., insgesamt gegen 40 000 Rtl. So ergibt sich als Summe der Gesamtleistungen für die Zeit vom 1. April bis 12. Ok-

¹⁾ Reg. Act. Landsturm. 61.

²⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 35.

³⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat 48.

tober die Summe von 150 000 bis 160 000 Rtl.¹⁾. Das Hauptbuch läßt uns auch hier wiederum im Stich, da es auch in dieser Periode nur die ordentlichen Ausgaben und Einnahmen notiert. Wenn in ihm aber angegeben wird, von neun Mühlenpächtern sei die Pacht nicht eingegangen, sieben Pächter hätten ihre Pensionsgelder nicht bezahlt, für Gesandtschaften sei mehr verausgabt worden, als veranschlagt war, vom Boizenburger Elbzoll sei von Medlenburg-Schwerin nur die Hälfte eingegangen, die außerordentlichen Ausgaben hätten statt 4000 Rtl. über 100 000 Rtl. betragen, so daß der Jahresabschluß eine Unterbilanz von ungefähr 75 000 Rtl. aufweist, so gewinnen dadurch unsere Ergebnisse an Berechtigung²⁾. Wir erinnern uns an die Not der Franzosenzeit, die nach wirtschaftlicher Gesundung rief. Unmittelbar folgt aber statt Erholung von den vorausgegangenen Anstrengungen eine Periode mit nicht geringeren Forderungen an die Leistungskraft des Landes. Wäre Medlenburg als innerlich gesundes Land in die Befreiungskriege eingetreten, dann hätte man sich vielleicht mit seinen Leistungen nicht zufrieden geben können, obwohl diese an sich auch schon recht erheblich gewesen sind. Nun aber ist die Grenze der Anspannungsmöglichkeiten viel enger gezogen worden. Und dennoch, trotz der schweren Schäden der Fremdherrschaft, hat sich Medlenburg-Strelitz freiwillig große Opfer freudig auferlegt. Daß dann aber die Kraft zu außergewöhnlichen Leistungen nicht mehr ausreicht, darf nicht Wunder nehmen. So wäre es unbillig zu bestreiten, daß Medlenburg-Strelitz tatsächlich nicht mehr in der Lage war, über die übernommenen Verpflichtungen hinaus noch weitere zu erfüllen. Man hat im Herzogtum nicht mehr leisten können.

VIII. Das Fürstentum Rakeburg in den Befreiungskriegen.

Das Bild, das wir uns über Leistungen und Lasten Medlenburg-Strelitz's machen wollen, ist jedoch unvollständig, wenn unsere Betrachtungen sich nicht, sei es auch nur in kurzem Überblick, auch dem Nebenlande des Strelitzer Herzogtums zuwendet, dem Fürstentum Rakeburg. Hat Rakeburg mit Strelitz Schritt gehalten? Kann unser Urteil über Strelitz auch für Rakeburg gelten?

Das Fürstentum ist ursprünglich nur lose mit dem Herzogtum verbunden gewesen. Wohl gelten die Verfügungen für beide Länder in gleicher Weise, und wir haben auch gesehen, daß die Erlasse des Herzogs in den ersten Aprilwochen unverzüglich auch nach Rakeburg übersandt worden sind. Jedoch hat Rakeburg seine eigene Justiz- und Finanzverwaltung, sein eigenes Konsistorium, sein

¹⁾ Sublev. Komm. Protokolle 1813—17. (Anlage A. vom 14. März 1814 zum Protokoll vom 21. Februar 1814.)

²⁾ Hauptbuch 1813/14.

eigenes Forstamt. Auch die ständische Gliederung, der wir in Strelitz begegnet sind, fällt in Rakeburg fort; hier hat nur der Herzog zu bestimmen. Rakeburg hat seine eigene „Regierung“ auf dem Dornhof, die zwar der Strelitzer nicht nebengeordnet ist, immerhin aber eine gewisse Selbständigkeit gegenüber dieser besitzt. Neben diesem Unterschied, der für unsere Betrachtungen nur geringe Beachtung verdient, müssen wir uns aber an die viel stärkere Auswirkung der militärischen Ereignisse in Rakeburg erinnern. Das Fürstentum ist durch seine Lage viel mehr im Brennpunkt der Operationen in Norddeutschland gestanden, als das mehr abseits liegende Herzogtum, und ist von ihnen viel mehr in Mitleidenschaft gezogen worden. Die Kämpfe im Spätsommer und Herbst 1813, die in der Hauptsache um den Besitz Hamburgs und der Unterelbe geführt worden sind, haben darum auch das Fürstentum zum Kriegsschauplatz gehabt. Die Waffenstillstandsbedingungen wiesen es allerdings noch den Verbündeten zu, unmittelbar nach dessen Ablauf jedoch wurde das ganze Land im Zusammenhang mit Davousts Zug nach Schwerin und Wismar von den Franzosen besetzt. Vom August bis November 1813 ist das Fürstentum in französischer Hand gewesen und hat ganz ohne Verbindung mit dem Herzogtum gestanden, nachdem es vorher seit Kriegsbeginn unmittelbar hinter der Frontlinie gelegen war. Es konnte nicht ausbleiben, daß die stärkere Gefährdung durch die kriegerischen Ereignisse nicht ohne Einwirkung auf das Verhalten des Fürstentums und seiner Regierung in dieser Periode blieb.

Der Geist in Rakeburg ist doch ein erheblich anderer gewesen, als in Strelitz. Von ernsthaften Schwierigkeiten bei Durchführung der herzoglichen Erlasse haben wir in Strelitz nichts vernommen. Anders ist es in Rakeburg. Obwohl die erforderliche Zahl Freiwilliger für das Husaren-Regiment binnen kurzem sich gemeldet hat, dringt die Neustrelitzer Regierung darauf, daß auch Rakeburg seinen Anteil von 75 Husaren selbst stellt und sich auch mit 15 000 Rtl. an den Unkosten beteiligt. Die Teilnahme am Befreiungskampfe soll ein Werk aller sein. Am 17. April werden der Rakeburger Regierung die genauen Bestimmungen, nach denen die Aushebung veranstaltet werden soll, zugestellt. Sie decken sich völlig mit den auf dem Convocationstag vereinbarten, die jedoch in Strelitz nicht in Anwendung gekommen sind, weil hier die freiwilligen Meldungen eine Zwangsaushebung unnötig gemacht haben. Bezeichnend für die Abneigung gegen Kriegsdienste in Rakeburg ist die Bemerkung, daß Lehrzeit nicht vom Kriegsdienst entbinde.¹⁾ 1809 bei der Aushebung für das Rheinbundcontingent ist es nämlich mehrfach vorgekommen, daß Eltern ihre Söhne schleunigst irgend einem Handwerker in die Lehre gaben, um sie,

¹⁾ Act. Reg. Rakeburg Husaren-Regiment. 2.

wenn die Zeit der Aushebung verstrichen war, wieder nach Hause zu holen. Ein überempfindliches Nationalbewußtsein ist hier sicherlich nicht der Grund gewesen, sonst hätten sich 1813 kaum folgende Vorgänge ereignen können: Bassewitz und Warburg sind mit der Auslosung der Dienstpflichtigen in Rakeburg beauftragt worden. Auf den 26. April werden alle Dienstpflichtigen nach Schönberg bestellt. Hier kommt es zu einer regelrechten Revolte, die in eine allgemeine Schlägerei ausartet zwischen Bauern, Landreitern, Polizei, Husaren usw., bei der auch Warburg durch einen Schlag über den Kopf verletzt wird. Dem raschen Eingreifen Bassewitz's, der sich in den aufrührerischen Haufen stürzt und sich eines der Haupträdelsführer bemächtigt, gelingt es, den Aufruhr bald zu dämpfen. Er berichtet dann unverzüglich von diesem Vorfall nach Neustrelitz¹⁾ und erreicht auch durch eine Ansprache das feierliche Versprechen der Bauern, daß sich ähnliche Auftritte nicht wiederholen würden. In Neustrelitz tritt man diesen Zuständen mit den schärfsten Mitteln entgegen. Weitere Vorfälle dieser Art sollen mit dem Tode bestraft werden.²⁾ 30 Mann Infanterie werden ins Fürstentum entsandt und ein Untersuchungsausschuß zur Ermittlung und Bestrafung der Schuldigen eingesetzt. Die Rakeburger Ämter entschuldigen sich weitläufig wegen des Vorfalls und geben als Grund an, der zuständige Amtshauptmann sei bei der Ausschreibung parteiisch vorgegangen und habe dadurch Mißtrauen und Erregung innerhalb der Bevölkerung hervorgerufen. Bassewitz nimmt nun die Auslosung der Wehrpflichtigen vor. 75 Husaren hätte Rakeburg nach dem üblichen Maßstab zu stellen gehabt. Freiwillig haben sich im ganzen Fürstentum nur 5 Mann gemeldet, davon sind auch noch 3 aus Schwerin und Strelitz! Das Fürstentum stellt also ganze 2 Freiwillige! Die übrigen werden durchs Los bestimmt. Jedoch meldet Bassewitz, daß bereits zur Auslosung 24 Dienstpflichtige nicht erschienen bzw. entlaufen seien. Wenige Tage darauf desertierten weitere 3 Husaren, und bald darauf wiederum 3. Auch die Zahl der Gesuche um Befreiung vom Militärdienst oder um Ersatz des Dienstes durch Geldzahlung ist im Fürstentum verhältnismäßig hoch; sie werden sämtlich abgelehnt. Vergeblich dringt man auch von Neustrelitz wiederholt und nachdrücklich in die Rakeburger Regierung, die Untersuchung der Schönberger Vorfälle energischer zu betreiben und zum Abschluß zu bringen. Am 6. August antwortet man vom Domhof, es habe sich in dieser Sache nichts feststellen lassen.

Steht so das Fürstentum in offenbarem Gegensatz zum Herzogtum hinsichtlich der freiwilligen Beteiligung am Befreiungskampf — von der Organisation eines Landsturms ist in Rakeburg

¹⁾ Act. Reg. Rakeburg Husaren-Regiment. 7.

²⁾ Vgl. zum folgenden Act. Reg. Rakeburg Husaren-Regiment.

mit keinem Wort die Rede —, so fallen auch die freiwilligen Opfer in Rakeburg vollständig ab gegen die Leistungen, die man in Strelitz getragen hat. Freilich hat auch Rakeburg in der Franzosenzeit zu leiden gehabt. Es erscheint dennoch aber geradezu unwahrscheinlich, daß die Leistungsfähigkeit der Rakeburger mit den 55 Rtl., die insgesamt an freiwilligen Gaben aufgebracht worden sind, erschöpft gewesen sein sollte.¹⁾

In der Folgezeit hat auch Rakeburg die Lasten der Einquartierung zu spüren bekommen. Auch die nicht unerheblichen Schäden aus der Zeit der französischen Besetzung im Herbst 1813 stellen gewiß starke Ansprüche an seine Kraft. Doch fallen diese letzten Ereignisse in einen Zeitraum, der nicht mehr dem Bereich unserer Betrachtungen angehört. Für unsere Periode haben wir festzustellen, daß in Rakeburg allerdings die Verhältnisse völlig anders liegen als in Strelitz. Über das Fürstentum könnte man allenfalls wohl das Urteil fällen, daß es hier durchaus an der rechten Opferbereitschaft und freudigen Begeisterung gefehlt habe. Hier hat man es bis zum äußersten kommen lassen, bis zur offenen Rebellion gegen die bekannt gewordenen Verordnungen. Es soll freilich nicht vergessen werden, daß ein Teil der Schuld auch der Saumseligkeit und Nachlässigkeit der Rakeburger Regierung zufällt, wie uns die hingeschleppte Untersuchung des Schönberger Tumultes bereits gezeigt hat. Das hat man in Neustrelitz wohl eingesehen und demgemäß gehandelt. Diese ganzen unerfreulichen Zustände in Rakeburg würden darum bei unserer Darstellung in Wegfall kommen können, gehören sie doch auch recht eigentlich nicht zu unserer Aufgabe. Interessieren tut uns daran nur die Frage, wie man sich in Neustrelitz zu all dem gestellt hat. Darum, weil wir aus den Verhandlungen mit Rakeburg unser Urteil über die Neustrelitzer Regierung, und damit überhaupt über das Land Mecklenburg-Strelitz, zu dem ja Rakeburg im eigentlichen Sinne nicht gehört, vervollständigen können, ist dieser Dinge Erwähnung getan worden, um nun die Frage aufzuwerfen: was hat man in Neustrelitz dazu gesagt?

Bereits der Nachdruck, mit dem man auf Durchführung der Verfügungen dringt, belehrt uns darüber, daß man in Neustrelitz durchaus nicht gesonnen gewesen ist, die Unlust und Nachlässigkeit, mit der man im Fürstentum an die Ausführung gegangen ist, ohne Widerrede hinzunehmen. Die scharfe Sprache, die man dann nach den Schönberger Vorgängen redet, zeugt in gleicher Weise von dem unbeirrbaren Willen, die Rakeburger Zustände beschleunigt und gründlich zu beseitigen. Augenscheinlich hat man in Neustrelitz jetzt genau gewußt, wessen man sich von der Rakeburger Regierung zu versehen hatte, während man früher doch noch den

¹⁾ Reg. Acten. Husaren-Regiment. Verfügungen 1815/16. 37.

Rakeburgern zuviel zugetraut hatte. Sonst hätte ohne Frage der Herzog schon viel eher unmittelbar von Neustrelitz aus in die Rakeburger Verhältnisse eingreifen lassen. Freilich hat man dann noch geglaubt, die Regierung auf dem Domhof aus ihrer Saumseligkeit aufrütteln zu können durch Briefe, die an Schärfe und Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig ließen. Denn jedes Schreiben, das nach Rakeburg abgeht, ist in außerordentlich nachdrücklichem Ton abgefaßt und enthält immer den eindringlichen Befehl auf umgehende Erledigung. Anfang Mai 1813 wurden einige Ortschaften des Landes mit hannoverscher Kavallerie belegt. Man berichtet darüber als von einer ungeheuren Belastung nach Neustrelitz. Am 7. Mai erfolgt die Antwort: „Es ist nicht an der Zeit, sich augenblicklich Lasten und Anstrengungen zu entziehen, vielmehr muß man viele und große Opfer zu bringen entschlossen und bereit seyn. — Nur wenn Alle in diesem Sinne handeln, ist man berechtigt, eine bessere Zukunft zu hoffen. — Wir wollen für Uns und Unser Land in dieser Rücksicht stets ein gutes Beispiel geben, kein gutes Beispiel geht verloren, vielmehr wirkt es auf unzuberechnende Weise. Vor allem aber erwarten Wir von Unsern Dienern, daß sie Unsere Absichten auffassen und denselben gemäß handeln.“¹⁾ Am 5. Juni berichtet die Rakeburger Regierung von der Besetzung Hamburgs und Lübecks durch Franzosen und Dänen und fragt an, ob man „schon jetzt dem kaiserl. französischen General nach Lübeck oder Hamburg entgegenreisen und um Schonung bitten“ solle. Darauf wird am 6. Juni aus Neustrelitz geschrieben, zunächst hätte die Nachricht von der Besetzung der Hansestädte nicht erst am dritten Tage, sondern unverzüglich nach Neustrelitz übermittelt werden müssen. Dann wird auf die Möglichkeit einer vorübergehenden Besetzung Rakeburgs durch die Franzosen eingegangen. „Sollte dieser Fall nun wider Vermuthen wirklich eintreten, so habt ihr euch nicht kleinmüthig und zaghaft, vielmehr wie standhafte Männer zu betragen, wie dies denn auch das einzige Mittel ist, dem Feinde Achtung abzugewinnen. Keinen Augenblick habt ihr aus den Augen zu sehen, was ihr Uns schuldig seid, am wenigsten aber, wenn euch dergleichen auch zugemuthet werden sollte, euch auf Eidesleistungen oder andere Pflichtwidrigkeiten der Art einzulassen. Nicht unter günstigen, sondern unter ungünstigen Umständen bewährt es sich, auf welche Diener Verlaß ist, und auf welche nicht! Wir hoffen, daß ihr euch Unseres Vertrauens werth zeigen, daß ihr Kopf und Herz beweisen werdet.“ Ferner wird die sofortige Überführung sämtlicher Kassen, aller wichtigen Akten und Dokumente, sowie des Domschatzes nach Neustrelitz angeordnet. Endlich wird für den Fall der Besetzung der Stadt und des Domhofes Rakeburg die Übersiedlung der Regierung nach Schönberg

¹⁾ Vgl. zum folgenden: Land. Reg. Befreiungskriege 1811—1815.

oder einem anderen von den Alliierten verteidigten Ort angeordnet. Während des Waffenstillstandes fällt nur ein Teil des Fürstentums in die neutrale Zone. Da jedoch zu erwarten stand, daß unmittelbar nach seinem Ablauf die Besetzung erfolgen werde, ergeht am 6. August an die Rakeburger Behörden die erneute Anweisung, alle Wertgegenstände nach Neustrelitz zu schaffen. Am 19. August treffen die angeforderten Sachen in Neustrelitz ein. Unmittelbar darauf wird Rakeburg besetzt und erst im November wieder befreit. Auch in dieser Zeit hat die Rakeburger Regierung die ihr gewordenen Vorschriften nicht befolgt und nicht die geringste Sorge für die Verwaltung des Fürstentums nach den Vorschriften des Herzogs vom 6. Juni getroffen. Und nun reißt in Neustrelitz die Geduld.

Am 16. Dezember 1813 erfolgt die Antwort auf die Saumseligkeit, Unlust und Unzuverlässigkeit im Fürstentum. Es wird von dem Unterschied gesprochen, der sich zwischen dem Fürstentum und dem Herzogtum in den freiwilligen Meldungen zum Husaren-Regiment gezeigt habe. „Diese Parallele zeugt auffallend gegen die Verwaltung in Unserem Fürstenthum Rakeburg!“ Darauf wird auf den Schönberger Tumult eingegangen, die Anweisung an die Rakeburger Regierung zur Bestrafung der Schuldigen und die Nachlässigkeit in der Verfolgung dieser Aufgabe. „Dieser Umstand zeugt auffallend von dem Mangel an Energie der Staats-Beamten!“ Sodann wird die Anweisung vom 6. Juni an die Rakeburger Regierung über ihr Verhalten bei einer Besetzung des Landes und des Domhofes wiederholt und darauf hingewiesen, daß auch hier nicht die geringsten Anstalten zur Befolgung dieser Anweisung gemacht worden seien. „Dieser Gang der Sache zeugt auffallend von der Gleichgültigkeit der obersten Staats Diener gegen ihre höchste Pflicht, sobald deren Erfüllung mit Privat Rücksichten in Collision kommt!“ Es wird darum jetzt die Auflösung der Rakeburger Regierung und die Unterstellung sämtlicher Behörden unter die Neustrelitzer Obergkeiten, sowie die Zusammenziehung der bisherigen zwei Ämter zu einem einzigen bekannt gegeben¹⁾.

Wir sehen aus diesen Maßregeln, daß man sich in Neustrelitz nicht gescheut hat, auch die äußersten Konsequenzen zu ziehen. Darin beruht der Wert dieser an und für sich unwesentlichen Rakeburger Zustände für unsere Betrachtungen. Sie geben uns einen deutlichen Beweis dafür, daß man es in Mecklenburg-Strelitz ernst genommen hat mit seiner Aufgabe. Es sind nicht nur schöne Worte gewesen, die man für die gemeinsame Sache gefunden hat, die verantwortlichen Stellen haben sich auch bemüht, den Worten Taten folgen zu lassen. Damit sind wir bereits bei dem letzten Punkt angelangt, der

¹⁾ Vgl. zum folgenden: Act. Reg. Rakeburg. Veränderungen der Behörden. s. Anlage IV.

uns zu beschäftigen hat, bevor wir zu abschließenden Ergebnissen kommen wollen. Wir haben jetzt noch zu untersuchen, wie weit für die Beteiligung Mecklenburg-Strelitz's am Befreiungskriege auch die notwendigen inneren Voraussetzungen gegeben waren, wie weit vor allem die maßgebenden Stellen, das Herrscherhaus und seine Regierung bei diesen Ereignissen freudig mit dem Herzen dabei gewesen sind, den Befreiungskampf wirklich auch als eine nationale Tat und Aufgabe aller Deutschen aufgefaßt haben.

XIV. Das Verhalten des herzoglichen Hauses in den Befreiungskriegen.

Von des Herzogs eigener Hand haben wir aus dieser Zeit keine Zeugnisse über seine Einstellung zu den Befreiungskriegen. Wir erinnern uns aber an die Sprache der Verfügungen, die in seinem Namen erlassen, an den Wortlaut der Briefe, die z. B. seine Söhne an ihn gerichtet haben, doch wohl nicht ohne zu wissen, daß sie beim Vater Verständnis und Billigung ihrer Gefühle finden würden, wir erinnern uns endlich an die Worte, die der Herzog seinen Ständen bei Eröffnung des Convocationstages in Neubrandenburg zugerufen hat: halten wir uns an alles das, dann kommen wir zwangsläufig zu der Erkenntnis, daß der Herzog, der es als Rheinbund-Fürst abgelehnt hatte, den Titel „Souverain“ sich zuzulegen¹⁾, in dieser Zeit mit seinen Söhnen, seiner Regierung und seinem Volke sich eins gefühlt haben muß und willig mit seinem Namen die Handlungsweise seines Landes gedeckt hat. Daß es ihm persönlich an der nötigen Opferbereitschaft nicht gefehlt hat, sehen wir an den freiwilligen Gaben, die er für seine Person für den Befreiungskrieg geopfert hat, sehen wir auch an den wiederholten Anweisungen an seine Kammer, wo es Not getan hat, auszuhelfen und auch übermäßig hohe Beanspruchung anderer zu einem Teil zu übernehmen. Die „rechte Bereitwilligkeit“ und „Opferbereitschaft“, die P. Wezel beim Herzog vermißt, vermögen wir ihm in keiner Weise abzusprechen.

Noch klarer ist das Bild, das wir uns über die Einstellung der jüngeren Generation des herzoglichen Hauses machen können. Wiederholt sind wir dem Erbprinzen Georg und dem Prinzen Carl schon begegnet. Wir haben gesehen, wie sie in den Vorverhandlungen vor dem offiziellen Eintritt Mecklenburg-Strelitz's in den Kampf tätig mitgewirkt haben. Beide erfüllt von jugendfrischer begeisterter Liebe zum engeren und weiteren Vaterlande, durchpulst von unverrückbarem Glauben an den Sieg der guten Sache, in ihren Plänen rücksichtslos vorwärtstürend, oft zu sehr durchdrungen von der Vortrefflichkeit ihrer Gedanken, nicht frei von romantischen Gemütsbewegungen und gefährlichem Optimismus, offenbaren sie in Worten und Taten,

¹⁾ Müller, S. 18.

daß sie die Bedeutung des Augenblicks voll erkannt haben und sich bewußt und gern in die Reihen der Kämpfer für Freiheit und Recht gestellt haben. Wir erinnern uns daran, daß Prinz Carl derjenige gewesen ist, der unaufhörlich immer ungestümer zum Entschluß gedrängt hat, immer wieder mit neuen Vorschlägen an seinen Vater herantretend, von denen so mancher auch ausgeführt wurde; wir erinnern uns an die Briefe des Erbprinzen über seine Eindrücke aus Berlin. Auch der uns bekannte Brief, den der Erbprinz an Alois hat abgehen lassen wollen, zeugt von seiner tätigen Mitarbeit an den Geschicken seiner Heimat. Beide Prinzen haben sich auch Gedanken über die künftige Gestaltung Deutschlands gemacht, und beiden hat als Ideal ein preußisches Kaisertum vorgezeichnet. Humboldt berichtet von einer Äußerung des Erbprinzen im Oktober 1815 dem König gegenüber: „Der Erbprinz ist immer dabei geblieben: Deutschland müsse eins sein, es müßte jetzt einen Kaiser haben, und der müsse der König sein, und in Wien sei der Augenblick dazu gewesen, und er habe sich schon gefreut — und dabei hat er das Glas genommen — auf die Gesundheit eines protestantischen Kaisers trinken zu können“¹⁾. Carl aber schreibt seinem Bruder am 18. April 1813: „Ihr könnt gewiß viel beitragen, dem König, auf dessen Haupt wir doch gewiß am liebsten unsere Kaiserkrone erblicken, die Erlangung derselben zu erleichtern“²⁾. Wir sehen so, daß die beiden Prinzen regsten Anteil am Befreiungskampf genommen haben, seine Bedeutung voll erfaßt haben und sich mit ganzer Kraft und freudigen Herzens für die große gemeinsame Sache eingesetzt haben. Das herzogliche Haus hat die Tragweite seiner Entschlüsse erkannt, sich bemüht, seiner Aufgabe gerecht zu werden, und sich von echtem Nationalempfinden bei allem leiten lassen.

XV. Die Regierung in den Befreiungskriegen.

In der Mecklenburg-Strelitzer Regierung haben wir bereits als leitenden Kopf neben dem Minister von Benk und dem Kammerrat von Bassewitz vor allem den Staatsminister August von Verzen kennen gelernt. Es ist darauf hingewiesen worden, daß wir in Verzen den eigentlichen Träger der strelitzschen Politik und den Führer des Landes in dieser Zeit vor uns haben. Zur Beurteilung der Einstellung Mecklenburg-Strelitz's zum Befreiungskriege kommen darum neben denen des Herrscherhauses die Gedanken dieses Mannes in Frage. Wir haben bereits bei der Behandlung des Briefwechsels zwischen Verzen und dem schwerinschen Minister von Plessen feststellen können, daß uns in Verzen eine Persönlichkeit entgegentritt, die bei weitem den Durchschnitt der kleinfürstlichen Hofminister über-

¹⁾ Wilhelm und Caroline von Humboldt in ihren Briefen. Bd. V. Berlin 1912. S. 96.

²⁾ Familienarchiv. 37. 162.

ragt. Wir haben darauf aufmerksam gemacht, wie Derken auf eine feste Bindung an Preußen dringt, möglichst mit Umgehung Rußlands. Der Gedanke, der diesem Plane zu Grunde liegt, ist ebenfalls kurz beleuchtet worden. Für August von Derken sind die Befreiungskriege eine rein nationale Angelegenheit, die ausschließlich von den Deutschen unter rein deutscher Führung ausgefochten werden soll. Er sträubt sich gegen die Möglichkeit, daß aus einer Unterstützung durch fremde Mächte eine Unterordnung unter fremde Wünsche folgen könnte. Denn Derken blüht weiter: Er berücksichtigt auch die spätere Neugestaltung Deutschlands und befürchtet, wenn fremde Mächte zur Befreiung Deutschlands ihre Hand geliehen hätten, würden dieselben Mächte auch später nicht dazu zu bringen sein, bei der Neuordnung der deutschen Verhältnisse auf Berücksichtigung ihrer eigenen Wünsche zu verzichten. Wir dürfen bereits in dieser Auffassung von dem Charakter der Befreiungskriege ein beredtes Zeugnis für die nationale Gesinnung Derkens erblicken. Weiterhin wollen wir uns daran erinnern, daß die uns bekannt gewordenen Schriftstücke und Erlasse ausnahmslos aus der Feder Derkens stammen. Wir können nicht sagen, daß in ihnen pathetischer inhaltsloser Phrasenschwall zum Ausdruck kommt; im Gegenteil, die echte, ungekünstelte und schwungvolle Sprache zeugt davon, daß der Verfasser mit seinen Worten wirklich das sagen will, was ihm auf dem Herzen liegt. Wir erinnern uns an die freudige Begeisterung, die unzerstörbare Zuversicht auf den Sieg des Guten, die warme Liebe zu Heimat und Vaterland, an den eindringlichen überzeugenden Ruf zur Mitarbeit am großen Werk, an all diese Zeichen von Verantwortungsbewußtsein, Opferwilligkeit, Mitgefühl und Thatenbereitschaft. Wir erinnern uns an den Briefwechsel mit Mopäus, in dem immer wieder die Bereitwilligkeit zu Opfern und Mitarbeit ausgesprochen wird, an die Echtheit der Beteuerung des guten Willens und des Bedauerns, den geäußerten Wünschen nicht nachkommen zu können! Das sind keine Phrasen gewesen; Derken spricht offen und aufrichtig. Wir besinnen uns aber auch auf die stolze Zurückweisung ungerechtfertigter Kränkung, auf die Überzeugung, die aus dem Bewußtsein der Pflichterfüllung spricht, auf die Offenherzigkeit der Entgegnungen, die ohne persönliche Spitzen und gezielte Gehässigkeit ungekünstelt und schlicht das zum Ausdruck bringt, was Derken im Bewußtsein seiner Verantwortung vor Fürst und Land auszusprechen und zu rügen sich verpflichtet gefühlt hat.

Zum Schluß seien noch einige Stellen aus dem Briefwechsel Derkens mit Plessen und dem Schweriner Erbprinzen Friedrich Ludwig angeführt, in denen so recht die ganze Persönlichkeit August v. Derkens in ihrer Größe und Einfachheit sich widerspiegelt. Es handelt sich um die Verhandlungen zwischen den Herzogtümern vor dem offiziellen Eintritt in den Befreiungskampf, die die Ermöglichung gemeinsamen Vorgehens und gemeinsamer Arbeit zum Gegenstand hatten. Am

16. März 1813 schreibt Derzen an Plessen: „Herrlich wäre es, wenn man uns vergönnte, bis zur öffentlichen Erklärung von Preußen ganz zu schweigen, und dann mit Leib und Seele zu Werk zu gehen.“ Derzen zielt damit wohl auf die bevorstehenden russischen Allianz-anträge hin. „Es scheint mir nemlich für das Ganze so wünschenswerth, daß die bedeutendere Macht sich zuerst entschließe und demnächst die anderen. Dadurch bekommt die Sache eine Rundung und es entsteht ein deutsches Ganzes, welches gewiß dem Fortgang der guten Sache mehr frommt, als wenn wir so nach einander und durch einander — sit venia verbis — wie Murcheln auf einen Faden gezogen werden! — Damit die vor allem nothwendige Einigkeit und Einheit gefördert werde, wäre es sicher gut, wenn Medlenburg so viel als möglich in den Maasregeln denselben Gang ginge wie Preußen, ja ich wünschte daß wir die Preußische Cocarde anlegten, um sie in eine deutsche zu verwandeln. Dies würde auf Preußen eine Rückwirkung haben, und auch dort einer höheren deutschen Ansicht förderlich sein! — Die Sache ist so höchst wichtig und so schön — wir wollen recht deutsch offen miteinander seyn, damit wir alle an kräftiger Wirksamkeit gewinnen! Was wir militärisch leisten können ist weniger, als was wir dadurch leisten, daß wir den rechten Sinn und Ton treffen, da wir durch die Lage der Dinge zuerst zu Worte kommen und anstimmen ¹⁾!“ Und am 23. März schreibt Derzen an den Erbprinzen Friedrich Ludwig: „Der Himmel erfülle den Wunsch Ew. Durchlaucht, lenke alle Gemüther zur Einigkeit und erfülle sie mit einem kräftigen allgemeinen deutschen Sinn! Wenn alle nur das eine was noth thut ins Auge fassen, mit Strenge gegen sich selber jeder engherzigen Rücksicht sich entäußern, dann wird, vielleicht nach schwerem Kampfe, doch mit Gott glücklich endigen, was Gott selbst begonnen hat! — Mehrere von den Männern, welche bei dem Könige von Preußen gegenwärtig von Einfluß sind, sind nicht gehobrene Preußen, andere haben dadurch daß sie interrimistisch in fremde Dienste getreten waren, um gegen Frankreich zu fechten, einen allgemeinen deutschen Sinn bewährt. Die neuesten preußischen Verfügungen zeugen von einer Liberalität der Ansichten, welche sonst in diesem Staate ganz fremd zu seyn schien! Man fängt an einen Volksgeist zu statuieren und mit Wohlgefallen im Lehn wahrzunehmen, wo man bisher nur spröderen oder weichern Ton zur geschickten Bearbeitung vor sich zu haben glaubte! Alles dieses sind glückliche Zeichen und berechtigt zur Hoffnung und zum Vertrauen! Wenn auch Oesterreich für die deutsche Sache die Waffen erheben sollte — dann freilich wird das deutsche Herz ganz frei und sorglos schlafen! Verzeihn Ew. Durchlaucht die Ergießungen meiner vollen Brust! Bei meiner Ehrfurcht für Sie und meinem Zutrauen zu Ihnen ist mir völlige Zurückhaltung unmöglich ²⁾!“

¹⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 1.

²⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 3.

Überblicken wir jetzt die Rolle, die August von Derzen als leitende Persönlichkeit in Medlenburg-Strelitz gespielt hat, so kommen wir zu dem Urtheil: hier stand der rechte Mann am rechten Ort!

Ähnlich darf unser Urtheil über die Mitarbeiter Derzens lauten, so über Penz und Bassewitz. Wir kennen die Tätigkeit Penz's als Abgesandter des Herzogs in Breslau und Dresden; wir sind wiederholt Bassewitz begegnet in seiner Eigenschaft als Sublevations-Kommissar und als Organisator des Husaren-Regiments. Wenn auch nicht von der Bedeutung Derzens, haben auch diese Männer ihre Aufgabe gekannt und sich freudig an ihre Erfüllung gemacht, im Bewußtsein, damit einer nationalen Pflicht zu genügen.

Die Einstellung, die die Stände in dieser Zeit gehabt haben, paßt sich in den Rahmen unseres Bildes ein. Es muß freilich zugegeben werden, daß die Ritterschaft hinsichtlich ihrer freiwilligen Opfer an den Gesamtleistungen des Landes nicht so stark beteiligt ist, wie man es vielleicht von ihr erwartet hätte. Die 180 Pferde, die sie als freiwillige Gabe gestellt hat, können uns nicht recht als ausreichend erscheinen. Wir wollen aber auch nicht vergessen, daß schließlich zu dieser einmaligen freiwilligen Belastung später weitere hinzugekommen sind, durch Einquartierungen, Führen, Steueredikte usw., deren Übernahme doch letzten Endes auch freiwillig war. Denn gerade bei Steueredikten z. B. bedurfte es doch der Einwilligung der Stände. Den herzoglichen Vorschlägen aber haben diese damals ihre Zustimmung niemals verweigert. Darum können wir auch hinsichtlich der Stände nicht bestreiten, daß man hier die nationale Aufgabe erkannt hat und sich zu ihr bekannt hat. Die Einstellung der Stände spiegelt sich wieder in der erwähnten Antwort an den Herzog vom 15. April: „in einem Jeden von uns tönen jene geheiligten Worte nach: Gut und Blut! Gott und unser Fürst! Ehre, Freiheit und Vaterland ist hinführe die Loosung, ist das Ziel aller Gedanken und Anstrengungen!“

So sehen wir, wie die leitenden Persönlichkeiten und Behörden in dieser Zeit nicht versagt haben. Das Beispiel, das sie gegeben haben, ist groß und nachahmenswert gewesen. Wir haben beobachtet, daß es seine Wirkung nicht verfehlt hat. Voraussetzung für eine ausreichende Beteiligung Medlenburg-Strelitz's an den Befreiungskriegen war eben, daß vor allem die Regierung sich zu ihrer Aufgabe bekannte, die darin bestand, die Teilnahme am Befreiungskampf der Bevölkerung als vaterländische Pflicht hinzustellen. Von der Regierung hing es in Medlenburg-Strelitz ab, ob ein Nationalbewußtsein im Lande wach wurde oder nicht. Nachdem diese aber ihrer Aufgabe in jeder Hinsicht und in vollem Umfange gerecht geworden war, konnte es zu einer so tatkräftigen Mitwirkung der Bevölkerung kommen. Denn die Anstrengungen, die das Land Medlenburg-Strelitz gemacht hat, die freiwilligen Opfer, die es

gebracht hat, die Lasten, die es getragen hat, sind nur verständlich unter der Voraussetzung, daß man alles, was man getan hat, im Bewußtsein selbstverständlicher nationaler Pflichterfüllung getan hat, mögen nun alle diese Leistungen erst durch das Beispiel anderer hervorgerufen sein, oder mögen sie von vornherein vorhandenem Empfinden entsprungen sein. Genug, Mecklenburg-Strelitz hat seine nationale Aufgabe gekannt und sich nach Kräften bemüht, sie zu erfüllen. Für die Stimmung der Bevölkerung sei nur noch auf die gleichzeitig mit den herzoglichen Aufrufen erschienene und im ganzen Land zur Verteilung gelangte anonyme Flugschrift „Ein Wort zu seiner Zeit“ hingewiesen¹⁾.

Wir sind nunmehr auch über diesen Punkt unserer Betrachtungen in der Lage, ein abschließendes Urteil zu fällen. Alles, was wir kennen gelernt haben, spricht deutlich davon, daß die Gesamteinstellung Mecklenburg-Strelitz's zu den Befreiungskriegen durch freudigstolzes Nationalbewußtsein und willigste Opferbereitschaft bestimmt gewesen ist.

XVI. Zusammenfassende Beurteilung des Verhaltens Mecklenburg-Strelitz's in den Befreiungskriegen.

Nach allen Richtungen hin haben wir Mecklenburg-Strelitz's Verhalten in den entscheidenden Monaten des Befreiungskampfes verfolgt. Wir können jetzt wieder zu unserm Ausgangspunkt zurückkehren: hat Mecklenburg-Strelitz seiner nationalen Pflicht genügt? Welzel bestreitet es. Haben wir Berechtigung, jetzt ein anderes Urteil zu fällen? Wir erinnern uns an die Verhandlungen mit dem Zentralverwaltungsrat. Mopäus deutet darauf hin, man werde bei glücklichem Ausgang des Krieges auf diejeniger weniger Rücksicht nehmen, die es an der notwendigen Teilnahme am Befreiungswerk hätten fehlen lassen. Derzen antwortet mit einer ausführlichen Verteidigungsschrift und weist den Vorwurf Mopäus' auf das entschiedenste zurück. Vorher hat bereits der Erbprinz ein Schreiben gleichen Inhalts abgehen lassen wollen. Sind die Gegengründe, die beide Schreiben enthalten, stichhaltig? Es wird zunächst davon gesprochen, Mecklenburg-Strelitz sei schon frühzeitig bereit gewesen, am Befreiungskampfe tätigen Anteil zu nehmen. Wir haben den Beweis dafür aus der Korrespondenz des Prinzen Carl mit seinem Bruder und Vater, aus den Reisen des Erbprinzen zum König führen können. Beständig ist die Rede davon gewesen, man warte nur auf Preußens Entscheidung, um sich anzuschließen. Es hat nicht des geringsten Anstoßes von außen her bedurft, um Strelitz zur Teilnahme zu bewegen. Im Gegenteil, man hat von sich aus immer wieder sich zur Beteiligung angeboten und dem Bedauern Ausdruck verliehen, daß von diesem Anerbieten noch immer kein Gebrauch gemacht werde. Der

¹⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 7. S. Anlage V.

Befreiungskampf hat Mecklenburg-Strelitz von vorn herein bereit gefunden. In dem Augenblick, wo Preußen sich entschieden hatte, hat man auch in Mecklenburg nicht mehr gezögert. Daß man in allem auf Preußen Rücksicht nimmt und sich eng an das preußische Vorbild angelehnt hat, erscheint uns auch durchaus verständlich. Preußen ist für die mecklenburgische Politik der Staat, von dem die Befreiung Deutschlands ihren Anfang zu nehmen hat. Man will bewußt einem russischen Bündnis aus dem Wege gehen und nur Hand in Hand mit Preußen das Befreiungswerk in Angriff nehmen. Von hier aus haben wir auch das Problem des Husaren-Regiments zu behandeln. Der Zentralverwaltungsrath macht es der Mecklenburger Regierung zum Vorwurf, daß sie mit der Errichtung des Husaren-Regiments ihren Verpflichtungen nachgekommen zu sein glaube, zudem sei „die Errichtung eines Husaren-Regiments nicht vorläufig mit den verbündeten Mächten verabredet worden. Wenn diese aber nichts dagegen erinnern haben, wäre es jedoch nöthig gewesen es zu einem Corps und namentlich zu dem welches der General Leutnant von Waldmoden befehligt stoßen zu lassen, so wie es die Herzogl. Mecklenburg-Schwerinschen Truppen gethan haben. Dieses ist jedoch nicht geschehen, wenigstens ist von dem Marsche dieses Regiments nichts zur Kenntniss Endesunterzeichneten gekommen.“¹⁾ Demgegenüber haben wir zunächst festzuhalten, daß mit Preußen die Verhandlungen über Errichtung eines Husaren-Regiments bereits gleichzeitig mit den allgemeinen Verhandlungen über Beitritt zum Bündnis geführt worden sind. Ja, der Anstoß hierzu geht, wie wir gesehen haben, genau genommen von Preußen aus. Und vollends die Einzelheiten der Organisation entsprechen bis ins kleinste den Wünschen des Königs. Von der Existenz oder der bevorstehenden Einsetzung eines Verwaltungsrates ist zu dieser Zeit mit keinem Wort die Rede gewesen.

Daß man sein Contingent Preußen zur Verfügung stellen will, entspringt gleichfalls mehreren Motiven. Einmal hat man alle Verhandlungen mit Preußen geführt, und fühlt sich demgemäß verpflichtet, die Truppen dort einzusetzen, wo sie Preußen am nützlichsten sein konnten. Es kann nicht oft genug wiederholt werden: man fühlt sich in Mecklenburg in allererster Linie als preußischer Bundesgenosse, und darum vor allem Preußen verpflichtet. Dann kommt allerdings noch der nicht unbedeutende Grund hinzu, daß unter preußischen Fahnen Prinz Carl fought und man darum in Mecklenburg den sehr begreiflichen und von Preußen auch widerspruchlos gebilligten Wunsch gehabt hat, die Landeskinder auch unter dem Commando eines Angehörigen des eigenen Herrscherhauses kämpfen zu lassen. Der verdeckte Vorwurf, den Moltke mit den Worten macht, er habe vom Ausmarsch des Regiments noch nichts vernommen, ist völlig unbegründet. Wir haben gesehen, wie in Mecklenburg alles zum Abmarsch

¹⁾ Act. Reg. Verwaltungsrath 29.

bereit war, bis auf die Waffen. Die Regierung hat sich vergeblich bemüht, von Preußen Waffen zu erhalten. Sie sind schließlich zum größten Teil im Lande selbst von Grobschmieden angefertigt worden. An möglichst: schneller Schlagfertigkeit und Marschbereitschaft ist ja auch der Regierung viel gelegen gewesen, bedeutete doch auch die Verpflegung des Regiments bis zu seinem Ausmarsch auf Kosten des Landes eine erhebliche Belastung. Daran, daß das Regiment nicht so schnell ausziehen konnte, wie man es selbst gewünscht hat, trifft die Regierung keine Schuld. Daß schließlich die Errichtung dieses Regiments die Leistungsfähigkeit des Landes ziemlich erschöpft hat, darf uns nach dem, was wir von den wirtschaftlichen Verhältnissen kennen gelernt haben, nicht Wunder nehmen. Der Vorwurf endlich, der Zentralverwaltungsrat sei in dieser Sache übergangen worden, fällt in sich zusammen, wenn wir nochmals feststellen, daß einmal von Neustrelitz aus die ganze Angelegenheit als längst erledigte preußisch-strelitzsche Abmachung betrachtet worden ist, und daß ferner die Organisation, als man von der Einsetzung des Zentralverwaltungsrates Kenntnis erhalten hat, bereits so weit fortgeschritten war, daß das Anstinnen, die Verfügungen zurückzunehmen und die Organisationsarbeiten einzustellen und in andere Bahnen zu lenken, ein schlechterdings unmögliches Verlangen gewesen sein dürfte. In allem also, was das Husaren-Regiment anbetrifft, ist Mecklenburg-Strelitz von jedem Vorwurf frei zu sprechen. Auch bezüglich des Landsturms hat das Herzogtum seine Pflicht gekannt. Man hat die Bevölkerung in dem weitestem Umfange zum Dienst herangezogen und auf rege Ausführung der getroffenen Bestimmungen geachtet. Wieso Mopäus zu der von Wegel wiedergegebenen Behauptung vom 2. Juli kommt, an der Formation des Landsturms würde im Strelitzschen gearbeitet, mit der Landwehr ginge es dort noch langsamer¹⁾, erscheint ganz unverständlich und läßt darauf schließen, daß Mopäus über diese Dinge überhaupt nicht unterrichtet war. Wie wir gesehen haben, war die Organisation des Landsturms bereits Ende Mai abgeschlossen. Von einer Landwehr ist überhaupt nie die Rede gewesen; diese dürfte auch nach der so weitgehenden Organisation des Landsturms illusorisch gewesen sein. Zudem hat der Zentralverwaltungsrat selber nur die Organisation einer der beiden Truppengattungen angefordert. Jedenfalls ist Schwerin gegenüber nur davon die Rede, Mopäus habe mit der Regierung über „die Errichtung einer Landwehr oder eines Landsturms“ zu verhandeln²⁾. Strelitz gegenüber dürfte der gleiche Grundsatz gegolten haben. Bemerkenswert ist, daß hierbei vom Zentralverwaltungsrat in keiner Weise etwa der Landwehr oder dem Landsturm der Vorzug gegeben wird. Was endlich die freiwilligen Gaben und Lieferungen anbetrifft, so können wir auch hier sagen, daß Mecklenburg-Strelitz getan hat, was in seinen Kräften stand.

¹⁾ Wegel, S. 97.

²⁾ Schw. Arch. Rab. Abtief. 209. 13. Verhandlungen mit Mopäus. 1.

Wir stehen hier vor der eigentlichen Kernfrage der Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat, über die es schließlich auch zum Bruch gekommen ist. Neben der Stellung eines Truppenkontingents hat Mopäus bekanntlich Naturallieferungen und Geldzahlungen verlangt. Wir haben die Belastung des Landes in der Franzosenzeit untersucht und sind in der Lage zu erklären, daß Medlenburg-Strelitz als wirtschaftlich und finanziell schwer geschädigtes Land in die Befreiungskriege eingetreten ist. Wir haben weiter gesehen, daß es trotzdem allein durch freiwillige Gaben aus eigener Kraft die kostspielige Errichtung eines Husaren-Regiments ermöglicht hat. Den Naturalforderungen Mopäus' ist man gewillt gewesen nachzukommen¹⁾. Da kommt die Einquartierung des Czernitscheffschen Korps dazwischen. Von jetzt ab hören die Durchzüge und Transporte nicht auf. Sie nehmen die Kraft des Landes so stark in Anspruch, daß auf die große Summe freiwilliger Gaben im April 1813 im September 1813 bereits, auf einen zweiten Aufruf so gut wie nichts eingeht. Wiederholt muß die herzogliche Kasse eingreifen, bis auch sie erschöpft ist. Die Ernte leidet unter dem Mangel an Arbeitskräften so stark, daß man schon im Frühherbst genötigt ist, einer Getreideforderung durch Ankauf in den Nachbarländern zu genügen. Ist es da unberechtigt, wenn man dem Zentralverwaltungsrat gegenüber jetzt jede Natural- und Geldforderung als unerfüllbar ablehnt? Nach allem, was wir im Verlauf unserer Betrachtungen kennen gelernt haben, können wir die Frage nicht verneinen. Es ist ein Ding der Unmöglichkeit gewesen, bei all den vorausgegangenen Leiden und Opfern die Forderungen des Verwaltungsrates zu erfüllen.

Unser Urteil über die ausreichende Beteiligung Medlenburg-Strelitz's gewinnt an Tragweite, wenn wir die von uns gewonnenen Ergebnisse mit den Leistungen anderer Länder vergleichen. Vom Verwaltungsrat wird immer wieder auf Preußen hingewiesen. Einen Vergleich mit Preußen kann nun Medlenburg-Strelitz allerdings kaum aushalten. Denn die Tatsache wird unwidersprochen bleiben müssen, daß in den Befreiungskriegen kein Land soviel Opfer gebracht hat wie Preußen. Vor allem, was Truppen anbelangt, hat Preußen bedeutend mehr aufgebracht. Die 4½ Millionen Einwohner, die Preußen nach dem Tilsiter Frieden behielt, haben eine Armee von 280 000 Mann gestellt, Medlenburg-Strelitz hat bei 60 000 Einwohnern nur 500 Mann ins Feld geschickt. Das sind in Preußen 6 % der Bevölkerung, in Strelitz noch nicht 1 %. Jedoch auch dieses Bild verschiebt sich zu Gunsten des Herzogtums, wenn wir uns daran erinnern, daß Medlenburg-Strelitz dabei doch noch mehr Truppen gestellt hat, als es der Verwaltungsrat Bentz gegenüber gefordert hat. In Dresden wurden 200 Mann Infanterie ange-

¹⁾ Diese Bereitwilligkeit trägt der Neustrelitzer Regierung übrigens von Schwerin den Vorwurf ein, sie handle den Abmachungen, die auf gemeinsames Vorgehen und gleiches Verhalten hingen, zuwider.

geben, und Benk hatte dazu ausgeführt, daß nach dem zwischen Schwerin und Strelitz üblichen Maßstab, der dieser Berechnung zugrunde liegen sollte, Strelitz sogar nur 123 Mann stellen müßte. Andererseits ist schon bei dieser Gelegenheit von ihm ausgeführt worden, daß man die Leistungen der beiden Herzogtümer nicht lediglich nach der Bevölkerungsziffer festlegen dürfe. In gleicher Weise darf sich dann auch ein Vergleich mit Preußen nicht ausschließlich auf diesen Maßstab stützen. Halten wir uns aber doch an das Verhältnis von 75 : 1, das sich aus den Bevölkerungsziffern ergibt, so sehen wir bei der Betrachtung der freiwilligen Gaben beider Länder, daß sich das Bild zu Gunsten Strelitz's verschiebt. Preußen hat 5 Millionen Rtl. aufgebracht¹⁾, Strelitz 125 000; das ist ein Verhältnis von nur 40 : 1, oder, auf den Kopf der Bevölkerung umgerechnet, für Preußen 1,11 Rtl., für Strelitz 2,08 Rtl. Der geringeren Beteiligung Strelitz's mit Truppen steht demnach eine größere mit freiwilligen Gaben gegenüber. Dabei müssen aber auch noch die verschiedenen Voraussetzungen berücksichtigt werden, die in beiden Ländern für die Organisation des Militärs bestanden haben. Es ist hier besonders darauf hinzuweisen, daß Strelitz vor 1808 überhaupt kein Militär unterhalten hat. Es war darum fraglos im Herzogtum bedeutend schwieriger, ein freiwilliges Truppenkontingent aufzustellen, als in Preußen. Ferner darf nicht übersehen werden, daß in Preußen weit eher von einem nationalen Empfinden des Volkes für die Bedeutung des Kampfes die Rede sein kann, hier hat die Stimme des Volkes Fürst und Regierung zur Entscheidung gedrängt. In Strelitz ist die Entwicklung völlig anders verlaufen. Der Anstoß geht vom herzoglichen Hause und vom Staatsministerium aus, und dem Volk muß erst seine nationale Aufgabe klar gemacht werden. Das Staatsgefühl, das das preussische Volk dank seiner Geschichte damals schon besaß, ließ sich leicht in nationale Bahnen lenken. In Strelitz mußte ein nationales Gefühl durch die Regierung geweckt werden. Wie sehr es hierbei auf deren Einstellung ankam, hat uns die Entwicklung in Rakeburg gezeigt; hier versagte die Leitung und die Folge davon ist ein Versagen der Bevölkerung. Hierzu kommt, daß in Strelitz die Durchführung der Erlasse durch die Stände, auf deren Zustimmung man angewiesen war, wenn auch ungewollt, verzögert worden ist, auch von ihnen nicht die erwünschte unmittelbare Unterstützung erhalten hat. Denn obwohl die Stände der Regierung kein Hindernis gewesen sind und sich hinter ihren Herzog gestellt haben, sie durften nicht übergangen werden, und die Opferbereitschaft, namentlich der Ritterschaft als ständischer Landesvertretung, ist nicht so groß gewesen, daß sie mit den Opfern des Herzogs und des Volkes Schritt halten konnte. Berücksichtigen wir endlich, daß, wie bereits angeführt, schon vor dem offiziellen

¹⁾ Vgl. H. Ullmann, Geschichte der Befreiungskriege 1813—14. Bd. I. München und Berlin. 1914. Seite 222 ff.

Eintritt Strelitz's in den Krieg, Strelitzer Landesfinder mehrfach in preußische Formationen eingetreten waren — freilich läßt sich die genaue Zahl nicht feststellen —, so erscheint uns Strelitz's Beteiligung bei einem Vergleich mit Preußen nicht mehr so gering, wie es auf den ersten Blick der Fall sein konnte. Es sei nochmals betont, daß Preußens Opfer von keinem anderen Lande annähernd erreicht, geschweige denn überboten worden sind. Unsere Aufgabe besteht aber auch nicht darin, darzulegen, daß Strelitz mehr geleistet habe, als andere Staaten, sondern zu untersuchen, ob Strelitz getan hat, was es konnte. Und das können wir auch bei einem Vergleich mit Preußen nicht abstreiten. Zur richtigen Beurteilung der Leistungen Strelitz's empfiehlt sich aber mehr ein Vergleich mit dem Schweriner Nachbarherzogtum, nicht allein, weil uns hier der zwischen beiden Ländern übliche Maßstab von 1 : 7 bekannt ist, sondern auch darum, weil die Mecklenburgischen Herzogtümer die ersten waren, die gleichzeitig mit Preußen in den Krieg eingetreten sind. Diese Tatsache hebt sie in gleicher Weise über die anderen deutschen Länder hinaus, ihre Anstrengungen setzen im gleichen Augenblick ein, die soziale Struktur und die wirtschaftlichen Verhältnisse sind die gleichen, kurz wir haben es in beiden Herzogtümern mit den gleichen Voraussetzungen zu tun.

Mecklenburg-Schwerin hat ins Feld gestellt: eine Infanterie-Brigade, deren etatmäßige Stärke am 26. Dezember 1813 1858 Mann betragen sollte¹⁾, — ihre Stärke hat jedoch diese Ziffer nicht erreicht —, ein Jäger-Scharfschützenkorps zu Fuß, etatmäßig 631 Mann stark²⁾ und ein Jäger-Scharfschützenkorps zu Pferde, etatmäßig 632 Mann stark²⁾. Etatmäßig betrugen die von Mecklenburg-Schwerin gestellten Truppen also 3121 Mann. Sie würden nach dem Verhältnis von 7 : 1 den 450 Strelitzer Husaren entsprechen, wobei von uns für Schwerin die etatmäßige Stärke, für Strelitz die Mindestzahl der tatsächlichen Stärke eingesetzt wird. Das Bild verschiebt sich zugunsten des Strelitzer Herzogtums, wenn wir berücksichtigen, daß sich in Schwerin nur die Jägerkorps ausschließlich aus Freiwilligen rekrutierten, während für das Strelitzer Husaren-Regiment die Rakeburger allerdings ausgehoben werden mußten, dafür im Herzogtum sich aber mehr Freiwillige gemeldet hatten, als zur Organisation des Regiments vorgesehen waren. Als Kosten für die Organisation der Infanterie-Brigade werden 36 957 Rtl. angegeben³⁾. Ihre jährlichen Unterhaltungskosten werden mit 88 451 Reichsthaler berechnet¹⁾. Für die beiden Jägerkorps werden als Unkosten 1813 insgesamt 144 802 Rtl. genannt. Strelitz hat, wie wir gesehen haben, 1813 für das Husaren-Regiment 125 000 Rtl. ausgegeben. Dieser Summe würden in Schwerin 875 000 Rtl. ent-

1) Schw. Arch. Rab. Abtlief. 208. Organisation der Infanterie.

2) Schw. Arch. Rab. Abtlief. 229. Freiwillige Jäger.

3) Schw. Arch. Rab. Abtlief. 220. Kosten der Infanterie-Brigade.

sprechen. Soviel haben die Schweriner Truppen nicht gekostet. Viel günstiger für Strelitz wird das Bild, wenn wir die freiwilligen Gaben beider Länder vergleichen. Auch hier müßten sich für Schwerin als entsprechende Summe 875 000 Rtl. ergeben. Die Zentralstelle für die Annahme freiwilliger Gaben in Schwerin, der Landkassen in Rostock, veröffentlicht aber bis zum 1. Dezember 1813 nur Beiträge in einer Gesamthöhe von 102 174 Rtl.¹⁾. Hierbei sind die Strelitzer Leistungen also im Betrage von 125 000 Rtl. nicht einmal erreicht worden.

Dabei ergeben aber die Berechnungen über die Unkosten der Franzosenzeit keineswegs eine stärkere Belastung Mecklenburg-Schwerins. Wir haben für Mecklenburg-Strelitz als Gesamtunkosten mindestens $1\frac{1}{2}$ Millionen ansetzen können. Dementsprechend hätten in Schwerin beim üblichen Vergleichsfall die Unkosten mindestens $10\frac{1}{2}$ Millionen betragen müssen. Tatsächlich haben sie 4 523 331 Rtl., zuzüglich der Kosten des Barnstorfer Lagers mit 240 463 Rtl., also noch nicht 5 Millionen betragen²⁾.

Eine Tabelle möge den Vergleich veranschaulichen:

| | Gestellte Truppen | Kosten der gestellten Truppen im Jahre 1813 | Aufgebrachte freiwillige Gaben | Unkosten der Franzosenzeit |
|---|----------------------|--|--------------------------------------|----------------------------------|
| Von Mecklenburg-Strelitz gestellt bzw. getragen | 450 Mann | 125 000 Rtl. | 125 000 Rtl. | 1 500 000 Rtl. |
| Das Verhältnis von 1:7 würde für Schwerin ausmachen: | 3150 Mann | 875 000 Rtl. | 875 000 Rtl. | 10 500 000 Rtl. |
| Von Mecklenburg-Schwerin tatsächlich gestellt bzw. getragen: | 1858 Mann | 36 957 Rtl. | 102 174 Rtl. | 4 523 331 Rtl. |
| | 631 Mann | 88 451 Rtl. | | 240 463 Rtl. |
| | 632 Mann | 144 802 Rtl. | | 4 763 794 Rtl. |
| | 3121 Mann | 270 210 Rtl. | | |
| % der Leistungen Schwerins, entsprechend den Leistungen Strelitz's (nach 1:7) | 89,17 % | 32,02 % | 11,68 % | 45,37 % |

Bei diesem Vergleich schneidet so Mecklenburg-Strelitz ehrenvoll ab, und unser Urtheil kann nur an Berechtigung gewinnen.

¹⁾ Schw. Arch. Land. Arch. 17. 319. 3. E. Freiwillige Gaben.

²⁾ Schw. Arch. Land. Arch. 18. 318. D. 372. Ausgleichung der Leistungen.

Es ist nicht richtig, wenn Wezel behaupten zu können glaubt, der Strelitzer Herzog hätte sich hinter dem Könige von Preußen zu deden gesucht¹⁾. Es ist kein Vertriehen hinter einem mächtigen Verbündeten, wenn man sich in Neustrelitz auf Abmachungen beruft, die man mit Preußen getroffen hatte, lange bevor ein Zentralverwaltungsrat mit seinen Ansprüchen auftreten konnte. Es ist lediglich die durchaus gerechtfertigte Feststellung, daß man bereits übernommene Verpflichtungen nicht rückgängig machen könne, weil eine neue Person andere Verpflichtungen vorschreibe. Denn die Tatsache leugnet auch Wezel nicht ab, daß „Verhandlungen über Teilnahme am Krieg mit Preußen bereits Mitte März“ bestanden hätten²⁾, nur daß diese Verhandlungen bereits eher einsetzen und schon im Februar von ihnen die Rede sein kann. Wezel gibt auch zu, Benz hätte erst in Breslau von der Einsetzung des Verwaltungsrates Kenntnis erhalten, damit also auch der Herzog erst Mitte April davon gehört³⁾. Um so mehr hätte es einleuchten müssen, daß man in Neustrelitz die Erfüllung der alten Verpflichtungen für richtiger hielt, als über neue sich erst noch auf Verhandlungen einlassen zu müssen. Vollends übersieht Wezel aber die Tragweite der Tatsache, daß Mecklenburg-Strelitz in dem Augenblick, als der Zentralverwaltungsrat mit seinen Ansprüchen herantrat, bereits in den Krieg eingetreten war und als kriegsführende Macht selbstverständlich seine Anordnungen getroffen und an ihre beschleunigte Ausführung alle Kraft drangesetzt hatte. Die Priorität der Ereignisse, die in unserem Fall eine so außerordentlich bedeutsame Rolle spielt, ist in ihrer Bedeutung und Tragweite von Wezel überhaupt nicht untersucht und gewürdigt worden. Die Tatsache, daß die Neustrelitzer Regierung die Geldforderungen Mopäus' ganz und gar zurückgewiesen habe und seinen Truppenforderungen fortgesetzt mit dem Einwand begegnet sei, sie sei nur zur Stellung eines Husaren-Regiments verpflichtet, genügt Wezel, um zu dem Urteil zu gelangen, auch in Mecklenburg-Strelitz sei erbärmlich wenig erreicht worden³⁾, und der Strelitzer Herzog habe durchaus die rechte Bereitwilligkeit und Opferbereitschaft vermissen lassen⁴⁾. Allerdings sind die Geldforderungen ganz und gar zurückgewiesen worden, doch mit vollem Recht: sollte man Verpflichtungen übernehmen, die zu erfüllen man, wie wir gesehen haben, außer Stande gewesen ist? Ebenso ist man mit vollem Recht den Truppenforderungen fortgesetzt mit dem Einwand begegnet, man sei nur zur Stellung eines Husaren-Regiments verpflichtet. Kann man denn der Regierung daraus einen Vorwurf machen, daß sie ihre verfügbaren Truppen an dem Befreiungskampf bereits hat teilnehmen lassen wollen, bevor ein Zentralverwaltungsrat vorhanden war, der auch Forderungen hätte stellen können? Es hat der Neu-

1) Wezel, S. 93.

2) Wezel, S. 94.

3) Wezel, S. 97/98.

strelitzer Regierung vollständig fern gelegen, die Richtigkeit des Gedankens zu bestreiten, daß bei diesem Kriege alle in gleicher Weise zu den Kosten und Lasten herangezogen werden müßten, — man hat ja auch denselben Grundsatz Rakeburg gegenüber betont. Aber man mußte sich dagegen verwahren, daß der Verwaltungsrat mit dem Anspruch auftrat, die Leistungsfähigkeit des Landes besser beurteilen zu können, als die Regierung, daß er von den bisherigen Anstrengungen nicht die geringste Notiz nehmen wollte, daß er Forderungen stellte, die unerfüllbar waren. Hinsichtlich der Naturallieferungen hat man sich in Strelitz entgegenkommender gezeigt, das gibt auch Wehzel zu. Sein Urtheil über die Organisation des Landsturms¹⁾ ist aber, wie bereits nachgewiesen worden ist, völlig verfehlt.

Besteht nun nach allem das Urtheil Wehels zu Recht, der Herzog — und damit das ganze Land — habe die rechte Bereitwilligkeit und Opferbereitschaft durchaus vermissen lassen? Wir wollen Derken antworten lassen: „Der Herzog hat das freudige Bewußtseyn, daß kein Staat ohne alle Ausnahme für den Fortgang der guten Sache verhältnismäßig größere Anstrengungen macht als er und sein Land, und darf daher nimmer den Vorwurf besorgen, als wolle er des Heils wiedererrungener deutscher Freiheit theilhaftig werden, ohne Gut und Blut daran zu wagen und zu setzen ...“²⁾ „Der Herzog macht sich kein Verdienst aus den Opfern welche Er bringt, denn er weiß was einem deutschen Manne und Fürsten geziemt, aber er fordert mit der Zuversicht eines guten Bewußtseyns, daß man Ihn nicht verkenne, daß man Ihn höhere Motive als die einer fleinlichen Selbstsucht zutraue. Er wünscht der guten Sache wegen, daß man bis zu den entschiedensten Beweisen vom Gegenteil bei jedem deutschen Fürsten eine würdige Gesinnung voraussetze, weil Vertrauen zur Einigung, und Mißtrauen zur Trennung führt, und weil die Bewohner jedes einzelnen Landes im gemeinsamen deutschen Vaterlande mit einer wahrhaft ehrenwerthen und religiösen Treue an ihren Fürsten hängen!“³⁾

XVII. Die Ansprüche des Zentralverwaltungsrates und Mecklenburg-Strelitz's grundsätzliche Einstellung zu ihnen.

Die eine Behauptung Wehels haben wir so mit guten Gründen zurückweisen können. Anders verhält es sich mit dem zweiten Urtheil. Es ist nicht zu bestreiten, daß der Zentralverwaltungsrat in Strelitz erbärmlich wenig erreicht hat. Aber womit hängt das zusammen? Den einen Grund haben wir jetzt kennen gelernt. Er beruht darin, daß Mecklenburg-Strelitz seinen nationalen Verpflichtungen bereits in jeder Hinsicht und in weitestem Umfange nachgekommen ist, bevor

¹⁾ Wehzel, S. 97.

²⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 10.

³⁾ Act. Reg. Verwaltungsrat. 54.

der Zentralverwaltungsrat mit seinen Ansprüchen definitiv in Erscheinung getreten ist. Der andere liegt darin, daß zur Zeit der Verhandlungen eine weitere Leistungsfähigkeit in dem Umfange, wie sie der Verwaltungsrat fordern zu müssen geglaubt hat, schlechterdings unmöglich gewesen ist. Es gibt aber noch eine Seite dieses Problems, die uns zu beschäftigen hat. Es haben ohne Zweifel auch Gegensätze innerer Natur bei allem bestanden. Dazu bedarf es einmal der Betrachtung der Voraussetzungen, unter denen der Zentralverwaltungsrat ins Leben gerufen ist, und seiner Auffassung von der ihm gestellten Aufgabe und andererseits der prinzipiellen Einstellung, die man in Neustrelitz zu dieser Behörde eingenommen hat.

Die Beurteilung des Zentralverwaltungsrates ergibt sich aus der Betrachtung seines Schöpfers und Leiters, des Freiherrn vom Stein. Denn die Rolle, die Alopäus bei den von uns behandelten Vorgängen spielt, ist zum mindesten unklar. So schreibt der Erbprinz Friedrich Ludwig von Mecklenburg-Schwerin am 22. Juni 1813 an den Erbprinzen Georg: „Alopäus muß wörtlich schreiben, was Herr v. Stein befiehlt und überläßt uns herzlich gerne das Antworten. Alopäus ist selbst — aber dies unterm Siegel der größten und ungetheiltesten Verschwiegenheit — höchst unzufrieden mit seinem principal.“¹⁾ Und nach dem Eintreffen des Schreibens der Regierung an Alopäus vom 10. August bemerkt Friedrich Ludwig: „Ganz unter uns sey es gesagt, A. war entzünd.“²⁾ Derzen scheint anfangs auch Alopäus ein gut Teil Schuld an der unerfreulichen Entwicklung der Verhandlungen gegeben zu haben, wenn er dem Erbprinzen Georg gegenüber anlässlich des von diesem beabsichtigten Schreibens vom 12. Juni äußert: „Es wäre höchst unangenehm, wenn Ew. Durchlaucht von dem Baron von Alopäus eine spitze oder bittre Antwort erhielten, und dergleichen soll ihm nicht fremd sein, wie er überhaupt in Geschäften einen drückenden etwas widerwärtigen Charakter bringen soll.“³⁾ Später allerdings scheint Derzen sich mehr der Ansicht des Schweriner Erbprinzen angeschlossen zu haben. Als nämlich im November 1813 Verhandlungen über ein förmliches Bündnis mit Rußland, Preußen und Oesterreich einsetzen, schreibt Derzen am 18. November an den Schweriner Minister Plessen, in Strelitz würde man zu einer Konvention um so mehr bereit sein, wenn Alopäus mit den diesbezüglichen Verhandlungen beauftragt werden sollte, „weil man dann überzeugt sein könnte, daß gesunde Grundsätze bafiren würden“⁴⁾. Jedoch auch Alopäus hat allem Anschein nach in der Ablehnung seiner im Auftrage des Verwaltungsrates gemachten Forderungen eine persönliche Kränkung nicht erblickt. Denn er gibt, ohne dazu beauftragt zu sein, wohl nur aus

1) Familienarchiv. 44. I. 180

2) Familienarchiv. 44. I. 183.

3) Familienarchiv. 12. I. 47.

4) Schw. Arch. Invas. hist. III. I. 94. Nachlaß Plessen's No. 34. 6.

persönlicher Gefälligkeit, nach Neustrelitz die erste Nachricht davon, daß man an die deutschen Fürsten die Aufforderung zu richten plane, dem Bündnis gegen Frankreich offiziell beizutreten. Am 15. November schreibt er aus Berlin darüber an Dörzen: „... mir ist die zuverlässige Mitteilung zugekommen, es sey zwischen den drey Mächten beschloffen, daß diejenigen Fürsten Deutschlands, die durch eine förmliche Convention sich verpflichteten Ihr Truppen-Contingent zu stellen, in dem ungestörten Besiz Ihrer Länder bleiben, Beyde Durchl. Herzöge von Mecklenburg haben Ihre Truppen im Felde gegen den Feind und daher können wohl Höchst dieselben unter keinem Vorwand gefährdet werden.“¹⁾ Eine Anerkennung der Leistungen Mecklenburgs, vor allem seiner raschen Entscheidung zur Beteiligung am Befreiungskampf findet sich auch in dem in diesem Zusammenhang von Mopäus an Dörzen gemachten Vorschlag, ihm als General-Bevollmächtigten schreiben zu lassen, „die Herzöge wären bereit auch förmliche Conventionen unterzeichnen zu lassen, wenngleich in einem allerdings noch critischen Moment sie sich für die gute Sache auf eine thätige Weise erklärt hätten.“²⁾

Gleichgültig aber, welche Rolle bei allem der Persönlichkeit Mopäus' zukommen mag, ausschlaggebend ist doch die Auffassung und das Vorgehen Steins.

Eine ausführliche Behandlung der weltgeschichtlichen Bedeutung dieses Mannes gehört nicht in den Bereich unserer Aufgabe. Uns interessiert nur die Frage: Was hat sich Stein mit dem Zentralverwaltungsrat gedacht und woher mag es zu den prinzipiellen Gegensätzen zu der Auffassung der Neustrelitzer Regierung gekommen sein?

Die historische Entwicklung des Zentralverwaltungsrates von den ersten Gedanken Steins bis zu der durch den Kalischer Aufruf verwirklichten Form, die wir zu Anfang unserer Untersuchung gestreift haben, hat Wegel ausführlich dargelegt. Die Denkschrift Steins vom 17. November 1813 entwickelt nach Wegel folgende Ansicht: „Sogar diejenigen Fürsten, die aus freiem Entschluß der Koalition beitreten wollen, dürfen nur unter bestimmten Garantien aufgenommen werden. Die Aufrichtigkeit und Beharrlichkeit ihrer Gesinnungen sollen sie dadurch gewährleisten, daß sie sich nur mit wohlbedenkenden Männern umgeben und ihre Streitkräfte den Verbündeten überlassen. Einen Rechtsanspruch, die Beibehaltung oder Wiederherstellung ihrer Souveränität zu verlangen, gesteht er keinem von ihnen zu, mag er sich nun widersetzen oder sich unterwerfen.“³⁾ In dem endgültigen Erlaß der Einsetzungsakte vom 4. April finden wir diese Auffassung beträchtlich eingeschränkt. Sieh es noch im

¹⁾ Schw. Arch. Invas. hist. III. I. 94. Nachlaß Blesen's No. 34. 6.

²⁾ Schw. Arch. Invas. hist. III. I. 94. Nachlaß Blesen's No. 34. 7.

³⁾ Wegel, S. 21. Vgl. zum folgenden auch: Ullmann I. S. 279—284.

Artikel 3 des Kalischer Vertrages vom 19. März, Aufgabe des Verwaltungsrates sei es „in den besetzten Ländern — natürlich nur wo es erforderlich ist — provisorische Verwaltungen einzurichten, und ihnen die Grundsätze vorzuschreiben, nach denen die Hilfsquellen dieser Gebiete zu Gunsten der gemeinen Sache nutzbar zu machen sind“¹⁾, so ist in der Einsetzungsakte vom 4. April nur davon die Rede, daß die „allgemeinen Aufgaben in der allgemeinen Polizei- und Finanz-Verwaltung bestehen und in allem, was sich bezieht auf das Bewaffnungs- und Requisitionswesen in den besetzten Gebieten. Seine Befugnisse erstrecken sich in gleicher Weise auf den Abschluß von Verträgen mit den Fürsten Deutschlands, ihre Leistungen an Mannschaften, Lebensmitteln und Geld für die Wiederherstellung der Unabhängigkeit ihres Vaterlandes. Derselbe Rat wird auch die absolute Überwachung über die Ausführung der mit diesen Fürsten abgeschlossenen Konventionen übernehmen.“²⁾ Es ist deutlich, daß hier eine auffallende Beschränkung der ursprünglichen Ideen Steins vorliegt, die Wehler folgendermaßen formuliert: „Was nach der Konvention durchgeführt werden sollte auf dem Wege kategorischer Forderung, das sollte gemäß der Akte vom 4. April erhandelt, fast möchte man sagen, erbettelt werden auf dem Wege des Vertrages; dort strikter Befehl, hier versöhnliches Entgegenkommen. ... Stein wollte die Souveränität der Fürsten ignoriert und ihre daraus hergeleiteten Ansprüche dem Gesamtinteresse der Nation untergeordnet wissen, die Monarchen indessen erkannten sie an und wollten ihren Wünschen Berücksichtigung angedeihen lassen. Stein wollte dekretieren, die Monarchen dagegen unterhandeln. Stein verlangte, im Interesse eines raschen, siegreichen Fortschrittes des einmal unternommenen Befreiungswerkes, für die Institution unumschränkte, diktatorische Vollmacht, die Monarchen hinwiederum wollten von so weitgehenden Befugnissen nichts wissen, sondern degradierten die Behörde, indem sie ihr vorschrieben, den Wünschen der Fürsten entgegenzukommen, zu einem ihrer Kontrolle unterworfenen Verwaltungsbüreau. ... Wenn Stein späterhin trotzdem, in souveräner Nichtachtung dieser Bestimmung vom 4. April, fürstlichem Eigendünkel und ihrer Widerspenstigkeit gegenüber schärfere Töne anschlug, so ließen sich diese Herren durch derartige Drohungen natürlich gar nicht einschüchtern, wußten sie doch nur zu gut, daß dem Chef des Verwaltungsrates die Macht fehlte, seinen Worten gebührenden Nachdruck zu verleihen.“³⁾ Hier haben wir einen Anhaltspunkt für unsere Beurteilung Steins. Es erscheint menschlich verständlich und bei einiger Kenntnis der Persönlichkeit des Reichsfreiherrn nicht verwunderlich, daß ein Mann wie er von seinen

1) Wehler, S. 31.

2) Wehler, S. 52.

3) Wehler, S. 53.

ursprünglichen Gedanken nicht so schnell abzubringen war und im Innern seines Herzens die Aufgaben des Verwaltungsrates so verstanden wissen wollte und selber so verstand, wie er sie sich ursprünglich gedacht hatte. Freilich sieht Stein an anderer Stelle den ihm zugewiesenen Kreis in weit bescheidenerem Umfange. „Es habe nie die Absicht sein können, sich in die innere Verwaltung der zu erobernden Länder zu mischen oder sich mit ihrer Administration zu befassen. Der Verwaltungsrat sei vielmehr nur als ein General-Kriegskommissariat zu betrachten, nämlich um die zur Befreiung Deutschlands unentbehrlichen Ressourcen der einzelnen Länder möglichst nach allgemeinem Plan und einheitlicher Veranschlagung zu benutzen und um dadurch die Willkür und Planlosigkeit einzelner Armeen und ihrer Kommissare zu vermeiden. Die Absicht sei, daß man mit den Regierungen, die sich der gemeinschaftlichen Sache anschließen, über bestimmte Beiträge an Geld, Truppen, Lebensmitteln sich abfände¹⁾. Daß man in denjenigen Ländern aber, deren Fürsten der gemeinschaftlichen Sache beizutreten sich weigerten und sich entfernten, vermöge des Eroberungsrechtes Administrationskommissionen aus selbstgewählten Eingeborenen des Landes niederseze, denen man die innere Verwaltung des Landes überlassen, mit denen man sich übrigens in Ansehung der Konkurrenz zu den Hilfsmitteln des Krieges ebenso abfinden würde, wie mit den obgedachten Regierungen.“²⁾ Diese Scheidung zwischen freiwillig beigetretenen und besetzten Ländern zieht Stein im allgemeinen nicht so scharf; sonst wäre es ja völlig unverständlich, warum er Mecklenburg gegenüber sich so ablehnend verhalten hat. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß bei Stein in überaus starkem Maße die prinzipielle Mißachtung mitspielt, die er dem gesamten deutschen Kleinfürstentum entgegengebracht hat. Stein kannte in diesem Punkte keine Scheidung. Die Kleinfürsten sind für ihn von jeher das größte Hindernis für die Entwicklung eines Nationalbewußtseins und eines Nationalstaates gewesen. Von Rücksichten ihnen gegenüber hat Stein niemals etwas wissen wollen. Da der Zentralverwaltungsrat nun aber vorzugsweise in solchen Kleinstaaten in Erscheinung getreten ist, konnte es nicht ausbleiben, daß bei den Verhandlungen die grundsätzliche Einstellung Steins den Fürsten gegenüber sich nicht unterdrücken ließ³⁾. Auch Mecklenburg-Strelitz gegenüber hat Stein diese prinzipiellen Grundsätze nicht verleugnen können. Er hat die Mecklenburger Herzöge den deutschen Kleinfürsten im schlechten Sinne gleichgestellt. Wir haben auseinandergesetzt, daß dieses Urteil zum

¹⁾ Wegel, S. 53.

²⁾ H. Ullmann, Bd. I. S. 291.

³⁾ Vgl. zum folgenden auch Ullmann I. S. 276 und Ernst Müsebeck, Freiherr vom Stein in „Meister der Politik“ hg. von Marcks und Müller Bd. III. Stuttgart/Berlin 1924. S. 169/70.

mindesten für Mecklenburg-Strelitz unberechtigt ist. Hier ist Stein offenbar in seiner Verallgemeinerung zu weit gegangen ¹⁾).

Neben dieser prinzipiellen Einstellung zu den deutschen Fürsten, die Mecklenburg-Strelitz gegenüber nicht am Platze war, ist es auch die Auffassung von den Aufgaben des Verwaltungsrates, die Stein zu sehr verallgemeinert wissen wollte. Er hat dabei die gesonderte Stellung übersehen, die Mecklenburg-Strelitz in den Befreiungskriegen eingenommen hat, dadurch daß es sich so frühzeitig zur Teilnahme entschlossen hat. Stein hat sich nicht davon überzeugen können, daß Mecklenburg-Strelitz zum mindesten nicht als feindliches Land anzusehen war, das an der Seite Frankreichs stände. Dabei lagen aber doch die Dinge so, daß Mecklenburg sich bereits als im Kriegszustand mit Frankreich befindlich gefühlt hat und den Anspruch erhoben hat, als verbündete Macht behandelt zu werden. Es war darum verkehrt, Mecklenburg die gleiche Behandlung zuteil werden zu lassen, wie sie die Länder erfahren mußten, die im Laufe des Krieges besetzt wurden, ohne daß sie die Verbindung mit Frankreich gelöst hatten ²⁾. Trotz allem wären immerhin im Interesse der Einheitlichkeit der Kriegsführung und der Leistungen die Ansprüche des Verwaltungsrates berechtigt gewesen, und wir haben auch schon darauf hingewiesen, daß man in Neustrelitz nicht in Abrede gestellt hat, daß die Ziele des Verwaltungsrates grundsätzlich anerkennenswert und richtig seien. Aber die Teilnahme Strelitz's hatte bereits so greifbare Formen angenommen, daß das Auftreten des Verwaltungsrates nicht mehr erforderlich war. Damit kommen wir wiederum auf den Kernpunkt des ganzen Problems zurück, die Priorität der Ereignisse. Der Eintritt Mecklenburg-Strelitz' in den Krieg war bereits erfolgt, ehe der Zentralverwaltungsrat eingesetzt wurde und die Leistungen des Landes fast abgeschlossen, ehe Napoleon mit seinen Forderungen herantrat. Was der Verwaltungsrat von Mecklenburg-Strelitz forderte, war, wenn auch in anderem Sinne und zu anderer Bestimmung, schon erfolgt. Das alles hat Stein übersehen.

Dafür, daß Stein möglicherweise speziell von den Mecklenburger Herzogtümern eine geringe Meinung gehabt hätte, finden sich keine Anhaltspunkte. Zwar hat er einmal die sozialen Zustände in Mecklenburg scharf kritisiert und ausgeführt, die Wohnung eines Mecklenburger Edelmannes, der seine Bauern legt, statt ihren Zustand zu verbessern, käme ihm vor wie die Höhle eines Raubtiers, das alles um sich verodet und sich mit der Stille des Grabes umgibt ³⁾; doch

¹⁾ Damit erfährt naturgemäß auch die Beurteilung Weyels (S. 53) hinsichtlich der deutschen Fürsten eine Einschränkung.

²⁾ Vgl. das gleichlautende Urteil bei Hugo Lübeck, Friedrich Ludwig, Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin 1778—1819. Rost. Diss. in: Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde. 92. Jhg. Schwerin 1928. S. 283 ff.

³⁾ Ricarda Huch, Stein. Wien/Leipzig 1925. S. 19.

hat er auch anerkennende Worte für Mecklenburg gefunden. So schreibt er z. B. an Graf Münster am 19. Mai 1813: „Der Verwaltungsrat trat befehlend auf, da er in den eroberten Ländern zu handeln hatte und mit Recht jeden Fürsten solange als Feind ansah, bis er sich für die deutsche Sache erklärte, dieses taten die Herzöge von Mecklenburg ...“¹⁾ Auch der Gedanke, der in seiner Denkschrift Ende August 1813 auftritt, im Rahmen einer politischen Neugestaltung Deutschlands und Preußens, dieses um Mecklenburg zu vergrößern, das dafür durch Berg entschädigt werden soll²⁾, dürfte mehr im Zusammenhang mit Steins allgemein-politischen Ideen stehen, als dem Ausdruck einer besonders starken Abneigung gegen Mecklenburg darstellen.

Stein hat es sich aber doch nicht versagen können, auch Mecklenburg-Strelitz gegenüber Töne anzuschlagen und Worte zu finden, die davon Zeugnis ablegen, daß dieser Mann bei aller Würdigung seiner weltgeschichtlichen Größe doch auch von Kleinlichkeit und übertriebener persönlicher Gereiztheit nicht frei zu sprechen ist. Wir erinnern uns an die wenig erfreuliche Aufnahme, die Penz in Dresden bei Stein gefunden hat. Einen ähnlichen Fall werden wir noch zum Schluß unserer Darstellung kennen lernen.

Von solchen persönlichen Gehässigkeiten hat man sich in Neustrelitz ferngehalten. Wir haben den Brief kennen gelernt, den Penz im Auftrage des Herzogs Stein übergeben hat. Mit unwiderlegbarer Deutlichkeit bezeugt er, mit welcher Hochachtung und Anerkennung seiner Verdienste man Stein in Neustrelitz entgegengelommen ist. Man hat sich auch späterhin von der Erregung nicht zu persönlichen Ausfällen hinreißen lassen, wenngleich man es gerne vermeiden wollte, mit Stein in Berührung zu kommen. So äußert sich Dörzen bezüglich der von Mopäus mitgeteilten bevorstehenden Bündnisverhandlungen zu Plessen, die Möglichkeit, hierbei wieder auf Stein zu stoßen, wäre nicht einladend. Mopäus scheint diese Einstellung gekannt — und vielleicht auch verstanden zu haben. Im Zusammenhang seiner erwähnten Mitteilung spricht er davon, daß er wahrscheinlich General-Bevollmächtigter bleiben werde, obgleich er selbst mancherlei Kollisionen dabei voraussehe. Zwar hoffe er, daß seine Person den Gang der Verhandlungen nicht beeinträchtigen werde, macht aber gleichzeitig darauf aufmerksam, daß er Stein auf dem Laufenden halten müsse. Dann aber beruhigt er Dörzen auch wieder und fügt hinzu, er werde zugleich auch Hardenberg unterrichten, und im übrigen sei nach seinen Informationen Stein „einem Conseil untergeordnet“, das aus Hardenberg, Metternich und Nesselrode bestehe³⁾.

¹⁾ Ullmann I. S. 288. Das Schreiben ist ferner wiedergegeben bei: Hanns Martin Elster, Minister Freiherr vom Stein. Berlin 1925. S. 290 ff.

²⁾ Müsebeck, S. 171. Elster, S. 306.

³⁾ Schw. Arch. Invas. hist. III. I. Nachlaß Plessen's. No. 34 6 u. 7.

Man hat in Neustrelitz dem Verwaltungsrat deutlich genug zu verstehen gegeben, daß man ihm zum mindesten mit Mißtrauen gegenüberträte. Wir haben auch schon einige Gründe für dieses Verhalten kennen gelernt. Es ist zunächst die wachsende Erregung über die ungerechte Behandlung gewesen, die dem Herzog und der Regierung zuteil wurde, indem die Leistungen und Verdienste des Landes schlanfweg ignoriert wurden und verhandelt wurde, als sei von Mecklenburg-Strelitz nichts wesentliches geleistet worden. Zu diesem Grunde, der sich erst im Laufe der Entwicklung ergeben hat, treten mehrfache ganz prinzipielle hinzu. Wir erinnern uns des Mißtrauens, das sofort in Neustrelitz aufgetaucht ist, sowie Penz die erste Nachricht von der Einsetzung des Zentralverwaltungsrates gegeben hatte. Wir haben auch kennen gelernt, worin dieses Mißtrauen bei Derzen begründet lag. Es ist die Ansicht gewesen, der Zentralverwaltungsrat sei eine Einrichtung, die die Zukunft Deutschlands entscheidend beeinflussen könne. Zweifelsohne hat Derzen mit dieser Annahme Recht gehabt. Die Aufgaben, die der Verwaltungsrat sich ursprünglich gestellt hat, sind allerdings so weitgreifend, daß sie von maßgeblicher Entscheidung auf die zukünftige Gestaltung Deutschlands werden konnten. Wir erinnern uns nur daran, daß der Verwaltungsrat mit dem Anspruch auftrat, sich über Fürsten und Regierungen, die sich nicht der Koalition anschließen wollten, ohne weiteres hinwegsetzen zu dürfen. In Steins Sinn war es gewiß, wenn eine solche Maßnahme auch nach dem Kriege, wenn auch in anderer Form, Geltung gehabt hätte. Daß wiederum Derzen sich dagegen auflehnt, über sich eine Behörde zu wissen, von deren Gutdünken das Schicksal des Landes und seines Fürsten abhängen sollte, wäre an sich schon nicht verwunderlich, wenn Mecklenburg-Strelitz sich den Befreiungskriegen ferngehalten hätte; es ist ein schlechterdings selbstverständliches und in vollem Umfange berechtigtes Gefühl, da man seinen guten Willen und seine Opferbereitschaft zur Genüge bewiesen zu haben glaubte. Fernerhin mag auch von Einfluß gewesen sein, daß der Zentralverwaltungsrat keine nationale Behörde war. Stein selber war ja in ihm russischer Delegierter. Wir haben aber gesehen, wie unsympatisch Derzen der Gedanke gewesen ist, aus der Teilnahme auswärtiger Mächte am deutschen Befreiungskampf könnte im Laufe der Zeit ein Einfluß dieser Mächte auf die Gestaltung Deutschlands werden. Da zweifelsohne auch der Zentralverwaltungsrat eine Behörde war, die zum Teil von auswärtigen Mächten eingesetzt und gebildet war, andererseits aber nur über deutsche Belange zu bestimmen hatte, ist die Möglichkeit nicht von der Hand zu weisen, daß die oben charakterisierte Auffassung Derzens auch in den Verhandlungen mit dem Verwaltungsrat zur Geltung gekommen sein mag. Unter diesen Umständen wird der Wunsch immer dringender, ebenfalls einen, wenn auch noch so geringen Einfluß auf die Entscheidungen des Verwal-

tungsrates zu gewinnen. Derzen beansprucht keineswegs einen eigenen Vertreter für Mecklenburg-Strelitz, er ist auch bereit darauf zu verzichten, daß beide Herzogtümer eine gemeinsame Vertretung erhalten, aber er fordert, daß dem Verwaltungsbezirk Mopäus' eine Vertretung eingeräumt werde, daß also beide Mecklenburg, Hamburg, Lübeck und Oldenburg — für Eutin — gemeinsam einen Vertreter stellen. Es ist wahrlich kein unbilliges Verlangen, wenn die Länder, deren Geschicke dem Ermessen des Verwaltungsrates unterstellt waren, den bescheidensten Wunsch äußerten, der in diesem Falle möglich ist, durch eine einzige Stimme gemeinsam über ihr eigenes Schicksal mitbestimmen zu können. In diesem Sinne sind die Ausführungen zu verstehen, die das Antwortschreiben der Regierung an Mopäus vom 10. August 1813 enthält: „Wer mag es ferner verkennen, daß jedem deutschen Staate schon bei einer solchen einstweiligen Central-Behörde einige Concurrenz competire, damit er des erhebenden Gefühls theilhaftig werde: er sey nicht mehr wie zur Zeit des Rhein-Bundes äußerer Willkür auf Diskretion hingegeben — er habe in dem was ihn betreffe auch eine Stimme, und es sey nicht mehr von Macht allein, es sey auch von Billigkeit und Recht und von allem die Rede, was in den Augen von Männern einen Werth hat.“¹⁾ Von allen diesen Erwägungen her kommt dann Derzen zu dem freimütigen Bekenntnis, daß nach Überzeugung des Herzogs „der Verwaltungsrat in dessen gegenwärtiger völlig unbestimmter Verfassung solchen gerechten Erwartungen nicht entspreche. Der Verwaltungsrat ist überdem zur Zeit von England für Hannover, von Schweden für Schwedisch-Pommern nicht anerkannt und ist ebensowenig in dem Besitz ausschließlich Leistungen zu fordern, so wie denn namentlich die Herzogtümer Mecklenburg — wie sich aus dem obstehenden ergibt — von allen Seiten und wahrlich nicht um Nebendinge gleichzeitig in Anspruch genommen werden.“ Denn auch die Thatsache läßt sich nicht abstreiten, daß ohne Frage darin ein Widerspruch im Aufgabenkreis des Verwaltungsrates liegt, daß er einmal mit dem Anspruch aufgetreten ist, ausschließlich Forderungen zu stellen, andererseits es aber nicht hat verhindern können, daß auch von anderen Seiten — für Strelitz sei nur an die Forderungen Czernitscheffs und der Schweden erinnert — Leistungen verlangt worden sind. Auch darauf weist Derzen mit Recht hin, daß der Verwaltungsrat von den kleineren Staaten bedingungslose Anerkennung verlange, von größeren, namentlich auswärtigen Mächten diese Anerkennung nicht erreichen könne.

Dabei hat man sich in Neustrelitz keineswegs von vorn herein ablehnend gegen den Zentralverwaltungsrat gestellt. Wir haben gesehen, daß man die erste Naturalforderung bereitwilligst zu erfüllen trachtete, obwohl sich nicht bestreiten läßt, daß bei Derzen und Benk

1) Act. Reg. Verwaltungsrat. 54.

schon ein gewisses Mißtrauen vorhanden gewesen ist. Zum Bruch kommt es ja erst über die Geldforderungen und die immer schärfer werdende Sprache des Verwaltungsrates. Wir sehen aber, daß die prinzipiellen Bedenken erst im letzten Schreiben, als der Bruch unvermeidlich war, ausgesprochen worden sind, und daß eine grundsätzliche Opposition von vornherein in Mecklenburg-Strelitz nicht bestand noch beabsichtigt war. In diesem Punkte liegen die Dinge in Strelitz anders als in Schwerin¹⁾.

Auch Mecklenburg-Schwerin hatte sich auf die Seite der Verbündeten gestellt, bevor man von der Einsetzung des Verwaltungsrates Kenntnis hatte. Der Herzog hatte den Minister von Plessen in das Hauptquartier nach Kalisch gesandt, in der Voraussetzung, er werde es hinsichtlich der Beitrittsverhandlungen nur mit den Monarchen und deren Ministern zu tun haben. Durch seine Verweisung an den Verwaltungsrat sah sich auch Plessen vor eine gänzlich neue Aufgabe gestellt; auch er ist über einleitende Verhandlungen nicht hinausgekommen. Am 29. April stellt sich Alopäus Plessen als Bevollmächtigter für das nördliche Deutschland vor und formuliert zugleich seine Forderungen auf Truppen, Naturalien und Geld²⁾. Plessen wendet sich zunächst unmittelbar an Stein und sucht unter Darlegung der wirtschaftlichen Notlage Schwerins und der frühzeitig bewiesenen Bereitwilligkeit, die schon zur Organisation der Schweriner Truppen geführt habe, eine Ermäßigung der Truppen- und Geldforderungen zu erreichen³⁾. Die Antwort des Verwaltungsrates vom 7. Mai ist jedoch ganz abweisend gehalten und verweist erneut an Alopäus⁴⁾. Am 16. und 23. Mai fordert dann Alopäus erneut die Ergänzung der Truppen zu der gewünschten Anzahl, die Zahlung von Geldbeiträgen und die Lieferung von Naturalien⁵⁾. Die Antwort der Schweriner Regierung vom 26. Mai bringt dann den Gedanken, das Auftreten des Verwaltungsrates ließe hinaus auf eine Unterordnung, der man sich nicht fügen könne noch wolle. „Die Hilfsleistungen, welche abseiten des Herzogs gestellt und bengetragen worden, sind bedeutender wie solche anfangs noch angebothen werden können. Der Herzog ward hiebei nur geleitet durch das volle Vertrauen auf die offene bündige Erklärung beider hohen Mächten: daß für die Wieder-Erkämpfung deutscher Selbständigkeit und Unabhängigkeit alle Kräfte der Einzelnen aufgebothen werden sollten. Allein der Herzog hat sich damit auch alle Ansprüche erworben, nach den Grundsätzen und Formen behandelt zu werden, welche die proclamirte Selbständigkeit zuerst begründen, und wirklich machen. Wenn die Kräfte eines Landes fürs gemeinsame Beste ange-

1) Vgl. zum folgenden: Wehbel, S. 76 ff. und Lübeck, S. 283 ff.

2) Schw. Arch. Kab. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Alopäus. 1.

3) Schw. Arch. Kab. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Alopäus. 2.

4) Schw. Arch. Kab. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Alopäus. 3.

5) Schw. Arch. Kab. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Alopäus. 4 u. 5.

zogen und selbst angestrengt werden sollen, so läßt sich solches nicht anders wie durch eine gleiche Theilnahme und Zuziehung bewirken, und also auch nur in einem Verein der deutschen Regenten die beabsichtigte Einigung der verschiedenen deutschen Länder zu einem großen Zwecke und Interesse sich erst wieder erlangen. Die erste Zeit des Kampfes mag freilich einige Maßregeln herbeiführen, die von der Noth vorzüglich geboten werden, da wo es auf Sicherung militärischer Operationen ankommt. Aber allgemeine Einrichtungen lassen sich nicht wohl annehmen, welche den Begriff der Selbstständigkeit und der eigentlichen Regentenrechte geradezu aufheben, und die Länder und ihre Fürsten in einer Unterordnung setzen, die allen bisherigen Verhältnissen und Formen widerspricht. Es ist daher in dem ächten Sinne und in der eigentlichen Bedeutung der von den hohen allirten Mächten unbedingt verkündeten Wiederherstellung und Befreiung Deutschlands, und ein Vertrauen zu Höchst Ihren gerechten Gesinnungen, daß das Herzogl. Staatsministerium zur Behauptung der Gerechtsame und der Würde seines Herrn beauftragt worden, feierlich zu erklären, 'daß Se. Herzogl. Durchl. keine Art von Unterordnung unter dem, von den allirten Mächten jedoch ohne besondere Insinuation an die mit verbündeten Theile, niedergesetzten sogenannten Verwaltungsrath für das nördliche Deutschland, noch unter den von demselben wiederum bestellten Bevollmächtigten oder Gouverneur sich gefallen lassen, und keineswegs den Anordnungen und Verfügungen derselben für Ihre Länder sich freiwillig unterziehen werden, oder sie in Wirkung setzen können. Es wäre denn, daß Höchst Ihnen eine gehörige Theilnahme durch die Ansetzung eines Mitgliedes in diesem solchergestalt nur gemeinsamen Verwaltungsrathe ebenfalls gebührend zugestanden, dabei aber auch die Befugnisse und die Verwaltungs-Art dieses Conseils selbst noch näher bestimmt würden" ¹⁾. Die bereits freiwillig übernommenen Verpflichtungen gedenke man natürlich auch zu erfüllen. Es folgt ein Hinweis auf die schon erfolgten Leistungen an einquartierte oder durchziehende Truppen. Endlich spricht das Ministerium den Wunsch aus, der Zentralverwaltungsrat möchte die Vorschläge, die Plessen seinerzeit Stein unterbreitet habe, zur Grundlage eines gegenseitigen Vertrages machen. Auf diese Note antwortet Mopäus am 22. Juni. Dem Verwaltungsrat sei es nicht entgangen, „daß die, in erwähnter Note enthaltene Protestation gegen den Verwaltungsrath und dessen Bevollmächtigten in dem entschiedensten Widerspruch mit den Gesinnungen zu stehen scheint, welche die Behörden deutscher Fürsten in diesem Augenblick bekennen sollten“. Zwar hätten die verbündeten Mächte die Unabhängigkeit Deutschlands verheißen, zum Gelingen des Kampfes lasse sich aber eine Zusammenfassung aller Kräfte, soweit sie auf den Krieg Bezug nehmen, in Form einer administrativen Zentralverwaltung nicht umgehen. Die Klagen des Mini-

¹⁾ Schw. Arch. Abt. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Mopäus. 6.

steriums über die unstatthafte Form der Forderung seien unverständlich, da man jetzt sich mit anderen größeren Fragen zu befassen habe, als mit peinlichster Beobachtung formvollendeter Verhandlungsweisen. Zudem habe noch nie „die Occupation eines Landes durch befreundete Truppen oder irgend eine Einmischung in die Polizei- und Finanz-Verwaltung, und ohne dazu angestellte Organe stattgefunden.“ Dem Wunsch, im Verwaltungsrat vertreten zu sein, könne nicht entsprochen werden, „weil es die Zahl der Besitziger zu sehr vermehren würde“. Die Entsendung eines „Collectiv-Deputirten“ für sämtliche norddeutschen Fürsten würde vor sich gehen, wenn durch das Vorrücken der verbündeten Armeen die Mehrzahl in den Stand gesetzt sein werden, der großen Sache beizutreten¹⁾. Auf diese Ablehnung aller ihrer Vorstellungen geht die Schweriner Regierung am 1. Juli ein. Ihr Standpunkt wird nochmals ausgeführt. „Bei einer klaren Ansicht von dem vollen Werth der Befreiung und Herstellung Deutschlands zur Einheit und freyen Verfassung kann und darf es nicht verkannt werden, daß nur ein Grundsatz des Rechts, welches immer zunächst aus dem bisherigen Zustand sich ergiebt, eine sichere und bleibende Basis dagegen abgiebt, die zu ihrer Ausföhrung nur des Schutzes und kräftigen Beistandes der großen Mächte bedarf. In solchem Zustande des Rechts ist es dann auch ganz anerkannt begründet, daß keine fremde, wenngleich befreundete Macht, und ebensowenig eine von mehreren derselben aufzustellende Centralbehörde, unmittelbare Verfügungen und Anordnungen irgend einer Art mit Beseitigung oder vielmehr mit Zurücksetzung oder Aufhebung der eigentlichen Regierung des Landes zu treffen befugt seyn kann, wenn auch die befreundeten Truppen ein Land occupiret haben, oder um bestimmter zu reden, die Hülfsmittel desselben zu ihren Kriegsoperationen in Anwendung setzen.“ Auf Grund seiner von Anfang an bewiesenen Bereitwilligkeit könne der Herzog wohl darauf rechnen, nach solchen Grundsätzen behandelt zu werden, d. h. dem Bunde „als hülfssleistender Theil verhältnismäßig beizutreten“²⁾. Darum wird Mopäus gleichzeitig ein Vertragsentwurf des Ministeriums vorgelegt, mit der Aufforderung, „die unmittelbare Ratification desselben zu bewirken und darüber zum Behuf der Ratification Seiner Herzogl. Durchlaucht die Zusicherung zu geben“. Der Entwurf läuft auf den Beitritt des Schweriner Herzogs zum russisch-preussischen Bündnis unter den bereits versprochenen Zusicherungen hinaus. Der Herzog stellt seine Truppen ins Feld, organisiert einen Landsturm, theiligt sich an den allgemeinen Lieferungen und zahlt einen monatlichen Beitrag, auf den aber die Kosten der Truppenverpflegung im eigenen Lande anzurechnen sind. Dafür versprechen ihm die Verbündeten, den Besitz

1) Schw. Arch. Rab. Abtief. 209. 13. Verhandlungen mit Mopäus. 7.

2) Schw. Arch. Rab. Abtief. 209. 13. Verhandlungen mit Mopäus. 8.

seiner Länder zu garantieren und ihn zu allen Beratungen und Berhörden hinzuzuziehen, die die Regelung allgemein deutscher Angelegenheiten oder Verteilung gemeinsamer Leistungen und Beiträge zum Gegenstand haben¹⁾ Mopäus verspricht am 1. Juli diesen Entwurf weiterzuleiten, bemerkt aber gleich, der Entwurf erwecke den Eindruck, als handle es sich um „eine definitiv verabredete und beschlossene Convention, welches doch nicht der Fall ist“²⁾. Am 27. Juli stellt Mopäus dann im Auftrag des Verwaltungsrates dem Ministerium seinen Entwurf wieder zurück mit dem Bemerkten, „daß bey dem Anschein so peremptorischer Unterhandlungsweise . . . Unterzeichneter sich, so lange über diese Form, welche keine weitere Unterhandlung und Modification, sondern nur die diesseitige Unterschrift zuzulassen scheint, keine genügende Erklärung erfolgt, verpflichtet halten wird, den Punkt der Conventions-Verhandlungen nicht weiter zu berühren, sondern alles in dem Zustande zu lassen, welcher mit einer militärischen, durch keine Übereinkunft geregelten Occupation unvermeidlich verbunden ist“³⁾. Damit haben sich die Verhandlungen des Zentralverwaltungsrates mit Mecklenburg-Schwerin endgültig zerschlagen, nur kurze Zeit bevor auch mit Strelitz der Bruch erfolgt.

berbliden wir die Entwicklung in beiden Herzogtümern, so erkennen wir, daß es sich in beiden Fällen um das gleiche Problem gehandelt hat. Der Verwaltungsrat hat Mecklenburg gegenüber nicht von seiner grundsätzlichen Einstellung zu den deutschen Kleinstaaten abgehen wollen. Eine Sonderstellung auf Grund anderer Verhältnisse hat er ihm nicht einräumen wollen. Es handelte sich für ihn auch hier um den Anspruch, die Leistungen des Landes für sich anfordern zu dürfen und ihre Höhe bestimmen zu können. Demgegenüber stellen sich die Regierungen beider Länder auf den Standpunkt, eine Behandlung als verbündete Macht erwarten zu dürfen und zu Verhandlungen unmittelbar mit den Monarchen berechtigt zu sein. In Schwerin wird dieser Gesichtspunkt noch eher herausgestellt und prinzipieller gefaßt. Hier erklärt man von vorn herein sich nicht für gewillt, den Zentralverwaltungsrat als übergeordnete Behörde anzuerkennen, und lehnt jede Art von Leistungen an ihn grundsätzlich ab. Strelitz hat sich anfangs bereit erklärt, soweit es in seinen Kräften stehe, den Forderungen des Verwaltungsrates nachzukommen. Als dieser jedoch auf die Ablehnung, vor allem der Geldforderungen, immer deutlicher und entschiedener sich als übergeordnete, bestimmende Behörde gebärdet, kommt es auch in Strelitz zur völligen Ablehnung der Ansprüche. Dieser grundsätzliche Protest dagegen, sich einer von anderen geschaffenen Behörde widerspruchslos zu fügen, ist weiter begründet in der wohl beobachteten Tatsache, daß der Verwaltungsrat keineswegs in der Lage war, seinen An-

¹⁾ Schw. Arch. Rab. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Mopäus. 9.

²⁾ Schw. Arch. Rab. Ablief. 209. 13. Verhandlungen mit Mopäus. 10.

³⁾ Schw. Arch. Invas. hofst. III. I. 94. Nachlaß Plessen's. No. 34. 5.

sprüchen die nötige Geltung zu verschaffen. Er hat es stillschweigend dulden müssen, daß er in einzelnen Ländern gar nicht anerkannt worden ist, wie in Hannover und Schwedisch-Pommern. Er hat andererseits nicht verhindern können, daß auch von anderer Seite her Forderungen auf Lieferungen und Leistungen gestellt worden sind, in Mecklenburg vor allem von Russen und Schweden. Endlich aber, und vor allem, hat man in Schwerin wie in Strelitz seinen Anschluß an die Verbündeten so zeitig und so eifrig vollzogen, daß man sich einmal berechtigt glauben durfte, eine andere Behandlung zu erfahren und nicht beständig an die Notwendigkeit des Einsatzes aller Kraft und des Beweises guten Willens und freudiger Opferbereitschaft gemahnt zu werden; zum andern hat man das Auftreten des Verwaltungsrates daher mit guten Gründen als überflüssig, anmaßend, ja direkt als die Entwicklung der eigenen Teilnahme störend empfinden dürfen. So kommen wir auch hierbei wieder auf den Kernpunkt des ganzen Problems zurück. Der Verwaltungsrat glaubte, alle deutschen Kleinstaaten nach denselben Gesichtspunkten behandeln zu müssen, und übersah dabei, daß die Verhältnisse in Mecklenburg ein derartiges Vorgehen nicht gestatteten. Seine Tätigkeit in Mecklenburg-Strelitz ist letzten Endes deswegen zur Erfolglosigkeit verurteilt gewesen, weil er sich darüber nicht klar geworden ist, daß nach der Entwicklung, die die Ereignisse in Mecklenburg-Strelitz genommen hatten, sein Auftreten in der Form, in der es vor sich gegangen ist und nach der ganzen Struktur des Verwaltungsrates auch vor sich gehen mußte, hier im Grunde genommen nicht mehr notwendig, sondern überflüssig war.

XVIII. Der offizielle Beitritt Mecklenburg-Strelitz's zum Bündnis gegen Frankreich. Schluß.

Noch einmal ist der gezeichnete Widerspruch in den Auffassungen der Strelitzer Regierung und des Zentralverwaltungsrates deutlich zur Geltung gekommen, als Ende 1813 an die deutschen Fürsten das kategorische Verlangen gestellt wurde, sich durch ein förmliches Bündnis den Alliierten anzuschließen¹⁾. Man hat sich in Mecklenburg mit aller Entschiedenheit dagegen gewehrt, und dabei beständig betont, derartiges sei überflüssig, da man ja bereits seit März 1813 Verbündeter der Alliierten sei. Stein, der hierbei wiederum die treibende Kraft gewesen ist, hat sich diesem ohne Frage berechtigten Anspruch nicht angeschlossen. So hat man sich schließlich auch in Strelitz bereit gefunden, dem Ersuchen Folge zu leisten, und Verzogen wurde als Bevollmächtigter in das Hauptquartier geschickt. Hier ist es ihm dann nach erheblichen Schwierigkeiten gelungen, für Mecklenburg-Strelitz eine Minderung der Vertragsbestimmungen durch Anerkennung der Beteiligung des Herzogtums am Befreiungswerk seit

¹⁾ Vgl. zum folgenden Act. Coll. Sect. Abordnung Verzens.

dessen Beginn zu erreichen, und am 22. Februar 1814 ist in Troyes mit Oesterreich, am 23. Februar mit Preußen und Rußland in Chatillon das förmliche Bündnis abgeschlossen worden. Der Standpunkt Medlenburg-Strelitz's in dieser Frage spiegelt sich deutlich wieder in den Dergens erteilten Instruktionen des Herzogs; darin heißt es u. a.: „In Ansehung der Abfassung des Vertrages habt ihr eifrigst dahin bemüht zu seyn, daß darin ausdrücklich aufgenommen werde, wie Wir nicht erst jezt dem Rhein-Bunde entsagen, sondern daß Wir schon seit Ausgangs März d. J. dem zur Rettung Deutschlands vom französischen Joch zwischen dem Kaiser von Rußland und dem Könige von Preußen früher geschlossenen Bündnis uns factisch angeschlossen, und Unsere patriotische deutsche Gesinnung auf die euch bekannte mehrfache Weise durch Anstrengung aller Uns zu Gebote stehenden Mittel aufs thätigste dargelegt haben. In dem Vertrage wollen Wir Uns verbindlich machen, während der Dauer des Krieges für die Unabhängigkeit Deutschlands, das schon seit dem 30. Juny d. J. von Uns ins Feld gestellte Regiment Husaren auch ferner in der Zahl von 450 Mann Combattanten zu erhalten und habt ihr hierben erforderlichen falls deutlich zu machen, daß die dazu nothwendigen Anstrengungen im Verhältniß zu Unsern Kräften sehr groß — daß sie Unserm Eifer für die deutsche Sache entsprechend — und daß sie von der Art sind, um den glüklichen Ausgang der allgemeinen Sache zu garantieren, wenn alle deutschen Staaten nach dem Maake ihrer Kräfte ein gleiches thun.“ Andererseits ist aber auch der Bericht Dergens über seine und des schwerinschen Ministers Pleßens Unterredung mit Stein bezeichnend für die Art und Weise, mit der Stein ihm nicht genehme Fragen erledigte. Es ist doch wohl wirklich reichlich stark, wenn Stein die bisherige Beteiligung Strelitz's derartig ignoriert, daß er sich zu der Bemerkung hinreißen läßt, es wäre für Strelitz zum Abschluß des Bündnisvertrages in Paris noch sicherer gewesen, als in Troyes. Und auf die Erwiderung Dergens: „Im Herzen können Sie uns so unrecht nicht tun!“ wird Stein nur noch ausfallender und persönlicher. „Ich spreche nicht anders wie ich denke, ... ich weiß nicht ob das in Medlenburg bei Ihnen so Mode ist.“ Von Leistungen Medlenburgs will Stein überhaupt nichts wissen, namentlich, was Russen und Preußen erhalten hätten, sei überhaupt nicht der Rede wert. Aus allen diesen Tatsachen geht erneut hervor, daß Stein von seiner Abneigung gegen das deutsche Kleinfürstentum so beherrscht war, daß er auch rühmliche Ausnahmen, die ihm nach seinem eigenen Zeugnis von Medlenburg wohl bekannt waren, nicht gelten lassen wollte¹⁾.

Überblicken wir nun auch diese Verhandlungen, so kommen wir wiederum zu dem Ergebnis, daß der Vorwurf bewußter Widerwilligkeit und Interessenlosigkeit Medlenburg-Strelitz nicht gemacht

¹⁾ Vgl. hierzu Anlage VI.

werden kann. Mecklenburg-Strelitz war von seinem Standpunkt aus berechtigt, seit Beginn der Befreiungskriege sich als verbündete Macht zu betrachten und auf Grund seines bisherigen Verhaltens eine andere Behandlung zu beanspruchen. Stein dagegen hat auch hier wieder seine allgemeine Ansicht über die deutschen Kleinstaaten nicht durch das Eingeständnis einer Sonderstellung Mecklenburgs einschränken wollen. Daß im übrigen in der unmittelbaren Umgebung Steins der Standpunkt Mecklenburg-Strelitz's durchaus gewürdigt worden ist, dürfen wir aus dem Urtheil von Steins Mitarbeiter Johann Albrecht Friedrich Eichhorn entnehmen: „Die Herzöge von Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz hatten sich gleich an die Reihe der ersten Verbündeten Rußland und Preußen ... frisch angeschlossen. Besonders weichte sich der Herzog von Mecklenburg-Strelitz mit aller Aufopferung seines Hauses und seiner Unterthanen der Sache, welche er zu der seinigen gemacht hatte. Ihn rührte die Erhebung des preussischen Volkes, welchem er eine angebetete Königin gegeben hatte, und er hielt gleichen Schritt mit allem, was in Preußen geschah. Man kann es daher nicht aus einem Mangel an gutem Willen, sondern aus einer Überzeugung, durch frühere und fortgesetzte Leistungen freiwillig mehr gethan zu haben, als andere deutsche Fürsten, und aus einer schonenden Rücksicht für ihre Unterthanen erklären, daß jene Herzöge gezögert haben, nach Art anderer Fürsten in den Frankfurter Konferenzen besondere Verpflichtungen durch ausdrückliche Accessionsverträge einzugehen, vielleicht zu ängstlich, da ihnen alles geleistete zum Vortheile hätte gerechnet werden müssen.“¹⁾ Zu dieser Ängstlichkeit hatten allerdings die Mecklenburger Herzöge nach den vorausgegangenen Erfahrungen wohl begründeten Anlaß.

Es ist nicht mehr als eine Pflicht der Gerechtigkeit, wenn wir unsere Betrachtungen mit dem Bekenntnis schließen, daß dem Herzog von Mecklenburg-Strelitz und seinem Lande gelungen ist, was sie sich zu Beginn der Befreiungskriege vorgenommen haben:

„Wir wollen uns Achtung erwerben bey den Deutschen, indem ein Jeder von uns mit Hingebung thut, was an ihm ist! Mit Gott werde ich mich der Ehre werth zeigen, ein deutscher Fürst zu seyn, und ihr getreue Mecklenburger werdet allen deutschen Brüdern ein Beispiel geben, auf daß man auch uns nenne in der Geschichte, und unsere Kinder achtungswerther Väter sich rühmen!“²⁾.

¹⁾ Die Centralverwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn vom Stein. Deutschland 1814. (Anonym erschienen.) S. 50/51.

²⁾ Act. Coll. Secti. Beitritt Smi. 8.

Anlage I. (Familienarchiv. 12. 1. 47.)

Entwurf des Erbprinzen Georg von Mecklenburg-Strelitz zu einer Antwort an den Bevollmächtigten des Zentralverwaltungsrates für das nördliche Deutschland, Freiherrn von Mopäus, auf dessen Schreiben an das Mecklenburg-Strelitzsche Staatsministerium vom 31. Mai/12. Juni. (Dem Staatsminister von Werken zur Begutachtung eingereicht.)

Strelitz, 18. Juni 1813.

Mein Vater hat mir soeben das Schreiben mitgetheilt, welches Ew. Excellenz an unsere Regierung erlassen haben. Ich würde es aber umsonst versuchen, das Erstaunen und den Schmerz zu schildern mit dem mich dieses Schreiben erfüllt hat; ja es würde mir nur schwer zu bestimmen gelingen welches von beyden Gefühlen — nemlich des Schmerzes und des Erstaunens das Ueberwiegende gewesen sey. — Ew. Excellenz sind beynahe der Erste unter allen meinen näheren Bekannten gewesen, den ich mit den Grundsätzen, Gefühlen und Absichten bekannt machte, die nicht allein mich, sondern meinen Vater ebenso wohl als sein ganzes Land beseelen. Diese vertrauliche Mitteilung geschah schon im Monath Januar (also gleich in dem ersten Augenblick, der sich für Deutschland günstig zeigte) und ich ward nicht allein durch die Ueberzeugung der Uebereinstimmung unserer Grundsätze bewogen, sondern überhaupt durch langjährige Bekanntschaft, während welcher Ew. Excellenz mein Wohlwollen eben so aufrichtig zu erwiedern schienen, als ich dasselbe stets Ihnen gewidmet und gezeigt hatte. — Was ich späterhin nicht selbst sagen, oder aus Bescheidenheit nicht selbst Ihnen schreiben konnte, haben Sie ununterbrochen durch unsern Freundin die Frau von Berg erfahren. — Urtheilen Ew. Excellenz daher selbst von dem was ich empfinden mußte, als ich aus dem gedachten Schreiben nicht allein Ihre Verwunderung über unsere Weigerung an Geldbeiträgen ersah, sondern auch noch folgende Stellen fand, „die Errichtung eines Husaren-Regiments war nicht vorläufig mit den verbündeten Mächten verabredet worden. Wenn diese aber nichts dagegen erinnert haben, wäre es jedoch nöthig gewesen es zu einem Corps und namentlich zu dem, welches der G.L. v. Walmoden befehligt stoßen zu lassen, so wie es die Herzogl. Mecklenb.-Schwerinschen Truppen gethan haben. Dieses ist jedoch nicht geschehen, wenigstens ist von dem Marsche dieses Regiments nichts zur Kenntniß Endesunterzeichneten gekommen.“ Die Errichtung dieses Regiments nemlich, war nicht allein das Erste, was mit dem Könige von Preußen verabredet und regulirt worden, sondern unser Minister der Herr von Pentz sollte nachdem er den Brief meines Vaters an den Kaiser Ihren Herrn in Dresden abgegeben hatte, demselben in einer Privat-Audienz die nemlichen Eröffnungen dieses Regiment betreffend thun. Der Brief ward übergeben, die Audienz durch das plötzliche

Vorgehen nach Lüken zwar verhindert, der Zweck deswegen aber nur um so eher erreicht, weil wir nun den König ersuchten unser Organ bey dem Kaiser zu werden, und dieser uns auch sehr bald eine Antwort zukommen ließ welche sowohl den Gesinnungen der Güte und Billigkeit des Kaisers als unserem eigenen Bewußtseyn angemessen war. Jener Vereinbarung der beyden Monarchen gemäß sollte das Regiment seine Waffen vom König erhalten, und dasselbe zu dessen Armée stoßen, und wo möglich namentlich unter dem Befehl meines Bruders kommen, weil dies der Wunsch des Regiments war, und derselbe von lauter freiwilligen Landeskindern ausgehend, den Souverains Achtung abgewann, die er auch wohl gewiß verdiente. — In ebenso große details ist der Minister von Penz gegen den Herrn von Stein eingegangen, und was derselbe gegen Ew. Excellenz geäußert dürfte ich ja wohl auch von Ihrer Seite als noch nicht vergessen betrachten! — Noch einmal frage ich daher Ew. Excellenz was ich bey Besung der kaum angeführten Stellen wohl empfinden mußte? Nun weiß ich freylich nicht ob Ew. Excellenz noch einer besonderen Anzeige von den Verbündeten Mächten über ihre mit uns getroffene Verabredung, sich gegenwärtigen mußten, und ob diese ausgeblieben ist, daß wir aber keine fernere Anzeige machten, nachdem wir uns mit den beyden Souverains völlig verständigt hatten, werden Ew. Excellenz gewiß sehr natürlich finden. Ebenso Unrecht würden Sie uns auch thun, wenn in der angeführten Stelle vielleicht ein versteckter Vorwurf liegen sollte, daß unser Regiment überhaupt noch nicht marschirt ist. Die Waffen die uns der König versprach, mußte er uns späterhin abschlagen, da er seine eigene Armee kaum zu bewaffnen vermag, und als wir uns an den Kronprinzten von Schweden wandten, um aus den engl. Waffen Magazinen armirt zu werden, hatte der General Walmoden und der Herzog von Schwerin bereits alles erhalten was derselbe entbehren konnte. Der Kronprinz hat indessen versprochen aus Schweden für uns das mögliche kommen zu lassen und G. Walmoden hat uns jetzt auch 200 Säbel abgetreten, das reicht aber nicht hin, und bleibt daher die versprochene Hülfe aus Schweden aus, so wird unser sonst so schönes und bis auf diesen Punkt längst fertiges Regiment, vielleicht noch lange durch seine Unthätigkeit die Verwunderung und die Unzufriedenheit Aller derjenigen ausmachen, welche über den Grund dieser Unthätigkeit nicht nachforschen. Wir haben zwar möglich gemacht, was glaube ich nur selten in einem so kleinen von allen Waffen Fabriken entblößten Lande ist möglich gemacht worden, nemlich durch Studium der Theorie und Fleiß aus Grobschmiedten Waffenschmiede zu bilden. Ew. Excellenz begreifen indessen ob darauf zu rechnen ist. Auch führte ich es blos an, um Ihnen einen Beweis mehr zu geben daß unser Wille selbst da noch vollkommen ist, wo die That zur Unmöglichkeit wird. Und erlauben mir Ew. Excellenz

zu bemerken, daß das wohl überhaupt der Gesichtspunkt ist, aus dem Sie unser Thun und Lassen zu betrachten hatten, und auch noch ferner betrachten müssen. In allen Zeitungen steht was wir zwar auch außerdem wissen würden, daß nemlich das stete Zurückgehen der Truppen bloß Folge der Uebermacht war — diese Uebermacht war immer zu besorgen gewesen — und deswegen erfüllen wir gleich die erste Pflicht, indem wir uns zur Stellung der Truppenzahl erbothen welche nach den Kräften unseres Landes zu erschwingen war. — Sie forderten uns ferner zu Naturallieferungen auf, und wir leisteten sie, ohne uns an irgend eine Form zu stoßen (obgleich die abgebrochenen, und wegen der seitdem erfolgten Ereignisse, noch nicht wiederaufgeknüpft gewesenem Dresdener Verhandlungen, uns wohl erst zu mancher Frage berechtigt hätten). Dies thaten wir aus dem sehr einfachen Grunde damit es auch nicht einmal der Mißgunst möglich werde zu sagen: „Die Liebe zur völligen Klarheit in den Geschäften und ihrer Formen sey stärker bey uns als die Liebe zur guten Sache.“ — Wenn nach solchen Vorderjäten eine Geldweigerung uns daher ein solches Schreiben zuzieht wie das Letzte welches Ew. Excellenz an unsere Regierung erlassen haben, so kann es wohl nicht anders als Höchst schmerzlich und Erstaunen erweckend für uns seyn. — Oder sollte wirklich noch bares Geld in einem Lande existiren können das seit dem Tilsiter Frieden, seinen einzigen Nahrungszweig, den Handel verlor, das seitdem in eben dem Maasse ausgesogen wurde, als es wieder zu gewinnen verhindert ward, und das schon dadurch seinen Mangel hinlänglich auspricht, daß der Fürst desselben so gut wie jeder dessen Bewohner auch das Letzte jedes entbehrlichen Gold und Silber Geräths hergiebt (obgleich Gottlob mit Freuden) nur um das Eisen zu gewinnen was Gott und das eigene Gefühl mit gleicher Kraft ihn suchen läßt! — Herr von Mopäus! Bisher habe ich stets nur die herrlichsten Eigenschaften in Ihnen verehrt, und wie sehr ich Ihre Güte und Freundschaft für mich zu schätzen wußte muß Ihnen gleichfalls sehr unzweifelhaft seyn. Lassen Sie mich daher hoffen, daß ich auch ferner bloß jener wohlwollenden Gesinnungen mich zu erfreuen haben werde, und daß ich nie mehr die Menge der schmerzlichen Gefühle durchempfinden soll mit denen mich Ihr letztes Schreiben erfüllt. —

P. S. Obgleich dieser Brief sich von selbst ausspricht, so kann ich es doch nicht unterlassen, Ew. Excellenz noch einmal darauf aufmerksam zu machen, daß ich weder der Herzog noch ein Mitglied der Regierung bin, daß ich also bloß als Privatmann schrieb, so wie ein Freund zum Freunde zu reden sich erlauben darf. Mehr brauche ich wohl nicht zu sagen, um Allen nur möglichen Mißdeutungen und Mißverständnissen völlig vorzubeugen. —

Gutachten des Staatsministers von Derken.

20. Juni.

So schön, richtig und kräftig der Baron v. Alopäus in Ew. Durchlaucht Briefe bedeutet wird, so sind wir doch dabei etwas bedenklich geworden! Das Gefühl des uns widerfahrenen Unrechts und der russischen Anmaßlichkeit haben Ew. Durchlaucht nemlich so vollständig ausgesprochen, daß der B. v. Alopäus entweder sein Unrecht geradezu eingestehen, oder hinter noch größerer Anmaßlichkeit verbergen muß — und zu der letzteren Partei dürfte er bei dem einmal betretenen Wege geneigter sein! Ew. Durchlaucht geben mir diese Bemerkung zur höchsten Beprüfung unterthänigst anheim. Es wäre höchst unangenehm, wenn Ew. Durchlaucht von dem B. v. Alopäus eine spitze oder bittre Antwort erhielten, und dergleichen soll ihm nicht fremd sein, so wie er überhaupt in Geschäften einen drückenden etwas widerwärtigen Charakter bringen soll. —

Anlage II. (Act. Reg. Verwaltungsrat. 10)

Antwortschreiben des Medlenburg-Strelitzschen Ministeriums an Alopäus auf dessen Note vom 12. Juni.

Neustrelitz, 16. Juni 1813.

... Der Herzog hat das freudige Bewußtseyn, das kein Staat ohne alle Ausnahme für den Fortgang der guten Sache verhältnismäßig größere Anstrengungen macht, als er und sein Land, und darf daher nimmer den Vorwurf besorgen, als wolle er des Heils wiedererrungener deutscher Freiheit theilhaftig werden, ohne Gut und Blut daran zu wagen und zu setzen. —

Unmittelbar nachdem die Allianz zwischen Sr. Majestät dem Kaiser von Rußland und Sr. Majestät dem König von Preußen abgeschlossen war, gab der König von Preußen mit Einverständnisse mit seinem hohen Allirten, dem Kaiser von Rußland, den Wunsch zu erkennen, daß der Herzog ein Husaren Regiment errichten möge, und bestimmte zugleich mehrere verdiente Offiziere aus seiner Armee, denen die Stellen als Staats-Offiziere und Escadrons-Chefs anvertraut werden könnten. — Dies war die erste und einzige Aufforderung zur thätigen Theilnahme, welche dem Herzoge geworden, und der Herzog — obgleich er den Umfang des Unternehmens für sein kleines ohnehin erschöpftes Land allerdings würdigte — folgte seinem reinen Eifer für die heilige Sache, und setzte sogleich alle Kräfte in Bewegung, um dieser ersten Aufforderung vollständig zu genügen! Die einfache Erzählung dieses Hergangs der Sache genügt, um zu bewähren, daß der Herzog bei der Errichtung des Regiments keineswegs seiner eignen Ansicht — die vielleicht einseitig hätte seyn können — gefolgt ist, wohl aber auf das erste von Seiten der verbündeten Mächte an ihn gerichtete Wort lebendig zu Werk geschritten ist! Der Herzog hat als deutscher Fürst und deutscher Mann ge-

handelt, indem er in solchem Augenblick nicht gezaudert — nicht gedungen — hat! Verdienter Tadel kann ihn deshalb nicht treffen! Das Husaren Regiment hat sich bisher keinem Armee Corps angeschlossen, weil dessen Organisation noch nicht vollendet war — es fehlte namentlich an der Hauptsache, an den Waffen, die in-
zwischen hier im Lande selbst haben angefertigt werden müssen. Alle Militairs versichern, daß die Organisation eines Cavallerie Regiments durchaus den Zeitraum von mehreren Monaten erfordere, und daß selbige demnach hier sicherlich mit Thätigkeit betrieben sey. Der Herzog hat vorlängst an den König von Preußen geschrieben, daß das Regiment im Laufe dieses Monats marschfertig werde, und zu der von dem Ober-Commando ihm zu gebenden Bestimmung abgehen könne!

Der unterzeichnete Minister von Benk hat bei seiner Rückkehr aus Dresden allerdings dem Herzoge umberichtet, daß Se. Excellenz der Baron von Mopaeus die Zusammenkunft von Bevollmächtigten der norddeutschen Länder in Hamburg wünschten, um über den Unterhalt der Truppen p.p. Berathung zu treffen — da aber Se. Excellenz wegen der Lage von Hamburg selbst dahin nicht abgegangen waren, auch über den Zeitpunkt, zu welchem Sie etwa an einem anderen Orte die Zusammenkunft der Bevollmächtigten veranlassen wollten, bisher keine weitere Mittheilung gemacht haben, so hat der Herzog geglaubt, die Absendung eines seiner Diener einstweilen aussetzen zu müssen! Der Herzog weis sonst warlich das Glück französischer Willkür entzogen zu seyn, zu sehr zu schätzen, um da irgend zu säumen, wo auf liberale Weise Grundsätze festgestellt werden sollen.

Unlage III. (Act. Reg. Verwaltungsrat. 54)

Antwortschreiben des Mecklenburg-Strelißschen Ministeriums
an Mopäus auf dessen Note vom 2. August.

Neustrelitz, 10. August 1813.

Die Note Sr. Excellenz des Herrn Baron von Mopaeus, datirt aus Doberan den 2. August d. J. haben die Unterzeichneten dem Herzoge Durchl., ihrem gnädigsten Herrn, vorgelegt, und sind angewiesen, darauf folgendes zu erwiedern:

Der Herzog findet es nicht nur billig, daß die kleinen Staaten bei dem gegenwärtigen Kriege verhältnißmäßig eben so bedeutende Anstrengungen machen, als die großen Mächte, sondern geht weiter und hält dafür, daß jeder Staat — auch der kleinste — bei einem Kampfe für Unabhängigkeit, Freiheit und Ehre alles zu opfern freudig bereit seyn müsse! Bei dieser Ansicht würde der Herzog die gewünschten Beiträge in baarem Gelde gewiß nicht verweigern, wenn die erschöpften Finanzkräfte des Landes Seinem guten Willen nicht Grenzen setzten. Es ist hier nicht von dem engherzigen Versuch, wohlfeilern Kaufs zum Ziel zu gelangen — es ist davon die Rede, daß

der Herzog nicht, Seinem Character zuwider, Verbindlichkeiten übernehmen will, von denen Er im Voraus weiß, daß sie demnächst nicht erfüllt werden können. —

Die Ausgleichung über Bequartirungs Lasten ist allerdings schwierig, und bis zu dem Grade höchster Genauigkeit vielleicht unmöglich; aber es leuchtet nichts destoweniger ein, daß ein Gegenstand von solchem Umfang nicht unberücksichtigt bleiben darf, wenn die Kräfte und Anstrengungen der Länder abgewogen und gewürdigt werden sollen. Niemand kann mehr geben als er hat, und doch würde solches dem Land zugemuthet, welches — von Bequartirungs Lasten erdrückt — dennoch einem andern es gleich thun sollte, welches bisher keine Lasten getragen hat. —

Medienburg-Streitz ist sieben Jahre hindurch von den Franzosen ausgesogen worden. Jetzt beim Anfang der neuen bessern Zeit, hat es mit freudigem Eifer, und ohne seine Mittel ängstlich zu berechnen, ein Husaren Regiment errichtet und ausgerüstet, und ist verbunden, dasselbe während der Dauer des Krieges zu unterhalten. Die Zeit des Waffenstillstandes hindurch hat das ganz aus Cavalerie bestehende Corps unter dem Befehl des Generals von Czernicheff hier im Lande cantonnirt — die Consumtion an Hafer allein beträgt über 40 000 Scheffel. Auf Erfordern des Genannten Generals sind dem Corps 1200 Paar Stiefeln gegeben. Die Russisch-deutsche Legion, die Hälfte der Schwedischen Armee sind durch das Land marschirt. Für die Schwedische Armee sind 150 Artillerie-Pferde geliefert. Die Aerndte geht nicht von Statten, weil über $\frac{2}{3}$ tel der gesammten Ausspannung des Landes beschäftigt sind, Russisches Korn, welches zu Wasser angeht, und zum Unterhalt der Truppen um Berlin bestimmt ist, durch das Land zu transportiren, und weil der Rest der Ausspannung von den cantonnirenden und durchmarschirenden Truppen in beständiger Bewegung erhalten wird. —

Nach dieser kurzen Darstellung wird jeder Unbefangene, wenn er die Kräfte und den Umfang von Medienburg-Streitz kennt, dem Herzoge und seinem Lande bezeugen, daß sie redlich das Ihrige thun, und der Herzog beruft sich in dieser Hinsicht auf die eigene Ueberszeugung Sr. Excellenz des Herrn Baron v. Mlopeus. —

Der Herzog macht sich kein Verdienst, aus den Opfern, welches Er bringt, denn er weiß was einem deutschen Manne und Fürsten geziemt, aber er fordert mit der Zuversicht, eines guten Bewußtseyns, daß man Ihn nicht verkenne, daß man Ihm höhere Motive als die einer kleinlichen Selbstsucht zutraue — Er wünscht, der guten Sache wegen, daß man bis zu den entschiedensten Beweisen vom Gegentheile bei jedem deutschen Fürsten eine würdige Gesinnung voraussetze, weil Vertrauen zur Einigung, und Misträuen zur Trennung führt, und weil die Bewohner jedes einzelnen Landes im gemeinamen deutschen Vaterlande mit einer wahr-

lich ehrenwerthen und religiösen Treue an ihren Fürsten hängen! Der Kaiser der Franzosen mußte in Drohungen sprechen und mit Willkür handeln — um für selbstsüchtige Zwecke fremde Kräfte in Thätigkeit zu bringen, aber anders gottlob ist es jetzt, und es gilt nur, daß der gute Geist nicht gestöhrt sondern mit Liebe genährt und gepflegt werde! —

Mit Freuden sieht der Herzog einer künftigen Verfassung von Deutschland entgegen, die nach den Ausdrücken in der Namens Sr. Majestät des Kaisers von Rußland und Sr. Majestät des Königs von Preußen unterm 13. März d. J. erlassenen Proclamation — in ihrer Gestaltung

„den Fürsten und Völkern Deutschlands allein anheim-
gestellt bleiben“ und

„aus dem ureigenen Geiste des deutschen Volks“
hervorgehen soll.

Einer solchen Verfassung, die allen einzelnen Theilen Zusammen-
hang und dem Ganzen Kraft und Haltung und Selbstständigkeit
verspricht, wird der Herzog auch sogenannte Opfer, welche jedoch für
ein deutsches Herz keine Opfer sind, gern und willig bringen. —

Bis dahin, daß diese Verfassung sich gestaltet hat, wird vielleicht
eine Centralbehörde nothwendig erscheinen, um einstweilen schon die
vereinzelten Kräfte möglichst zum gemeinschaftlichen Zwecke zu ver-
binden; aber diese Nothwendigkeit wird erst dann eintreten, wenn
außer den Herzogthümern Mecklenburgs auch noch
andere Länder des deutschen Bodens für Deutsch-
lands Sache gewonnen sind. Wer mag es ferner verkennen,
daß jedem deutschen Staate schon bei einer solchen einstweiligen
Central-Behörde einige Concurrenz competire, damit er des erheben-
den Gefühls theilhaftig werde: er sey nicht mehr wie zur Zeit des
Rhein-Bundes äußerer Willkür auf Discretion hingegeben — er
habe in dem was ihn betreffe auch eine Stimme, und es sey nicht
mehr von Macht allein, es sey auch von Billigkeit und Recht und
von allem die Rede, was in den Augen von Männern einen Werth
hat. —

Nachdem der Herzog seine Ansichten und Gefinnungen auf die
vorstehende Weise ausgesprochen hat, glaubt Er nicht auf halbem
Wege stehen bleiben zu dürfen — Er glaubt vielmehr dem Kaiser
von Rußland und dem Könige von Preußen, die Er im tiefsten
Herzen verehrt, glaubt den Männern, welche den Verwaltungsrath
bilden, und die Er persönlich hochachtet, glaubt endlich Sich Selbst
und Seinem Lande das unumwundene Bekenntniß schuldig zu seyn,
daß nach Seiner Ueberzeugung der Verwaltungsrath in dessen
gegenwärtiger völlig unbestimmten Verfassung
solchen gerechten Erwartungen nicht entspreche. Der Verwaltungsrath
ist überdem zur Zeit von England für Hannover, von Schwe-
den für Schwedisch-Pommern nicht anerkannt, und ist ebensowenig

in dem Besiz ausschließlich Leistungen zu fordern, so wie denn namentlich die Herzogthümer Mecklenburg — wie sich aus dem obenstehenden ergiebt — von allen Seiten und wahrlich nicht um Nebendinge gleichzeitig in Anspruch genommen werden. —

Der Herzog müßte die jegige Zeit verkennen und den Geist derer mit denen Er verhandelt, wenn Er besorgte, daß Offenheit — daß Sprache wie sie Ihm als Mann und als Fürst zusteht Ihm gemisdeutet werden könne, Er hält dafür, daß man nur dem Achtung beweise, dem man es zutraut, daß ihm Wahrheit willkommen sey, und daß er Stimmen zu vernehmen und zu würdigen weiß. —

Die Unterzeichneten ergreifen mit Vergnügen diese Veranlassung, Sr. Excellenz dem Herrn Baron von Alopeus die Versicherung ihrer vorzüglichsten Hochachtung zu erneuern. —

Anlage IV.

Aus der Verfügung des Herzogs an die Regierung in Rakeburg.

Neustrelitz, den 6. Dezember 1813.

... Wir haben aus den Erfahrungen der letzten Zeit die Ueberzeugung entnommen, daß Wir, um Unseren Landesherrlichen Pflichten zu genügen, nicht säumen dürfen, in der Verwaltung Unsers Fürstenthums Rakeburg wesentliche Veränderungen und Reformen zu treffen.

Als Wir im Frühling dieses Jahres bey Anbeginn der neuen großen Zeit Unsere sämtlichen Unterthanen theils zur freiwilligen Gestellung zum Militär-Dienst theils zu freiwilligen Gaben zur Ausrüstung aufforderten, da strömten in Unserm hiesigen Herzogthum Jünglinge aus allen Ständen zu den Waffen herbey, und von den Einwohnern aus allen Classen wurden große Opfer freudig dargebracht; die Einwohner Unsers Fürstenthums Rakeburg haben aber in der einen wie in der anderen Beziehung keiner Erwartung, auch nicht der allermäßigsten entsprochen! Diese Parallele zeugt auffallend gegen die Verwaltung in Unserm Fürstenthum Rakeburg!

Als Wir Uns demnächst entschließen mußten, in Unserm Fürstenthum Rakeburg zur Aushebung junger Mannschaft für das Militair zu schreiten, und als Wir zum schnellen Betrieb der Sache, Commissarien von hier dorthin sandten, da hat ein mit den größten Exzessen verbundener Tumult stattgefunden. Dieser Vorfall zeugt auffallend von dem Mangel an Achtung und Gehorsam gegen Obrigkeitliche Autorität! Wir, von dem erwähnten Frevel unterrichtet, bestellten die obersten Staats-Diener Unsers Fürstenthums zum Zweck der Untersuchung und Bestrafung, zu Commissarien; es ist aber die Untersuchung ohne alles Resultat geblieben. Dieser Umstand zeugt auffallend von dem Mangel an Energie der Staats-Beamten!

Als späterhin der Feind sich mehrmals den Grenzen Unsers Fürstenthums Rakeburg näherte, da versahen Wir Unsere dortige Regierung mit Instructionen, so weit solches im Allgemeinen geschehen konnte, schrieben aber derselben insbesondere unterm 6. Junii dieses Jahres ausdrücklich vor „daß, wenn der Feind die Stadt oder den Dom von Rakeburg mit Occupation bedrohen sollte, während abzunehmen sey, daß das Fürstenthum von den Allirten vertheidigt werde, die Administration sich tempestive nach Schönberg oder nach einem anderen Ort des Fürstenthums begeben solle“. Dieser Fall ist demnächst buchstäblich eingetreten, aber Unserm Befehl ist nicht nur kein Genüge geschehen, sondern es ist von der obern Behörde auch nicht die geringste Veranstaltung zur Verwahrung des Fürstenthums getroffen, vielmehr das von den Allirten Truppen stark besetzte Land völlig seinem Schicksal überlassen worden. Während die obersten Staatsdiener auf die Verpflegung feindlicher Truppen in ihren Wohnhäusern ihre ganze Thätigkeit beschränkten, litt das Land unsäglich durch Mangel an Verkehr zur regelmäßigen Verpflegung befreundeter Corps, bis Wir von hier aus einen Commissarius zu dem Ende dahin senden mußten.

Dieser Gang der Sache zeuget auffallend von der Gleichgültigkeit der obersten Staats Diener gegen ihre höchste Pflicht, sobald deren Erfüllung mit Privatal-Rücksichten in Collision kommt!

In Begründung der vorstehenden besonderen Veranlassungen, und weil Wir auf Unser Fürstenthum unmittelbarer zu influiren nothwendig erachten, — in Begründung ferner des Satzes, daß jede mögliche Simplification der Administration an und für sich selbst schon räthlich und heilsam sey, — in Begründung endlich der durch die Zeit Umstände gebotenen Rücksichten auf Ersparung, — haben Wir Uns entschlossen, die Regierung und Cammer Unsers Fürstenthums Rakeburg aufzulösen, auch anstatt zweier Aemter ein einziges gehörig besetztes Amt zu etabliren. — ...

Anlage V.

Ein Wort zu seiner Zeit.

Geschrieben im März 1813 von einem Medlenburger, der sein Vaterland liebt, an die Einwohner Medlenburgs.

Liebe Landsleute!

Es gab eine Zeit, da wir das Glück genossen, unter dem Schutze der deutschen Reichsverfassung zu leben; den Wert dieses Glücks lernten wir nicht eher kennen, als bis der Deutsche Kaiser genöthiget ward, die deutsche Krone niederzulegen, und unser armes Vaterland samt seinen Fürsten der Willkür eines durch Sprache und Sitten uns fremden Volkes dienen mußte. Seit dem October 1806 sind wir erst mit Wort und That ins Angesicht mißhandelt, und späterhin durch unerträgliche Leistungen aller Art nicht nur gepeinigt worden,

sondern auch durch den ganz geschlossenen Handelsverkehr zur tiefsten Armut herabgesunken. Der Gutsbesitzer mußte Haus und Hof verlassen, dem Capitalisten blieben die Zinsen aus, und ein großer Theil seiner sonst so sicher geglaubten Capitalien ging in Concursen verloren. Des Kaufmanns Rechnungen blieben unbezahlt, dem Handwerker ging es nicht besser, und für beide minderte sich die Nahrung, mit jedem Tage, Häuser und Aeder verloren wie die Landgüter fast allen Werth — der Tagelöhner ernährte sich kümmerlich, und bey alle dem war die Regierung wider Willen zu drückenden Auflagen gezwungen. Stumme Trauer herrschte durch das ganze Land, alles Müßens ohngeachtet fand sich nirgends ein Ausweg, kein Strahl von Hoffnung zu einer besseren Zukunft; die Verzweiflung schien uns schon zu ergreifen zu wollen, als auf einmal unsere Retter erschienen. —

Unsere nicht minder gedrückten Nachbarn die Preußen boten diesen siegenden Errettern nicht nur willkommen die Hand, sondern sie verbanden sich mit ihnen, auf Tod und Leben den unbarmherzigen Völkerpeiniger zu verjagen, daß er künftig den deutschen Boden nicht mehr betreten und die deutsche Freiheit nicht mehr antasten möge.

Dies ist das einzige Mittel, wodurch auch wir uns und unseren Kindern Freiheit, Wohlstand und ein freudiges ungeplagtes Leben ermöglichen können.

Gott hat geholfen; aber er stehet nur denen bey, die sich selber helfen!

Also auch wir müssen zugreifen, auf jeden Fall, wenn wir nicht aufhören wollen, Deutsche, und ein nach vaterländischen Gesetzen lebendes Volk zu seyn; denn wer auch in dem bevorstehenden großen Kampfe siegen mag, so wird der gewiß ein Sklave irgend eines fremden Volkes der feigherzig genug ist, an dem großen Geschäft keinen Antheil zu nehmen.

Daß wir uns an unsre Erretter und Befreier, daß wir uns an die Streiter anschließen müssen, die den Deutschen wieder zum Deutschen machen, Handel und Wandel, und ungestörte Nahrung für Jedermann wiederherstellen wollen, versteht sich von selbst. — Schon die Dankbarkeit fordert uns dazu auf, und unser eigen Wohl erheischt es.

Ich weiß es wohl, lieben Landsleute, daß wir — selbst unthätig, — bisher immer gewöhnt waren, unser Schicksal durch äußere Macht bestimmen zu lassen, und daß wir auf diesem unrichtigen Wege das Gefühl der eigenen Macht und den Gedanken verlernt haben, daß der Mann den Tod nicht scheuen müsse, wenn es gilt. —

Aber ihr seid doch Männer, und so kommt es wohl nur darauf an, daß ihr einmal recht ernstlich daran denkt, daß uns Gott das Herz und die Arme nicht bloß dazu gegeben habe, daß andre sie zu

ihren Ablichten gebrauchen, sondern daß wir sie selbst zu unserm eignen Besten benutzen. —

Gingen eure Söhne nicht mit in den unnatürlichen Streit gegen unsre Freunde; mußten sie nicht mitgesandt werden mit unseren Beinigern in den Kampf für fremde Zwecke? Und wir sollten uns besinnen, ob wir unsern Errettern helfen wollen, gegen die wir gekochten, und die uns dennoch als Freunde behandelt haben? —

Nein da ist keine Frage mehr — wir müssen Alle helfen — Alle die kräftig und gesund genug sind, um die Beschwerden des Krieges zu ertragen. —

Wir müssen wie unsre Nachbarn die Preußen, die junge rüstige Mannschaft zuerst in die Reihen treten — wir müssen wie sie aus den Männern die weniger jung aber auch noch rüstig sind für den Fall der Noth eine Landwehr bilden, und für die höchste Noth einen Landsturm bereit halten, der dreinschlage bis endlich der Sieg erkochten, und Ruhe und Frieden erkämpft ist.

Wahrlich wenn wir das nicht thun, so dürfen wir, unsre Kinder und Enkel kein Auge aufschlagen, und kein Wort mitsprechen, wo 2 oder 3 beisammen sind, und reden von dem was sie gethan; die Mit- und Nachwelt würde mit Fingern auf uns weisen, und sagen: das ist auch einer von den Mecklenburgern, die hinterm Ofen saßen, als wir für ihre Freiheit kochten!

Wären wir dann wohl etwas bessers werth, als daß sie uns zu ihren Knechten machten? — Doch es sind der Worte wohl schon zu viel.

Jeder rechtlich denkende Mecklenburger hat wohl schon im Stillen nur auf die Aufforderung seines Landesherrn gewartet!

Ja wir haben selbst mehrere Beispiele vor Augen, daß tüchtige Jünglinge und Männer aus unsrer Mitte, getrieben von edler Ungeduld diese Aufforderung nicht abgewartet, sondern sich an die Truppen des nordischen Bundes freiwillig angeschlossen haben, damit sie für die Völkerfreiheit auch unter fremden Fahnen thun, was sie vermögen.

Es sind schon viel gedruckte Aufforderungen erschienen, worin die Völker zur Rache ermuntert werden. — Ich habe geglaubt, Euch in einfachen Worten sagen zu müssen, daß hier nicht so wohl die Rede sey von kurzer Abkühlung persönlicher Rache gegen die Eröberer, als vielmehr von unauslöschlichem tiefen Zorn, gegen den welcher seine armen Anthanen zum Theil gegen ihren Willen zu unsern Beinigern gemacht hat, es ist die Rede davon, daß wir alle ohne Ansehn der Person und ohne Unterschied des Ranges und Standes Leib und Leben, Gut und Blut so lange willig opfern bis wir den Feind Deutschlands außer Stande gesetzt haben, jemals mit den Waffen in der Hand, unsre Gränzen wieder zu betreten.

Sollte vielleicht irgend jemand die schwache Bedenklichkeit haben, wie es uns ergehen möchte, wenn der Feind siegen sollte; so glaubet

mir lieben Freunde, er würde aus unsrer Unthätigkeit gewiß nicht auf unsre Freundschaft schließen, und uns vielmehr um so tiefer verachten, da er doch wohl weiß, daß es an Haß nicht gefehlt, sondern uns nur der Muth gemangelt habe.

Darum lieben Landsleute haltet Euch bereit auf den ersten Wink, sammelt Euch freiwillig unter die Fahnen, damit auch wir jetzt und bey der Nachwelt Theil nehmen an der wahren Ehre des Mannes, das heißt:

„das Vaterland, den Landesvater, Religion, Weib, Kind und Haus und Hof zu schützen gegen den Unterdrücker.“

Anlage VI.

Aus dem Pro Memoria des Staatsministers von Dörken über seine Mission in das Hauptquartier.

(Bericht über die Audienzen bei Stein im Trones am 13. und 15. Februar 1814.)

Neustrelitz, den 3. April 1814.

... Nach allem was ich von dem Staatsminister v. Stein gehört hatte, wußte ich sehr wohl, daß derselbe durch sein Benehmen die Fassung hart auf die Probe stelle; ich wußte ferner, daß er von jeher ein Vorurtheil gegen Mecklenburg gehabt, und war auch darauf vorbereitet, daß die Verhandlungen welche mit dem Verwaltungsrathe stattgefunden hatten, seine Leidenschaftlichkeit besonders aufgeregt haben dürften. Dennoch überraschte mich in der ersten Secunde der Anblick und die Aufnahme dieses Mannes. In seinem Gesicht ist kein gemüthlicher Zug, vielmehr drückt dasselbe, sowie jede seiner edig zudenden Bewegungen, Arittel und Beißigkeit und eine nur halb verhaltene Heftigkeit aus, eine Heftigkeit, die weder der Quellen, noch der Art nach, wie sie sich darstellt, mit dem edlen Zorne im geringsten verwandt ist. Bei unserem Eintritt prallte der hinter einem Tisch sitzende Minister v. Stein aus seinem Stuhle auf, biß uns an uns zu setzen, sah selbst schon wieder, während wir uns ihm gegenübersehten, und kratzte sich stumm und ungeduldig mit dem Zeigefinger zwischen Nase und Mund, während wir ihm mit möglichster Ruhe sagten, daß wir gesandt seyen, die in Rakisch und Dresden eingeleiteten aber unbeendigt gebliebenen Verhandlungen wegen förmlicher Allianz Verträge anzuknüpfen, wobei der Minister v. Plessen hinzufügte, daß seitdem der Stand der Dinge sich gar sehr und über alle Erwartung erfreulich verändert habe! „Ich habe geglaubt Sie wären alle todt“ erwiderte der Minister v. Stein, wogegen wir anführten, daß die schnelle Organisation unserer Truppen, welche sich längst brav mit dem Feinde geschlagen hätten, von unserer Lebendigkeit genügend zeugten, wie denn auch die alirten Truppen, welche bei uns genährt und gepflegt worden, gern bezeugen würden, daß sie uns lebendig vorgefunden.

Dem Vorwurfe, warum wir nicht nach Frankfurth am Main gekommen, begegneten wir dadurch, daß wir der Wahrheit gemäß bezeugten, nicht gewußt zu haben, daß man dort auf uns rechne, daß vielmehr unsere Herzöge von der Ansicht ausgegangen, es sey an Ihnen nicht Sich unter die fürstlichen Supplikanten zu mischen, welche bei der Leipziger Schlacht noch gegen die deutsche Sache gekämpft hätten. Nachdem wir auf diese Weise noch viele heiße und hämische Phrasen des Ministers v. Stein mit so viel Ruhe beantwortet hatten, als die Behauptung der Würde irgend erlaubte, sagte der Minister v. Plessen „und was um Gotteswillen für Gründe sollten wir dann gehabt haben, um nicht früher zu kommen, wenn wir gewußt daß es an der Zeit war, und daß man uns erwarte?“ „Ach, es ist doch sicherer in Troses, in Paris wär's noch sicherer“, erwiderte der Minister v. Stein! Diese ebenso unsinnige als hämische Aeußerung erregte in mir den allerhöchsten Unwillen, dennoch sagte ich mit möglichster Sammlung und, wie ich mir bewußt bin, treuherzig „Im Herzen können Sie uns so unrecht nicht thun!“ Diese Worte waren ein Funken ins Pulverfaß; indem Alles vom Kopf bis zum Zehen an ihm zuckte, drehte sich der Minister v. Stein zu mir hin, und sagte kreischend: „Ohoh, ich spreche nicht anders wie ich denke, daß müssen Sie Sich nicht einbilden, mein lieber Herr v. Derken, ich weiß nicht ob das in Medlenburg bei Ihnen so Mode ist.“ Bei diesem Ausfall brach dann auch mir die Geduld völlig, ich darf aber behaupten, daß nachgiebige Zulassung eines solchen Betragens in keiner Beziehung an seinem Platz gewesen wäre. Ich versicherte dem Minister v. Stein, daß ich spräche, wie ich fühle, daß ich fühle wie ich spräche, daß ich sehr offen sey, und daß er solches erfahren solle! Der Ton mit dem ich diese Worte aussprach, verschaffte ihnen Glauben, der Minister v. Stein sagte ein capitulirendes „Na, na“ und wenn gleich er sich auch in der Folge der Verhandlungen niemals weder gerecht noch loyal zeigte, so erlaubte er sich doch keine Grobheiten mehr. An diesem ersten Tage war es übrigens unmöglich, in die Sache selbst hineinzugehen. Der Minister v. Stein versicherte uns, daß wir erst in Paris oder in Fontainebleau tractiren können, und daß wir uns einstweilen in Geduld fassen müßten. Wir sprachen demnächst miteinander im allgemeinen über Politik usw. und beim Abschied war Herr v. Stein nach seiner Art fast scherzhaft und freundlich, so daß man auf den Gedanken kommen konnte, es gereue ihn einigermassen sein früheres Benehmen ...

... Gegen 6 Uhr gingen wir zum Minister v. Stein. Beim ersten Anblick sahen wir, daß derselbe wieder in übler Disposition sey. Nachdem wir ihm gesagt hatten, was wir von dem Baron v. Binder vernommen, erklärte er uns, wie er nicht begreife, was der Baron v. Binder gehört und verstanden, und daß wir allerdings mit der Brutto Einnahme zu der bekannten Kampf Obligation concurriren müßten. In Allem was der Minister v. Stein sagte,

war kein klarer Zusammenhang, und ich muß mich daher darauf beschränken, die einzelnen Aeußerungen desselben zu berichten, welche hier und da soviel Widersprüche enthielten, und im Allgemeinen hinzuzusetzen, daß ein Uebelwollen gegen die Herzöge von Mecklenburg unverkennlich war. Um dem Minister v. Stein keine Waffen gegen uns in die Hand zu geben, mußten wir unsere entschiedene Abneigung gegen das Credit System nicht hervorleuchten lassen, wir erklärten uns daher zur Theilnahme daran bereit, vorausgesetzt, daß wir alle Leistungen vom 30ten März 1813 an in Abzug bringen könnten. Statt die Gerechtigkeit dieses Sazes anzuerkennen, legte Herr v. Stein es nunmehr darauf an, auszumitteln, welches das Resultat einer solchen Liquidation seyn würde, indem er auch ganz unverschämten sagte: daß der Grundsatz nicht vorher festgestellt zu werden brauche, sondern erst nach den datis abstrahirt werden müsse. Herr v. Stein versicherte, Mecklenburg habe nichts gethan, und gelitten, assignirte uns in Ansehung der Englischen Sold Truppen an England, in Ansehung der Schwedischen Truppen an Schweden, und meinte, daß das was Russen und Preußen bei uns erhalten, nicht der Rede werth seyn könne u. s. w. u. s. w. Als Ich dem Minister v. Stein auf seine plötzliche Frage „wie groß ist Ihre Revenue“ erwiderte, daß ich solches nicht genau wisse, sagte er triumphirend und mit einer Miene, als ob er mich auf ein Schelmen Stück ertappte, „sehen Sie, das wollen Sie nicht sagen“, worauf ich dann hinzufügte, daß ich solches allerdings nicht sagen wolle, einmal, weil es noch nicht an der Zeit sey, und dann, weil ich mit den Grundsätzen unbekannt wäre, nach welchen bei der Ausmittlung der Revenuen verfahren werde, daß ich aber, wenn der Tractat solches erheische, die Revenuen offen und gewissenhaft angeben werde, indem mir alle diplomatischen Pisse und Kniffe bis in den Grund der Seele verhaßt waren. Als ich dem Minister v. Stein geäußert hatte, daß in Mecklenburg Land Stände wären vor denen wir auch mit unseren Ausrichtungen müßten bestehen können, erwiderte er mir, indem er sich mit dem Mittelfinger wiederholtentlich gegen die Brust stieß „über 50 von Ihren Ständen haben nur Mir gesagt, daß die Alliirten viel zu gelinde mit Ihren Regierungen umspringen“, „Dann sind über 50 von unseren Ständen schlechte Menschen“ sagten der Minister von Plessen und ich zu gleicher Zeit, „und es würde uns eine Freude seyn, es diesen Leuten in Ew. Excellenz Gegenwart ins Angesicht zu sagen.“ Uebrigens setzte ich hinzu, berufe ich mich zuversichtlich auf das ganze Corps der Land Stände, ob sie den Herzog lieben und verehren, und die Regierung achten, und ich weiß, daß sie diese Frage einstimmig bejahen werden, „das glaube ich wohl bei der Gelindigkeit“ sagte der Minister v. Stein, und machte somit den Unsinn dieser seiner Episode vollständig.

Verzeichniss der benutzten Akten.

A. Hauptarchiv Neustrelitz:

- I. Acta Regiminalia betreffend das Requisitions-Schreiben von Seiten des General-Bevollmächtigten des Russisch-Kaiserl. und Königl.-Preuß. Verwaltungs-Raths, wegen einer Lieferung an Getreide, Fleisch u. s. w., desgleichen das Anschreiben des Russisch-Kaiserlichen Generals Grafen von Czernicheff wegen einer Beihilfe an Fourage für die mit Russischer Cavallerie belegte Gegend in Mecklenburg Schwerin, ferner dessen Anzeige, 1200 Mann und 1500 Pferde in Mecklenburg Strelitz zu verlegen. 1813.
Act. Reg. Verwaltungsrat.
- II. Acta Collegii Sancti betreffend die Abordnung des Herrn Staats-Ministers von Penz in das Hauptquartier Sr. Majestät des Kaisers von Rußland. 1813.
Act. Coll. Scti. Abordnung Penz's.
- III. Regierungs Acten betr. Organisation des Landsturms im Herzogthum Mecklenburg Strelitz und im Fürstenthum Rügen. 1813.
Reg. Acten Landsturm.
- IV. Acta Regiminalia betreffend die Organisation eines zu errichtenden Husaren-Regiments. 1813.
Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments.
- V. Acta Collegii Sancti betreffend den Beitritt Smi. zu dem vom Kaiser von Rußland und vom König von Preußen zum Zweck der Befreiung Deutschlands geschlossenen Bunde. 1813.
Act. Coll. Scti. Beitritt Smi.
- VI. Acta Collegii Sancti betreffend die Abordnung des Herrn Staatsministers von Derzen, zwecks Abschließung eines ordentlichen Vertrages mit den zu solchem Geschäfte eigens bevollmächtigten Commissarien der drei verbündeten Mächte Oesterreich, Rußland und Preußen. 1813 sqq.
Act. Coll. Scti. Abordnung Derzen's.
- VII. Acta Regiminalia betreffend die Anordnung einer Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben zur Ausrüstung vaterländischer Krieger. 1813.
Act. Reg. Commission zur Empfangnahme freiwilliger Gaben.
- VIII. Regierungs Acten betr. die in Ansehung des vaterländischen Husaren-Regiments seit dessen am 23. März 1815 erfolgter Rückkehr in das Vaterland getroffenen Verfügungen u. s. w. 1815/16.
Reg. Act. Husaren-Regiment. Verfügungen 1815/16.
- IX. Landes Regierung. Befreiungskriege, Durchmärsche u. s. w. 1813/26.
Land. Reg. Befreiungskriege 1813/26.
- X. Acta Regiminalia betreffend die vorläufige getroffene landesherrliche Verfügung wegen Errichtung eines Versorgungs-Commissariats. 1806 sqq.
Act. Reg. Errichtung eines Versorgungs-Commissariats.
- XI. Sublevationscommission 1809 ff.
- XII. Berichte des Geh. Cammer-Rath Bassewitz als Sublevations-Commissarius in Sublevations-Angelegenheiten. 1812/16.
Sublev. Komm. Berichte Bassewitz's. 1812/16.
- XIII. Protokolle über die Abrechnung der Sublevations-Commission 1813/17.
Sublev. Komm. Protokolle 1813/17.
- XIV. Acta Regiminalia betreffend die Verhandlungen der Landes-Regierung mit den Landständischen Deputierten über Ausgleichung der Kriegsschäden und Kriegs-Lasten in den Jahren von 1805 an bis zum 11. April 1811.
Act. Reg. Verhandlungen über Ausgleichung der Kriegsschäden 1805/11.

- XV. Hauptbuch von Johannis 1812 bis Johannis 1813. Hauptbuch 1812/13.
 XVI. Hauptbuch von Johannis 1813 bis Johannis 1814. Hauptbuch 1813/14.
 XVII. Landes Regierung. VIII. Befreiungskriege. Requisitionen, Einquartierungen pp. 1811—1815 ff. Land. Reg. Befreiungskriege 1811—1815.
 XVIII. Acta Regiminalia betreffend die vom Fürstenthum Rakeburg zu stellenden 75 Mann zur Aufrichtung eines Husaren-Regiments. 1813. Act. Reg. Rakeburg. Husaren-Regiment.
 XIX. Acta Regiminalia betreffend die mit den Behörden im Fürstenthum Rakeburg beabsichtigten und ausgeführten Veränderungen. 1813 fqq. Act. Reg. Rakeburg. Veränderungen der Behörden.

B. Großherzogliches Familien-Archiv. Neustrelitz. Familienarchiv.

C. Geheimes und Haupt-Archiv. Schwerin.

1. Rabinets Ablieferungen. Vol. 209. 13.
 Verhandlungen mit dem Generalbevollmächtigten der Verbündeten v. Mopäus über Mecklenburgs Beteiligung am Befreiungskrieg und Überreichung eines Conventions Projekts.
 Schw. Arch. Rab. Ablief. 13. Verhandlungen mit Mopäus.
2. Rabinetts Ablieferungen. Vol. 208.
 Organisation der Infanterie.
 Schw. Arch. Rab. Ablief. 208. Organisation der Infanterie.
3. Rabinetts Ablieferungen. Vol. 220.
 Acta die Kosten der Organisation der Infanterie-Brigade im Jahr 1813 betr.
 Schw. Arch. Rab. Ablief. 220. Kosten der Infanterie-Brigade.
4. Rabinetts Ablieferungen. Vol. 229.
 Acta die beiden freiwilligen Jäger-Regimenter zu Pferde und zu Fuß betr.
 Schw. Arch. Rab. Ablief. 229. Freiwillige Jäger.
5. Landes Archiv. 17. 309. E.
 Acta die zum Zweck der gemeinsamen Sache Deutschlands gegen Frankreich bestimmten freiwilligen Patriotischen Beiträge, deren Einnahme, Berechnung und Verwendung betr. 1813—1827.
 Schw. Arch. Land. Arch. 17. 309. 3 E. Freiwillige Gaben.
6. Landes Archiv. 18. 318. D. 372.
 Acta die Ausgleichung der Leistungen und Erledigungen der Meckl.-Schwerinschen Lande während der letzten Kriegs Jahre betreffend. Vol. II. März 1818 bis Dez. 1820.
 Schw. Arch. Land. Arch. 18. 318. D. 372. II. Ausgleichung der Leistungen.
7. Invasiones hostiles. Französische Kriege. III. I. 94.
 Aus den nachgelassenen Papieren des weil. Geheimen Rats Prääsidenten von Plessen No. 34.
 Schw. Arch. Invsf. host. III. I. Nachlaß Plessens. No. 34.

Literatur-Verzeichnis.

Paul Wegel: Die Genesis des am 4. April 1813 eingesetzten Zentral-Verwaltungsrates und seine Wirksamkeit bis zum Herbst dieses Jahres. Greifsw. Diss. Greifswald 1907.

Friedrich Müller: Altenmäßige Darstellung der Teilnahme des Herzogthums Mecklenburg-Strelitz an dem Kriege gegen Frankreich in den Jahren 1813 und 1814. Neustrelitz 1814.

— — — — Die Central-Verwaltung der Verbündeten unter dem Freiherrn vom Stein. Deutschland 1814.

Julius von Malzan: Einige gute Mecklenburgische Männer. Wismar 1882.

Berner Behm: Die Mecklenburger 1813—1815 in den Befreiungskriegen. Hamburg 1913.

Heinrich Ulmann: Geschichte der Befreiungskriege 1813 und 1814. Bd. I. München und Berlin 1914.

Ernst Müsebeck: Freiherr vom Stein, in: Mards und von Müller, Meister der Politik. Bd. III. Stuttgart und Berlin 1925.

Hanns Martin Elster: Minister Freiherr vom Stein. Berlin 1925.

Hicarda Huch: Stein. Wien und Leipzig 1925.

Wilhelm und Caroline von Humboldt in ihren Briefen. Bd. V. Berlin 1912.

Hugo Lübeck: Friedrich Ludwig, Erbgroßherzog von Mecklenburg-Schwerin 1778—1819. Rost. Diss. erschienen in: Jahrbücher des Vereins für mecklenburgische Geschichte und Altertumskunde. 92. Jhg. Schwerin 1928.

II.

Friedrich von Holsteins Herkunft und Jugend.

Von Karl Haenchen.

I.

Die Persönlichkeit des Geheimrats Friedrich von Holstein, der als Bismards illegitimer Erbe in den entscheidenden Jahren der Wilhelminischen Ära die deutsche Außenpolitik leitete, wird die Forschung noch lange beschäftigen. Was er in jener Zeit geleistet und verdorben hat, liegt dank der großen Aktenpublikation des auswärtigen Amtes in hellem Licht; der Biograph jedoch, der zunächst danach fragt, wie aus Herkunft und Anlage, Umwelt und Schicksal das Individuum, dem er seine Betrachtung zuwendet, zur Entfaltung gelangt ist und seine Gestalt gewonnen hat, vermag der Fülle dieser Dokumente wenig zu entnehmen. Sie zeigen den fertigen Politiker, nicht den werdenden, und — notwendigerweise — nirgends den ganzen Menschen. Der Holstein vor 1890 steht noch immer im Dunkeln, und solange sein schriftlicher Nachlaß von privaten Händen unter Verschluß gehalten wird und seine zahlreichen Briefe — von denen bisher nur wenige bekannt geworden sind —, vor allem die an die Familie Bismarck gerichteten, unzugänglich in den Mappen und Archiven ihrer Empfänger ruhn, ist die Zeit für eine Holsteinbiographie noch nicht gekommen.¹⁾ Es mag aber wohl gerechtfertigt erscheinen, das heute schon zugängliche Material zu sammeln und

bereitzulegen, und so dürften denn die Nachrichten, die hier über Holsteins Vorfahren und seine Jugendjahre, fast ausschließlich auf Grund archivalischer Forschungen, mitgeteilt werden, so lüdenhaft sie auch sind, doch als Bausteine für eine künftige Lebensbeschreibung nicht ohne Wert sein.

II.

Man muß, wenn man die Überlieferung über die Familie v. Holstein sammeln will, einen weiten Weg zurücklegen. Man muß rückwärts gehen bis an die Wende des 12. und 13. Jahrhunderts, in die Zeit der großen ostdeutschen Kolonisation, in der deutsche Ritter, Mönche und Bauern in immer neuen Zügen das Slavenland östlich der Elbe und Saale, der mittelalterlichen Ostgrenze deutschen Volkstums, besiedelten und eindeutschten. Unter jenen Wegebereitern deutscher Kultur auf dem in der Völkerwanderung an die Slaven überlassenen Boden sind auch Friedrich v. Holsteins älteste Vorfahren zu suchen, ein Rittergeschlecht, das aus Holstein kam und den Namen seiner alten Heimat in der neuen als Familiennamen festhielt.

Das Land Mecklenburg war es, wo sie Fuß faßten. Vielleicht ist Hinricus Holsatus im Gefolge Borwins I. (1218), vielleicht Huno de Holsatia (1170) als Urahn anzusehen.^{1a)} Als 1835 ein v. Stalhorn seinem „Schwager“ Henning Holsten das „väterliche Erbe“ überließ, gelangte die Familie in den Besitz von Ankershagen bei Penzlin und fand so die Stätte, die 300 Jahre den Stammsitz des Geschlechtes und den Ausgangspunkt für seine weitere Ausbreitung nach Westen, Norden und Osten bilden sollte²⁾. Hennings Enkel Hennede v. Holstein (c. 1439—1532) wurde der Stammvater der Fürstenbergischen, der Klinkischen und der Möllenhagenschen Seitenlinien³⁾. Das nächste Jahrhundert sah den Dreißigjährigen Krieg; seine Nöte, die bei der inzwischen eingetretenen Zersplitterung des Holsteinischen Besitzes sich besonders fühlbar machten, drückten einem Teil der Familie wieder den Wanderstab in die Hand. Da aber die südlichen Randgebiete der Ostsee damals (und noch lange Zeit später) ihren Blick nach Norden gerichtet hielten und nicht nach Süden auf das kriegsdurchtobte deutsche Land, schien der dänische Staat den Auswanderern ein lodendes Ziel. Gleich den Kruses, Belows, Reventlows und manchen anderen wechselten sie Herrn und Heimat. Zunächst ging Johann v. Holstein-Möllenhagen in die Fremde; seine zahlreichen Kinder und Enkel stiegen in Dänemark zu hohen Ehren und großem Reichtum auf. Sein Nachfahr Johann Ludwig z. B. — dem der Kopenhagener Professor und Flensburger Gymnasialdirektor Olav Hinrich Möller im Jahre des Hubertusbürgerfriedens eine genealogische Arbeit widmete, der wir das Folgende entnehmen — war Graf von Rethrabyrg, Herr auf Schüllerup, Bavelse und Naesbyholm, dazu Ritter vom Elefanten, Geheimer Rat des Geheimen Konseils, Kammerherr, Ober-Sekretär in der

Dänischen Kanzlei, Praesides im Collegio de cursu Evangelii promovendo und in der Kgl. Sozietät der Wissenschaften, General-Kirchen-Inspektor und Patronus der Kgl. Universität zu Kopenhagen. Auch ein Teil der Amtershagener wollte nicht daheimbleiben und gewann gleichfalls die Gunst der dänischen Krone. Ulrich Adolf v. Holstein brachte es bis zum dänischen Großkanzler und wurde im Jahre 1700 zum Freiherrn v. Führendal, 1708 zum Grafen v. Holsteinborg erhoben. So gab also nicht Mecklenburg, sondern das fremde glücklichere Nachbarland den Boden her, auf dem das Geschlecht am üppigsten sproßte und blühte.

Demn die zu Haus auf Amtershagen sitzen blieben — wir können die Hauptlinie von dem erwähnten Henning bis zu ihrem Erlöschen, bis auf die kinderlose „Graue Eminenz“ verfolgen —, fanden in den deutschen Verhältnissen nicht denselben günstigen Lebensspielraum wie ihre dänischen Vettern. Wohl verfügten sie über einen breiten Grundbesitz und waren Herren einer ungewöhnlich großen und festen Burg — deren ausgedehnte Trümmer noch heute zu den bedeutendsten Ruinen Mecklenburgs gehören; von dem Sagenkranz, der sich um sie gebildet hat, weiß der Amtershagener Pastorensohn Heinrich Schliekmann, der Entdecker Trojas und Mykenes, in seinen Erinnerungen ausführlich zu erzählen —; wohl zeugt das neue Schloß im Renaissancestil, das sie nach der Mitte des 16. Jahrhunderts erbauten, für ihren Wohlstand und geläuterten Geschmack⁴⁾, aber in der Enge ihres heimatlichen Territorialstaates vermochten sie keine besonderen Kräfte zu entwickeln. Auf der großen historischen Bühne spielt keiner von ihnen eine Rolle. Sie bewegten sich in der Stille ihres kleinen Daseins gleichsam unterhalb der Ebene des geschichtlichen Lebens. Durch Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz verbreitet, anerkannt als ritterschaftliche Eingeseßene, nach allen Seiten versippt und verschwägert, fanden sie im herzoglichen Dienst, bei Hofe, als Beamte oder Offiziere, ihr Genüge. Auch hier standen sie niemals in der vordersten Reihe, niemals arbeiteten sie sich zu einer einflußreichen Stellung empor, wie sie etwa die Lüchows gewannen. Zahlreiche weibliche Familienmitglieder treffen wir unter den Konventualinnen der Klöster Ribnitz, Malchow und Dobbertin⁵⁾. Im 18. Jahrhundert gaben sie den Stammsitz Amtershagen preis. Als der junge Johann Heinrich Voß i. J. 1768 im dortigen Schlosse als Hauslehrer einzog, waren es schon die Derghens, die dort wohnten, doch lebten Angehörige der Holsteinischen Familie noch in der Nachbarschaft, und es darf in diesem Zusammenhange wohl nebenbei erwähnt werden, daß der Dichter der „Luise“, als er seine Jugenderinnerungen niederschrieb, der Majorin v. Didenburg in Neubrandenburg, der Schwester eines Hauptmanns v. Holstein, als seiner „in höherem Sinne edlen Wohltäterin“ dankbar gedenkt⁶⁾.

Henning Friedrich v. Holstein hatte Amtershagen i. J. 1743 an Henning Leopold v. Derghen verkauft⁷⁾. Im selben Jahre

erwarb er das Lehngut Ballin (bei Stargard in Mecklenburg-Strelitz), das nun für zwei Menschenalter an die Stelle des alten Stammsitzes tritt⁸⁾. Hier wurde (am 23. Juni 1745) Joachim Friedrich v. Holstein geboren⁹⁾, der Urgroßvater des Geheimrats. Er veräußerte 1768 auch das letzte Stück altmecklenburger Besitzes, Groß-Vielen — auch dieses Gut ging an die Dörhens über¹⁰⁾ —, um sich ganz auf Ballin zu beschränken, und vermählte sich mit Katharina Johanna Maria v. Genßlow, der ältesten Tochter des Landmarschalls v. Genßlow auf Jähle. Obwohl nichts von ihm bekannt ist, was darauf hindeutete, daß er sich in irgend einer Weise über seine Umgebung emporgehoben hätte, darf man doch sagen, daß mit ihm für die Familie eine neue Epoche begann: er gab seinen Sohn Friedrich Stephan Beatus Karl Ludwig (geb. 26. März 1776) in die preußische Armee und öffnete damit seiner Familie den Zugang zur größeren Welt. Dieser Entschluß des Strelitzer Junkers ist bezeichnend für den Umschwung der allgemeinen Verhältnisse, der sich inzwischen vollzogen hatte. Die Bedeutung der nordischen Länder war zurückgegangen, dagegen hatte sich der brandenburgisch-preußische Staat gewaltig erhoben, seine Anziehungskraft erfaßte jetzt auch Gebiete, die bisher in der Einfluszone des Nordens gelegen hatten. Schon um die Mitte des Jahrhunderts waren einzelne Holsteins vom Glanz der preußischen Waffen über die Südgrenze ihrer engen Heimat hinausgelockt worden; von 1734—46 hatte ein Franz Heinrich v. Holstein bei den Bayreuther Dragonern gestanden, und ein Johann Georg war 1745 bei Prag seinen Wunden erlegen¹²⁾. Für Joachim Friedrich dürfte noch etwas Besonderes maßgebend gewesen sein: gerade damals ging sein Fürstenhaus durch die Vermählung der Prinzessin Luise und des preußischen Kronprinzen Friedrich Wilhelm eine enge und vielversprechende Verbindung mit dem mächtigen Hohenzollernhause ein¹³⁾. Von ihr durfte seine Familie Vorteile erhoffen.

Seine Rechnung war im Grunde richtig, wenn sie auch fürs erste falsch erscheinen mochte. Sein unerwartet früher Tod — er starb 1797¹⁴⁾, noch nicht 52 Jahre alt — bereitete der militärischen Laufbahn seines Sohnes ein rasches Ende und warf diesen in die alte enge Sphäre zurück. Friedrich Stephan mußte den Dienst quittieren, nachdem er eben erst zum Sekondeleutnant befördert worden war, und übernahm das Familiengut.

Der Tod des Vaters war nur der erste Schlag, der ihn traf. Der zweite kam aus den großen Welthändeln der nächsten Jahrzehnte und brachte den wirtschaftlichen Absturz. Zwar hatten sich die handelspolitischen Umwälzungen, die die Zeit der französischen Revolution für Europa mit sich brachte, in der mecklenburgischen Landwirtschaft zunächst günstig ausgewirkt; der Wert des Bodens war bedeutend gestiegen. Das hatte aber zu einer hypothekarischen Belastung verleitet, die, als die Konjunktur schnell vorüberging,

unerträglich wurde. Von 1803—05 traten Mißernten ein; die französischen Kontributionen und schließlich die Kontinentalsperre nahmen, was noch übrig war. Im Jahre 1811 standen über 60 ritterschaftliche Güter im Konkurs¹⁵⁾. Auch Friedrich Stephan wurde von der Woge des Unheils mitfortgerissen und mußte im Frühjahr 1810 von seinem Erbe weichen. Zu seinem Glück war es der Strelitzer Herzog selber, der ihm Ballin abkaufte¹⁶⁾. Er rettete aus dem Schiffbruch soviel, daß er 1813 das ritterschaftliche Gut Wittenhagen bei Feldberg pachten konnte; dieses war freilich um die Hälfte kleiner als Ballin und besaß einen viel schlechteren Boden¹⁷⁾. Der Abkömmling eines ehemals reichen und mächtigen Hauses war zum kleinen Krautjunker herabgesunken, der sich mühsam durchschlagen mußte. Um das Unglück voll zu machen, wurde er, noch ehe er seine Kinder hatte versorgen können, mit 43 Jahren dahingerafft. Er starb 1820 an einem „Blutsturz“ als „Folge der Schleichwindsucht“. Es ist, als ob sich die Kraft des alten Geschlechtes allmählich erschöpft hätte.

Friedrich Stephan hatte bald nach seiner Verabschiedung Dorothea Sophia Juliana Wilhelmine v. Fabrice heimgeführt, die dritte Tochter des Drostes und Gutsherrn Georg Maximilian von Fabrice (auf Duhow in Lauenburg) und der Dorothea Magdalena Carolina v. Lüchow¹⁸⁾. Aus dieser Ehe entsprangen zwei Söhne und vier Töchter¹⁹⁾. Soviel wir sehen, haben von diesen sechs Geschwistern nur zwei die Eltern um ein Beträchtliches überlebt, der älteste Sohn August (geb. 1800) und das jüngste Kind, Wilhelmine Luise, Minna genannt. Die Mutter, Wilhelmine Dolly, wie sie in der Familie hieß, brachte, da sie vermutlich das Pachtgut nicht halten konnte, ihre letzten Lebensjahre in Schwedt a. d. Oder zu, wo sie Verwandte hatte. Dort verschied sie am 19. Januar 1837, ebenfalls an Lungenschwindsucht. Bald darauf wurde ihre Tochter Minna die Gattin Eduards v. Holzhendorff, der bei den Schwedter Dragonern stand und sich 1841 als Premierleutnant verabschieden ließ, um das Gut Carlstein bei Zehden in der Neumark, nicht weit von Schwedt, zu übernehmen. Er hinterließ, als er 1844 starb²⁰⁾, nur zwei Töchter, Adele (geb. 1839)²¹⁾ und Ida. Adele heiratete 1860 einen Verwandten, Georg v. Derken auf Gosa bei Friedland i. M.²²⁾, Ida einen Herrn v. Stülpnagel-Dargitz²³⁾. Von diesen beiden Russinen Friedrichs v. Holstein hat Ida, die Erbin von Carlstein, als einzige Verwandte (wie Hermann Dieß in seiner Skizze über Holstein hervorhebt) im Jahre 1909 die Todesanzeige des Geheimrats unterzeichnet²⁴⁾.

Minnas Bruder August v. Holstein — der Vater des späteren Geheimrats — ist der erste aus der Familie, der uns als Persönlichkeit einigermaßen greifbar wird. Seine Geburt stand unter keinem glückverheißenden Stern. Er wuchs im elterlichen Hause auf, als die Familie bei rasch wachsendem Kindersegen den ererbten Wohl-

stand dahinschwinden sah und schließlich die Heimat verlor. Er verfügte über keine besonders feste körperliche Konstitution²⁵⁾, ebenso wenig zeigte er besondere geistige Anlagen. Daher²⁶⁾ gingen die Schulkenntnisse, die er sich erwarb — auch etwas Französisch war dabei — nicht über das Durchschnittsmaß dessen hinaus, was der damals übliche Hauslehrerunterricht auf dem Lande zu erreichen pflegte. Als er eben 17 Jahre geworden war, ließ ihn sein Vater den Weg einschlagen, den der Großvater Joachim Friedrich der Familie gewiesen hatte, den Weg nach Preußen und in die preußische Armee. Jetzt unter den trüben wirtschaftlichen Verhältnissen mußte er ihm allerdings, wie so manchem verarmten Adligen, eher als ein Ausweg aus der Not erscheinen denn als Bahn zu Erfolg und Ehre. August trat in das erst seit kurzem aufgestellte 2. Garderegiment ein. Ein Vierteljahr nach seiner Beförderung zum Leutnant entriß ihm die tüdische Krankheit den Vater, so daß er nun völlig auf sich selbst angewiesen war. Trotz seiner Jugend blieb ihm die Schwierigkeit seiner Lage nicht verborgen. Er bemühte sich daher mit allen Kräften, den Anforderungen, die der Dienst an ihn stellte, gerecht zu werden, und gewann auch die Zufriedenheit seiner Vorgesetzten. Er galt als „bescheidener, dienstfertiger Offizier von geartetem Wesen“ und „guter Moralität“. Aber der Mangel an Talenten ließ sich durch die beste Führung nicht ersehen; er blieb, mit Ausnahme eines längeren Kommandos zur Kriegsschule (Okt. 1823 bis Febr. 1826) im aufreibenden Exerzierdienst, bis er endlich 1835, ein Jahr nach seiner Beförderung zum Premierleutnant, den Adjutantenposten beim 1. Bataillon erhielt. Wie er damals beurteilt wurde, zeigt die Conwittenliste: „Durchdrungen von regem Willen für das Gute und von sehr großem Ehrgefühl, woran sich Dienstfertigkeit und Tätigkeit knüpft, gehört er zu den brauchbarsten und gewandtesten Offizieren. Deshalb, und obgleich seine wissenschaftliche Bildung nur noch eine gewöhnliche ist, füllt er seinen Posten als Bataillonsadjutant auch ziemlich gut aus.“ Das unverkennbare Wohlwollen, das der Major für seinen Adjutanten hegte, kommt in diesen gewundenen Sätzen deutlich zum Ausdruck; alles Anerkennenswerte ist nach Möglichkeit in den Vordergrund gerückt, den vortrefflichen Charaktereigenschaften Augusts widerfährt volle Gerechtigkeit, aber es ließ sich doch nicht verheimlichen, daß sich seine Leistungen in keiner Weise über den Durchschnitt erhoben. Die höheren Vorgesetzten, unter ihnen der spätere Kaiser Wilhelm I. als Divisionskommandeur, bestätigten durch den Vermerk „Einverstanden“ das Urteil. Damit waren die Würfel über Augusts Schicksal gefallen: bei den damaligen schlechten Beförderungsverhältnissen hatte er als Offizier keine Zukunft. In dieser Lage entschloß sich der erst Fünfunddreißigjährige, der sich durch Schreibstube und Kasernenhof körperlich verbraucht fühlte, um seinen Abschied einzukommen. Am 17. Februar 1836 wurde er mit Pension und Regimentsuniform entlassen.

Verbittert und unfähig, sich einem neuen Beruf zuzuwenden, sah er keinen andern Ausweg als eine reiche Heirat. Er verlobte sich, und zwar sofort, mit Karoline v. Brünnow, der 44jährigen Tochter und einzigen Erbin des in Pommern begüterten alten Majors a. D. Karl v. Brünnow. Es war der Wendepunkt seines Lebens.

Die Eltern der Braut machten einen Vorbehalt. Es genügte ihnen nicht, daß der künftige Gemahl ihrer Tochter preußischer Gardeleutnant a. D. war; sie wünschten ihn mit der Würde eines preußischen Kammerherren geschmückt zu sehen. Gehorsam richtete der arme Freier, der außer seiner schmalen Pension nichts sein Eigen nannte, das verlangte Gesuch an den König²⁷⁾. Es mag hier, als das einzige Schriftstück von seiner Hand, das bisher zugänglich ist, wörtlich wiedergegeben werden; es spiegelt nicht nur in seiner naiven Aufrichtigkeit und der Unbeholfenheit des Stils ein gutes Stück vom Wesen des Verfassers wieder, sondern ist zugleich ein Dokument für die patriarchalischen Zustände Preußens unter Friedrich Wilhelm III. Es lautet:

Berlin, den 20. März 1836.

Allerdurchlauchtigster pp.

Die Huld und Gnade, welche Ew. Majestät allen Höchstverordneten Untertanen angedeihen lassen, geben auch mir den Mut, Ew. Majestät das nachstehende Gesuch alleruntertänigst vorzulegen.

Nachdem mir fast 19 Jahre die Ehre zu Teil ward, im 2. Garderegiment zu Fuß zu dienen, sah ich mich durch Körperschwäche leider genötigt, meinen Abschied alleruntertänigst zu erbitten. Wenn meine Aussichten sich bei meiner Vermögenslosigkeit für die Zukunft auch trübe gestalteten, so änderte sich mein Los durch meine Verlobung mit dem Fräulein v. Brünnow, Tochter des Majors v. Brünnow auf Trebenow bei Wollin, äußerst glücklich und würde mir zum vollkommenstem (!) Glücke nichts mangeln, wenn Ew. Majestät die Gnade hätten, mich der Auszeichnung der Verleihung der Kammerherrn-Würde wert zu erachten. Ew. Majestät dies untertänigste Gesuch vorzulegen würde ich kaum wagen, wenn meine Schwiegereltern nicht so sehnlichst wünschten, mich durch diesen Beweis Ew. Majestät Allerhöchster Gnade ausgezeichnet zu sehen.

Da mir nun bei meiner Vermögenslosigkeit und einer sehr zerrütteten Gesundheit nichts zu Teil ward, wodurch ich das mir durch meine Schwiegereltern gewordene Glück ausgleichen könnte, so würde es mich unbegrenzt beglücken, wenn Ew. Majestät mein untertänigstes Gesuch huldreichst gewährten.

In tiefster Ehrfurcht ersterbe ich

Ew. Majestät

alleruntertänigster

August von Holstein

Premier-Lieutenant außer Dienst.

Der König genehmigte das Gesuch, das übrigens vom Herzog Karl v. Mecklenburg, dem Schwager des Königs und Kommandeur des Gardekorps, befürwortet worden war, bereits am 3. April. Die Gebühren für das Patent, die rund 470 Thaler betrugen, wird wohl der Schwiegervater des neuen Kammerherrn bezahlt haben. Nun konnte die Hochzeit ausgerichtet werden.

III.

Die Familie v. Brünnow, die sich einst von Pommern aus über die Neumark und Ostpreußen bis nach Kurland hin ausgebreitet hatte, stand an Alter den Holsteins wenig nach. Siebmacher rechnet sie zum pommerschen „Urade“. Sie trägt ihren Namen nach dem Gute Brünnow (im Kreise Rummelsburg), in dessen Besitz sie schon 1307 nachweisbar ist. Es liegt an der heutigen Bahnstrecke Zoßbrück—Bütow, und wenn der Legationsrat Friedrich v. Holstein in den siebziger Jahren von Bismarck nach Barzin befohlen wurde, so konnte er von dort bequem an einem Vormittag nach dem Stammsitz der Familie seiner Mutter hinüberreiten. Eine Geschichte des Geschlechtes fehlt; wie bei den Holsteins (soweit sie auf deutschem Boden saßen) hat auch hier kein großer Name die Historiker geodt, ihren Schicksalen nachzugehen.

Man kann die pommerschen Brünnows zum alten preussischen Schwertadel zählen. Allerdings hat keiner auf der militärischen Stufenleiter die obersten Sprossen erklimmt. Schon 1713 standen vier von ihnen unter den Fahnen des Königs; von diesen brachte es Georg Vincent bis zum Major, während Franz Ludwig noch vor der Beförderung zum Leutnant kassiert wurde²⁹⁾. Unter Friedrich dem Großen wurde ein Friedrich Siegmund v. Brünnow Chef des Feldgrenadier-Bataillons Nr. 4; höher hinauf ist im 18. Jahrhundert keiner gestiegen³⁰⁾.

Bis in den Anfang der friderizianischen Zeit reicht auch die Uebersiedelung über Karolinsens Großvater Karl Franz von Brünnow. Er war allerdings nicht Soldat, sondern Jurist, und zwar seit 1743 Regierungs- und Konsistorialrat an der Neumärkischen Regierung zu Küstrin. Hier arbeitete dieser Vorfahr des „Bismarckianers“ Friedrich v. Holstein einige Jahre unter dem „Kanzler“ Lewin Friedrich v. Bismarck. Es war keine glänzende Stellung, die er innehatte. Anfangs bezog er nur 90 Rthlr „Emolumente“, erst 1747 erhielt er eine Besoldung von 400 Rthlr und nach der Coccejischen Neuordnung der Küstriner Regierung, wobei er zugleich Direktor der Depositalkasse wurde, jährlich 600 Rthlr³¹⁾. Wahrscheinlich um diese Zeit erwarb er in Küstrin ein Haus und vermählte sich. Am 1. März 1754 wurde ihm der erste Sohn geboren, Karl George Ehrenreich³²⁾. Als der Siebenjährige Krieg ausbrach und die Russengefahr ihr Haupt erhob, brachte er seine Familie nach Stargard i. P. in Sicherheit, wo er (oder seine Frau)

gleichfalls ein Haus besaß. Hier kam am 23. Februar 1758 sein zweiter Sohn, Friedrich Franz, zur Welt³³⁾. Er selber mußte das fürchterliche Geschick, das im Sommer des Jahres über Küstrin hereinbrach, bis auf den Grund mit auskosten; diese für ihn so verhängnisvolle Periode seines Lebens ist wegen ihrer Verquicktheit mit der Kriegs- und Verwaltungsgeschichte zufällig in helles Licht getaucht. Am 15. August erschien der russische General Fermor vor der Stadt und beschloß sie in so barbarischer Weise, daß am „Abend nach 10 Uhr, die keine Garnisonkirche ausgenommen, alle Kirchen sowohl als alle Häuser nebst dem Schlosse und dem Zeughause in voller Flamme standen“³⁴⁾. Auch Brünnows Haus brannte nieder, von seinen Habseligkeiten konnte nur ein Teil geborgen werden, vor allem waren seine Bücher verloren. Er flüchtete über Frankfurt a. O. nach Stargard und verfiel dort infolge der ungewohnten Nerven- aufregung der Schreckenstage in schwere Krankheit, von der er sich lange nicht erholen konnte und die jedenfalls sein Ausscheiden aus dem Dienst zur Folge hatte. Während die anfangs völlig auseinandergesprengte Neumärkische Regierung ihren Sitz in Berlin aufschlug, bis sie auf lebhaftes Drängen des Königs und des Großkanzlers v. Zariges sich über Landsberg endlich Anfang 1763 nach dem notdürftig wiederaufgebauten Küstrin begab³⁵⁾, blieb er in Pommern und reichte, als er wiederholt zur Rückkehr und Wiederaufnahme seiner Amtsgeschäfte aufgefordert wurde³⁶⁾, am 11. März 1763 sein Abschiedsgesuch ein.

Er schildert darin seinen Zustand in beweglichen Worten: „Eurer Königlichen Majestät Hochlöblichen Neumärkischen Regierung haben dero Retour nach Küstrin mich bekannt zu machen geruhet, um mich daseibst ebenfalls in meinem Posten wieder einzustellen, welchen Befehl Folge zu leisten mich so willig als schuldig finden lassen würde, wenn nicht die wahre Unmöglichkeit entgegenstände. Die schwere hitzige Krankheit, so bei mir eine Folge des Küstrinschen Bombardements war, hat mich an Gemüts- und Leibeskräften dergestalt ruiniret, daß ich, zu ferneren Diensten schlechterdings untauglich, wider mein Gewissen handeln würde, mich weiter darin behaupten zu wollen. Mein Gedächtnis ist fast gänzlich verloren, alle andern Gemütsfassungen außerordentlich geschwächt, beinahe 5 Jahr wird es, daß ich den Codicem Fridericianum nicht mehr gesehen, mein Büchervorrat ist vom Feuer verzehret, mithin würde ich den Dienst mehr schaden als solchen pflichtmäßig befördern. Mein Körper ist fast immer mit storbutischen Friesen bedeckt, so daß ich oft in einigen Wochen kaum an die Luft kommen kann und wegen heftigen Nachtschweißes gemeinlich bis gegen Mittag im Bette bleiben muß. Der Kopf ist immer schwindlich, und die Augen, die schon vorher nicht viel taugten, sind durch einen hartnädigen Fluß bis fast zur Unbrauchbarkeit blöde worden; hierzu hat sich seit einiger Zeit eine Lähmung in dem Gelenke der rechten Hand ge-

funden, die mir das Schreiben fast gänzlich verbietet. Alle diese kläglichen Umstände habe ich nicht nur des Herrn Großkanzlers Excellenz geziemend vorgestellt, sondern halte auch bei Eurer Königlich Majestät Höchster Person um die Erlassung meiner Dienste untertänigst an, ermangle daneben nicht, auch einer Hochlöblichen Regierung solches loco paritionis hierdurch allergehorsamst anzuzeigen mit Bitte: mein notgedrungenes Außenbleiben nicht ungnädig zu vermerken ...“ In einem zweiten Gesuch vom 5. April bat er den König unter Berufung auf seine zwanzigjährigen treuen Dienste, ihn „nicht nur der Dienste zu erlassen“, sondern auch aus Königlich Hulde und Clemenß von seiner bisherigen Besoldung, zu seiner eignen bessern Subsistenz und Auferziehung seiner fünf annoch unmündigen Kinder nur den dritten Teil a 200 Thlr als einen Gnadengehalt auf seine übrige, vielleicht nur noch kurze Lebenszeit ihm allernädigst zu accordieren. Den Großkanzler v. Jariges ersuchte er dringend, für ihn ein gutes Wort einzulegen: „Gott wird solches Ew. Excellenz und dero Hohen Angehörigen gewiß vergelten.“ Nach längerem Schriftwechsel zwischen der Regierung, Jariges und Friedrich gab der Großkanzler am 17. April Anweisung, mit Bezug auf die Kabinettsorder vom 16. April den Abschied auszufertigen, dem Regierungsrat aber in einer besonderen Resolution mitzuteilen, daß er die erbetene Gnadenpension mit Rücksicht auf die übrigen Räte, die künftig seine Arbeiten miterledigen müßten und für die das Geld zu einer gleichen Vergünstigung nicht vorhanden sei, nicht erhalten könne. Es ist für die Not des damaligen Preußen bezeichnend, daß in der Tat Brünnows Stelle vor der Hand nicht wiederbesetzt und die freiverdende Summe „zur Bezahlung kurrenter und rückständiger Forderungen“ Verwendung fand. Brünnow konnte zufrieden sein, daß er während seines Stargarder Kranklagers sein Gehalt, abgesehen von 900 Thlrn, bis zum Ende Februar 1763 erhalten hatte.

Der arme Lazarus von Stargard scheint aber später doch wieder zurechtgepflegt worden zu sein und auch das Ausbleiben einer Pension verschmerzt zu haben. Die Zahl seiner Kinder, die er in seinem Abschiedsgesuch auf fünf angegeben hatte, wuchs noch bis auf acht, und wir finden ihn später als glücklichen Besitzer des Gutes Breitenfelde (zwischen Daber und Freienwalde i. P.)³⁸⁾. Von seinen drei Töchtern ist wenig bekannt³⁹⁾, die fünf Söhne trugen alle den Rod des Königs. Der jüngste von ihnen, Otto, starb, vermutlich in den Kämpfen gegen das revolutionäre Frankreich, den Tod fürs Vaterland. Der nächstältere, Ernst Viktor Ewald, trat ins Regiment Rüts ein; Philipp Wilhelm Gottlieb, Premier-Lieutenant im Inf.-Regiment Zenge, Inhaber des Pour le merite, wurde am 8. September 1800 durch ein Versehen auf der Jagd erschossen. Friedrich Franz, der schon erwähnte zweite Sohn, wurde im Unglücksjahre 1806 als Kompagniechef im Regiment Birch in der

schmählichen Kapitulation von Prenzlau mitgefangen. Da er sich persönlich nichts hatte zu schulden kommen lassen, blieb er nach dem Tilsiter Frieden in der Armee, wurde 1810 Major, trat dann aber (1812) zur Gendarmerie über. Die Befreiungskriege führten ihn ins Heer zurück: wir finden ihn 1814 an der Spitze des 14. Schlesischen Landwehr-Inf.-Regiments. Nachdem er noch 1818 zum Obersten befördert war, nahm er 1820 — mit 600 Thalern Pension — seinen Abschied und starb am 24. Januar 1834 unvermählt zu Schwedt a. O.⁴⁰⁾. Seit 1797 war er Besitzer von Klein-Dewesberg bei Polzin im Kreise Belgard, das er von der älteren Schwester des Majors Ludwig Christoph v. Wachholtz gekauft oder geerbt hatte⁴¹⁾. Sein Bruder Carl rühmte in der Todesanzeige, die er den „zahlreichen Freunden und Bekannten des Verstorbenen widmete“, „sein edles mildtätiges Herz“⁴²⁾.

Dieser Bruder, der älteste der Geschwister, Carolinens Vater, Carl George Ehrenreich v. Brünnow, hatte, wie schon mitgeteilt, am 1. März 1754 zu Küstrin das Licht der Welt erblickt und war bereits mit 15 Jahren ins Heer eingetreten. Es war ihm noch vergönnt, unter dem Großen König selbst ins Feld zu ziehen, allerdings nur nach Böhmen in den unblutigen Bayerischen Erbfolgekrieg, wo er nach Lage der Dinge in der ‚Aktion bei Weiskirch‘ (26. Nov. 1778) keine Vorbeeren zu pflücken vermochte. Auch 1790 in Frankreich und 1794 bei der Belagerung von Warschau (27. Juli bis 6. Sept.), an der er als Stabskapitän teilnahm, fand er keine Gelegenheit, sich besonders hervorzutun⁴³⁾. In seiner Conduite von 1799 heißt es: „Moralisches Betragen und Wirtschaft gut, viel Eifer und Akkuratess im Dienst, und ohne gelehrte Kenntnisse“. Die Fortsetzung „Er würde ein guter Stabsoffizier werden“ scheint dazu nicht recht zu passen, aber wir dürfen nicht vergessen, daß vor den Scharnhorst'schen Reformen die Ansprüche an Kenntnisse und Bildung gering waren. Auch 1804 wurde ihm bescheinigt, er würde „als Major brauchbar sein“. In der Tat zog er 1806 als Major gegen Napoleon. Wie sein Bruder erlebte auch er den Zusammenbruch der preussischen Armee und mußte in der Nacht zum 15. Oktober auf dem Marsche von Auerstädt nach Weimar mit seinem ganzen Bataillon die Waffen strecken. Als er auf dem Abtransport nach Frankreich in Mainz erkrankte und nach Weimar zurückgebracht worden war, verschaffte ihm hier die Vermittlung eines ihm völlig fremden Offiziers, der sich freiwillig dazu erbot, vom französischen Kaiser aus Posen einen Paß, welcher ihm die Heimkehr zu seiner Familie nach Stargard ermöglichte. Nach dem Friedensschluß erhielt er auf eigenes Ersuchen den Abschied (28. August 1808).

Er hatte sich, als nach Friedrichs des Großen Tode in den Heiratsbewilligungen für die Offiziere Erleichterungen eintraten, mit Justine Auguste Wilhelmine v. Eickstedt vermählt. Am 2. Oktober 1788 war in Breitenfelde die Vermählung gefeiert

worden. Wilhelmine war Waise; ihr Vater, Bollrath Alexander v. Eidsstedt, ursprünglich dänischer, dann preussischer Offizier, 1755 als Kapitän bei den 12. Dragonern verabschiedet, war schon 1780 aus dem Leben gegangen, ihre Mutter hatte Wilhelmine mit zwei Jahren verloren, auch ihre Stiefmutter (die Schwester ihrer Mutter) war schon 1770 verstorben. Deshalb fand die Hochzeit bei den Eltern des Bräutigams statt⁴⁴). Da die Eidsstedts, die zu den pommerschen „Schloßgeessenen“ gehörten⁴⁵), nicht nur eine alte, sondern auch eine recht begüterte Familie waren, dürfte Wilhelmine eine ansehnliche Mitgift in die Ehe gebracht haben. Karl George Ehrenreich war selbst nicht unvermögend; vor allem aber scheint er sich, wie es ihm schon die Conduite von 1799 bezeugt hatte, auf das Wirtshaus verstanden zu haben. Noch als Sechsziger entwickelte er in dieser Hinsicht eine ungewöhnliche Initiative; er benutzte die wirtschaftlich: Depression nach den Befreiungskriegen, um sich für einen geringen Preis auf dem Lande anzukaufen, und erstand am 25. Mai 1816 von dem Prälaten Carl Christian Philipp v. Berg das Rittergut Trebenow südlich von Wollin, im (späteren) Kreise Cammin. Es war gegen 3000 Morgen groß. Der Kaufpreis betrug 37 000 Rthlr (und 100 Friedrichsdor „Schlüsselgeld“). Hiervon blieben 26 000 Thaler als Hypothek auf dem Gute stehen; die Hälfte davon tauschte er nach zwei Jahren in fünfprozentige Pfandbriefe um, die andere Hälfte konnte er schon 1822 löschen lassen. Zwei kleine Schuldposten von zusammen 1600 Thalern zahlte er 1835 bar zurück⁴⁶). Inzwischen war der Wert seines Gutes erheblich gestiegen, dazu war ihm 1834 das von seinem Bruder Friedrich Franz hinterlassene Al. Dewsberg zugefallen⁴⁷). Er durfte als reicher Mann gelten.

Die einzige Erbin dieses Vermögens wurde seine Tochter Karoline, das zweite von vier Kindern. Von ihren Geschwistern ist, abgesehen von ihrer Schwester Luise, die uns noch begegnen wird, nichts bekannt; aus welchem Grunde sie selbst so lange unvermählt geblieben war, wissen wir nicht. Man muß annehmen, daß sie inzwischen die Führung des Trebenower Hauswesens übernommen hatte, denn als August v. Holstein 1836 um ihre Hand anhielt, stand ihre Mutter im 76., ihr Vater im 83. Lebensjahr. Bei so hohen Jahren mußten die Eltern doppelt erfreut sein, daß sich nun doch noch ein Bewerber für das alte Mädchen fand. Am 1. März übergab ihr der Major das Gut, am 14. März erfolgte die vertragliche Übereignung vor dem Marienstiftsrichter zu Stettin.⁴⁹) Noch im selben Frühjahr fand die Hochzeit statt. Am 24. April 1837 gab die nunmehr 45jährige Karoline in Schwedt a. O. einem Knaben das Leben; am 16. Mai wurde das Kind in der Stadtkirche auf den Namen Friedrich August Karl Ferdinand Julius v. Holstein getauft. —

Daß der kleine Fritz nicht auf dem elterlichen Gute Trebenow, sondern in dem Markgrafenstädtchen an der Oder zur Welt kam und die Taufe empfing, könnte vielleicht verwunderlich erscheinen. Sehen wir von der naheliegenden Vermutung ab, daß die nicht mehr junge Mutter für ihre schwere Stunde den Wunsch hegen mußte, einen Arzt zur Hand zu haben, so bietet wohl der Umstand die einfachste Erklärung, daß die Brünnows wie die Holsteins mit Schwedt a. O. durch enge Familienbeziehungen verbunden waren. Hier hatte Karolinsens Oheim Friedrich Franz seine letzten Jahre zugebracht⁵²⁾, hier hatten auch ihre Tanten Wilhelmine und Amalie bis zu ihrem Tode gelebt, Wilhelmine bis 1830, als Witwe eines Gutsbesizers Ernst Hennig v. Bonin, Amalie unvermählt bis 1832⁵³⁾. Das Haus Schloßfreiheit Nr. 12, das Frau v. Bonin besessen hatte, war 1831 an Karolinsens Vater übergegangen.^{53a)} Aus der Reihe der Schwedter Offiziere — es lagen in Schwedt Stab und 1. u. 2. Eskadron der 2. Dragoner — hatte Karolinsens Schwester Luise ihren Gatten genommen, den Leutnant Karl Hugo, dem sie allerdings damals schon durch den Tod entrisen war.⁵⁴⁾ Auch Verwandte Karolinsens von mütterlicher Seite haben, so scheint es, zeitweilig in Schwedt ihren Wohnsitz gehabt.⁵⁵⁾ Von Augusts Schwedter Verwandten ist zum Teil schon die Rede gewesen. Schwedt war der Witwensitz seiner Mutter; doch hat diese den Enkel und Stammhalter nicht mehr gesehen, da sie ein Vierteljahr vor seiner Geburt starb.⁵⁶⁾ Es lebten dort aber noch zwei Schwestern Augusts, Luise Auguste Antonie, vermählt mit dem Dragonerleutnant Friedrich Wilhelm August v. Arnim, und die schon erwähnte Minna, die spätere Gattin Eduards v. Holzkendorff.⁵⁷⁾ Hinzufügen müssen wir aber vor allem noch eine Tante Augusts, Magdalene Dorothee Eleonore Margarete Luise, mit der anscheinend seit Jahrzehnten ein reger Verkehr unterhalten worden war. Sie erscheint in den Kirchenbüchern schon als Patin von Augusts Schwestern Christiana und Julie, und ihr erster Gatte hat August selbst über die Taufe gehalten. Sie war in erster Ehe mit dem Major August v. Arnim auf Milmersdorf (bei Templin) vermählt gewesen, hatte dann aber einem Bürgerlichen die Hand gereicht, dem Hofrat Johann Caspar Diedrich Callmeyer.⁵⁸⁾ Dieser spielte damals in Schwedt eine große Rolle. Als Sohn eines Arztes in Badbergen im Hannoverschen geboren, ursprünglich Theologe, ein Mann von stattlichem Außern, geschäftsgewandt und fleißig, hatte er sich in der Schwedter Gesellschaft — die sich aus dem Offizierkorps, den Gutsbesitzern der Umgegend und einer Reihe angesehenen Bürger zusammensetzte —, seit der zweiten Hälfte der zwanziger Jahre eine besonders angesehene Stellung erworben.⁵⁹⁾ Er besaß ein Haus (neben dem Gasthaus zum goldenen Hirsch) und war jahrelang eifriges Mitglied des Stadtverordnetenkollegiums⁶⁰⁾, vor allem aber schuf ihm seine Tätigkeit als Rendant der 1826 gegründeten

Schwedter Hagelschaden- und Mobiliar-Brand-Versicherungs-Gesellschaft einen weiten und ungemein einträglichem Wirkungskreis. Seit 1838 bewohnte er das obere Stockwerk eines der ansehnlichsten Häuser an der Schloßfreiheit, ein Patrizierhaus aus der Markgrafenzeit, das die Versicherungsgesellschaft damals als Eigentum erwarb und bis heute als Geschäftshaus festgehalten hat.⁶¹⁾ Unter den Verhältnissen, wie wir sie eben kurz skizziert haben, bildete Schwedt für die Familien der Brünnows und Holsteins einen natürlichen Mittelpunkt, und das Verzeichnis der Paten des kleinen Fritz zeigt denn auch, daß sich zur Feier seiner Taufe der ganze engere Familien- und Freundeskreis hier versammelt hatte.⁶²⁾

IV.

Friedrich v. Holstein entstammt, wie wir gesehen haben, nicht nur in gerader männlicher Linie einem der ältesten norddeutschen Geschlechter, sondern auch seine übrigen Vorfahren — soweit sie sich bis jetzt haben ermitteln lassen — gehören dem alten norddeutschen Adel an; mindestens bis zur dritten Generation ist nachweisbar kein irgendwie gearteter fremder Einschlag vorhanden. Bedeutende Köpfe sind in den letzten hundert Jahren nicht darunter, keiner erhebt sich in seiner Lebensleistung über einen gewissen aner kennenswerten Durchschnitt. Friedrichs Vater selbst war ein ehrenhafter, doch einfacher Mann, der auf seinen Sohn keine besonderen geistigen Anlagen vererben konnte. Das Wesentliche, was ihm sein Sohn verdankte, rührte aus dem Umstande her, daß der Premierleutnant, als er den Dienst verließ, nicht wieder in seine Strelitzer Heimat zurückkehrte, sondern in Preußen verblieb; somit war die Tendenz, zu der Joachim Friedrich den Anstoß gegeben hatte, zum Siege gelangt: sein Urenkel wurde als Preuße geboren. Auf der mütterlichen Seite reichten die Wurzeln ins Altpreußentum ohne Zweifel noch tiefer hinab; hier bestand eine lange ununterbrochene Tradition durch die Erinnerung an gute und böse Tage der preußischen Geschichte, die man, tätig und leidend, miterlebt hatte, eine aus der mehr als hundertjährigen Zugehörigkeit zum Offizierkorps erwachsene selbstverständliche innere Verbundenheit mit dem Königshause. Auch eine unmittelbare Brücke zum Berliner Hofe war von hier aus zuerst geschlagen worden: Karolinens Tante Magdalene v. Gidsstedt hatte von 1795 bis zum Tode der Königin Friederike Luise, der Gemahlin Friedrich Wilhelms II. († 25. Februar 1805) bei dieser die Ehrenstelle einer Hofdame inne gehabt.⁶³⁾ Im Lichte dieser Tatsache stellt sich das Verlangen der Eltern Karolinens, August solle die Kammerherrnwürde erwerben, vielleicht doch anders dar, als es im ersten Augenblick erscheint; es wird nicht nur äußerer Ehrgeiz gewesen sein, den man dahinter suchen muß. Ob dabei persönliche Wünsche Karolinens mit im Spiel waren, muß dahingestellt bleiben. Ohne Frage ist sie die Persönlichkeit, mit

der sich die weitere Forschung, soweit sie das Elternhaus des Geheimrats betrifft, in erster Linie zu beschäftigen haben wird. Man darf der Vermutung Ausdruck geben, daß auf ihrer Seite die größere geistige Regsamkeit und der stärkere Wille gelegen haben und daß sie das Wesen des Sohnes in weit höherem Grade bestimmt hat als der Vater. Sie scheint auch im Hause das Regiment geführt und die Verfügung über ihr Vermögen nicht aus der Hand gegeben zu haben. Ist der wirtschaftliche Sinn ihres Vaters, wie man aus gewissen Anzeichen schließen möchte, auf sie übergegangen, so sollte er später bei ihrem Sohne, der sich viele Jahre lang den Aufregungen des Börsenspiels hingab, in krankhafter Verzerrung erscheinen. —

Wie weit man im Trebenower Gutshause, in dem der kleine Fritz zunächst aufwuchs, an dem geistigen Leben der Jahre des Vormärz teilgenommen hat, wissen wir vorläufig nicht. Den Vater wird man als ehemaligen Gardeoffizier schlichter Prägung freilich ohne weiteres unter den Konservativen suchen dürfen. Von seinen Beziehungen zum Hofe ist weiter nichts bekannt, als daß er nur zweimal und zwar erst in späteren Jahren zu Kammerherrndiensten herangezogen worden ist, bei der Vermählung der Prinzessin Anna, Tochter des Prinzen Karl von Preußen (26. Mai 1853) und bei der Hochzeit des Prinzen Friedrich Karl (29. Nov. 1854)⁶⁴). Der Aufenthalt in Trebenow dauerte bis zum Jahre 1848. Der kleine Friedrich genoß also bis in sein 11. Jahr alle Vorzüge einer der Stadt und namentlich der Großstadt entrückten Jugend, andererseits entbehrte er dabei den heilsamen Einfluß, den das Leben in der Gemeinschaft einer größeren Schule, das Leben unter Kameraden und Freunden, ausübt, und den gerade das Kind, das ohne Geschwister aufwächst, zur Charakterbildung notwendig braucht. Manche Züge seines Wesens, die in seinem späteren Bilde scharf und unangenehm hervortreten, Empfindlichkeit, Dünkel und rechthaberische Unbelehrbarkeit, wird man mit darauf zurückführen müssen. Die Hauslehrer, denen er anvertraut wurde, kennen wir nicht.

Inzwischen faßten die Eltern den Plan, ihren Landbesitz aufzugeben.⁶⁵) Vielleicht wollten sie aus der Einsamkeit ihres entlegenen Gutes heraus, vielleicht war auch der Gedanke maßgebend, dem Kinde in der Stadt eine gründlichere Ausbildung geben zu können. Am 10. Juli 1841 erteilte Karoline ihrem Gatten in allen ihren geschäftlichen Angelegenheiten Generalvollmacht, was notwendig war, wenn er sich in den Verhandlungen, die er in ihrem Auftrag führte, freier bewegen wollte. Das Nächste war, daß im Jahre 1844 Kl. Dewsberg, welches nach dem Tode ihres Vaters in Karolinens Besitz übergegangen war, verkauft wurde. Ueber die Höhe der Verkaufssumme hat sich nichts ermitteln lassen.⁶⁶) Um so besser wissen wir über die Veräußerung von Trebenow Bescheid.

Es ging, laut Vertrag aus Stettin vom 19. Februar 1848 an den Ökonomen Bernd Adolph Roosen aus Hamburg über, „in Bausch und Bogen, wie alles steht und liegt, . . mit lebendem und totem Inventar“. Der Verkauf, zu glücklicher Stunde, kurz vor den Wirren der Revolution abgeschlossen, gab der Familie ein erhebliches Barvermögen in die Hand. Das Kaufgeld betrug 90 000 Thaler Preussisch Courant; davon waren die auf dem Gute stehenden 12 950 Rthlr. Pfandbriefe abzuziehen, die der Käufer übernahm, und 15 000 Thaler, die (nach der von Roosen beabsichtigten Ablösung der Pfandbriefe) als Hypothek an erster Stelle eingetragen werden sollten. Bar gezahlt wurden mithin, teils sofort, teils in Raten, 52 040 Thaler. Der Käufer übernahm sämtliche Dienstleute mit Ausnahme des Bedienten, des Kochs, des Kutschers und des Kammermädchens. Diese gingen also wohl mit den Holsteins mit. Auch was sonst noch mitgenommen wurde, weist darauf hin, daß man sich auf einen herrschaftlichen Stadthaushalt einrichtete, andererseits geht daraus hervor, daß Karoline selbst die Auswahl getroffen hatte. Es befanden sich darunter nicht nur drei Reit- und vier Wagenpferde nebst zwei Kutschen, sondern auch die Wirtschaftsgegenstände, von denen sich eine Hausfrau nur ungern trennt, Tisch- und Leinwandzeug, Silber, Porzellan, Gläser, die Betten, die Uhren, Gemälde und Nippfachen, dazu „sämtliche Wein- und Größvorräte und die halben Speckvorräte“, und schließlich einige Möbel, an die sich die jetzt 56jährige Karoline zu sehr gewöhnt hatte, um sie entbehren zu können: „ein Damenschreibsekretär in der gelben Stube, eine Servante, ein Sofa und zwei Nähstische“.

Aus den Akten über den Gutsverkauf geht hervor, daß August nach dem Abschluß in Stettin, d. h. also nach dem 19. Februar 1848, sofort nach Berlin gereist ist. Daraus darf man wohl mit einiger Vorsicht schließen, daß Berlin als künftiger Aufenthaltsort ausersehen war. Ob es aber zu der Übersiedlung gekommen ist, können wir nicht sagen; hier klappt in unsern Nachrichten vorläufig noch eine empfindliche Lücke. Es ist sehr wohl möglich, daß der Ausbruch der Revolution die Familie bewogen hat, zunächst anderswo eine Unterkunft zu suchen; bekanntlich hat ja in den frühen Märztagen auch ein Teil der Berliner Gesellschaft die Flucht ergriffen. Erst 1853 finden wir den Kammerherrn v. Holstein im Berliner Adreßkalender verzeichnet⁶⁷); von 1854 an bis zu seinem Tode (1863) wohnte er dort „Unter den Linden 3a.“ Das Fehlen der Familienpapiere macht sich hier besonders empfindlich fühlbar. Zu unserm großen Bedauern ist auch der eigenhändige Lebenslauf verloren gegangen, die „Vita“, die Friedrich v. Holstein, wie jeder Abiturient, mit der Meldung zur Reiseprüfung eingereicht hat und die nach damaligem Brauch recht ausführlich gewesen sein muß. Sie wäre für unsere Kenntnis seiner Entwicklung von großem Wert gewesen. So wissen wir nur zu sagen, daß er, pri-

vativim unterrichtet, rasche Fortschritte machte und sich schon mit 16½ Jahren zur Abschlußprüfung stellen konnte. Hatte er auch keine außergewöhnlichen Leistungen aufzuweisen — wie etwa 20 Jahre vor ihm der ebensojunge Abiturient Rudolf v. Delbrück⁶⁹⁾ —, so durften seine Eltern doch mit ihm zufrieden sein. Am 6. Oktober 1853 erhielt er am Köllnischen Realgymnasium zu Berlin (dem heutigen Köllnischen Gymnasium) als sogenannter Extraneeur das Zeugnis der Reife. Es verlohnt sich, einen Augenblick bei seinen Prüfungsarbeiten zu verweilen; sie sind zufällig noch vorhanden.⁷⁰⁾ Am schlechtesten schnitt er in der Mathematik ab. Hier stellte ihm der Direktor August, der selbst ein Mathematiker von Fach war, die Aufgaben; er bezeichnete die Arbeit nur als „im ganzen genügend“. Der deutsche Aufsatz über „Licht- und Schattenseiten des Handels“, ein Thema, dem der kleine Junker von der geschichtlichen Seite her beizukommen suchte, wurde „genügend“ befunden, der „Vortrag wohlgeordnet, lebendig und abgesehen von einigen Wiederholungen derselben Phrase, gewandt und fließend“. Wesentlich besser stand es in den alten Sprachen; der lateinische Aufsatz, das (überlange) lateinische Extemporale und die Übersetzung aus dem Griechischen wurden sämtlich mit „befriedigend“ bezeichnet. Sie verrieten in der Tat eine für seine Jugend auffallende Sicherheit und Gewandtheit und bestätigten das in späteren Jahren oft ausgesprochene günstige Urteil über seine sprachlichen Fähigkeiten. Eine mündliche Prüfung fand nicht statt. Nach diesen Ergebnissen muß man ihm ohne Zweifel eine gewisse Frühreife zusprechen, umso mehr, als damals das Durchschnittsalter der Abiturienten bedeutend höher lag als heute, standen doch z. B. von den 16 Prüflingen des Köllnischen Realgymnasiums vom Herbst 1853 und Ostern 1854 über die Hälfte im Alter von 19 bis 21 Jahren.⁷¹⁾

Ob der junge Holstein, wie gelegentlich behauptet wird⁷²⁾, ursprünglich Offizier werden wollte, entzieht sich unsrer Kenntnis. Zunächst war er für den Eintritt ins Heer noch viel zu jung; er hat schließlich überhaupt nicht gedient. Er warf sich sofort mit großem Eifer auf das juristische Studium⁷³⁾; kaum 14 Tage nach bestandener Prüfung war er in Berlin immatrikuliert. Er hat die vorgeschriebenen sechs Semester ausschließlich hier zugebracht, ohne auch nur vorübergehend den Reiz des studentischen Lebens in einer der kleinen Universitätsstädte, nach dem sonst das Herz der Jugend steht, zu kosten. Das Korpsleben verschmähte er. In den Vorlesungen, die er hörte, beschränkte er sich auf das rein Juristische. Neuere Geschichte bei Roepke belegte er wohl, besuchte aber das Kolleg ebensowenig wie das germanische Privatrecht bei Hohmeyer. Ihm deswegen allgemeinere Interessen abzusprechen, wäre vorschnell geurteilt. Unter seinen Lehrern ragen Gneist und Stahl hervor, bei Gneist hörte er Institutionen, Pandekten und Erbrecht, Zivilprozeß, Kriminalprozeß und Kriminalrecht, bei Stahl Kirchenrecht und

(zweimal) Naturrecht. Über den Eindruck, den diese beiden Persönlichkeiten auf ihn machten, Vermutungen aufzustellen, wäre ebenso verfrüht wie Kombinationen über sein Verhältnis zu den übrigen Kreisen des Berlins der Ara Manteuffel, mit denen er in Berührung trat. Wir wissen nichts über Art und Umfang seines Verkehrs; ein im übrigen nicht identifizierbarer Studiosus v. Plehwe ist vorläufig der einzige seiner Kameraden, den wir mit Namen kennen. Seine Lehrer haben ihm alle auf dem Universitätsabgangszeugnis besonderen Fleiß bescheinigt. Im letzten Semester arbeitete er so angestrengt, daß er vor dem Abschluß zur Erholung ein Bad aufsuchte; er ging nach Klampenborg bei Kopenhagen. Am 17. September 1856 wurde er exmatrifuliert, darauf bestand er, 19½ Jahre alt, das Auskultatorexamen. Drei Jahre später wurde er Kammergerichtsreferendar und 1860 zur diplomatischen Laufbahn zugelassen.⁷⁴⁾ Mit seinem Eintritt in den diplomatischen Dienst beginnt der zweite Hauptabschnitt seines Lebens.

Quellen- und Literaturnachweise.

1. Auch das kurz vor der Drucklegung dieses Aufsatzes erschienene Buch Friedrichs v. Trotha: „Fritz v. Holstein als Mensch und Politiker“, Berlin 1931¹ kann nur als Abschlagszahlung gelten.
- 1a. 1170: Gothaisches Genealogisches Taschenbuch der Gräfl. Häuser, 1926; 1218: G. E. F. Lisch, Die stammverwandten Familien v. Holstein u. Kruse, Jahrbücher des B. f. medl. u. Altertumskunde, 29. Jahrgang, Schwerin 1864, S. 263 ff. Dazu Gustav v. Lehsten, Der Adel Mecklenburgs seit 1755, Rostock 1864, S. 111. Das Wappen der Holsteins bei J. Siebmacher, Wappenbuch III, 2 (1878), Tafel 223.
2. Urkundliche Geschichte des Geschlechts von Verzen von G. E. F. Lisch, fortgeführt von E. Saß, 5. Teil, Schwerin 1889, S. 11.
3. Dies und das Folgende nach Lisch, Die stammverw. Fam. v. Holstein und Kruse, a. a. O. S. 264 ff.; D. L. Moller, Historische Nachricht von dem uralten adelichen und nunmehr zum Theil hochgräflichen Geschlecht der von Holstein überhaupt, und von der Möllenhagenschen Linie insonderheit, Flensburg 1763. — Ergänzungen und Berichtigungen bieten die Notizen der handschriftlichen genealogischen Sammlungen von Roehne (Band 7) und König (Band 38) in der Preussischen Staatsbibliothek, welche beide u. a. zurückgehn auf die „Leichenpredigt auf Joachim Friedrich Holstein auf Antershausen Erbsassen, gehalten von Joh. Kaentler, Prediger zu St. Peter zu Rostock, und daselbst 1638 in 4^o gedruckt.“ Für das 17. u. 18. Jahrhundert vgl. ferner die Urfdl. Gesch. des Geschl. von Verzen a. a. O. S. 11 u. 13. Viel Material dürften wahrscheinlich auch die im Schweriner Archiv aufbewahrten genealogischen Zusammenstellungen von Hointhusen († c. 1746), Penz († 1782) u. Gamm († 1797) enthalten, s. G. E. F. Lisch, Ueber die genealogisch. Arbeiten in Mecklenburg im 18. Jahrhundert, Jahrb. des B. f. medl. Gesch. u. Altertumskunde, 29. Jg., Schwerin 1864, S. 25 ff. u. 285, ebenso natürlich die für diese kleine Studie absichtlich bei Seite gelassene dänische Literatur.
4. Wilh. Raabe, Mecklenburgische Vaterlandskunde, 2. Aufl. v. Guft. Quade, Bd. I, Wismar 1892/93, S. 1012 f.; Heinrich Schliemann, Selbstbiographie. Herausgegeben von Sophie Schliemann, Leipzig 1892, S. 2 ff.
5. Bgl. die einzelnen Jahrgänge des Schweriner u. Strelitzer Staatskalenders.
6. Briefe von Johann Heinrich Voß nebst erläuternden Beilagen, hgg. von Abraham Voß, Halberstadt 1829, Bd. I, S. 27 f., 33, 44 ff.

7. Für 51000 Thaler, Urtdl. Gesch. d. Geschl. von Dertgen, a. a. D. S. 10.
8. Ebd. S. 55.
9. Sofern im Folgenden keine andere Quelle angegeben wird, beruhen die weiteren Geburts- und Todesdaten der Holsteinschen Familienmitglieder auf Mitteilungen des Hauptarchivs Neustrelitz, wo bekanntlich sämtliche älteren Kirchenbücher von Mecklenburg-Strelitz vereinigt sind.
10. Urtdl. Gesch. d. Geschl. von Dertgen a. a. D. S. 55.
11. Geboren 14. 3. 1752 in Jägle, Vermählung 25. 6. 1773, verstorben 23. 4. 1832 in Friedland i. M.
12. Sammlung Ortlieb, Bd. I (Geheimes Staatsarchiv, Berlin-Dahlem); Zwei Ranglisten des preuß. Heeres 1713 u. 1740 (Beilage z. Militär-Wochenblatt, Berlin 1891), S. 110.
13. Die Vermählung fand am 24. 12. 1793 statt; am 13. 1. 1795 trat Friedrich Stephan als Fähnrich in das Regiment Kronprinz (Nr. 18), f. Nomenklatur der Geheimen Kriegskanzlei (Geh. Staatsarchiv, Berlin-Dahlem).
14. 9. 6. 1797.
15. Wilh. Naabe, a. a. D. Bd. II, S. 80 f.
16. Vgl. die herzogliche Bekanntmachung vom 2. 4. 1810 in der Berlinischen Zeitung vom 28. 4. (Nr. 51).
17. Ballin 781,5 ha; Wittenhagen 388,7 ha; f. W. Naabe, a. a. D. Bd. I, 1322 u. 1390. Antritt der Pachtung (1813): Mitteilung des Hauptarchivs Neustrelitz. Der Aufenthalt der Familie von 1810—13 ist unbekannt.
18. Nach dem Taufregister von Mustin (s. Raseburg); Geburtstag 3. 3. 1777. Die „Arminische Sammlung“ (Geheim. Staatsarchiv) hat fälschlich 1779. Über die Familie Fabrice f. Lehsten a. a. D. S. 67 f.
19. Das Balliner Taufregister weist zwischen 1800 und 1807 fünf Kinder auf: 1) August Leopold Friedrich Ernst, geb. 27. 12. 1800; 2) Christiana Magdalena Luise Carolina, geb. 16. 2. 1802; 3) Christian August Friedrich, geb. 23. 7. 1803; 4) Julie Amalie Eleonore Elise, geb. 19. 6. 1805; 5) Auguste Wilhelmine Antonie Luise Adelheid, geb. 6. 12. 1807. Bis 1820 sind nach den Kirchenbüchern von Ballin und Wittenhagen weiter keine Kinder geboren. Nach dem Schwedter Sterberegister vom 19. 1. 1837 hinterließ aber Wilhelmine Dolly von Holstein außer 3 majorennen Kindern noch eine minorene Tochter, die also aller Wahrscheinlichkeit nach erst nach dem Tode des Vaters (4. 3. 1820) zur Welt gekommen ist. Ohne Zweifel ist dies Wilhelmine Luise Adelheid Jenny, genannt Minna, die 1838 oder Anfang 1839 in Schwedt den Dragonerleutnant Eduard von Holzkendorff heiratete und später wiederholt ausdrücklich als August von Holsteins Schwester bezeichnet wird. — Über Luise von Holstein f. Schluß des III. Abschnittes.
20. Nomenklatur der Geh. Kriegskanzlei.
21. Adelheid Wilhelmine Helena Luise, geb. 21. 10. 1839 zu Schwedt (Militärkirchenbuch zu Schwedt).
22. Georg August Karl Wilh. von Dertgen, geb. 24. 6. 1860; Vermählung 9. 7. 1860 zu Carlstein; Tod der Adels 19. 3. 1883; Kinder: Ida, Hedwig, Ulrich, f. Urtdl. Gesch. d. Geschlechts von Dertgen, Bd. IV (1886), S. 503 f.
23. Vgl. die Todesanzeige für Minna von Holzkendorff in der Kreuzzeitung vom 3. 10. 1874 (Nr. 231). Sie starb am 30. 9. 1874 zu Freienwalde a. D.
24. Biographisches Jahrbuch u. Deutscher Nekrolog, hgg. von A. Bettelheim, XIV. Bd., Berlin 1912, S. 305.
25. Wie der Vater, so starb auch die Mutter an Lungenwindstucht (Sterberegister Schwedt).
26. Das Folgende nach der Nomenklatur der Geh. Kriegskanzlei und den Conduitenlisten des 2. Garderegiments (Geh. Staatsarchiv, B.-Dahlem).

27. Acta betr. die Kammerherrnwürde des Premierlieutenants a. D. August von Holstein in Berlin (Brandenburg-Preussisches Hausarchiv, Berlin-Charlottenburg).
28. Vgl. v. Ledebur, Adelslexikon der preussisch. Monarchie, Bd. I, Berlin (1855), S. 112; J. Siebmacher a. a. O. III, 2, S. 101 u. III, 2, 2 (Nachtrag 1906), S. 32 u. Tafel 6 (Wappen). Bekanntlich lautet die Namensform öfter auch Brunnow.
29. Sammlung Ortlieb, Bd. I.
30. Verzeichnis sämtlicher seit d. J. 1608 bis zu Ende d. J. 1777 in Königl. Preuss. Kriegsdiensten gestandenen Chefs der Regimenter, Bataillone und Korps (Hannover 1778), S. 15.
31. Acta Borussica (Behördenorganisation) VI, 2, 877; VII, 218 f.; IX, 70 u. 77.
32. Den Namen der Gattin habe ich bisher nicht feststellen können. Das Geburtsjahr gibt der Nachlaß Lottum, Zusammenstellung über Johanner (Geh. Staatsarchiv B.-Dahlem, R 92, Graf Lottum, II 12 vol. IV), nach Karl Georges „eigener Angabe und wiederholter Bestätigung“. Die Arnimische Sammlung hat 1753. Eine Taufbescheinigung war nicht zu erlangen, da — nach Mitteilung des Schloßpfarrers Dr. Müller aus Küstrin vom 8. 9. 1927 — die Kirchenbücher der Küstriner Stadtpfarrgemeinde der Beschädigung der Stadt i. J. 1758 zum Opfer gefallen sind; in dem (erhaltenen) Kirchenbuch der Schloßgemeinde ist die Taufe nicht eingetragen.
33. Arnimische Sammlung.
34. Bericht des Reg.-Präsidenten von Windheim an den König, Frankf. a. O., 19./20. 8. 1758, Acta Bor. XI, 597 ff.
35. Acta Bor. XII, 599 ff. u. 612.
36. Das Folgende nach den „Acta betr. vakante Justizstellen und deren Besetzung bei Obergerichten u. Regierungen“, Geh. Staatsarchiv, Reg. 9 H 1 B.
37. Die Neumärk. Regierung an den König, 19. 3. 1763; Jarriges an den König, 13. 4. 1763; der König an Jariges, 8. u. 16. 4. 1763.
38. Für das Folgende s. Arnimische Sammlung, Nachlaß Lottum u. Nomenklatur der Geh. Kriegstanzlei.
39. Charlotte, Wilhelmine, Amalie. Charlotte lebte noch i. J. 1800, s. die Todesanzeige Philipp Wilhelms von Brünnow, Berlinische Nachrichten 18. 9. 1800 (Nr. 112); über Wilhelmine u. Amalie s. weiter unten.
40. Sterberegister Schwedt a. O.
41. Berghaus, Landbuch von Pommern und Rügen, 3. Teil, Bd. I (Berlin 1867), S. 736; Arnimische Sammlung.
42. Spenerische Zeitung 4. 2. 1834 (Nr. 29).
43. Conduitenliste des Regiments Pirch 1799 (Geh. Staatsarchiv).
44. Nachlaß Lottum a. a. O. vol. IV (Brünnow) u. VII (Eickstedt); Sammlung Ortlieb, Bd. I; dazu Carl A. L. Freiherr von Eickstedt, Familienbuch des dynastischen Geschlechts der von Eickstedt (Ratibor 1860), S. 255 f. Vesterer nennt sie fälschlich Tessine statt Justine. Ihre Mutter war Magdalena Christiane Henriette von Bieregge, Tochter des dänischen Kammerjunkers Vollrath Friedrich von Bieregge auf Zapfendorf, getauft ebenda 30. 9. 1739, † 27. 7. 1762 zu Dorotheenwalde, unmittelbar nach der Geburt ihrer 4. Tochter (Magdalene Christiane Henriette, der späteren preussisch. Hofdame, s. unten Abschnitt IV). Ihre Stiefmutter Sophie Margarethe von Bieregge war geboren im Juni 1738 und starb in Dorotheenwalde 17. 6. 1770. Ihr Vater Vollrath von Eickstedt starb am 20. 2. 1780.
45. Gust. Krah, Die pommerschen Schloßgeessenen (Berlin 1865), S. 22 f.
46. „Vol. 4 der Grund- und Hypothekenakten des Königl. Kreisgerichts zu Cammin von Trebenow“ (Amtsgericht Wollin).

47. Vgl. Anm. 41.
48. Nachlaß Böttum a. a. O.: 1) Luise, geb. 23. 4. 1790; 2) **Karoline**, geb. 7. 11. 1791; 3) Heinrich Wilhelm, geb. 27. 9. 1794; 4) Auguste, geb. 16. 4. 1797. Geburtsort von allen ist Stargard i. P.
49. Vgl. Anm. 46.
50. Das Datum habe ich vorläufig nicht ermitteln können, da das Pfarramt von Martenthin, zu welchem Trebenow gehörte, auf keine Anfrage antwortete.
51. Taufregister Schwedt a. O.
52. Vgl. Anm. 42.
53. 3. 10. 1830 stirbt in Schwedt Wilhelmine Agnes von Bonin, geb. von Brunnow, im Alter von 64 J., 10 Mon. und 11 Tagen, ohne Kinder, am 22. 1. 1832 ihre jüngste Schwester Amalie Renate von Brunnow im Alter von 65 J., 1 Mon. u. 21 Tagen (Sterberegister Schwedt).
- 53 a. Nach den Schwedter Grundbuchakten, laut freundlicher Mitteilung des Herrn Erich Westermann in Schwedt.
54. Nach dem Schwedter Militärkirchenbuch brachte sie am 21. 7. 1830 einen toten Knaben, am 15. 1. 1833 eine tote Tochter zur Welt. Am 24. 10. 1838 hat der Premierlieutenant Carl Hugo einen Sohn (Max) von Wilhelmine Luise, geb. Poppe. Luise von Brunnow muß also spätestens Ende Januar 1837 gestorben sein. Die Schwedter Kirchenbücher verzeichnen ihren Tod nicht.
55. In den Acta der Stadterordneten der Stadt Schwedt 1821/22, Sitzungsprotokoll vom 25. 1. 1822, heißt es: „Frau von Gidsfeldt mußte zuvörderst nachweisen, in Prenzlau Kommunalbeitrag zu bezahlen, ehe sie hier gestrichen werden kann.“
56. S. oben Abschnitt II.
57. Luise Auguste Antonie Wilhelmine Adelheid v. Arnim, geb. v. Holstein (vgl. Anm. 48) hat nach dem Schwedter Militärkirchenbuch am. 7. 9. 1834 einen totegeborenen Sohn, am 29. 3. 1836 einen Sohn Karl Hermann August Wilhelm (Taufe 6. 5. 36), am 29. 8. 1837 einen Sohn Viktor Louis August (der am 8. Dezember wieder stirbt), zu dessen Paten der Kammerherr von Holstein auf Trebenow gehört, am 8. 10. 1838 einen Sohn Karl Wilhelm Fritz (der am 18. 11. wieder stirbt). 1844 ist der Premierleutnant von Arnim aber bereits in 2. Ehe vermählt, und zwar mit Friederike Wilhelmine Caroline Johanna von der Osten, von der er am 22. 2. 1845 einen Sohn hat (Max Bernhard Friedrich August), am 19. 7. 1846 eine Tochter (Adelheid Helene Marie Johanna), am 3. 2. 48 eine vor der Taufe verstorbene Tochter, am 4. Mai 49 eine Tochter (Frieda Charlotte Auguste Caroline). — Zu Minna v. Holtendorff s. oben Abschnitt II.
58. Nachlaß Böttum a. a. O., vol. VIII (Holstein); ihren vollen Namen ergibt das Schwedter Sterberegister. Sie starb am 19. 12. 1849 zu Schwedt, 70 Jahre alt (war also 1779 geboren) und wurde am 22. 12. zu Milmersdorf beigesetzt. Sie hinterließ „4 majorenne Kinder u. 4 Enkel“, darunter 2 Söhne aus der 2. Ehe. — Der Major August Abraham von Arnim starb in Milmersdorf am 2. 2. 1809 im 57. Lebensjahr (Sterberegister Milmersdorf), die Eingehung der 2. Ehe erfolgte 25. 12. 1813 (ebd. Taufregister).
59. Geboren 10. 10. 1781, † 1861 in Potsdam (nach einem mir von Herrn E. Westermann in Schwedt gütigst zur Verfügung gestellten Brief des Herrn Sanitätsrats Dr. Callmeyer in Hausberge [Porta Westphalica] vom 10. 9. 1924). Für seine Stellung in der Schwedter Gesellschaft ist bezeichnend sein häufiges Erscheinen in den Listen der Taufpaten, z. B. in

- der Familie des Leutnants a. D. von Lagerström (1833), des obenerwähnten Leutnants von Arnim (6. 5. 1836) [bei diesem auch (25. 10. 37) sein Sohn, Studiosus Heinrich Callmeyer] u. nochmals 16. 11. 38, etc.
60. Nach den „Acta der Stadtverordneten der Stadt Schwedt“ mindestens von 1830—37.
 61. S. die mit vielen Bildern ausgestattete Festschrift der Gesellschaft „Zum hundertjährigen Bestehen der Schwedter Hagel- und Feuer-Versicherungs-Gesellschaft auf Gegenseitigkeit 1826—1926“. Ecksteins Biograph. Verlag, Berlin [1926], besonders S. 15, 45 u. 58. Callmeyers Bild zu S. 65.
 62. Von den uns schon bekannten Personen finden wir den alten Major von Brünnow (der am 23. 5. 1838 zu Trebenow starb, s. Arnimsche Sammlung), die Leutnants Hugo, von Holzendorff und von Arnim, die Hofrätin Callmeyer, dazu aus der entfernten Verwandtschaft eine Generalin von Derken, eine Frau von der Panke, ein Fräulein von Lützow und einen Major von Lützow, dazu den Dr. Harder, der — nach Ausweis der Taufregister — ebenfalls zur Schwedter Gesellschaft gehörte.
 63. Nachlaß Lottum a. a. O. vol. IV; Handbuch über den Kgl. Preuß. Hof und Staat auf das Jahr 1795 ff. Sie starb zu Berlin am 14. 12. 1805. Vgl. oben Anm. 44.
 64. Acta betr. die Kammerherrnwürde pp., vgl. Anm. 27.
 65. Das Folgende nach den Trebenower Akten, vgl. Anm. 46.
 66. 19. 2. 1844 an den Gutsbesitzer Gottlieb Krüger. 1858 brachte es 39 000 Thaler; s. Berghaus, Handbuch von Pommern und Rügen, 3. Teil, Bd. I (Berlin 1867, S. 736). — Die Behauptung von Rnefsche, Neues allgemeines deutsches Adels-Lexikon Bd. IV, S. 454, daß die Familie Holstein 1855 Pantelitz im pommerschen Kreise Franzburg besessen habe, ist irrig. Laut Mitteilung des Amtsgerichts Stralsund vom 11. 11. 1927 ist Eigentümer von Pantelitz zu Anfang der 40er Jahre Ludwig Christian Heinrich Holsten und seit 1855 Johann Ehrenfried Rewoldt gewesen. Nach Mitteilung des jetzigen Besitzers Ruge (vom 24. 11. 1927) hat vor Holsten, welcher der Schwiegervater des Rewoldt war, eine Familie Meinke das Gut besessen.
 67. Winkler, Allgemeiner Wohnungsanzeiger für Berlin pp. 1853, S. 215 1854, S. 216; für 1856/7: Allgem. Wohnungsanzeiger nebst Adreß- und Geschäftshandbuch für Berlin pp., 1. Jahrg. 1856 pp.; Adreßkalender für die Kgl. Haupt- und Residenzstädte Berlin u. Potsdam auf das Jahr 1859 ff.;
 68. Das Berliner Provinzial-Schulkollegium hat bei seinen letzten Umzügen, sämtliche Akten des 19. Jahrhunderts vernichtet.
 69. Rud. v. Delbrück, Lebenserinnerungen, Bd. I, S. 50.
 70. Prüfungsakten des Köllnischen Realgymnasiums 1853, 6. Dft. (R. G. Berlin, Jnselstr. 2—5.)
 71. Jahresbericht des Kölln. Realgymnasiums 1854.
 72. Theodor Wolff, Das Vorspiel (München 1924), S. 76.
 73. Das Folgende nach dem Universitätsabgangszeugnis pp., aus den „Acta, betr. Abgangszeugnisse vom 9. Sept. bis 19. Dez. 1856, Universität zu Berlin. Litt. A, Nr. 6 vol. 360“, fol. 35 u. 39.
 74. Die letzteren Daten verdanke ich der gütigen Mitteilung des Auswärtigen Amtes, welches mir im übrigen die Einsicht in die Personalakten Holsteins nicht gestattet hat, da Personalakten der wissenschaftlichen Forschung grundsätzlich nicht zugänglich gemacht würden. — Akten betr. den Kammergerichtsausultator Friedr. v. S. haben sich (laut Schreiben des Kammergerichts vom 21. 10. 1927) nicht mehr ermitteln lassen.

III.

Buchbesprechungen.

1. *Medienburgische Volksüberlieferungen* Bd. IV *Rinderreime*, hg. von Richard Wossidlo. Im Auftrage des Kuratoriums der Wossidlo-Stiftung verlegt von Carl Hinstorffs Verlag, Rostod. XX, 291 S., Subscriptionspreis brosch. 6,— Mark, Leinen 7,50 Mark. Später 8,— Mark, Leinen 10 Mark.

Nach 25jähriger Pause beschert uns der Altmeister der medienburgischen Volkskunde Richard Wossidlo einen neuen Band seiner Volksüberlieferungen. Die Wossidlo-Stiftung hat trotz aller Nöte der Zeit die Herausgabe des Buches ermöglicht, dafür sei ihr gedankt.

Ueber 1300 Reime mit zahlreichen Variationen sind in diesem Band zusammengetragen und, wenn auch Helfer mit am Werk gewesen sind, weitaus den größten Teil hat der Herausgeber selbst gesammelt. Gibt es doch wohl kaum ein Dorf in Medienburg, in dem Wossidlo nicht selbst war, und oft genug wird dem, der auf dem Lande volkstümliche Fragen stellt, von „enen Mann ut Boren“ erzählt, „de ol na son Saken fragt habbd“. Oft liegt der Besuch schon jahrelang zurück, aber bei manchem von den Allen sind die Stunden noch immer eine schöne Erinnerung, in denen er von seiner Jugend, von all den Liedern und Versen, die einst gesungen, und von der ganzen alten Zeit sprechen konnte mit jemandem, von dem er fühlte, daß er diese Zeit mit ihm erlebte und daß er in ihr lebte und, man kann wohl sagen, für sie lebte.

Nur wer von heißer Liebe zur Eigenart unseres medienburgischen Volkes erfüllt ist, dem erschließt sich seine Seele und den läßt es in sein Denken und Fühlen hineinblicken, während sonst niemand abweisender sein kann als gerade unsere medienburgische Landbevölkerung.

Ein reiches Stück Volksseele steckt auch in diesem Band, der nur Rinderreime enthält, und wer Medienburger Kind ist und einst alle jene schönen heimatlischen Rinderspiele gespielt, dem wird das Herz warm beim Lesen. Da sind alle jene schönen Defelverse auf Vornamen, mit denen man den Spiellameraden neckte und die gelegentlich zu freundschaftlichen Prügeleien führten. Da sind die Verse, die gesungen wurden, wenn Fäden aus Weiden geklopft wurden, eine Kunst, die „beim heutigen Stand der Technik“ wohl fast vergessen ist. Lebendig aber sind noch die Laternenlieder, die noch jedes Jahr erklingen, wenn die Tage kürzer werden. Die Jugend singt sie noch mit der alten Begeisterung, und die Zahl der ganz modernen Erwachsenen, die sie als Ruhestörung empfinden, ist hoffentlich gering. Über diese Lieder sind wohl fast das Bekte, was, wenigstens in den Südboten, noch Allgemeinut und wirklich lebendig ist von den alten Reimen, denn auch die Abzählreime mit ihrer Mannigfaltigkeit sind wenigstens hier fast verschwunden. Dagegen ist der Rufklaas noch durchaus lebendig in der Mitomer Gegend, aber mit dem Eindringen landfremder Rechte droht der Umzug seine Erdbundenheit zu verlieren und zum Mummenschanz zu werden.

Vor allem aber birgt das Buch für den Volkskundler eine Fülle von Material, das noch der Verarbeitung bedarf. In den Anmerkungen gibt der Herausgeber schon manchen wertvollen Hinweis und führt Vergleichsmaterial aus anderen Gebieten an. Eine Schwierigkeit bietet sich für die Betrachtung der geographischen Verbreitung der einzelnen Reime dadurch, daß für die benachbarten Gebiete Sammlungen von annähernd ähnlicher Gründlichkeit fehlen. Gerade das Vorkommen gleicher Formen der Reime in verschiedenen Gebieten bietet wert-

vollen Anhalt für Bevölkerungsverchiebungen, die sonst nur schwer oder gar nicht zu fassen sind. Allerdings glaube ich nicht, daß solches Vorkommen gleicher Reime in verschiedenen Gebieten immer größere Bevölkerungsverchiebungen voraussetzt. Häufig wird ein Verschleppen, wie ich es nennen möchte, vorliegen, indem durch Einzelne neue, bisher dort nicht übliche Formen in eine fremde Gegend gebracht werden und sich hier ausbreiten. Um das beurteilen zu können, müßte man allerdings das Alter der Reime in den einzelnen Gegenden kennen, und hier stoßen wir auf große Schwierigkeiten. Eine starke Verschiedenheit der einzelnen Reime im Alter ist zweifellos festzustellen. Große Zeitereignisse haben auch in den Kinderreimen ihren Niederschlag gefunden, und neben uraltem Volksgut finden wir ganz junge, in den letzten Jahrzehnten erst entstandene Reime. So zeigt in 934 schon das Wort „Sipo“ die Jugend des Verses. Der Vers selbst entstammt wohl sicher einem an der Ostfront weit verbreiteten Liedchen, in dem die Worte vorkommen, „ist sich Kamerad fleißig, bekommt sich drei Mark dreißig, ist sich Kamerad faul, bekommt sich einen aus Maul“. Wo dies Liedchen entstanden ist, weiß ich leider nicht. Aber es ist sicher nichtmedlenburgisches Gut, das nach Böhlow verschleppt ist. An einen anderen Fall vom Eindringen eines neuen Laternenliedes in Rostock erinnere ich mich ebenfalls. Das Lied „Ich gehe mit meiner Laterne und meine Laterne mit mir, dort oben leuchten die Sterne, hier unten leuchten wir“ und weiter „Der Wind, der weht, der Hahn, der kräht, das Licht geht aus, wir gehen nach Haus und morgen kommen wir wieder und singen schöne Lieder“ war, wie mir von anderer Seite bestätigt ist, um 1900 in Rostock nicht üblich, während es später dort gesungen wurde. Ich erinnere mich nun noch genau, wie dieses neue Lied zum erstenmal in unserer Straße von Kindern, die von auswärts zu Besuch gekommen waren, gesungen und dann von den einheimischen beibehalten wurde. Ähnliche Beobachtungen werden sich häufig machen lassen, und so gelingt es vielleicht einen Bestand bodenständiger Lieder für die einzelnen Gegenden zu gewinnen. Aber das alles wäre unmöglich, wenn wir nicht im neuen Wossiblo diese reiche, wohl nahezu vollständige Sammlung von Kinderreimen besäßen.

Noch eine andere Frage möchte ich bei dieser Gelegenheit berühren. Bei meinen Arbeiten über bäuerliche Verhältnisse bin ich immer wieder zu dem Ergebnis gekommen, daß die bäuerliche Bevölkerung in Mecklenburg vor dem 30jährigen Krieg wenig seßhaft war, und die Frage ist nun, ob trotzdem die volkstümliche Ueberlieferung eine bodenständige ist? Ich möchte diese Frage bejahen, denn der Wechsel der Bevölkerung erfolgt langsam und stetig, so daß die Neuzuziehenden, die meist aus nicht allzugroßer Entfernung stammten, wohl sicher rasch mit der alten Bevölkerung verwichen. Auch scheinen die Zuziehenden vielfach Frauen aus dem Dorf genommen zu haben, und ich bin der Ansicht, daß gerade die Frau, ganz besonders bei den Kinderreimen, in starkem Maße Trägerin der volkstümlichen Ueberlieferung ist. Gerade deswegen aber führt uns die Erforschung der Volkskunde tiefer in das Volkstum der älteren Zeit zurück, als es manch anderer Weg der Forschung vermag.

Wenn die heutige Zeit die Quellen der Volkskunde zu verschütten droht, so müssen wir Wossiblo um so dankbarer sein, daß er in unübertrefflicher, rastloser Tätigkeit uns so viel von altem Volksgut gerettet hat. Möchten doch bald weitere Bände der Volksüberlieferung uns die von Wossiblo geborgenen Schätze zugänglich machen.

Ende n.

2. Hans Witte, Von Mecklenburgs Geschichte und Volksart (Medl. Gesellschaft 1931-32). 109 S. In Leinen geb. 2,50 M., für Nichtmitglieder 3,40 Mark.

Die Mecklenburgische Gesellschaft beginnt die Veröffentlichungen des Jahres 1931-32 mit einer höchst bemerkenswerten Schrift. Archivdirektor Dr. Witte, dem wir zwei Bände Mecklenburgische Geschichte verdanken (Bismar 1909 und 1913) — leider ist die Fortsetzung über den Landesgrundgesetlichen Erbvergleich hinaus bisher nicht erschienen — und der schon 1905 eine Schrift über „Wendische

Bevölkerungsgeschie in Mecklenburg“ veröffentlicht hat, gibt einen Abriss über die Geschichte des Landes und beschäftigt sich eingehend mit Entstehung der Volksart, Erklärung des Bevölkerungswechsels und Abstammungsfrage. — Der Abriss über die Geschichte ist glänzend geschrieben und stellt trotz seiner Kürze (36 Seiten) die Hauptmomente klar heraus. Mecklenburgische Geschichte gibt es erst seit der Ueberwindung der Wendon durch Heinrich den Löwen und der Einwanderung deutscher Kolonisten im 12. und 13. Jahrhundert. Mit dieser Beginn seiner Geschichte von außen her in das Land getragen wurde, so sind alle ihre Höhepunkte entweder mit Auswirkungen über das Land hinaus oder mit Einwirkung von außen her verbunden. Für das erstere kommt die Abhängigkeit der Dänenherrschaft durch den Sieg bei Bornhöved 1227, das Ringen um nordische Königskronen im 14. Jahrhundert, die Teilnahme an den großen deutschen Kriegen des 19. Jahrhunderts, sowie des Weltkrieges — für das letztere die Universität Rostock seit 1419, Reformation, Wallensteins kurze Herrschaft in betracht. Auf sich allein gestellt führt Mecklenburg ein mehr und mehr stagnierendes Dasein und seine Geschichte ist ausgefüllt durch Erbstreitigkeit der Fürsten und Landerteilung, sowie durch den Jahrhunderte langen Streit zwischen den Ständen und ihren Fürsten. Als der Versuch des Herzogs Carl Leopold, in gewaltsamem Drauflosgehen die Macht der Stände zu brechen, gescheitert war, gab der Landesgrundgesetliche Erbvergleich von 1755 dem endgültigen Sieg der Stände die urkundliche Bestätigung. Alle späteren Versuche der Fürsten mißlangen, und Mecklenburg behielt seine ständische Verfassung, ein Museumsstück in deutschen Landen, bis zur Umwälzung des Jahres 1918. — Verfasser weist mit Recht darauf hin, daß in diesem langen Kampfe der Geist der Furchtlosigkeit, Stärke, Rücksichtslosigkeit und Zielbewußtheit, der in der Ritterschaft lebte, zumal wenn er mit mehr Gemeinsinn und Selbstlosigkeit gepaart wäre, wohl auch die Kraft zum Aufbau eines großen Werkes von unvergänglichem Wert für unser Volk gehabt hätte. Aber die engen Verhältnisse des kleinen Landes hoben hohem Streben kein dankbares Ziel. Darf Mecklenburg auf allen Lebensgebieten tüchtige Leute zu seinen Söhnen zählen, so sind diese immer erst zur Bedeutung gekommen, wenn sie aus den engen Fesseln der heimatischen Verhältnisse hinaus traten. Die nach dem dreißigjährigen Kriege vollendete Herabdrückung des einst freien deutschen Bauernstandes bis zur Leibeigenschaft war folgen schwer, auch für die Entwicklung des ganzen öffentlichen Lebens. — Ich halte die von Dr. Witte gegebene Skizze in ihrer Klarheit und Großzügigkeit mit für das Beste, was bisher über die Geschichte Mecklenburgs geschrieben ist.

Die Bevölkerung des Landes zeigte schon in der jüngeren Steinzeit die Bestandteile, aus denen sich die indogermanische Familie aufbaute, zunächst Angehörige der Dairasse. Es kam eine zur nordischen Rasse gehörende weitere indogermanische Einwanderung, die mit ihrer höheren Zivilisation bald das Uebergewicht gewann. Die Germanen, die seit etwa 2000 Jahren vor Christo das Land bewohnten, werden hauptsächlich der letzteren, wenn auch nicht ohne Vermischung mit der Dairasse, angehören. Die Völkerverwanderung führte diese Germanen fort und slavische Stämme rückten ein, die etwa vorhandene kleine germanische Restbestände in sich aufnahmen. Der Zusammenbruch der Slavenherrschaft riß den Faden der Entwicklung nicht ab. Der Grundstock der Wendonbevölkerung blieb mit seinem Fürstenhause im Lande, aber die zufließenden deutschen Kolonisten übten durch die höhere Kultur und ihre Stellung als Siegersvolk einen solchen Einfluß aus, daß das Wendische in wenigen Jahrhunderten völlig aufgesogen war. Die letzten Reste der Sprache finden sich um 1500, späterhin zeugen nur noch Orts- und Personen-Namen von der wendischen Vergangenheit. Verfasser setzt sich mit den verschiedenen Erklärungsversuchen dieser wunderbar schnellen Umwandlung eingehend auseinander, beweist vor allem die Haltlosigkeit des von Jegorow neuerdings vertretenen Standpunktes: die deutsche Zuwanderung im 12. und 13. Jahrhundert habe nur ausgereicht, Slaven mit deutscher Sprache zu schaffen; aber die slavische Bevölkerung sei erhalten geblieben, bis nach dem dreißigjährigen Kriege ein neuer germanischer Zustrom in das verwüstete Land

einsetzte. Demgegenüber wird betont, daß schon im Mittelalter die Bevölkerung völlig deutschen Charakter gewonnen hat, dafür haben die großen Zuzüge aus Niedersachsen, Westfalen und Flandern, die teilweise über Holstein, zum andern Teil, besonders aus den Altmark, über die Mark Brandenburg in den Südosten des Landes gekommen waren, gesorgt. Die Neubeseidlung nach dem dreißigjährigen Kriege geschah größtenteils durch einheimische Kräfte, wenn natürlich auch manche leere Stellen durch Einwanderung ausgefüllt wurden. Noch heute zeigt die Bevölkerung des Landes Rastenburg, die im wesentlichen aus Holstein gekommen, in Sprache und Art mancherlei Wesensunterschiede von der des Landes Stargard, als deren Ursprungsland die Altmark anzusehen ist. Aber diese wie jene hat germanischen Charakter; der nicht zu leugnende Zuzug wendischen Blutes ändert daran nichts und ist im Lauf der Jahrhunderte durch die immer aufs neue einziehende germanische Blutmischung so völlig überwunden, daß nicht einmal die Träger wendischer Familiennamen als Slaven angesprochen werden können. — Die Schrift beschäftigt sich des weiteren mit der, auch mehrfach in das Schrifttum übergegangenen, Volksüberlieferung, daß die wendische Bevölkerung des Landes schwarzhaarig, gelbhäutig, schlächting und klein gewesen sei. Demgegenüber wird festgestellt, daß die an Stelle der Germanen eingerückten slavischen Wenden auch zur indogermanischen Völkernfamilie gehörten. Wenn unter diesen Spuren mongoloïden Einschlags gefunden würden, so sind diese schon bei ihrem Einrücken in das Land mitgebracht, wenn nicht gar in ihnen ein Rest einer Urbevölkerung zu sehen ist, die schon vor dem ersten Eindringen germanischer Stämme, also vor dem Jahre 2000 v. Chr. im Lande hauste. Jedenfalls ist der medlenburgische Mensch als völlig gleichberechtigter Deutscher anzusehen, der nur im deutschen Kulturkreise und im deutschen Staate, in den er hineingeboren ist und hineingehört, leben und wirken kann und will.

Man kann den Herausgeber und den Verfasser nur zu dieser Veröffentlichung beglückwünschen. Sie verdient das Interesse jeden Medlenburgers, ist übrigens auch durch Wiedergabe mehr. Volkstypen illustriert.

Neustrelitz.

DRK. Krüger-Hane.

en Ernst, mit dem die Freiwilligen ihre Aufgabe auffaßten, Tatsache, daß bis zum Ausmarsch des Regiments nur eine Entlassung aus dem Heeresdienst bei der Regierung erfolgt, davon 4 von ehemaligen Polizei-Husaren, die auf Herzogs Veranlassung worden sind, dem Regiment beizutreten. In einem Fall ist dem Gesuch stattgegeben worden.

Die Organisation des Regiments wird am 19. April 1871 angeordnet, bestehend aus dem Kammerdirektor von Dewitz, dem Rat Mende, an dessen Stelle später der Gerichtsrat Mende, dem Rittmeister Damm und dem Leutnant Schüller, der Kommando-Korps unterstand. Aufgabe dieser Kommission ist die Befolgung und Ausrüstung. Die Berichte ihres Amtes werden dem Kammerdirektor von Dewitz, unterbreitet, die dem Lande durch das Husaren-Regiment entfallen.

Selbstverständlich muß auch die Verpflegung des Regiments bedacht werden. Eine herzogliche Entscheidung stellt ausdrücklich fest, daß das Regiment in der Art in naturlicher Weise zu versorgen sein solle, wie solches in Rücksicht auf die fremden Truppen (1871) gewesen ist²⁾. Die Befolgung erfolgt nach preussischen Verordnungen, wofür jedes Monats, nicht wie es bisher in Medlenburg der Fall war, am 15.³⁾ Die Kosten des Husaren-Regiments einschließlich einer Eingabe des Militär-Kollegiums. Danach belaufen sich die jährlichen Löhnungen und Gagen auf 39.294 Rtl., die auf jährlich 32.935 Rtl., wober allerdings noch zu beibringen sind, daß nicht alle Aus-rüstungsgegenstände jährlich ersetzt werden, jedoch bei der ersten Ausrüstung beschafft werden. Für das erste Jahr erhöht sich die Summe also bei der ersten Ausrüstung eines Husaren wird auf 98 Rtl. angeordnet. Regiment haben wir demnach bei 450 Mann mit mindestens 44.700 Rtl. zu rechnen. Hinzukommen an Extra-Ausgaben je Mann 10 Rtl. So gibt das Militär-Kollegium die jährlichen Unkosten mit 49.300 Rtl. an⁴⁾. Für das erste Jahr dürfen wir mit annähernd 49.300 Rtl. rechnen. Mit eingerechnet sind die Kosten des Depots, die nach dem Abmarsch des Regiments in Medlenburg-Stettin zu zahlen werden ist. Die Deduktion der Unkosten erfolgt zunächst nach dem billigen Gabe, die ausschließlich für die Erhaltung der Uniformen verwendet werden. Bereits im August jedoch ist diese Summe vergrößernd zu werden. Um 8. September wird erneut zur Spende für den Ruf der Husaren gerufen. Doch scheint dieser Aufruf nicht den gewünschten Erfolg gehabt zu haben. Jedenfalls wird dieser Versuch als

- 1) Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments.
- 2) Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 15.
- 3) Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 43.
- 4) Act. Reg. Organisation des Husaren-Regiments. 93.